



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

NYPL RESEARCH LIBRARIES



3 3433 06170673 9

~~Grundriss~~
Grundsätze

der.

Polizei = Handlung

und

Finanz

48
von

Joseph von Sonnenfels.

Zum Gebrauche

akademischer Vorlesungen

ausgearbeitet

von

J. F. von Moshamm,

Königlich Baierschem Hofrath und Professor zu Landshut.

Dritte mit vielen politischen und literarischen Anmerkungen
und Verbesserungen vermehrte Auflage.

16
Z ü b i n g e n ,

bei Buchhändler C. F. Oslander.

1 8 2 0.

instand darüber zu urtheilen, so man
auf verstanden hat. Um in der Mathe
zu gewinnen, als ob man etwas verstü
en. Theil der Schwierigkeiten zurückgele
der Erwerbung dieser Wissenschaft unge
ist man hinfür den Ton eines Mat
en. In der Politik hält der Schein
bar nahe an der Wirklichkeit. Ein
oft nicht einen einzigen bestimmten B
ne Einsicht und Schicklichkeit wortreich
ist mit prahlerischen, inhaltleeren Sprü
ähnen machen, die über diese Gegen
acht haben. Er überredet sich vielleicht
en Wörtern, die er wie ein Papagei na
enug weiß. Aber lasse man einen wah
chen Kopf sich auf die Staatswissenscha
ch glaube er wird bald überzeugt seyn
: schwer ist, die Mathematik als die
n.

RICHARD HE

V o r r e d e

zur zweiten Auflage.

Der berühmte K. K. Hofrath in Wien, Joseph v. Sonnenfels, mein unvergeßlicher Lehrer, arbeitete mit unermüdetem Fleiße und dem größten Scharfsinne über sechs und dreyßig Jahre an der Verbesserung und Vervollkommnung seiner Grundsätze der Polizei, Handlung und Finanz. Die allgemein anerkannten Vorzüge dieses Werkes, besonders die deutliche und zugleich gründliche Entwicklung der politischen Grundsätze, wurden von berühmten und einsichtsvollen Männern schon so oft geschildert, daß meine Lobsprüche ganz überflüssig seyn würden. Auch die fünf nach und nach gemachten Auflagen von diesem Werke können zum Beweise dienen, mit welchem außerordentlichem Beifalle in Deutschland und besonders in den K. K. Erbstaaten, die Schriften dieses vortreflichen Schriftstellers aufgenommen wurden.

aus drey nicht unansehnlichen Ök-
ten, war als Lehrbuch theils zu theue-
rschichtig; da es zu theuer war,
mir unangenehme Erfahrung mach-
te. Theil meiner Zuhörer dieses, ric-
tiglich auch nicht die großen Früchte
erstunden einerndten konnten, die ich
esuchten zwar meine Vorlesungen
eifrig, vergassen aber in einer kurzen
Zeit, und konnten die verlorenen Theile
des Lehrbuches nicht wieder in
sich zurückrufen.

Nachdem es mir
auch als Vorlesebuch war es mir
am Ende eines akademischen Jahres, in
Vorlesungen geendiaet werden mü-

Ich entschloß mich also, dieses Werk als Lehrbuch zum Gebrauche akademischer Vorlesungen zu bearbeiten und so einzurichten, daß ich es bequem erläutern, und auch diese in dem mir vorgestrecktem Zeitraume endigen könne.

Um den Ideengang des gründlichen Denkers nicht zu verändern, folgte ich dem Verfasser von Paragraph zu Paragraph mit Beibehaltung der nämlichen Aufschriften, ich bemühte mich die Hauptsätze als Aphorismen kurz und genau hinzustellen, um dem Lehrer eine erwünschte Gelegenheit zu geben, diese mit politischen Gründen und Beispielen gründlich zu erläutern.

Man kann leicht vermuthen, daß ich in verschiedenen Grundsätzen einer dem würdigen Verfasser entgegengesetzten Meinung seye; da ich aber hier die Grundsätze eines fremden Schriftstellers zum Nutzen und Bequemlichkeit der jungen Akademiker zergliederte, so würde es hier überflüssig und am unrichten Orte gewesen seyn, wenn ich die Gegengründe, die mich eine entgegengesetzte Meinung zu ergreifen bewogen haben, hier anführet, und das Werk dadurch wieder verlängert hätte; bey den akademischen Vorlesungen wird der Lehrer Gelegenheit genug finden, seine politischen Grundsätze seinen Zuhörern bekannt zu machen.

ausgabe des gegenwärtigen Werks
allein der Gedanke, daß ich meine
n Genüge leisten würde, wenn ich
inde und besonders meinen jungen
reunden ein Werk liefern würde,
ie politischen Grundsätze in einer z
en und gründlichen Schreibart auf
te entwickelt wurden; der Gedan
meine Kräfte dahin verwenden so
politische Grundsätze, von denen
s Glück ganzer Nationen abhängt
verbreitet werden, diese Gedanken
ieder in meinem Vorhaben. Da
erühmte Professoren auf deutschen U
eses Werk zu ihren Vorlesungen
wählten. so wurde die erste Auf

Dem politischen Schriftsteller und Lehrer erlaubt, ohne allem Rückhalt die Sprache seines Herzens freimüthig zu sprechen, diese so glückliche Metamorphose manterte auch mich auf alle Stunden, die mir meine so häufigen Berufsgeschäfte übrig lassen, den politischen Untersuchungen zu widmen, um einst das versprochene größere Werk über die politischen Wissenschaften in jener Vollkommenheit liefern zu können, in welcher ich dasselbe zu liefern wünschte: bis dahin soll das gegenwärtige Werk und meine Vorlesungen über dasselbe, meinen jungen akademischen Freunden hinlänglich seyn, sich auf der hohen Schule gesunde Grundsätze über politische Gegenstände zu sammeln, um einst mit vereinigten Kräften in meinem Vaterlande alle diejenigen nützlichen Einrichtungen und Anstalten zu verbreiten, welche ich in diesem verbreitet wünschte.

Ich verfaßte auch ein Verzeichniß von Schriften, die über die Staatswissenschaft überhaupt, dann insbesondere über die Polizei, Handlung und Finanz in verschiedenen Staaten herauskamen, ich wählte nur solche, welche durch ihren innern Gehalt oder durch besondere äußere Umstände merkwürdig wurden. Der akademische Lehrer kann auch diese Gelegenheit benutzen über den Inhalt und Werth dieser Schriften

V o r r e d e .

öffentliche Kritik anzuführen: wenn ich mein
Vernunft die angeführten Werke recensirt habe;
Sole ich ihnen, im Fall sie sich einst große
Erfolge im politischen Fache beschaffen wollen;
vier Schriftsteller: einen Deutschen G o n z
; einen Franzosen Montesquieu, ein
en Smith und einen Italiener Genov

Am Beschluß dieser Vorrede kann ich noch
sagen, daß meine Zuhörer, meine politischen
Vorlesungen mit ununterbrochenem Fleiße und der
Theilnahme besuchten, und dadurch auch
sahen, daß mein Lehramt mir mehr Lieblings-
Geschäft in meiner arbeitsamen Laufbahn
vielleicht wird das gegenwärtige Werk eben

V o r r e d e

zur dritten Auflage.

Die Schriftsteller, welche die Grundsätze der politischen Wissenschaften bearbeiteten, gaben diesen verschiedene Namen, je nachdem Sie die Gränzen derselben erweitern, oder einschränken wollten; in dem vorigen Jahrhundert nannte man diese häufig **Kammeralwissenschaften**, auch in unsern Tagen suchte der Herr Professor **Fulda** in Tübingen und andere Gelehrte den alten Namen wieder hervor und nannten diese Wissenschaften überhaupt **Kammeralwissenschaften**; nach meinen Ansichten soll man, wenn man alle verwandten Staatswissenschaften in Verbindung vortragen und diesen einen allgemeinen Namen beilegen will, diese **Staatswissenschaften** nennen.

ung des klassischen Werthes von A d a
n die Schriftsteller insbesondere die
: ein, bildeten aus der Staa
t eine selbstständige von andern
nschaften abgesonderte Wissenschaft,
rundsätze gelehrt werden, wie die N
thümer gegründet, erhal
:t und wieder konsumirt wi
eferten die deutschen Gelehrten B i
der Graf v. S o d e n, Professor d
sberg und mehrere andere sehr
r.

in neuern Zeiten nannten die deutsch
diese Wissenschaft Nationalök
angosen Oeconomie politique

Grenzlänge zwischen den verschiedenen politischen Wissenschaften ziehen können.

Auch das so beliebte Wort Nationalökonomie im Gegensatz der Privatökonomie scheint mir nicht passend genug zu seyn, ich würde lieber noch das alte Wort Kammeralwissenschaften nach dem Beispiele des Herrn Professors Gulda hervorsuchen und als ein bestimmtes Wort für diese verwandten Wissenschaften anwenden. Der Herr v. Sonnenfels, dessen Werk ich hier im Auszug mit Anmerkungen und Verbesserungen in einer dritten Auflage liefere, besorgte sieben Auflagen seines Handbuchs, unter dem Titel:

Grundsätze der Polizei, Handlung und Finanz.

Endlich am Abend seines thätigen Lebens wollte er noch diese Grundsätze unter dem Titel:

Handbuch der innern Staatsverwaltung mit Rücksicht auf die Umstände und Begriffe der Zeit herausgeben, im J. 1799 erschien der erste Band, er wollte nach und nach vier Bände liefern, dann sollte noch die praktische Geschäftsbehandlung in zwei Bänden folgen.

Die Ursachen, durch welche der würdige Verfasser verhindert wurde, sein Versprechen zu erfüllen, sind mir unbekannt; ich vermuthete, er wurde

„, in welcher die zweite Auflage
auch zum drittenmal der Presse ü-
ber auch mehrere litterarische und
ungen und Verbesserungen machte,
hundert andern hätte vermehren kö-
nnte durch den Gedanken, daß das
Absicht zu weitläufig werden kö-
nnte worden wäre.

In Hinsicht meines Versprechens
über die Staatswissenschaften zu li-
r sichern, daß ich seit vielen Jahren
stunden, die mir meine häufigen
übrig lassen, zur Erfüllung m-
ens bezeuge.

Zum Schluß muß ich noch anführen

Merkwürdige Schriften über die Staatswissenschaft.

Lipaii Justi Politicorum, seu Doctrinae civilis Libri IV.
qui ad Principatum maxime spectant. Fol. Lips. 1752.

Seit Ludwig v. Scedendorf, deutscher Fürstenstaat,
neue Auflage, Jena 1754. 8.

Philosophiae civilis, sive Politicae Partes IV. tanquam
Continuatio Systematis philos. Christ. L. B. de Wolf.
Authore Mich. Christ. Hannovio. Halae Magd.
1756. 4 Tomi. 4.

Entwurf einer Staatskunst, worinnen die natürlichsten
Mittel entdeckt werden, ein Land mächtig, reich und
glücklich zu machen, von J. M. v. Loeu, dritte Auf-
lage, Frankf. 1751.

Real, St., Staatskunst, oder Anleitung zur Bildung
kluger Regenten, Staatsmänner und Bürger, a. d.
Franz. v. Schulin. 7 Bde. gr. 8. Bamberg 1768—91.

de l'Esprit des Loix (par M. le President de Montes-
quieu) Nouvelle Edition. à Londres 1768. 3 Tomes.
8. Teutsch 1753. 3 Theile, neue Uebersetzung aus dem
Franz. 4 Bände. Altenburg 1782. 8.

Boß Handbuch der allgemeinen Staatswissenschaften
nach Schöbbers Grundriß, Leipzig 1796. 7 Bde.

Bensen Versuch eines systematischen Grundrisses der
reinen und angewandten Staatslehre. Erlangen 1798
— 99. Drey Abtheilungen.

Institutions politique par M. le Baron de Bielefeld.
à la Haye 1760. 3 Tomes. Teutsch. Breslau 1776. 8.

Die Staatsflugheit nach ihren ersten Grundsätzen entwor-
fen von Gottf. Achenwall. 4te Ausgabe. Göttingen
1779. 8.

*Introduction general à l'Etude de la Politique, des Fi-
nances et du Commerce* par M. de Beaumont.
Nouvelle Edition augm. à Berlin 1771. 3 Tomes. 8.

— Teusch mit Zugaben von F. von Albaum. Riga
1773—75. 3 Theile. 8.

Innenfels, Joseph v., Grundlage
Handlung und Finanz. Erste Auflage. W
ieser erschienen nach und nach sechs an
te Auflage 1804. umgearbeitet in folg
povon nur ein Band und ein kleiner Na
Handbuch der innern Staatsverwaltung.

langieri (Cav. Gaetano) la Scienza
ione. Nap. 1780. II. Edit. 1782. Fast 4
rschienen zwei Nachdrücke zu Venedig
Aus dem Italienischen übersetzt von He
R. Link unter dem Tite.: System der
Anspach 1788—91. 8 Theile, samt der
auf den Verfasser von Don Donato L
Auflage 1794. 8.

agner's Staatswissenschaft und Poli
tische. Leipzig 1805.

rug über Staatsverfassung und Sta
Königsberg 1806.

ölk die Staatslehre für denkende G
dargestellt. Leipzig. 2 Theile.

Haller Restauration der Staatswiss
Theorie des natürlich geselligen Zustan
Winterthur 1816—18.

Meunier über die Staatsämtern

- Coiz, Interest, Circulation, Banks, Exchange, public Credit, and Taxes.** by Sir James Stewart. London 1767. 2 Vol. Teutsch. Hamburg 1768. 3 Bände. 4. Tübingen 1769—72. 4 Bände. 8.
- Smith, Joh. Peter. Gottl. v., Staatswirthschaft, oder systematische Abhandlung aller ökonomischen und Kammeralwissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden.** 2 Theile, zweite vermehrte Auflage. Leipzig 1758. 8.
- Delle Lezioni di Commercio, o sia d'Economia civile de legersi nella Cattedra interiana Napoli dell' Abate Genovesi in Milano.** 1768. 2 Part. 4. Teutsch. 1772. Leipzig. 2 Theile. 8.
- Th. Mortimers Elements of Commerce, Politics, and Finances.** London 1773. 4. Teutsch. Grundsätze der Handlung, Staatskunst und Finanzwissenschaft. Leipzig 1781.
- Smith, Adam an Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations.** London 1775 et 76. Uebersetzt nach der ersten Auflage von Schille und Wichmann. Leipzig 1776. 2 Bde. 8. Neu übersetzt nach der vierten englischen Auflage von Christian Garve. 4 Bde. 1796—99. 8. Von diesem berühmten Werke sind sieben Auflagen in englischer Sprache erschienen.
- v. Berz Betrachtungen über die Staatswirthschaft.** Aus dem Italienschen. Dresden 1774. Neue Uebersetzung vom Hofrath Schmid. Mannheim 1788. 8.
- Conte Bonas di delle Mallerie. Saggio di Economia civile.** Torino 1776. 8.
- Sartorius. Handbuch der Staatswirthschaft nach Smith.** Berlin 1796.
- Köder über Nationalindustrie und Staatswirthschaft nach Adam Smith bearbeitet.** Berlin 1800. 3 Theile. 8.
- Schäfers Anfangsgründe der Staatswirthschaft, oder die Lehre von Nationalreichthum.** Riga 1805—1807. 2 Bände. 8.
- Webers systematischer Grundriß der Staatswirthschaft.** Berlin 1804.
- Jul. Graf v. Soden. Die Nationalökonomie, ein philosophischer Versuch über die Quellen des Nationalreichthums und über die Mittel zu dessen Beförderung.** Leipzig 1805 u. f. j. Seben Bände. Auch dessen Lehrbuch der Nationalökonomie zum Gebrauch öffentlicher Vorlesungen. 1810.

- K. M. v. Struensee's** Abhandlungen über wichtige Gegenstände der Staatswirtschaft. Berlin 1799. 3 Theile.
- K. Murbard's** Ideen über wichtige Gegenstände, aus dem Gebiete der Nationalökonomie und Staatswirtschaft. Göttingen 1808.

Schriften über das Polizeirecht, insbesondere das Deutsche.

- Heumann**, Initia Juris Politiae Germanorum Norimbergae 1787. 8.
- Beiträge zum Polizeirecht der Deutschen**, von J. B. Pöfker, erster Band! Frankf. u. Leipzig 1765.
- Von der Landeshoheit in Polizeisachen** von Pöfker. Frankfurt und Leipzig 1773.
- Code de la Police, ou Analyse des Reglements de Police divisé en douce Titres** par M. D. (du Chesne) Edit. III. à Paris 1768. 8.
- Lehrbegriff sämmtlicher Kammeral- und Polizeirechte**, sowohl von Deutschland überhaupt, als insbesondere von den Preussischen Staaten, von Fried. Christ. Jon. Fischer, 3 Bände. Frankfurt a. d. O. 1785. Ein klassisches Werk über das deutsche Polizeirecht liefert **Günther Heinr. v. Berg**, Handbuch des deutschen Polizeirechtes, 7 Theile. Hannover 1802—1809. Die drei letzten Theile erschienen auch unter dem besondern Titel:
- Sammlung deutscher Polizeigesetze nach der Ordnung des Handbuches.**

Schriften über die Polizeiwissenschaft.

- Traité de la Police**, par Mr. de la Mare I.—IV. à Paris 1729. à Amsterdam 1729. seconde Edition augmentée in Fol.
- Justi v. K. H. G.** Grundsätze der Polizeiwissenschaft. Göttingen 1756. 2te vermehrte Auflage 1759. Dritte Ausgabe mit Verbesserungen und Anmerkungen von Joh. Beckmann. Göttingen 1782. 8.

erarwissenschaften (von Krug, G.
 stig's Carl Gottlob; Lehrbuch de
 haft. Jena 1786, 8.
 n g. Lehrbuch der Staatspolizeiwiss
 g 1788.
 hwarz; System einer unvernünftiger
 1796.
 b Ideen über den Begriff der Polizi
 ang der Staatspolizei. Hildburghause
 nrich Grundzüge einer Theorie der
 chaft. Lüneburg 1808.
 d Grundlinien der Polizeiwissenschaft
 berg 1809.
 klob's Grundsätze der Polizeigesetze
 eianstalten. Halle 1809.
 Eisenhuth Polizei, oder Staatsei
 ung, für Sicherheit und Wohlfarth
 Landsbut. 1809, 2 Bände.
 arl Handbuch der Polizeiwissenschaft
 quellen und Geschichten. Erlangen 180
 oden Graf v. Zul. die Staatspolizei i
 sägen der Nationalökonomie, auch i
 die Nationalökonomie, 7ter Bd.

Kleinere merkwürdige Abhandlun.
 Polizei.

Allgemeine Einleitung.

Abtheilung der Staatswissenschaft in ihre Zweige.

S. 1.

Der einzelne lebende Mensch ist nicht der Mensch im Stande der Natur. Der Stand der Natur wäre sonst ein Stand des beständigen Mangels, der beständigen Furcht; die Vernunft, durch die sich der Mensch vom Thiere unterscheidet, läßt ihm das Mittel nicht verlernen, wodurch er einen verbesserten Zustand erreichen kann, dieses Mittel ist die Vergesellschaftung mit seines gleichen. Der Begriff eines einzelnen Menschen ist vielleicht eine bloße Schriftstellerabstraktion. Der Mensch ist immer in Gesellschaft, und wie Ferguson in seinem Essays on the History of civil Socitey scharfsinnig anmerket: ein Wilder den man irgendwo in einem Walde gefangen, beweist nicht mehr, daß die Menschen von Natur einzeln leben, als ein im Walde ver-

igen ihr Augenmerk nur auf das Wi-
richten, das Beste aller kleinern G-
r Ziele gesteckt hat.

. Diese allgemeine Gesellschaft ist der
Vertretung in denselben hat den ein-
us denen er zusammengesetzt ward,
erworben, hat sie in neue Verhältni-
schen sind Bürger geworden, die
Natur ihres selbstgewählten Stand-
le zu einem Ganzen Beziehung haben
einem politischen Körper vereinbart
dieser Vereinbarung ist: Einheit de-
it des Willens, Einheit de-

. Einheit des Zweckes; näm-
art, des Besten, welches in An-
meinschaftliche Beste genannt
besondere Beste der einzelnen G-
Privatnutzen, dem erstern beständig

§. 4. **Einheit des Willens:** die, wo es um etwas zu thun ist, das seine Wirkung auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten erstreckt, aus der Verbindung der Mittel mit dem Zwecke, und aus dem Grundsatz: daß niemand mit sich selbst im Widerspruche stehen, das ist: niemand wollen, und zugleich nicht wollen kann: alle Einrede aufhebt, und den Eigenwillen des Einzelnen den Entschliessungen des gemeinschaftlichen Willens unterwürfig macht.

§. 5. **Einheit der Kraft;** hieraus die Verbindlichkeit, die einzelnen Kräfte der gemeinschaftlichen Kraft nicht zu entziehen, wo immer dieselben zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes nothwendig sind. Hieraus die Verbindlichkeit, der gemeinschaftlichen Kraft nicht zu widerstreben, das ist, die einzelnen Kräfte auf keine andere Art anzuwenden, als nach der Richtung der gemeinschaftlichen Kraft.

§. 6. Die Anstalten und Maaßregeln zur Beförderung des gemeinschaftlichen Besten vorzuschlagen, zu prüfen, entweder gut zu heißen, oder zu verwerfen, ist ein gemeinschaftliches Recht aller Glieder der Gesellschaft. Allein soll es nun zu einem wirklichen Entschlusse kommen, soll dasjenige, was entschlossen worden, alle Glieder verbinden, das ist, ein Gesetz werden, so wird auch die Uebereinstimmung aller Glieder erfordert.

§. 7. Dieses war die erste Gestalt aller Staaten: Uebergang von der Menge zur Gesellschaft, von der Anarchie zu der einfachsten Demokratie. Aber bald mußten sich die Schwierigkeiten zeigen, welchen diese Erklärung bei einer größern Gesellschaft unver-

u) allgemeinen Zusammenrücken,
lung aller Stimmen, besonders in za
ften, und Ländern von weiterem U
war. Die Einsicht der Mitstim
l, den sie nach Unterschied des Verm
Verschiedenheit anderer Umstände an
Angelegenheiten haben, war ungleich
hatte die Stimme des Klügern,
nden nicht mehr Einfluß und Gewi
ie, des Unerfahrenen, des Unv

Man mußte sich also über eine Art
chen Willen zu erklären, vereinigen,
wierktigkeiten vermieden würden. So
ften auf verschiedene Art denselben.
entstanden wahrscheinlicher Weise
Regierungsformen.

8. Um den öffentlichen Angelegenb
inen Ausgang zu versichern, blieb n

theil werden muß, so ist durch diese nähere Bestimmung auch weder die Verzögerung, noch der Unterschied des Antheils gehoben, welcher in die öffentlichen Berathschlagungen so sehr einfließt. Daher rief man die Weisern, gleichsam die Edlern zur Volksvertretung, und in dieser Eigenschaft zur Verwaltung des gemeinen Wesens auf: von ihnen empfingen die Staaten nach der Verwaltungsform den Namen Aristokratien: Wahlaristokratien, wo die Volksvertreter unmittelbar von dem Volke, oder mittelbar durch Wahlmänner auf eine bestimmte Zeit gewählt wurden: Erbaristokratien, wo die Volksvertretung an Familien für beständig übertragen ist. In Aristokratien zwar wird die Gesetzgebung an den einsichtsvollern Theil des Volks übertragen: aber Familienabsichten wurden immer in die öffentlichen Berathschlagungen mitgebracht, und machten Spaltungen, oder lenkten die allgemeinen Geschäfte nach dem Privatnutzen hin. Daher andere Nationen in der hausväterlichen Verwaltung ein Urbild suchten, wornach sie aus Vertrauen zu der Weisheit und Tugend eines Bürgers die Verwaltung an einen übertrugen, der ihr Gesetzgeber, ihr Haupt seyn, der, indem er alles vom dem gemeinen Wesen erhält, und dadurch sein Wohl untrennbar mit dem allgemeinen verbunden ist, auch keinen von dem allgemeinen gesonderten Vortheil kennen, der also bei der Verwaltung Uebereinstimmung in der Absicht mit dem Krafttriebe der Vollstreckung verbinden sollte. Diese Verwaltung ward Monarchie genannt. Alle drey Regierungsformen sind wieder verschiedener Zusammensetzungen, Einschränkungen, Mäffigungen und Ausartungen fähig.

§. 9. Durch diese verschiedenen Regierungsformen ward an dem wesentlichen der bürgerlichen

/ da es sonst durch die allgemeine Ueb
hen mußte.

10. Indem nun die oberste Gewalt
lichen Willen enthält; so kommt es
bestimmen, wie die gemeinschaftliche
reinen Besten am schicklichsten zu gebra

11. Der Zweck, um dessen willen,
ie Gesellschaft treten, ist stets da
s zu erhalten, sie einzeln weder
sittliches noch physisches Ver
es ist das gemeinschaftliche Be
ie aller einzelnen Besten. In bürge
n war dieses Beste, dieser Zweck d
und Bequemlichkeit des Lebe
baret die öffentliche Wohlfart ausmac

12. Die Sicherheit ist der Zus
ir nichts zu fürchten haben. Der Zus

§. 13. Die Bequemlichkeit des Lebens ist die Leichtigkeit sich durch seinen Fleiß Unterhalt zu verschaffen; je vervielfältigter die Nahrungswege sind, desto leichter kann der Fleiß seinen Unterhalt finden. Die allgemeine Bequemlichkeit des Lebens wird also durch Vervielfältigung der Nahrungswege erhalten.

§. 14. Die gemeinschaftliche Wohlfart in ihren verschiedenen Zweigen kann ohne Aufwand nicht erhalten werden. Die äussere Sicherheit z. B. fordert Bestungen, Kriegsbeere, Gesandtschaften; die innere Sicherheit Magistrate, Gerichtsstellen u. d. gl. Der Regent muß mit Einkünften versehen werden, die seiner vorstellenden Würde angemessen sind. Dieser Aufwand wird zum Besten aller Bürger gemacht: die Billigkeit fällt daher auf, daß er von allen Bürgern getragen, aber auch auf eine solche Art bebohen werde, welche dem Zwecke zusaget.

§. 15. Nach vielfältigen Beobachtungen und Erfahrungen konnten die verschiedenen Maaßregeln, durch welche die allgemeine Wohlfart erhalten wird, auf zuverlässige Grundsätze zurückgeführt, und in die Gestalt einer Wissenschaft gebracht werden, welche die Staatswissenschaft im ausgedehntesten Verstande ist: die Wissenschaft nämlich die Wohlfart eines Staates handzuhaben, die Wissenschaft zu regieren. Man ist überzeugt, daß das Muthmaßliche und Wandelbare nicht in den Grundsätzen der Wissenschaft liegt, sondern in den Umständen und Vorfällen, auf welche die Grundsätze anzuwenden sind. Der bloße Empiriker in der Politik ist also eben so wenig für einen Staatsmann anzusehen, als der Empiriker in der Heilkunst für einen Arzte.

§. 17. Als man beobachtete, daß sich Staaten in vier große Hauptgeschlechter gliedern, die zwar untereinander verbunden die Hände bieten müssen, die jedoch einen untergeordneten Zweck stellen, so man die Staatswissenschaft ebenfalls in vier Theile abgesondert. Diese vier untergeordneten Theile sind: 1) die äußere Sicherheit, die innere Sicherheit, die Verfassung der Nation und die Erhebung der zum Staat nöthigen Einkünfte.

§. 18. Die Sammlung derjenigen Grundsätze, die die äußere Sicherheit der Nation betreffen, wird, macht die Staatswissenschaft in vier Theile (die sogenannte Staatsflugschriften) aus, welche, da die dahin einschlä-

der Staaten zu gründen und zu erhalten, machen die Wissenschaft der Polizei aus.

§. 20. Die Vervielfältigung der Nahrungswege durch einen vortheilhaften Umsatz dessen, was das Erdreich und die Flemsigkeit hervorbringen, lehrt die Handlungswissenschaft.

§. 21. Die Finanzwissenschaft endlich zeigt, auf welche Weise die Staatseinkünfte auf das vortheilhafteste gehoben werden sollen. Die teutschen Schriftsteller begreifen die Polizei, Handlung und Finanz zusammen öfters unter dem Worte Staatswissenschaft oder nennen sie nach dem französischen die ökonomischen Wissenschaften. Den beyden letztern legen sie auch insbesondere den Namen Kammeralwissenschaften bey, von den sogenannten Kammern der Regenten, bey denen die dahin einschlagenden Geschäfte gewöhnlicher Weise verwaltet werden.

§. 22. Die Naturlehre mit allen ihren Theilen, die mathematischen Wissenschaften, die Erdbeschreibung, die Geschichte, die Rechte, die Sprachen sind theils als unentbehrliche Vorbereitung, theils als erleichternde Hülfsmittel zur Theorie der Polizei, Handlung und Finanz anzusehen. Aber der Mann im Geschäfte, bey der wirklichen Ausübung muß die Sitten, Gewohnheiten und Geseze der Völker, muß die wechselseitigen Vorthelle und Nachtheile der Länder, muß die politischen Verhältnisse der Staaten, und will er mit Nutzen bey der Gesetzgebung mitstimmen, vorzüglich den Menschen im Allgemeinen und in den besondern Abänderungen kennen.

... die Aufsicht und Verwaltung
trant ist, die Polizei, aus diesem G
s. gehört für die Polizei: man kann
stand von der Polizei Aufklärung ei
steht unter dem Worte Polizei die
timmten Polizei - Zustand eines Landes
Gesetze, und Anordnungen der Poli
unde sagt man oft: in diesem Lande
jener Stadt ist schlechte Polizei. c) ;
unter die Polizeiwissenschaft
ort Polizei wurde so verschieden e
t de la Mare in seinem Traite de
m. Tom. I. L. I. T. I. behaupten
nn man alle Definitionen, welche ü
zei gemacht werden, anführen und
dieser Materie allein ein ganzes Buc
Es wäre hiezu weit ausgeholt,
riffe, welche die Griechen und Rö
lato, Aristoteles, Cicero, u
... zu führen mochte. E

Schränken. Der große deutsche Publizist P ä t t e r in seinem Institut. *Iuris publici* Lib. 7. Cap. 3. §. 331. behauptete, die Polizei bestehe in der Sorgfalt künftiger gemeinschädlicher Uebel im Innern des Staates zu verhüten und abzuwenden. Diesem folgten auch seine Schüler H ä b e r l i n und v. B e r g. Die Polizei soll sich bemühen, jedes zweckmäßige und erlaubte Mittel anzuwenden, die Hindernisse und Gefahren, welche der Sicherheit der Bürger drohen, abzuwenden; sie soll alle Unglücksfälle, so viel es in ihrem Wirkungskreise möglich ist, verhüten.

Einige Schriftsteller glaubten, den eigentlichen Begriff der Polizei dadurch genau zu bezeichnen, wenn sie die Hauptzwecke und Hauptgegenstände der Polizei in die Definitionen selbst aufzählen würden. Auf diesem Wege suchten der Baron von A r e i t m e y e r, R ö s s i g, S c h n a u b e r t und mehr andere den Begriff der Polizei zu bestimmen. Andere glaubten, mit dem Präsidenten von D r a i s, daß man aus der Angabe, was die Polizei nicht ist, den Begriff der Polizei am genauesten bestimmen könne. Allein alle diese Definitionen und Beschreibungen der Polizei, die man in den neuen Lehrbüchern über die Polizei finden kann, werden den unpartheischen Kenner nicht befriedigen. Der Raum dieses Werks erlaubt es nicht, diese hier anzuführen und zu widerlegen. Nur die Ansichten eines scharfsinnigen Denkers des Herrn Professors v. M a y r in Tübingen kann ich hier nicht umgehen. Dieser behauptet in seinem Werke *System der Staatsregierung im Grundriß* — Hof. 1807. S. 167. Daß bei der Staatspolizei als einen Haupttheil der Staatsregierung betrachtet, das Hauptaugenmerk nicht auf das Sicherheits- sondern vielmehr einzig auf das Wohlfarts-Fach gerichtet sei, doch

entstand, und wäre also eines Theils :
1. des - Oekonomie - Gewerks - und Ha
ei, andern Theils Religiosität - Kir
rungs - und Sittenpolizei.

Ein anderer berühmter Gelehrter, der zwa
, über die Polizei schrieb, aber doch zur
des Lehrbuchs von Justi's Grundsätzen
Wissenschaft gründliche Anmerkungen liefe
ckmann in Göttingen, sagte S. 6. die
Wissenschaft die verschiedenen Gewerbe n
t des Staates zu leiten: auch dieser Beg
iz richtig.

Der Präsident von Dräis hält die Pol
entlichen Theil der nicht gerichtlichen erfuhr
walt im Innern: der außer den kirchliche
ralsgegenständen die anderwärtigen Vorkel
inschen wohl begreift; diese Definition ist, w

Zweige der Staatsgewalt ihrer eigenthümlichen Bestimmung noch nicht wirksam sind, zu befördern sucht.

Wenn man in das gemeine Leben eingeht; so wird die Richtigkeit dieses Begriffes auffallend allgemein bestätigt; unsere Regierungen übertragen verschiedene Geschäfte den Polizeidirectionen und Beamten, wenn man im Zweifel war, welchem Kollegio man das Geschäft übertragen soll. Gewöhnlich muß auch in andern Kollegien eine genaue Polizeiaufsicht im Innern derselben von ihren Vorstehern geführt werden. Unsere Konfessionen führen auf die Klöster eine strenge Polizeiaufsicht.

Die sogenannte *Disciplina Ecclesiastica* ist eigentlich eine Polizeiordnung; man kann sich sogar eine Polizeiaufsicht über die Völker selbst denken. Unter den neuern Schriftstellern hatten auch noch zwei berühmte Professoren Schözer in seiner Staatsgelahrtheit B. I. S. 25. und Schmalz in seinem natürlichen Staatsrechte S. 174. ganz eigene Ansichten von der Polizei. Der erste setzte den Zweck Polizei darin die aus dem Zusammenrücken und Absondern der Staatsbürger in einzelnen Massen und Volksklassen und in Städten und Dörfern entstehenden Unbequemlichkeiten zu heben, und die nun erst möglichen Bequemlichkeiten zu verschaffen. Schmalz hingegen behauptete, das Geschäft der Polizei sei die Handlungen der Unterthanen für den Zweck des Staates zu bestimmen. Man kann zwar nicht widersprechen, daß die Polizei thätig mitwirken soll, den großen Staatszweck zu erreichen; hier soll man aber den besondern Wirkungskreis der Polizei von andern Hoheitsrechten, ja selbst von der höchsten Staatsgewalt wohl unterscheiden.

Noch fand ich in meinem Briefe des Thomas Paine an Rannal das Wort Polizei in einem andern

II.

auptgrundsatz der St schaft und ihrer Zw

§. 23. Wenn ein Gesetz, eine An
ing und Vergrößerung der allgemeiner
eschlägen, in Berathschlagung gen
ührung gebracht wird, so handelt die
altung, oder sie soll wenigstens nicht
indeln, sondern nur von bewiesenen (t
t zu Werk gehen. Bei diesem Beweis
eise zurück, bis sie endlich zu einem G
r Wahrheit gelangt, zu welchen sich
rückte führen lassen, von dem alle
... ..

bindung unter sich durch einen höhern Satz dargehan werden müßte? er muß zureichend seyn, weil sich daraus die Ursache aller untergeordneten Sätze muß angeben lassen; er muß endlich nicht zu entfernt seyn, das ist, der Verstand muß bey den geführten Beweisen nicht schon ehe befriediget seyn, bevor er bis zu den angenommenen Grundsatz zurück geführet wird.

§. 24. Der einzige, der die Staatswissenschaft mit allen ihren Zweigen zu einem allgemeinen Grundsatz zurückführte, war Justi, er hat hierzu die Beförderung der allgemeinen Glückseligkeit angenommen. Die Beförderung der allgemeinen Glückseligkeit ist zwar der Augenmerk entstehender Staaten, und ihr immer fortdauernder Endzweck; eben darum kann sie als sie der Prüfungsatz, oder der allgemeine Grundsatz nicht angenommen werden, da durch diesen die Güte der Maaßregeln, die in ihrer Uebereinstimmung mit dem Endzwecke besteht, geprüft werden soll.

§. 25. Die Betrachtung, wie die bürgerlichen Gesellschaften entstanden, und durch welches Mittel sie ihren Endzweck erreicht haben, wird sicherer zu den eigentlichen Hauptgrundsatz leiten, der einzelne Mensch suchte seine Kräfte durch die Vereinigung mit mehreren zu vergrößern, suchte durch diese Vergesellschaftung mehrere Bedürfnisse zu befriedigen, mehrere Gemächlichkeiten zu erhalten, je größer die Gesellschaft war, worin er sich begab, desto größer ward das Maaß des Widerstandes, den er auf jeden Fall leisten, und dadurch seine Sicherheit vergewissern konnte. Je zahlreicher die Gesellschaft war, desto häufiger wurden die Bedürfnisse, desto mannigfaltiger waren die Erzeugnisse

elbe, es wird also ebendasselbe Mittel

§. 26. Die Vergrößerung der
hält also alle untergeordneten einzelne
he gesammelt die allgemeine W
i. Sobald also, als es von einer
m Gesetze erwiesen ist, daß sie de
ng vortheilhaft oder derselben wenig
; so enthält dieser Beweis zugleich
; daß sie die allgemeine Wohlfart von
rheit, oder Bequemlichkeit k
igstens nicht beschränken. Es soll
ßerung der bürgerlichen
h Beförderung der Bevölke
nschaftlichen Hauptgrundsatz der G
der darunter begriffenen Wissenschaft
den; sind der Prüfssatz jeder Maasß
förderung der gemeinen Wohlfart ergrif
sie der Bevölkerung zuträg

jen sind von der Natur der Staaten, der politischen und physikalischen Lage und den Umständen vorgezeichnet.

§. 28. Je größer die Menge des Volkes, desto größer ist das Maß des Widerstandes, worauf die äussere Sicherheit beruhet, folglich der Hauptgrundsatz der Politik.

§. 29. Je größer die Menge des Volkes ist, auf dessen beiten Beystand man bauen darf, desto weniger hat man von innen zu fürchten; folglich der Hauptgrundsatz der Staats-Polizei.

§. 30. Je mehrere Menschen, desto mehrere Bedürfnisse, desto vervielfältigter die Nahrungswege von innen, je mehrere Hände, desto häufiger die Erzeugnisse des Erdbauers und Fleisses, der Stoff zur äussern Vertauschung, folglich der Hauptgrundsatz der Handlungswissenschaft.

§. 31. Je mehrere Menschen, desto mehrere die zum öffentlichen Aufwande beitragen; desto kleiner der Antheil eines jeden Mitsteuernden insbesondere ohne Verminderung der öffentlichen Einkünfte selbst; folglich der Hauptgrundsatz der Finanzwissenschaft. Das Kenntniß der Bevölkerung ist also bei allen Theilen der öffentlichen Verwaltung unentbehrlich, die Mittel dieselbe im Ganzen und ihren Theilen zu übersehen, gehören also, keinem Zweige der Staatswissenschaft, insbesondere, Anse gehören als Einleitungskenntnisse zu allen.

Dieser von H. v. G. aufgestellte Hauptgrundsatz der

und war gar nicht zu bewegen d
Erst im Jahre 1801 fand er d
er an Herrn Hofrath und Professor
i Repositorien für die
atskunde und Politik. Bei
Band, erstes Heft. Dieser lieferte
lung in dem ganzen ersten Hefte vor
bestritt mit großer Hefigkeit diese
idsatz. Herr Z u e d e r ließ sich so
weiten Abschnitte S. 110. zu behau
Anerkennung, oder Annahme dieses
allgemeine Zerrüttung erfolgen müsse
ine Zerrüttung, Hemmung und Sp
chen Laufs der Dinge, Verlust d
heit und die härtesten Einschränkung
den Gebrauch unserer Kräfte, Tadel
Güter, oder unseres Eigenthums
eten, wo eine consequent handelnde
n von Kannenfeld Grundsatz anerke

stand, das Einkommen, der Nationalreichtum ab, hängt die äussere, wie die innere Sicherheit und die Kultur ab, die intensive nicht minder, wie die extensive.

Also lautet der Hauptgrundsatz der Staatswissenschaft: jedes Gesetz, jede Anordnung, jede Verfügung der Regierung, welche auf die Vermehrung der hervorbringenden Kräfte, oder auf eine bessere Anwendung derselben hinwirkt, entspricht dem Zwecke des Staats, weil sie der Bestimmung des Menschen entspricht; und jedes Gesetz und jede Verfügung, welche die hervorbringenden Kräfte vermindert, oder eine weniger ergiebige Anwendung derselben bewirkt, widerspricht dem Zwecke des Staats, weil sie der Natur widerspricht.

Ich behaupte, Sicherheit der Rechte und Beförderung der Wohlfart des ganzen Staates und aller seiner Glieder soll als der Hauptgrundsatz der Staatswissenschaften erklärt werden. Der Raum erlaubt es nicht, diesen Satz ausführlich zu entwickeln; ich werde bald Gelegenheit haben, die Richtigkeit desselben in einem andern Orte zu beweisen.

III.

Mittel die Bevölkerung zu berechnen.

§. 32. Wir haben heute zweien Wege die Volksmenge zu erkennen: die politische Berechnung

Diese Verhältnisse beziehen sich auf Sterbenden gegen eine gegebene Lebender; auf die Zahl der bei einer gegebenen Anzahl. Gewissermaßen auch die aus Verzehrungstabelle vorzüglich aus der Kornverzehrung fest gezogenen Schlüsse unter diese Zahl gezählt werden.

§. 34. Die Zahl der Sterbenden den Verzeichnissen erhoben, sollte von allen Kirchspielen des öffentlichen der Städte selbst von verschiedenen Jahren Jahre gesammelt, und gegeneinander. Aus einer gewissen Gleichheit können wahrgenommen, glaubte man etwas der Natur im Sterben der Menschen trieben worden, aufgespürt zu haben, der Mittelzahl festsetzen zu können: der

ein Beweis von 36 Lebenden: erscheinen nun 300 Tode in dem jährlichen Todtenregister, so gehe man mit 36 darunter: die Vermehrung giebt 10800 zum wirklichen Bevölkerungsstande.

§. 35. Die Taufregister geben die Anzahl der jährlich Geborenen, und die Trauregister die jährlich geschlossenen Ehen. Die Vergleichung zwischen beiden zeigt den Grad der Fruchtbarkeit: oder aus wieviel stehenden Ehen jährlich ein Kind geboren werde. Kersboom setzt von 13 Ehen 2 jährlich als fruchtbar, und 13 Ehen von 70 Köpfen an; mit Einrechnung der Zwillinge und unehelichen ist also ein Kind von 35 oder das Verhältniß der Geborenen zu den Lebenden ist 1: 35. 300 Geborne zeigen also, nach ihm mit 35 daruntergegangen von 10500 wirklicher Volksmenge.

§. 36. Die Gegeneinanderhaltung der Gestorbenen und Geborenen gab noch ein drittes Verhältniß: woraus nach dem Ueberschusse der letztern gegen die ersten die Fortschreitung der Bevölkerung in einem Staat geschlossen werden konnte. Süßmilch giebt zur allgemeinen Regel über das Verhältniß der Geborenen zu den Sterbenden 10: 12 bis 13 an: das ist, gegen 10 Sterbende würden im ganzen, gemeine Jahre gegen epidemische aufgerechnet, 12 bis 13 geboren.

§. 37. Zur Berechnung aus der Verzehrung findet sich hauptsächlich nur in solchen Ländern Gelegenheit, wo eines der unentbehrlichsten menschlichen Bedürfnisse das Brod, folglich das Korn, einer Abgabe unter was immer für einem Namen z. B. als

Korn auf 1000 Köpfe schließen laßen.

§. 38. Alle diese Berechnungsarten haben ihre unfehlbaren Nutzen, wo andere Genauigkeit gefordert wird; der Verwaltung liegt also immer sehr daran, worauf sich die politischen Rechnungen nicht zu vernachlässigen. Indessen sind gezogenen Schlüsse immer mehr nicht als Hilfen, welche die eigne Zuverlässigkeit, die der Staat in einer so wichtigen Sache muß, und durch andere Mittel ersetzen die zufälligen Mängel, welche die genaue Aufmerksamkeit beheben lassen können, ihren, darf man bloß einwenden, daß der Rechner selbst über die Grundverhältnisse der Sterbenden zu den Lebenden, der Lebenden zu den Sterbenden, der Ehen zu den Ehen, der Ehen zu der

... nicht auseinander haben.

so kann immer dadurch mehr nicht, als die allgemeine Summe höchstens mit den beiläufigen Verhältnisse der Geschlechter erhalten werden, da dem Staate gleichwohl daran gelegen ist, alle nur möglichen einzelnen Untertheilungen und Verhältnisse herauszubringen von denen er so mancherley Vortheile erheben kann. Er wird sie leicht, und mit grosser Zuverlässigkeit durch die Uebersetzungen oder jährlichen Beschreibungen erhalten.

§. 40. Die nothwendigsten Rubriken dieser Seelenbeschreibungen sind folgende: der Stand der Familie bei der letzten Beschreibung; der Zuwachs von dieser Zeit; an Gebornen, an aus andern Häusern, aus andern Städten hieher Versetzten, an Fremden; der Abgang an Gestorbenen nach den Stufen des Alters, an in andere Häuser, in andere Städte Versetzten, an Ausgewanderten. Die Gegeneinanderhaltung dieser beiden Fächer zeigt den gegenwärtigen Stand der Familie, wovon weiters umständlich das Geschlecht, das Alter unter gewissen Stufenjahre, die Religion, die Beschäftigung und der Stand, die Mitarbeiter, Dienstkleute, dann die Ehen, die lebenden Kinder beschrieben werden müssen. Jeder Familienvater beschreibt sich selbst nach einem ihm vom Staate vorgeschriebenen Formular: aus diesen einzelnen Familienbeschreibungen zieht der Hausinhaber, der auf die Richtigkeit der erstern zu sehen und die Familienbeschreibungen beizulegen hat, eine Beschreibung seines Hauses. Aus Haustabellen verfertigen die über die Richtigkeit der Haustabellen wachenden Strassenkommissäre Strassentabellen, oder Ta-

1. Mr. J. B. ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...
 11. ...
 12. ...
 13. ...
 14. ...
 15. ...
 16. ...
 17. ...
 18. ...
 19. ...
 20. ...
 21. ...
 22. ...
 23. ...
 24. ...
 25. ...
 26. ...
 27. ...
 28. ...
 29. ...
 30. ...
 31. ...
 32. ...
 33. ...
 34. ...
 35. ...
 36. ...
 37. ...
 38. ...
 39. ...
 40. ...
 41. ...
 42. ...
 43. ...
 44. ...
 45. ...
 46. ...
 47. ...
 48. ...
 49. ...
 50. ...
 51. ...
 52. ...
 53. ...
 54. ...
 55. ...
 56. ...
 57. ...
 58. ...
 59. ...
 60. ...
 61. ...
 62. ...
 63. ...
 64. ...
 65. ...
 66. ...
 67. ...
 68. ...
 69. ...
 70. ...
 71. ...
 72. ...
 73. ...
 74. ...
 75. ...
 76. ...
 77. ...
 78. ...
 79. ...
 80. ...
 81. ...
 82. ...
 83. ...
 84. ...
 85. ...
 86. ...
 87. ...
 88. ...
 89. ...
 90. ...
 91. ...
 92. ...
 93. ...
 94. ...
 95. ...
 96. ...
 97. ...
 98. ...
 99. ...
 100. ...

Bevölkerung wird der Magazinirung, dem Manufakturwesen und den Beschäftigungen zum Grunde gelegt, weil es die Summe der Bedürfnisse anzeigt; es ist zugleich die Grundlage der Finanzoperationen, welche mit diesen Hülfsmitteln vorbинеin eine arithmetische Zuverlässigkeit erhalten können. Das Verhältniß der Provinzialbevölkerung zeigt: ob die Vortheile unter den verschiedenen Provinzen gleich vertheilet sind; oder welche unter ihnen eine hülfreiche Hand einlade? Das Verhältniß der Ehen weist ihre Abnahme oder Vermehrung, im ersten Falle führet es auf die Untersuchung zurück: ob Mangel der Nahrungswege, zu große Kriegsbeere, zu viele Kleriken, zu häufiges Dienstgesinde u. d. gl. die Abnahme veranlassen? Die entdeckten Ursachen des Uebels führen zugleich auf die Mittel demselben abzuhelfen. Die Rubrik der Beschäftigungen zeigt, ob sie gegeneinander im vortheilhaften Gleichgewichte stehen? wo sie sich die Hände biethen, nicht wechselweise sich entkräften, oder unterdrücken können? Der Abgang, welcher durch unebenmäßige Sterblichkeit veranlassen wird, deutet auf einen Fehler der Medicinalanstalten; Auswanderungen auf Mangel der Beschäftigung, zu schwere Abgaben oder andere Arten von Bedrückungen. Wenn endlich diese Seelenbeschreibungen von einer Zeit zur andern z. B. alle fünf Jahre durch den Druck gemein gemacht würden: so könnten sie nachdenkenden Politikern zum Leitfaden mancher Betrachtung dienen, die dem allgemeinen Besten zuträglich seyn dürften.

§. 42. Die Bedenklichkeiten, wegen welcher die

dafür, lassen die gesuchte Zuverlässigkeiten, weil die Soldaten gemeiniglich nicht begriffen sind; weil die Reisenden nicht werden; weil endlich viele Menschen freibung entziehen; allein durch eine Einrichtung lassen sich alle diese Mängel leicht

E i n l e i t u n g.

Die einfachsten Begriffe der Polizei und hieraus der Ordnung, wornach sie abgehandelt wird.

§. 43. Wenn die Veretheiligung in Bürgerschaften die zerstreuten Menschen zur Uebung der bürgerlichen Tugenden näher gebracht hat.

ſie ſich entgegen einigermassen der Möglichkeit wechselseitiger Anfälle unter ſich genähert, und mancherley Vorfällen ausgesetzt, welche die Veränderung ihrer Stellung für ſie gefährlich machte. Daher die Maaßregeln aller Völker ſich eine ſolche Verfaſſung zu geben, wodurch der Eigenmacht, der Unterdrückung Schranken geſetzt, die Raubsucht bezähmet, die Betrügereien gehindert werden; daher die mannigfaltigen Vorkehrungen gegen gefährliche Vorfälle jeder Art. Wenn dieſe Maaßregeln und Vorkehrungen geſammelt, und auf gewiſſe aus der Natur des geſellſchaftlichen Zwecks abgeleitete Grundſätze zurückgeführt werden; ſo wächst hieraus die Wiſſenſchaft die innere Sicherheit des Staats zu gründen und handzuhaben, das iſt die Wiſſenſchaft der Polizei.

§. 44. In einem gewiſſen Verſtande iſt alſo die Polizei Sicherſtellung, Vertheidigung: Vertheidigung gegen Ereignungen, aus welchen, von was immer für einer Seite, für die innere Sicherheit Gefahr zu beſorgen wäre. Ereignungen die-

Academie der Wiſſenſchaften in London, Paris, Stockholm u. a. bemühten ſich, die politiſche Rechenkunſt, mit großem Scharfſinne zu entwickeln, in dem Journal d' Economie politique L'A'n VI. VII. VIII. wurden die neuſten Bemerkungen über die politiſche Rechenkunſt von La Grange Lavoisier und andern angeſtellt, vorzüglich hat unter den Teutſchen der Probiſt Süßmilch in dem Werke: göttliche Ordnung in Veränderung des Menſchengeschlechts 2te von Baumann vermehrte Auflage, drei Theile, dann Chanal in ſeinen mémoires sur L'Arithmétique

werden können. In
Beziehung jede Handlung angesehen,
die dem gemeinschaftlichen Zwecke geradezu
steht, ferner es, daß sie der Erreichung
Gänzen oder zum Theile durch Thätigkeit
lassung Hindernisse legt.

§. 45. Um eine nachtheilige Handlung zu setzen, muß der Wille mit Vermögen des Handelnden vereinbart

que politique Londres 1782., und
zung seines Werkes zu Turin 1784.
seiner politischen Arithmetik, Leipzig
des Heer von Schriftstellern die politi
tit mit gelehrten Schriften bereicher

Auch über die Bevölkerung ersch
Schriften, ich will nur einige davon
Fabrizius Gedanken über die
Rom 1781.

ne Zweifel wäre es glücklicher für die öffentliche Leitung, wenn sie es dahin brächte, den Willen zu schädlichen Handlungen allgemein zu benehmen, und demselben überall eine Richtung nach dem Endzwecke der Gesellschaft zu geben. Aber, da sie dieses nicht bei jedermann, nicht unter allen Umständen zu erreichen fähig ist, so wird ihre Vorsorge für die innere Sicherheit immer noch Wirksamkeit und Erfolg haben, wenn sie durch ihre Vorkehrungen wenigstens das Vermögen zur Vollführung schädlicher Handlungen zu benehmen weiß. Hierdurch zerfällt die Staatspolizei in eine leitende, deren Absicht ist: daß niemand nachtheilige Handlungen ausüben wolle: und in eine hindernde, die zu erreichen sucht, daß niemand nachtheilige Handlungen ausüben könne.

§. 46. Der Gesetzgeber wisse seinem Volke einleuchtend überwiegende Beweggründe zum Guten anzubieten, und er setze versichert, daß er dasselbe stets nach seiner Absicht lenken wird. Die Beweggründe zu Handlungen sind einladend und abhaltend. Die einladenden Beweggründe bestimmen bejahend durch das von dem Handelnden erkannte, ihm aus der Handlung selbst zugehende Gute, mithin durch Erwartung daraus fließender Vortheile; er handelt dann, damit er erhalte. Die anhaltenden Beweggründe bestimmen verneinend, durch das Besorgniß des Uebels, welches der vollbrachten Handlung zur Seite geht oder folgt; also durch Nachteile, welche der Handelnde sich durch die Uebertretung zuziehen würde; er handelt dann, oder unterläßt, damit er vermeide.

ern einladenden, nach der Lage
gar unmöglich einen besondern a
eweggrund auszufinden. Bei di
er öffentlichen Leitung nur die Triebf
einen Beweggründe, welche sämmtlich
lassen zusammen ziehen lassen: die G
ohe Begriff von der Vortref
fesebe.

§. 48. Die Sitten in der Bezi
her sie von der Gesetzgebung betrachte
ie Anhänglichkeit für die allg
ung: Sie vertreten, sagt Lous
ich, ganz wohl die Stelle der Gesetze,
ähig die Stelle der Sitten zu vertreten
hänglichkeit für die allgemeine gesellschaft
wird die sich äussernde Wirkung i
Anstalten sein, welche den Versta
aufklären, welche den Neigung

instalten begreift man unter der Aufmerksamkeit auf den sittlichen Zustand.

§. 49. Dieser Aufmerksamkeit nächst zur Seite steht das Bestreben einen hohen Begriff von der Vortreflichkeit der Geseze allgemein einzufloßen; bey allen Bürgern es zu einen angenommenen unumstößbaren Grundsaze zu erheben: Alles, was die Geseze befehlen, ist gut; das ist: in Absicht auf das Ganze nothwendig, und in Absicht auf jeden Einzelnen nützlich. Diese Ueberzeugung wird stäts, aber sie kann auch nur die Folge von dem einleuchtenden Vorzuge der Geseze, von dem Gefühle des Glückes, das jeder unter ihrem Schuze genießt, und von dem hieraus entspringenden unbegränzten Zutrauen zu der Weisheit und Güte des Gesetzgebers seyn.

§. 50. Der Mann von Rechtschaffenheit will immer für sich selbst das Gute: aber er erkennt dasselbe nicht immer für sich selbst. Die öffentliche Verwaltung wird daher dem Mangel dieses Kenntnisses abhelfen, und um die in der gesellschaftlichen Ordnung unentbehrliche Gleichförmigkeit der Handlungen zu erhalten, durch Geseze bestimmt erklären, was zu thun, was zu unterlassen ist. Die nähern Gegenstände dieser Geseze sind die innere öffentliche, und die innere Privat-Sicherheit.

§. 51. Die innere öffentliche Sicherheit ist ein Zustand, wo die öffentliche Verwaltung nach Unterschied der Regierungsform von

erzwingene entspringt aus
n keiner Schwäche gegen die überwi
äfte der obersten Gewalt; mit
zeugung von der Unmöglichkeit
dersehung mit Erfolg. Daher w
liche Aufmerksamkeit der öffentlichen Vern
ordert, zu verhindern: damit kein St
zelner Bürger zu solchen Krä
chse, wodurch er sich der öff
walt mit Erfolg widersetzen!

§. 52. Die innere Privatsich
r Zustand, worinnen der einz
r nichts zu fürchten hat. Ni
m Bürger zu Theil werden, alles Bö
ne Glückseligkeit gestöret werden kann,
ine Handlungen, Personen, G
; Güter zurückführen lassen. Dadurc
vorsorge der Gesetzgebung in folgende die
... .. Interaktion:

Personen: d. i. für den Zustand, in welchem er für seine Person nichts zu fürchten hat.

§. 55. Vorsorge für die Sicherheit der Ehre, für den Zustand nämlich, wo er für seine Ehre nichts befürchtet.

§. 56. Vorsorge für die Sicherheit der Güter, oder den Zustand, worinnen er seiner Güter wegen nichts zu befürchten hat.

§. 57. Ueber diese Gegenstände erklärt sich der Gesetzgeber entweder gebietend; wenn er eine gewisse Handlung vorschreibt, oder verbietend, wenn er eine gewisse Handlung untersagt: wo denn die Ursache, welche ihn bestimmt, ein Gesetz zu geben, auch zugleich den Beweggrund für den Bürger dasselbe zu beobachten enthält. Größtentheils ist dieser Beweggrund bestimmend bey gebietenden, und abhaltend bei verbietenden Gesetzen: da bei Handlungen, wo die allgemeine Beobachtung gefordert wird, es durchaus unmöglich ist, von bestimmenden äußern Beweggründen Gebrauch zu machen: d. i. jede Beobachtung mit einem Guten zu vereinbaren, so wird mit der Nichtbeobachtung ein Uebel, als eine soviel möglich unauflösliche Folge verknüpft; d. i. auf die Uebertretung eine Strafe verhängt, die der besondert abhaltende Beweggrund werden, und den Handelnden wirksam bestimmen soll, der Vorschrift des Gesetzes nicht zu widerstreben.

§. 58. Die Gewissheit entdeckt, mithin er

n, aber immer zugleich auf den W
Ende mit zurück.

§. 59. Bei Zufällen: hat die Gewa
engere Gränzen, als bei den bis hieher
nblungen. Ich verstehe unter Zuf
benheiten, deren Ursache nich
enschlichen Willen liegt. Beh
st die Absicht der Polizei einzig dahin ih
verringern oder zu vernichten
stenige, was nach dieser Absicht vor
bstantheils mit dem übereinkommt, was
andlungen entgegen gesetzt wird: so ma
rge gegen Zufälle keinen besondern
lotizet; es kommt einzig darauf an, de
öhnlichen grössern Unglück
estehenden Anstalten mit Klugheit zu Hü
werden.

... nach welcher

Gesetzgebung zu erwecken, haben die freiwillige,

III. Die Sorgfalt die Privatkräfte gegen die Kräfte des Staats in einem untergeordneten Ebenmaße zu erhalten, hat die erzwungene Folgeleistung zum Zwecke. Dadurch sieht die Gesetzgebung die innere öffentliche Sicherheit befestiget und zugleich den Bürger vorbereitet übereinstimmend zu handeln mit den Gesetzen, welche die Privatsicherheit in ihren Untertheilungen, nämlich:

IV. Die Sicherheit der Handlungen:

V. Die Sicherheit der Personen:

VI. Die Sicherheit der Ehre, und

VII. Die Sicherheit der Güter zum Gegenstande haben, aber

VIII. von den Strafen, die mit der Uebertretung verknüpft sind, eine größere Wirksamkeit erhalten. Da alles dies dahin abzielt, den Willen der Handelnden zu leiten, und von schädlichen Handlungen abzu ziehen, so kommen endlich noch

IX. Die Anstalten der Poltzei hinzu, deren Absicht ist das Vermögen zur Vollführung jeder Uebelthat zu erschweren, oder ganz zu vereiteln, und

X. durch die Anwendung dieser Anstalten bey ungewöhnlichen grössern Zufällen, sowie

Von der Aufmerksamkeit sittlichen Zustand.

§. 61. Die Sitten sind ein gemein-
samer Gegenstand der Religion, der Moral, der
aber jede behandelt sie nach ihrer Absicht
als einen Endzweck, die letztere nur
zufrieden, wenn sie die Uebereinstimmung
mit den Gesetzen nicht eben aus
Beweggründen, sondern auch nur aus
Vorteils, oder aus Furcht der Strafe.
Hieraus entsteht der Begriff der poli-
tischen Tugend, der von dem Begriffe der
Sittenlehre und Religion forder-
t ist. Die politische oder Gesellschafts-
Tugend ist die Fertigkeit seine Hand-
lungen den Gesetzen der Gesellschaft
entsprechend einzurichten. Das Be-
wund: als wäre die politische Tugend

Mittel entkräften, und dem Fortgange guter Sitten entgegen stehen kann.

§. 63. Die vorzüglichsten und wirksamsten Mittel zur Bildung der Sitten sind die Religion, die Erziehung und die Wissenschaften. Unter diesen verdienet die Religion den ersten Platz: die Religion ergänzt das Mangelhafte der Gesetzgebung. Wo immer das Auge des Gesetzgebers, und eben darum auch die Strafe des Richters nicht hinreichen kann, ist sie dem Handelnden gegenwärtig, um seinen bösen Unternehmungen durch ihre Drohungen Einhalt zu thun. Der Regent muß also diesen Leitriemen in seinen Händen nicht vernachlässigen, und seine Sorgfalt muß darauf gerichtet seyn, daß jeder Bürger Religion habe.

§. 64. Von diesem Gesichtspunkte erscheint erklärte Freigeisterei als ein politisches Verbrechen; weil sie dem Staate gewissermaßen die Mittel raubt seine Bürger auf das vollkommenste zu leiten.

§. 65. Aus der engen untrennbaren Verbindung der Religion mit der zeitlichen Glückseligkeit der Bürger und mit der gemeinschaftlichen Sicherheit wird die Verbindlichkeit und das Recht der Gesetzgebung abgeleitet, ihre Sorgfalt auf den Unterricht des Volkes in Religionspflichten zu erstrecken, den Mißbräuchen in der Religion zu wehren, und über die äussere Ordnung der Religionsübungen und Feierlichkeiten zu wachen. Der Unterricht in den Pflichten der Religion auf dem offenen Lande besonders ist einer größern Aufmerksamkeit würdig, weil bei dem Land-

§. 66. Zureichend werden sie seyn
Pfarrbezirke nicht zu groß ausgemessen,
sich gleichsam von selbst die Anweisung
pränter im gebürgigten als flachen Lande.
r Staat die Einkünfte der Seelsorge
in dem Beitrage der Gläubigen oder Zusi
en läßt, wenn er die Seelsorge zu einer
ich besoldeten Aemte erhebt, so wird
leichtert, nicht nur die Pfarrbezirke nac
cht einzutheilen, sondern auch solche mi
Männern zu versehen.

§. 67. Die geringe Versorgun
die Geringschätzung der Landpf
natürlich fähige Männer von Aemtern entfe
noch nur von ihnen besetzt seyn sollten. A
einer Wirtschaft zerstreut sie zu seh
oft den Hirten in den Augen der He
Keine Geld Einkünfte scheinen also f
müssen

müssen gehindert oder abgestellt werden, als Religionshäute, mehrerseitige Reden von den Erbsinnissen über Lehren der Religion, Verachtung der Religionsdiener u. d. gl. Die sogenannte Disziplin der Kleriken ist ein wesentliches Stück der Aufsicht, welche die Regierungen der Religion schuldig sind.

§. 69. Zu dieser Aufsicht gehört nicht weniger, daß bei den Geyrängen und Feiertlichkeiten, welche den äußern Religionsdienst ausmachen, Anstand und Ordnung herrsche. Die Gesetzgebung wacht, damit die Religionsübungen von niemanden gestört, und alles, was dieselben unterbrechen könnte, entfernt werde. Da die Kleriken zur Handhabung der äußern Ordnung keine Zwangsmacht hat; so kommt hier der weltliche Arm, wo es nöthig ist, durch seine Zwangsmittel zu Hülfe, und hält die Störer der Ordnung durch Zucht und Strafen von Muthwillen und Unanständigkeit ab, wenn die Geistlichen auf sie keinen Eindruck machen.

§. 70. Nach der Religion hat die Erziehung auf die Sitten den größten Einfluß. Sie ist zwar eine eigene Pflicht der Kleriker, aber es wird nicht nur ein Sohn, es wird auch ein Bürger erzogen, sie lang als der Gesetzgebung wegen des Zusammenhanges mit der gemeinen Wohlfart nicht so gleichgültig seyn, daß sie vom Staate unbesorgt der Privatwillkühr überlassen seyn sollte. Beinahe in allen Staaten sind hier Gesetze abgänglich, welche die besondere Erziehung nach dem allgemeinen Plane des Staates leiteten. Es würde nützlich seyn, wenn nach dem Unterschiede der Verschieden-

mittel zuwenden.
privaterziehung halten, den Nachtheilen
ausweichen, und ihre Vortheile glücklich v

§. 71. Ist es von Seite der Aelteren
den Kindern die gehörige Erziehung zu gel-
ten die vorgeschlagenen Aufseher der Erzie-
hen, damit die Aelteren dieser Pflicht gen-
Die Nachlässigen müßten durch Zw-
Erfüllung desselben angehalten, Laster
ihre Kinder gar abgenommen, jedoch ein
Vermögens zur Erziehung festgesetzt wer-
nicht das Laster ein Mittel wer-
ner mühsamen und Aufwand f-
Pflicht zu entziehen, welcher w-
Leute unterworfen sind.

§. 72. Bei Kindern, die keine A-
deren Statt keine Vormünder, Freunde
haben, muß der Staat Väter Stelle
... ..
... ..

für beide Geschlechter, **Waisenhäuser**, wo die Kinder der höhern Stände, die entweder ärmlos, oder deren Aeltern nicht vermögend genug sind ihren Kindern eine angemessene Erziehung zu geben, auf Kosten des gemeinen Wesens erzogen werden sollten. Nach der Hand wurden solche Stiftungen zu verschiedenen oft für die Erziehung gar nicht nützlichen Zwecken benützt. Es ist für den Staat von der äußersten Wichtigkeit diese Häuser überhaupt zu ihrer ersten Absicht wieder zurück zu führen, oder wenigstens den Unterricht der Jugend, die darinn aufwächst, nicht von dem öffentlichen Unterrichte abzusondern.

§. 74. Die **Findelhäuser** sind öfters zugleich wirkliche **Waisenhäuser**: aber die eigene Bedeutung des Wortes **Findelhaus** bezeichnet nur den Ort, wo Kinder abgelegt, und gleichsam dem Staate zu erziehen übergeben werden. Sie sind also der erste Rettungsort für unglückliche Früchte der Schwachheit, der Ausschweifung und des Elends. Eine solche Anstalt an sich selbst ist gar nicht kostbar, sie fordert mehr nicht, als ein in einer unbefuchteren Straßte dazu gewidmetes Haus von wenigen Zimmern, eines oder zwei Weiber an der Winde, bestellt die Kinder aufzunehmen, eine **Wehemutter** die abgelegten Kinder zu besichtigen, einige **Sängammen** um sie für den Augenblick zu stillen, einen **Schreiber** sie in das Protokoll einzutragen. Aber soll diese wohlthätige Einrichtung wahren Nutzen schaffen, so muß die Aufnahme darinn leicht und unentgeltlich seyn, keine Förmlichkeit, keine Umwege, keine Empfehlung müssen gefordert werden. Die verlassensten Kinder haben immer den nächsten Anspruch

n b e s c h r ä n k t e Leichtigkeit der Aurnap-
weisung vergrößern; noch daß der Sta-
tisch abgelegte Kinder zu sehr werde bes-
n. Die Ausschweifung gedenkt nie daran-
gen.

§. 76. Der Staat ist diesen Schutz um-
b e l i t h e n Kindern schuldig, welche von
ren verlassen werden; die ehelichen Kinder
findelhaus zu Nutz kommt, sind entweder
i g e n Bürgern, welche, indem sie diesel-
assen; mit widerstrebendem Gefühle nur be-
hen; in diesem Falle sind es die A e l t e r
öffentliche Vorsorge Beistand schuldig ist:
Kinder bö s g e s i n n t e r, leichtsinnig
Kinder solcher Aeltern, die froh sind, die
Erziehung von sich zu wälzen, in diesem
die Kinder, welchen der Staat seinen S-
ist: er ist die Sorgfalt für sie sogar sich

... .. Einbau ni.

in den Häusern selbst aufsuchen, von den Straßen hin-
wegholen, und in die Erziehung übernehmen. Sie
wurde in diesem Sinne von Wehemütern, und
Hauseligenbüchern und Pfarrern Nachricht
erhalten können, die anzuzeigen hatten, wenn von Leu-
ten, die entweder sehr arm, oder Taugewicht sind,
Kinder gekoren werden.

§. 78. Die in das Findelhaus überbrachten Kinder
erwarten nun ihre Erziehung, die ihnen auf folgender
Art gegeben werden kann, *einzelnen* gegen *für sie*
bestimmtes Kostgeld, oder *gemeinlich* *in einem*
Waisenbause. Daß die *Einzelnen*, wo man
nicht den größten Theil davon *verloren* geben *will*,
nicht zusammen in einem Hause behalten, sondern auf
das Land zur *Erziehung* und *gleichsam* der *ersten*
positivsten Erziehung verbracht werden sol-
len, darüber ist man einig: man ist es *weniger*, ob es
vortheilhafter sei, dieselben nach *zwei* oder *drei* Jah-
ren noch *weilers* der *ihren Pflegerinnen* zu lassen,
oder zur *Fortsetzung* der *Erziehung* in *etwas* *vergünstigtere*
Waisenbäuser zurückzurufen. Mit dem *wichtigen* Unter-
schiede in Ansehen des *Ansangs* vereinbart sich die
weniger *ausgesetzte* *Gesundheit*, die *einfachere* der *künftigen*
Bestimmung *angemessenere* *Lebensart* der *Kinder*,
die *natürliche* *Anleitung* zu *häuslichen* *Verrichtungen*
u. d. gl.: welche die *Fortsetzung* der *Erziehung* bei *ein-
zelnen* *Pflegeltern* vor den *Waisenbäusern* empfehlen *).

*) Ueber die *Sterblichkeit* in den *Findelhäusern* hat uns
Meißner zwei merkwürdige Abhandlungen geliefert.

Meißner, M. S. B., zwei Abhandlungen über die
Frage: *Sind die Findelhäuser* *vortheilhaft*, oder *schädlich*?

...e gemä...
...erschied zwischen Findlingen und Wa
...gehoben, und dadurch einem solchen Erzi
...Zweckentfremdung benommen werde
...is. werden in diesen Häusern nur Kinder erz
...stige Bestimmung ein Gewerbe ist, sie mü
...sem Zwecke ernähret und unterrichtet, u
...ch, sobald es ihre Kräfte zugeben, i
...chied des Geschlechtes und der Fähigkeit zu
...rbeiten angeführt werden, die für sie sch
...eser letztere zu erreichen ist es rathsam,
...ußer mit Arbeit - und Manufaktur
...einigen Zusammenhang zu bringen.

§. 80. Die Wissenschaften m
...ichtigen Theil der Erziehung aus, und ver
...für die Jahre der Reife. Die Gesetz

Göttingen 1779 und im Hannöberischen
Nro. 84 u. 86.

... ..

also die Vorforge für die Aufklärung des Bürgers nicht ohne ihren eigenen Nachtheil verabsäumen.

§. 81. Es müssen also hohe und niedere Schulen nach dem Unterschiede der Bestimmung und Klassen besorget, aber bei ihrer inneren Einrichtung darauf gesehen werden, daß die Jugend vorzüglich in demjenigen mit unterrichtet werde, was zu den Pflichten des bürgerlichen Lebens gehört, die sie dereinst auszuüben verbunden seyn wird. Die Schulen müssen auf öffentliche Kosten unterhalten werden, damit das Unvermögen niemanden abhalte den notwendigen Unterricht zu empfangen, die Unvermögenden wachsen nicht weniger als die Reichen zu Bürgern heran. Alle Kinder auch auf dem flachen Lande sollen im Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet werden.

§. 82. Da die Wissenschaften in so unendlichen Beziehungen zur Bildung des Verstandes und der Sitten wichtig sind; so kann die Regierung die Merkmale der Achtung nicht zu sehr vervielfältigen. Als ein Zeichen dieser Achtung hat man es betrachtet, daß die hohen Schulen, um sie in den Augen des Volkes desto angesehener zu machen, durch Vorrechte und Befreiungen unterschieden wurden. Allein diese Befreiungen müssen nicht zu weit ausgedehnt werden, daß sie dem Zwecke der Wissenschaften und sittlichen Bildung nicht entgegenstehen, und vielmehr die Zügellosigkeit, die Wildheit der studierenden Jugend unterstützen sollen. Die Nachsicht der Lehrer, welche zugleich den Akademie-Magistrat ausmachen, ist vielleicht die eigentliche Quelle der Unordnungen, wovon viele Universitäten, besonders manche protestantische, so

zen und der Wichtigkeit ihres Amtes verp-
Gehalt aus den Händen des Staats zu
en. Auch die Hauptstädte scheinen
höhern Unterrichts im allgemeine
stig, als Mittelstädte, wo die Gel-
streuungen seltner, das Ansehen der Aka-
r weniger unterdrückt und unter der
gend mehrere Gleichheit einzuführen ist.

die Versetzung der hohen Schulen in
die noch den Grund anführen, daß die
halten dadurch für den Staat weniger
cht werden.

§. 83. Der Regent muß auch die übli-
ht verabsäumen, die zu diesem Zwecke be-
i. Seine Einsicht wird ihm in dem T-
d Leidenschaften der Bürger hundert Kri-
ten, durch die er den großen Zweck der
dern kann. Die alte Geschichte besonde-
schen Beobachter hat verschiedene Reis-

eben darum, weil er gut gestirnt ist, vorgezogen und der, der einen unanständigen Lebenswandel führt, ausgeschlossen werden.

§. 85. Und da das Vorurtheil des Ansehens gleichfalls mächtig auf die Gemüther wirkt; so werden die guten Sitten durch lehrende Beispiele derjenigen, die bei dem Volke, oder in der Familie in Ansehen stehen, der obrigkeitlichen Personen, der Geistlichkeit, der Lehrer, der Ältern, der Hausväter vorzüglich befördert.

§. 86. Auch die Schauspiele sind der Aufmerksamkeit des Gesetzgebers würdig, die, wosfern sie ihre gehörige Einrichtung erhalten, das Ergötzende mit dem Nützlichen vereinigen, und wie Freyherr v. Bielfeld sagt, eine Schule der Sitten, der Höflichkeit und Sprachen werden können.

§. 87. Soll die Schaubühne eine Schule der Sitten seyn, so ist darauf zu sehen, daß vorzüglich solche Stücke aufgeführt werden, die diesem Zwecke zusagen. Das Laster muß also in seiner scheußlichsten Larve, und mit der Strafe als einer unauswiderlichen Folge, die Tugend mit allen ihren Reizungen in ihrer lebenswürdigsten Gestalt, und wenigstens am Ende siegend erscheinen.

§. 88. Sollen ferner die Schauspiele auf die Sitten wirken; so kann diese Wirksamkeit nur dann erwartet werden, wenn der Zuschauer ähnliche Fälle besorgen, gleiches Glück hoffen, von der handelnden Person auf sich und die Seinigen eine Anwendung machen kann.

§. 90. Um desto weniger sind die Glieder mit derjenigen Ungebundenheit, mit unflätigsten Worten vorbringen, um das Böse zu erwecken, zu gestatten.

§. 91. Vielleicht würden die Schauspieler der guten Sitten zuträglicher. Die Schauspieler, die uns die Tugend und das Laster abscheuungswerth vorzustellen können, in guten Sitten wären. Das Lob der Sitten im Munde einer Schöne scheint eine Ehre.

§. 92. Mit geringer Veränderung. Was in Beziehung auf die Sitten gesagt wurde, auf die Höflichkeit und Sprache. Die Schaubühne ist vermögend dem Publikum einen gewissen Anstrich der Artigkeit und die Sprache der Gesellschaften zu reinen. Diese beiden Zwecke mit dem erstern zu

nicht nachtheilig seyn sollen. Dadurch sind die extemporirten Stücke, deren Anlage Unanständigkeit, deren Ausarbeitung Schmutz und eintische Anspielungen sind, nicht weniger von der Schaubühne polizirter Nationen zu verweisen.

§. 94. Wenn alles vorgekehrt worden, was fähig ist die guten Sitten zu gründen; so muß weiters dasjenige aus dem Wege geräumt werden, was diese Vorkehrungen entkräften und die Sitten verderben könnte. In Ansehen der Religion, der moralischen und politischen Meinungen der Bürger ist nichts gefährlicher, als eine allgemeine Freiheit alles, was der Religion, dem Staate, den Sitten und einer guten Denkungsart entgegen ist, zu schreiben, und alle Schriften dieser Art zu lesen. Die Bücherzensur, wodurch diese Freiheit Schranken erhält, ist daher als eine der nothwendigsten Polizei-Anstalten anzusehen.

§. 95. Diese Meinung hat ihre Anhänger und ihre Gegner: bey aller Verschiedenheit der Meinungen kommt es auf die Frage an: ob um keine aufklärenden, unterrichtenden, Verstand, Herz und Geschmack verfeinernden Schriften auszuschliessen, man allen irrigen, gefährlichen Meinungen, allen Verstand, Herz und Sitten verderbenden Blättern, allen die Religion und bürgerlichen Gehorsam untergrabenden Geburten den Eingang gestatten müsse? Die Frage, wie sie liegt, entscheidet sich selbst. Es ist niemanden noch in Sinn gekommen, daß man, um sich keiner Arznei zu berauben, auch den allgemeinen Verlauf des Gifts erlauben müsse.

Wer, sowohl auch auf
ngen, auf Predigten, auf alle öf
das Volk gerichteten Reden erstre
r: Bilder und Kupferstiche u
ner eine Art von Oeffentlichkeit, wei
darf, empfängt, weil es zum Ber
Echau ausgesetzt wird, gehört ur
tsbarkeit.

§. 97. Die Aufsicht der Censur th
Schriften, welche in dem Lande
, welche von aussen eingeführt
n so auch über andere in ihr Fach
ichen. In Ansehung der erstern sind
r dergestalt an sie anzuweisen, daß
gehende Durchsichung des Manuscrip
der Konfiscirung des gedruckten, nach V
eld und körperliche Strafe, nichts g
ist daher eine nothwendige Vorsicht.

Vorsehung mit Kupferstichen und andern Kunstwerken läuft auf dasselbe hinaus.

§. 98. Uebrigens ist die äusserliche Verfassung der Censur gleichgültig: es können einzelne Personen aufgestellt, sie kann einer eigentlich dazu verordneten Stelle aufgetragen, nur soll sie nicht leicht einem Körper, einer Gemeinde ausschliessend eingeräumt werden. Auf welche Weise sie nun immer eingerichtet sey; so ist stets erforderlich, daß sie aus Männern bestehe, die in allen Theilen der Wissenschaften gründliche Einsicht besitzen. Um hierinnen dem Willkürlichen vorzubeugen und die vernünftige Mäßigung auf beiden Seiten zu erhalten, sind den bestellten Censoren sichere Regeln zur Richtschnur vorzuschreiben. Auch den Buchhändlern soll von Zeit zu Zeit das Verzeichniß der Werke, die man ganz zu verbiethen, oder nur unter gewissen Beschränkungen nur gewissen Personen zu erlauben für nöthig befunden, mitgetheilt werden; doch ein solches Verzeichniß im Druck erscheinen zu lassen, wäre das Mittel die schädlichen Bücher recht bekannt zu machen, und ihnen durch das Verbot gleichsam einen Reiz mehr zu geben *).

*) Der Herr v. S. hatte die österreichische Gesetzgebung im Auge, als er diese sonderbaren Ansichten über die Censuranstalten niederschrieb. Seit dieser Zeit wurden verschiedene Veränderungen mit diesen in ganz Europa vorgenommen; nicht blos die Meinungen der Schriftsteller in der Theorie, sondern auch die Verwaltungen in der Praxis widersprechen sich in verschiedenen Jahrhunderten und in verschiedenen Ländern außerordentlich.

er Güter der Nahrungssorge entladen
r Beschäftigung angehalten werden kan

7.

In Holland, wo die Freiheit der Press
zur Beförderung eines ausgebreiteten
betrachtet wurde, stellte man im Jahre
für auf und ungefähr zur nämlichen Zei
nemark unbegranzte Pressfreiheit eingefül

In Baiern wurde unter der Regier
dors der strengste Presszwang eingefül
ein Censurkollegium in München angeor
strenges Gericht über die Bücher hielt.
dert merkwürdige Anekdoten von Pressz
denen europäischen Staaten anführen, r
erlauben würde.

Auf der deutschen Bundesversammlu
besagte v. Berg auf erhaltenen
berstcht der verschiedenen Gesetzgebun
heit besonders von Deutschland vor.

... Kenntnissneme über Pressfr

§. 100. Die gesetzgebende Klugheit muß hier die **a l l g e m e i n e n** und **b e s o n d e r n** Mittel an die Hand geben, durch welche dem Müßiggange am schicklichsten vorgebauet wird. **A l l g e m e i n e** Vorsehrungen sind: daß die **N a h r u n g s w e g e** durch eine geschickte Leitung der Handlung für das Maaß der Bevölkerung

Hauptsysteme, nämlich das **J u s t i z s y s t e m** und **P o l i z e i s y s t e m** sowohl in der Theorie, als in der wirklichen Gesetzgebung mehreren europäischen besonders deutschen Regierungen dar. Am Schluß wirft er einen Blick auf die ehemaligen Reichsgesetze und frühern Abweichungen von denselben, beschließt die Frage: was vor die Bundesversammlung und was vor die einzelnen Regierungen gehört. **Protokoll der deutschen Bundesversammlung. Frankfurt. 1818. Band 6. Heft 4. S. 293.** Ueber die Frage: ob eine Censur, und wie sie eingeführt werden soll, sind auch in unsern Tagen die Meinungen sehr getheilt. Aus der Censur vor dem Druck gehen **D r u c k v e r b o t e**, und aus der Censur nach dem Druck gehen **B ü c h e r v e r b o t e** hervor; jene sollen das Entstehen, diese die Vollbringung eines Preßvergehens, oder Verbrechens verhüten. Es wäre hier am unrichtigen Orte, wenn ich von vielen europäischen und insbesondere deutschen Staaten die verschiedenen Verordnungen über den Preßzwang anführen wollte, nur von Baiern will ich ein nachahmungswürdiges Muster aufstellen.

Seit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs wurde Baiern bis zum Jahre 1803. zu dem Genuß einer vernünftigen Preßfreiheit vorbereitet, und hernach im Jahre 1803. der bloßen gesetzlich bestimmten Polizeiaufsicht anvertraut. In dem Edikt kommen folgende merkwürdige Worte vor: Da wir durch die bisherige Erfahrung überzeugt worden sind, daß die gewöhnliche Maaßregel, zu welcher man gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit seine Zu-

lucht zeither genommen hat, nämlich die Ger
brer Anwendung auf die einzelnen Fälle n
echt, noch zweckdienlich, noch hinreich
o haben wir beschlossen, die in Unsern, sowol
als neuen bairischen Landen noch bestehenden
Commissionen aufzuheben, und in Ansehung
gedruckten Schriften für die offenen Buchhandlun
diejenigen, welche obrigkeitlich zu diesem Ge
rechtigt sind, einen freien Verkehr, so wie die
and Buchdruckereien im Lande eine solche Pi
zulassen, daß von nun an in der Regel keine
den seyn soll, seine Bücher und Schriften, die
fern Erbstaaten einführen oder in Druck geben
bisher angeordneten Censur und Approbation zu
fen, oder zu dem Ende solche denjenigen zur
einzuliefern, denen diese Verrichtung bisher i
war. Damit aber die in Unsern Staaten nur
willigte Freiheit der Presse und des Buchhan
in eine ungestrafte schädliche Freiheit ausarte;
eine allgemeine Aufsicht über die darin befindlic

genaue Aufsicht, wodurch sich im Staate Jedermann ernähre: die Einschränkung aller unnützen, dem Müßiggange ähnlichen Beschäftigungen: die Verminderung der Studierenden: eine gute Zucht des Dienstgesindes: und um diesem allen die volle

Und die Hauptgrundsätze über die Freiheit der Presse und des Buchhandels bestätigt. Nur noch folgende nähere Bestimmungen dieses Edikts müssen besonders bemerkt werden.

Wenn die Polizei für nöthig findet, die Verbreitung einer Schrift, welche Gesetzübertretungen gegen den Monarchen, den Staat und dessen Verfassung, gegen Kirchen und religiöse Gesellschaften, gegen die öffentliche Ruhe oder gegen die Sittlichkeit enthält, zu hemmen; so ist sie verbunden, ein Exemplar derselben der ihr vorgesetzten obern Polizeibehörde ohne Verzug einzusenden, und diese soll längstens in acht Tagen, nach collegialer Berathung entscheiden, ob der Beschlag abzunehmen, oder fortzusehen sey? Im letzten Fall soll sie die Schrift mit dem Collegialbeschuß an das Staatsministerium des Innern auf der Stelle einschicken und dieses erkennt ohne Aufenthalt über die Aufhebung, oder Bestätigung des Beschlags. Mit der Bestätigung wird die Schrift öffentlich verboten, und nach Umständen confiscirt. Wer sich durch die Verfügung des Staatsministeriums des Innern beschwert findet, dem ist dagegen die Berufung an den Königl. Staatsrath gestattet, welcher darüber und zwar immer in einer Plenar-Versammlung zu erkennen hat. Privatpersonen, welche durch Schriften sinnliche oder Darstellung sich beleidigt finden, können zu ihrer Sicherheit von der Polizei verlangen, daß sie die Schrift, wegen welcher sie klagen wollen, in Beschlag nehme, jedoch sind sie verbunden, in acht Tagen die Bescheinigung beizubringen, daß die Klage wirklich bei dem Richter angebracht worden, widri-

genaus der Befugung nach worauf dieser Beschl
gehoben werden soll. Die Verhandlungen üb
wichtigen Gegenstand auf der deutschen Bundes
lung kann man in den Protokollen derselben I
VII. und VIII. nachlesen, besonders ist der im
de abgedruckte S. 1. des Entwurfes eines Bi
merkwürdig.

So lange, als der gegenwärtige Beschluß
bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Fo
cher Blätter oder heftweise erscheinen, desglei
die nicht über zwanzig Bogen im Drucke
in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorn
vorgängige Genehmigung der Landesbehörden
befördert werden.

Schriften, die nicht in eine der hier nahi
machen Klassen gehören, werden fernerhin na
einzelnen Bundesstaaten erlassen, oder noch
senden Gesetzen behandelt. Wenn dergleichen
aber irgend einem Bundesstaate Anlaß zur Kla
so soll diese Klage im Namen der Regierung,
sie gerichtet ist, nach den in den einzelnen Bun

werden. Es muß das Betteln verboten, und zwar unter was immer für einer B e m ä n t e l u n g verboten seyn. Es müssen W a c h e n bestellt werden, sey es nun eigene, oder daß den ordentlichen Wachen der Polizei zugleich der Auftrag gemacht werde, diejenigen, welche diesem Gebote entgegen handeln, einzuziehen. Dem Verbote des Bettelns Gewicht beizulegen, werden gegen Uebertreter Strafen verhängt, die nach den Stufen der Unverbesserlichkeit zu verschärfen sind *).

verwerflich. Er behauptete, als ein Engländer, der andere Nationen verachtet, daß die Preßfreiheit bei der englischen Regierung unentbehrlich sei, damit Geist und Genie in Vertheidigung der Freiheit sich durch keine Hindernisse gefesselt finden; dann lenkte er aber gleich wieder ein, und behauptete, daß durch die Preßfreiheit auch schädliche Meinungen sogar der Geist der Widersetzlichkeit und Empörung verbreitet werden könnte. Viele andere Schriftsteller lieferten Abhandlungen theils für, theils wider die Preßfreiheit. Ich will nur eine einzige von Herrn Professor Krug in Leipzig, welche er der deutschen Bundesversammlung gewidmet und übersandt hat, hier anführen. Entwurf zur deutschen und Darstellung der englischen Gesetzgebung über Preßfreiheit. Leipzig, 1818.

Ueberhaupt kann man behaupten, daß es einer thätigen und wachsamten Polizei leicht seyn wird, Schriften, in welchen schädliche Grundsätze verbreitet werden, zu entdecken, und wenn sie es für nothwendig findet, die Verbreitung derselben zu hindern.

*) Ein auffallendes Beispiel gab der berühmte General Thomson, nachher Graf v. Rumford in München, der neben seiner Militär-Charge auch die Polizei-Di-

n oder Hohlen an der Straße ver
ndern es muß den Magistratspersonen
straft dahin gehen, wenn sie in einer
e einer Nachlässigkeit überzeugt weri

§. 103. Beinahe in allen Staaten
hrten oder ähnliche Befehle oder An
ettler vorhanden; dennoch aber ha

rektio n übernahm, und in diesem 3
Verbesserungen, die auch in andern 2
wurden, machte. Der General benützt
tag zur Ausführung seines Vorhabens
war es in München gewöhnlich, daß
Bettler nach München wanderten, un
den Neujahrswünsche darzubringen, u
genheit zu betteln. Der General li
Wachen aufstellen, die Bettler zusamm
Rathhaus liefern, dort examiniren, u
zurückschicken mit der Drohung, daß

der Absicht nicht übereingestimmt. Man ist also darauf verfallen, die Bettler ausser Land zu schieben, fremden den Eintritt über die Gränzen zu versagen, die Freiheit zu Heurathen einzuschränken, und dieselbe brodlosen Leuten ganz zu benehmen. Der Gesetzgeber, der den Werth der Menschen kennt, und Hände zu nutzen weiß, wird solche Gesetze aufheben, und anstatt Jemanden abzuschaffen, Jedermann beschäftigen.

§. 104. Woferne jeder Bürger verbunden ist, Menschenschaft zu geben, womit er sich beschäftige und seinen Unterhalt gewinne, und wenn die, bey welchen diese Rechtfertigung geschieht, keine andere Beschäftigung gelten lassen, als die der Bestimmung eines rechtschaffenen Bürgers zusagt, so wird die Zahl derjenigen, die sich auf eine der gemeinen Wohlfart nachtheilige, und den Sitten gefährliche Art zu ernähren pflegen, als Bettler, Spieler vom Gewerbe, Goldmacher, Schatzgräber und dergleichen entweder betrügerische oder dem Müßiggange gleichgeltende Erwerbungswege gar bald von selbst abnehmen, und durch ein so einfaches, gar nicht schweres Mittel dem Müßiggange die Thüre verschlossen werden.

§. 105. Die Neigung sich ohne große Mühe und Anstrengung zu ernähren, war die Erfinderin von unzähligen Beschäftigungen und Künsten, durch welche der Müßiggang fortgepflanzt, den Manufakturen und Gewerben Hände und Fähigkeiten, dem Staate nützliche anwendbare Bürger entzogen werden. Der Gesetzgeber soll dieselben in die engsten Gränzen einschließen. Er wird diese Absicht leicht erreichen, wenn er neben der im vorhergehenden Satze empfohlenen Auf-

t' am deutlichsten in die Augen, wenn
nge gegen die wenigen Aemter hält, z
einst können angewendet werden. Dies
ng überführt jedermann von der Nothwen
hl derselben in ein Ebenmaaß zu ihrer fün
nmung zu bringen. Der Gesetzgeber mu
te unter die verschiedenen Stände mit ein
partheilichkeit zu vertheilen wissen.

§. 107. Die gute Zucht des Die
s wird durch eine wohleingerichtete Dien
dnung erhalten. Wenn von den Dien
d der Polizei strenge darüber gehalten w
eines der kräftigsten Mittel, die Zahl d
nger kleiner zu machen, indem sie den
zichsam unmöglich macht. Unter dem Z
nde begreift man alle, die sich auf
eit in Privatdienste verdingen.
ner solchen Gesindordnung ist dreifach: der

in unbilligen, unmäßigen Forderungen, in Verweigerung der Arbeit, in Betrügereien und Untreue, in merklicher Nachlässigkeit und dem dadurch den Herrn verursachten Schaden, und in Unehrbietigkeit gegen die Gesindhalter.

§. 109. Das unzeitige Dienstverlassen einzustellen, müssen zu den Dienstveränderungen eigene Termine und eine Aufkündzeit festgesetzt, außer dieser Zeit aber den einzigen Fall einer Heurath, oder Glückverbesserung ausgenommen, nicht erlaubt sein dem Dienst zu verlassen. Sowohl in den Terminen zu Dienstveränderungen, als in den Aufkündzeiten ist in Ansehen des flachen Landes und der Städte nothwendig ein Unterschied zu beobachten. Alles Dienstverlassen außer diesen gesetzmäßigen Wechselzeiten muß der Strafe unterliegen; um desto mehr auf das heimliche Entlaufen, auf Zusammenführungen des Gesindes, auf das Abreden eine empfindliche Züchtigung gesetzt, und sowohl heimlich entlaufene Dienstboten zu beherbergen, als überhaupt Dienstleute ohne Abschied anzunehmen streng verboten seyn.

§. 110. Den unbilligen und unmäßigen Forderungen des Dienstgesindes Schranken zu setzen, muß für alle, wenigstens die geringern Gattungen der Dienstleute in Ansehen des Liedlohns, der Nahrung, der Kleidung, der Darangabe, und der üblichen Geschenke, als zum neuen Jahre, Namenstage, u. d. g. eine gewisse Tage gesetzt werden, welche zu überschreiten nicht erlaubt seyn soll.

igern des Gefindes nicht zu Schaden
wenigstens in Verlegenheit gesetzt werde;
dem Diensthofen erlaubt seyn, eine ihm
Arbeit zu versagen, es wäre denn au
eine solche, welche er zu verrichten nic
d, oder auch, welche für den Dienst zu
sich bedungen, unschädlich ist. Die Hi
zur Wirksamkeit dieses Verbots mit einer
cht bewaffnet seyn, besonders aufrührer
, bey welchem die Zwangsmacht ohne Wi
nach gescheneer Anzeige selbst vom Ge
n zur Warnung scharf und nach Umst
tlich gestraft werden.

§. 112. Die grössern Untreuen,
trügereien, wodurch dem Gefind
rlicher Schaden zugefügt wird, wer
ssig dem peinlichen Verfahren unterworfen
re Entfremdungen aber, oder Ver

gesundes, die Unachtsamkeiten, wodurch die Gesindhalter entweder auf einmal, oder weil sie öfters geschehen, durch verschiedene kleinere Theile einen beträchtlichen Schaden leiden, werden dadurch verhütet daß der Dienstboth, der durch sein Versähen daran Schuld trägt, denselben von seinem Lohne zu ersetzen habe.

§. 114. Wenn die übrigen Wege des Mißwillens beschränkt sind: so wird das Dienstgesind wenigstens noch mehr durch unehrerbietiges Betragen beschwerlich fällen, woferne es hier an gesetzmässiger Vorsichtigkeit mangelt. Alle Gesindordnungen sind in diesem Stücke mangelhaft, und es scheint eine den Hausvätern mit gehöriger Mässigung in solchen Fällen zugestandene häusliche Züchtigung zur Vollständigkeit einer Gesindordnung unentbehrlich; nur kommt es darauf an zu bestimmen, worinnen diese häusliche Züchtigung bestehen soll. Die Geldstrafen würden manchem Gesindhalter willkommen seyn, die Dienstentlassung ist in Städten keine Strafe; es ist also nur eine körperliche Strafe übrig, worinnen die Strenge der Gesetze dem Gesindhalter Maaß und Ziel auszeichnen müssen.

§. 115. Der zweite Zweck einer Gesindordnung ist, diejenigen, welche das Schicksal zum Dienen verurtheilet, gegen die übermässige Strenge des Gesindhalter zu vertheidigen. Es muß daher durch die Gesindordnung dem Dienenden von Seite der Herrschaft seine Nahrung, seine Kleidung, sein Lohn nach Verschiedenheit des Dienstes versichert seyn.

§. 116. Zu mehrerer Befestigung der wechselseit-

ren eines solchen Gerichts ohne alle Fortsetzung seyn, daß seine Gerichtssitzungen nicht nur zu bestimmten Zeiten, sondern zu allen Stunden des Tages gehalten werden, und seine Urtheile ohne Berufung seyn müssen.

§. 117. Woran endlich dem Staate eben an den zween vorhergehenden Endzwecken die Beförderung liegt, ist die Verminderung der unbeschäftigten Bevölkerung. Es ist daher ein Wesentliches der guten Verwaltung, daß dadurch dem müßig unbediensteten Volk die Aufnahme erschweret, und solchergestalt die Dienste zu suchen gezwungen ist. Gegen die Gefindzubringer werden hier eine besondere Anstalt seyn.

§. 118. Die geschwornen Gefindzubringer sollen vom Gefindgerichte bestellt und

Dienstlosigkeit sich bei ihnen zu melden, und seinen Abschied vorzuzeigen, welcher dann in ein eigenes **Gesindeprotokoll** mit Tauf- und Zunamen, seinen Fähigkeiten, dem Namen seines ehemaligen Dienstgebers, wie auch dem Tage seiner Anmeldung einzutragen ist. Sind nun 14 Tage vorüber, ohne daß sich ein Dienst findet; so würde der herrnlose Diensthob in ein **Arbeitshaus** verwiesen, um allda seinen Unterhalt zu gewinnen, bis er wieder in neue Dienste zu treten das Glück hat *).

§. 119. Alle Vorkehrungen gegen den Müßiggang erwarten ihren letzten Nachdruck von einem wohl eingerichteten **Arbeitshause** und **Zuchthause**. Ein **Arbeitshaus** ist mit einem **Zuchthause** nicht zu vermengen: ihre Absicht ist durchaus unterschieden; sie sind daher in der inneren Verfassung ebenso wohl zu unterscheiden. Die Absicht bey einem **Arbeitshause** ist; dem Arbeitlosen vor dem Müßiggänge, Ausschweifungen, wie vor der Noth zu retten, da ihm an diesem Orte zu allen Zeiten eine Beschäftigung bereit

*) **Art. 119.** Das Gesindewesen nach Grundsätzen der Oekonomie und Polizeiwissenschaft. Berlin 1780.

Auch in dessen Encyclopädie unter dem Artikel: **Gesinde**; in diesem Artikel wurden alle Vorschläge zur Verbesserung des Gesindewesens gesammelt.

Abhandlung über Gesindeordnung und das Gesinde vom Hof. 1780.

Einzig mögliche Art, gutes Gesinde zu erhalten von F. D. Schmidt; eine gekrönte Preisschrift. Neustrelitz 1795, 2te Auflage. 1798. Ueber die Nothwendigkeit authentischer Diensthoben-Bezeugnisse. Deutsche Justiz- und Polizeisama. 1802. No. 36 und 41.

dieser Vorkehrungen gegen den Müßiggang und gedrohten Strafen auf Polizeiübertretungen, und Verbrechen unterscheiden. Man soll anordnen ein **f.ä.r.m.l.i.c.h.e.s** **A.r.b.e.i.t.s.h.a.u.s**; die Gattung Menschen; für welche diese Anstalt bestimmt ist im §. 119. angegeben; solche Häuser sollten nicht Haupt- und Residenzstädten, sondern auch in Städten zweckmäßig angelegt werden, damit sich über Mangel an Arbeit beklagen könne.

ein **B.e.s.s.e.r.u.n.g.s.h.a.u.s**; in dieses sollen, die im §. 119. No. 2. 3. 4. angeführten, son noch andere, bei welchen man eine Besserung aufgenommen und zur Arbeit selbst mit Zwangten werden.

Ein **S.t.r.a.f.a.r.b.e.i.t.s.h.a.u.s**, in welches alle die wegen einem Vergehen oder Verbrechen, schrift der Strafgesetzbücher bestraft werden müssen genommen, und schon mit größerer Strenge zur Arbeit angehalten werden.

Endlich ein **S.u.c.h.t.h.a.u.s**; in dieses werden diejenige

lassen sind. Diese Klasse schließt niemanden aus. 2. Herrloſes Dienſtgeſind in der Zwischenzeit einer längern Dienſtloſigkeit. 3. Jange Leute welche etwa das erſtemal im Betteln, auf unbedeutenden Veruntreuungen betreten worden, oder ſonſt auf dem Wege der Ausſchweifungen nur die erſten Schritte gewagt haben. 4. Auf diejenigen, an denen Aeltere, Anverwandte und Vorſtänder bey fehlgeſchlagenen andern Mitteln dieſen Weg der Beſſerung zu verſuchen gegen Bezahlung und Erſaß der Koſten für nöthig finden.

§. 120. Für eine ſo liebevolle Anſtalt, welche die Abſtellung des Müſſiggangs, und die Zuflucht gegen augenblickliche Armut, zugleich zur Abſicht hat, iſt die gelindeſte Benennung z. B. ein Rettungs-
haus, die angemieſſenſte, und die innere Verfaſ-
ſung muß dieſer Benennung nicht widerſprechen. Al-
les äußerliche eines gezwungenen Anſen-
halts muß daraus verbannt werden.

Wagnitz hiſtoriſche Nachrichten und Bemerkungen
über die merkwürdigſten Buchtthäuser in Deutſchland, nebst
einem Anhange über die zweckmäßige Einrichtung der
Gefängniſſe und Irrenanſtalten. Bd. I. 1791. 384 S.
Bd. II. erſte Hälfte. 1792. 296 S. 2te Hälfte. 1794.
280 S. gr. 8.

Des Grafen von Harrach Ueberſetzung von Maſon
Goods Preiſſchrift: über die Arbeitshäuser. 1798. ſ. auch
Blätter für Polizei und Kultur. 1799. St. 3. S. 278.

Gruners Verſuche über die recht und zweckmäßige
Einrichtung der öffentlichen Sicherungsinſtitute, deren
jetztigen Mängel und Verbeſſerungen, nebst einer Darſtel-
lung der Gefängniß-Bucht- und Beſſerungshäuser Weſt-
phalens. Frankf. am Main 1801.

chiedenheit fordert. Der nieper gedachte & so ein verurtheilter Verbrecher, und wird er behandelt. Er empfängt beim Eintritt Hauskleidung, wird in eine Art von verschlossen, aus welchem er nur zur Arbeit wird, die nach dem Maße seines Ver dem Grade der Unverbesserlichkeit erschwie Es ist übrigens nothwendig, daß die Zuch allen zweideutigen Ruf und Entehrung it sie anstatt zu Besserung zu dienen, ni : den Weg dazu abschneiden.

§. 122. Die öffentliche Aufsicht muß auch rführer, dergleichen sind Kuppler und nen, auf Gelegenheitsmacher, als die sog renwirthe, ein wachsames Auge haben : sie dieselben entdeckt, auf eine in di nde Weise auf das allerstrenge züchtige : hieraus leicht den Schluß ziehen können,

gen voll anderer Art zu vermehren fähig sind. Hieher gehören zur Abstellung der Trunkenheit und der daraus entstehenden üblen Folgen die Verminderung der Schenkhäuser, die Verordnung nach einer gewissen Zeit niemanden und zu allen Zeiten denjenigen, denen bereits eine Trunkenheit anmerkt wird, in den öffentlichen Schenkhäusern nichts mehr zu verkaufen, gegen eingekerkerte Trunkenhölde zum Beispiele und Abmahnung anderer verhängte öffentliche Züchtigungen; hieher gehört das Verbot jedermann außer in den dazu gewidmeten Herbergen über Nacht aufzuhalten; hieher gehören endlich die von einsichtsvollen Monarchen angesuchte, und nur nach langem Widerstreben von Rom bewilligte Verminderung der Feiertage. Denn es ist durch allgemein übereinstimmende Beobachtungen nur zu unwidersprechlich bestätigt: daß Unordnungen und Verbrechen am häufigsten da begangen werden, wo die große Zahl von Feiertagen das Volk von der Arbeit abzieht, daß also jede Zeit, die man der Arbeit einräumt, dem Laster und der Ausschweifung entrissen wird.

II.

Von den Mitteln, einen hohen Begriff von der Gesetzgebung zu erwecken.

§. 124. Der hohe Begriff von der Gesetzgebung wird bey einem Volke im Durchschnitte genommen weniger die Folge der Ueberzeugung, als einer vorgesezten Meinung; das Werk, wenn ich mich dieses Ausdrucks gebrauchen darf, eines glück-

§. 125. In republikanischen Regierung: jedes Gesetz von einem Beamten in Macht, aber von dem Volke, von seinen Ständen oder Vertretern mit aller Schärfe, oft Unfähigkeit einer Partei untersucht wird, abgeht, entspringt die Vermuthung von Gesetzgebung aus der Natur der Verfassung

§. 126. Was in republikanischen Staaten[§] Annahme der Gesetze hergeht, soll in monarchischen der Bekanntmachung nachgetragen werden. Es zeigen sich zweien Wege an; der erste ist: der Verlauf des Gesetzes im Allgemeinen die Behörde, daß über dasselbe die Berathschafft Ständen, Parlamenten, Rädgl., vorausgegangen. Sollen aber solche einen Eindruck machen, ihren Nachdruck behaupten wesentlich, in Monarchien die Freimüthigkeit nicht zu unterdrücken.

nungen soviel als möglich, mit Gründen zu begleiten, zeigt Zuversicht in ihre Maaßregeln, ehrt den Verstand der Bürger und ihre Rechtschaffenheit, scheint weniger zu befehlen, als zu überreden: das Volk selbst, dünkt sich, nicht sowohl dem Gesetze zu gehorchen, als seiner eignen Einsicht.

§. 128. Jedoch es wird auch da, wo die besondere Begründung des Gesetzes nicht Platz haben kann, der allgemeinen Versicherung: *bewogen durch das öffentliche Wohl:* oder einer ähnlichen gerne glauben: es wird seine Einsicht unter der Einsicht derjenigen gerne schmiegen, an denen es Güte der Seele und Erhabenheit des Verstandes erkennt, die sein Vertrauen rechtfertigen.

§. 129. Unter den Charaktern, welche der Gesetzgebung allgemeine Ehrwürdigkeit verschaffen, bringt das Gefühl des Wohls, so der ganzen Nation unter diesen Gesetzen zu Theil wird, nicht eine bloße Vermuthung hervor; die Anhänglichkeit für solche Gesetze gründet sich auf Ueberzeugung. Man sieht aus den Bemühungen der meisten Gesetzschreiber, die ihre Gesetze von irgend einer lang bestehenden Nation entlehnten, um ihnen gleich Anfangs Ansehn zu verschaffen, daß das Alter an der Gesetzgebung ebenfalls als ein Charakter angesehen worden, der ihre Ehrwürdigkeit vergrößert. Das Alter der Gesetze ist die Folge der Unveränderlichkeit.

§. 130. Es hält sich eine Nation immer glücklicher bei Gesetzen, die von Regenten zu Regenten, von Minister zu Minister durch Jahrhunderte unabgeändert geblieben, als bei solchen, die mit jeder Thronver-

ieß trifft ungerath von neuen
Polizeiordnungen ein: aber alle Gesetze,
veränderbare Umstände eine Beziehung haben
besonders, deren Folgen auf Freiheit ein-
wirken, auf die Nachkömmlinge sich er-
strecken, müssen zum mindesten nicht ohne be-
stimmte, offenbaren Ursachen verändert wer-
den.

§. 131. Das günstige Vorurtheil für
die Gesetze muß auch dadurch geschwächt
werden, die Gesetze durchkreuzenden Erklärungen
Rechtsgelehrten, und sogar der Re-
gierung preisgestellt sind; wenn es erlaubt ist,
sogenannte Antinomien zu suchen;
ist öffentlich spitzfindige Unter-
suchung zu äußern, welche die Verbindlich-
keit zweideutig machen können; wenn
häufige Ausnahmen erteilt wer-
den, positiven Rechten der Polemik Platz ge-
ben, so wird auch darin gesucht.

§. 132. Es ist kaum zu begreifen, wie man erkennen konnte, was für nachtheilige Folgen es für die allgemeine Folgsamkeit haben müsse, zwischen der Verbindlichkeit vor dem Richter und im Gewissen in foro fori, wie es heißt, und in foro Poli eine Unterscheidung zu machen; zu behaupten, daß bei einem Strafgesetze der Gesetzgeber nicht zur Beobachtung des hepbanten Gesetzes, sondern allenfalls nur zur Erlage der Strafen verpflichtet wollen; daß der Richtergebrauch ein Gesetz aufheben könne. Solche Meinungen haben sich gleichwohl einst auf den Kanzeln und in Beichtstühlen erhalten. Die größte Wirksamkeit des Gesetzes, die jeder Regent zuverlässig zum Zwecke hat, fordert, daß sich der Unterthan zum Gehorsam im Gewissen verbunden hält. Es soll darum ein vorgeschriebener Lehrsatz der Schulen und der Erziehung seyn: daß jedes Gesetz im Gewissen verbindet.

§. 133. Die beigesezte Strafe sollte nach der Meinung des Gesetzgebers und der Vernunft die Verbindlichkeit vergrößern. Welche auch noch so widersinnige Verdrehung könnte nicht geschützt werden, wenn es erlaubt ist, die Meinung anzunehmen, daß die Vermehrung der Beweggründe die Verbindlichkeit vermindert? Dieser Irrthum scheint durch die Meinung veranlaßt zu seyn; die Strafen wären als eine öffentliche Genugthuung anzusehen; es schließt sich daraus ganz natürlich: daß keine Beleidigung vorhanden ist, sobald die Genugthuung geschehen. Doch die Genugthuung ist selten, ist selbst in den Fällen wenig möglich, worauf diese Meinung vorzüglich gerichtet ist.

iden werden sollte; er beobachtet es nicht
lge seines Ungehorsams, oder weil
t, es sene nicht schädlich. Also wird der
rger zum Richter der Gesetzgebung erbi
gemeine Wohl der besondern Einsicht e
terworfen, dem Vernünftler die Unabhäng
räumt, und das Gesetz für denjenigen allei
t, der für sich zu denken zu träge ist. W
Gesetz den Umständen nicht mehr angem
fordert die Klugheit des Gesetzgebers, da
kommen zu lassen, sondern aufz
adurch wird dem schädlichen Vorurtheil d
rden, als hätte er stillschweigend d
bung eines Gesetzes gewilliget, desse
achtung er nicht ohne Abndung ließ.

§. 135. Die Ausnahme von den G
er nur von der Seite unter die Betrac
re Ertheiluna dem Beariffe von der Güte

Meinung wird sehr dadurch eingeprägt; wenn Bürger, die sich um den Staat verdient gemacht haben, durch Befreiungen belohnt werden.

III.

Von der Sorgfalt die Privatkkräfte gegen die Kräfte des Staats in einem untergeordneten Ebenmaße zu erhalten.

§. 136. Die einzelnen Kräfte der Bürger müssen mit den allgemeinen Kräften stets dergestalt im Verhältnisse stehen, daß auf alle Fälle das Maas der Kräfte der Widersehung von Seiten der Bürger kleiner, als das Maas der Zwangkräfte von Seite des Staates ist. Diese Kräfte, d. i. die Mittel, welche den Staat in Ausübung seiner Gewalt hindern können, bestehen in dem Reichtume, in der Stärke eines Standes, und seinen Vorrechten. Das Uebermaas des Reichtums, die Grösse und Ausbreitung eines Standes, die einem Stande oder Bürger zugestandene, oder von ihnen eigenmächtig angemassete Gewalt und Freiheiten sind also ein wichtiger Gegenstand der öffentlichen Sorgfalt.

§. 137. Es giebt Staatsfluge, welche den großen Reichtum der Bürger insgesamt dem Staate in der Person des Regenten nachtheilig glauben; allein alle Beispiele von dem Sturze der Sta-

Land, eine Familie, ein Bürger
im vorzüglich an sich ziehe, und dadurch
etwas der Ruhe des Staates nach-
ternehmen und auszuführen. Sind die
soßer Reichthümer durch solche Wege
igt, welche, weil sie von keinem Ge-
ränkt sind, nicht als unrechtmäßig ange-
t: so hat die oberste Gewalt kein Recht,
zu entfernen. Die Klugheit gebet
Aufung allzugroßer Schätze vorzu-

§. 139. Alles kommt hier auf die E-
genthums-Erwerbungen an, wo
sich Bringungen Gränzen ausgezeichne-
issen. Die Untertheilung der Güter unter
n der scheint sie auch von dieser Seite
überheben. Nur müssen sie nicht Familie-
ällig die Hände bieten, und die Erri-
aforate, Verbrüderung, Erblei-

ten ihres Besitzes genau anzugehen; diejenigen besonders, deren Vermehrung nicht eben unter die großen Vortheile des gemeinen Befens zu zählen ist. Eine bestimmte Zahl hat einen berechneten Unterhalt, was immer diesen Unterhalt übersteigt, ist für die Glieder der Gesellschaft unnützes Gut, dessen Mißbrauch zu fürchten ist. Ist also die Summe des genügenden Unterhalts berechnet; so ist nothwendig, der weitem und unnötigen Vergrößerung des Vermögens durch Anordnung der Verwaltungen, Schenkungen, Käufe und aller Verträge und Wege, wodurch erworben, oder Reichthum angehäuft wird, zu wehren.

§. 141. Wäre vielleicht diese Aufmerksamkeit aus den Augen gesetzt, und das Vermögen einer Familie, einer Gemeindegemeinde zu unbedenklich angewachsen; so kommt die Gesetzgebung durch Sittenanstalten, wodurch die freiwillige Zerrückung des Reichthums zu Wege gebracht, befördert wird, ihrem Zwecke näher, als durch Gesetze, die unmittelbar dem Uebel entgegengehen. Gegen unsterbliche Gesellschaften hat man an dem Wiedereinlösungsrecht ein Mittel die Besetzung der unbeweglichen Güter zu zerstückeln. Dieses Wiedereinlösungsrecht, welches sonst Anverwandten gegen Auswärtige, oder den Gliedern einer Gemeinde gegen diejenigen zugestanden wird, welche nicht von der Gemeinde sind, könnte z. B. erstlich allen Anverwandten, falls diese nicht vorhanden oder vermögend wären, allen Laien gegen Klöster eingeräumt werden. Es würde klug gehandelt seyn, Standeserhöhungen vorzunehmen, die Ehrbegierde der Vermögenden zu einem großen Aufwand aufzumuntern.

*Der Häufung aller großer Tugenden — alle
flieg. Gesetze über Finanzwesen und andere*

elbst die verschiedenen Gewerl
en und Beschäftigungen, worin
eine Volk theilt, die Aufmerksamkeit der
ich ziehen. Diese muß sich daher von
ller Gesellschaften, Versammlung
tungen, von ihrem Zwecke, Be
ind inneru Beschaffenheit genau
u unterrichten trachten.

§. 143. Die Polizei muß von der S
Stände und Gemeinden genau unterri
damit sie, wenn einer derselben zu einer v
gen Größe anwüchse, sie ihn sogleich in
mäßigen Grängen einschränken könne.
heim, geschlossene, jede Gesellsch
sch zur Untersuchung widerspänstig
verdient, den Namen einer Winkelz
kunft, gegen welche der Verdacht der
gründet ist. Alle Verbeurungen von ihrer

mehrten Gewalt; und geschärften Sereuge verbunden und berechtigt.

§. 144. Sobald sich Bürger in Partheien absondern; so ist das Uebel weit gekommen, hat eine Parthei die Oberhand; so unterdrückt sie, sind beide gleich mächtig, um sich das Gleichgewicht zu halten; so liegt die öffentliche Ruhe gleichsam mitten inne, um zwischen beiden zerrissen zu werden. Eine wahre Polizei wird solchen Spaltungen bei Zeiten vorbeugen.

§. 145. In soweit, als einige Religionäre sich selbst in einen einzelnen Körper absondern sollten, in soweit sie durch ihre Innung und Stärke dem öffentlichen Ansehen gleichsam die Stirne bieten, und die Handlung der öffentlichen Ordnung bedenklich machen können, fallen sie unter die besondere Aufsicht der weltlichen Gesetzgebung. Religion und Menschlichkeit verbieten die Maaßregeln nicht, welche der herrschenden Lehre eine entschiedene Oberhand versichern, und verhindern, daß den Gesetzen niemand ungestraft widerspänstig seyn könne.

§. 146. Die Polizei scheint bei Vereinigung gleicher Gewerbsgenossen in Innungen oder sogenannten Zünfte anfangs sich gleichgültig verhalten, und nachher dieselbe wohl eher begünstiget zu haben, weil sie solche als nützlich betrachtete. Aber Ausschließung und Alleinverkauf waren bald die natürlichen Folgen dieser sich selbst überlassenen Vereinigungen, und nicht selten waren es Weigerungen dem zu gehorchen, was dem Mangel Einhalt zu thun verordnet worden; und Widersehung, wenn man sie zum Gehorsam zwingen wollte. Um das Nuzbare der Zünfte beizubehal-

licher sie nur unter den ausgenommen sind
nen.

§. 148. Soll der Staat nicht gestatten
and dergleichen Vorzüge eigenwälli
isse, um desto weniger muß eine überwiege
manden von dem Regenten selbst eingerän
der Regent kann aus dieser Ursache mit
ung der Befreiungen nicht zu beh
ahren, solcher besonders, welche einzeln
nd Stände von der allgemein
eistung ausnehmen; woferne nun jemand
olcher Befreiungen wäre, er mag, auf we
immer sey, dazu gelangt seyn; so hat den
Recht sie zu widerrufen; weil der Befrei
er keines hat, sie zu besitzen. Keiner
der auf andere Art von seinem Vorfahren
Verbindlichkeit kann dieses Recht unkräftig

§. 149. Die Folgen dieses unebenm

§. 150. Jede Thathandlung, jede Ueßerlassung mit offener Weigerung verknüpft, ist bereits eine Empörung, wenn dieses Wort im ausgedehntesten Verstande genommen wird. Im eingeschränkten aber sind es nur Aufläufe, und ist das Wort Empörung solchen Thätigkeiten vorbehalten, welche auf die gänzliche Umsürzung der Grundverfassung des Staates unmittelbar oder mittelbar in der Person des Regenten oder eines unbeliebten Ministers abzielen. Thätigkeiten die einen nicht so wichtigen Endzweck haben, gegen welche jedoch die ordentlichen Zwangsmittel nicht zureichen, werden Aufläufe, Tumulte genennet.

§. 151. Es geschieht nur sehr selten, daß die Aufläufe so plötzlich ausbrechen, ohne das gewisse Zeichen vorher giengen, die entweder eine Art von Zubereitung sind, oder wenigstens wie ein Rauch die nahe Brunst ankündigen. Diese Zeichen sind vorzüglich Pasquille gegen den Staat oder die Minister, öffentliches Tadeln; oder es miethet die Widerspenstigkeit öffentliche Redner, Prediger, Lehrer, Schauspieler, Zeitungsschreiber, oder andere Schriftsteller zur Ausstreunung ihres Saamens, es gehen Zusammenrottungen in Häusern auf den Straßen vor, diese Umstände müssen der Polizei als eine Warnung dienen ihre Aufsicht zu verdoppeln.

§. 152. Wenn Pasquille an öffentlichen Orten angeschlagen, ausgestreuet, oder von Hand zu Hand gegeben werden, so werden die angeschlagenen von Polizeibedienten selbst abgenommen

der Behutsamkeit zu verfahren als bei
so wenigst die Schrift verbleibend mithin
en nicht so sehr unterworfen ist, wenn f
gefährlichen Umstände vorhanden sind, wenn
ebührlichen, beleidigenden Ausdrücke gebi
en, wenn mehr vernünftelt als
wird; so sind zwar Veruünftler abzumahn
Lubricum Linguae non, facile ad Poenam tra

§. 154. Wenn öffentliche Red
iger, Lehrer, Schauspieler, Z
schreiber, Schriftsteller sich zu
der Meuterey gebrauchen lassen, so verdi
desto größere Strafe, je einen größeren
Worte der einen von dem Amte empfang
mißbrauchen, und je weiter sich bey der
Uebel verbreiten kann. Bey glimmender
heit des Volkes ist eine nothwendige Vorsic
trage der öffentlichen Reden,

der Regierung, wenn sie geschriebene Zeitungsblätter, oder sonst sogenannte g e h e i m e M a c h r i c h t e n nicht herumgeben läßt.

§. 155. Ungewöhnliche Z u s a m m e n r ö t t u n g e n auf Strassen, wovon die Ursache nicht am Tage liegt, sind nie, besonders aber bei glimmender Unruhe des Volkes nicht zu dulden, so unbedeutend sie auch scheinen mögen. Der Anfang der Barrikade gegen Heinrich III. war eine Zusammenrottung der Schulknaben in Paris. Es wird also bei solchen Gelegenheiten durch öffentlichen Ruf bekannt gemacht, das jedermann sein Hausgesind, seine Kinder zu Haus halten, sich aller Thätigkeit gegen die Wache enthalten, widrigenfalls aber die übeln Folgen sich selbst zuschreiben soll. Es werden die müßigen Haufen auf den Strassen durch Wachen zerstreuet, jedoch ohne jemanden, ausser im Falle der Widersehung, zu verletzen.

§. 156. Woferne aber alle angewandten Mittel nicht zureichen einen Auflauf zu verhindern: so müssen Zeit und Umstände die nothwendigen Maaßregeln darbieten. Die gewöhnlichen und allgemeinen Vorkehrungen bei einem wirklichen Aufzuge sind: daß die Gassen mit Ketten bezogen, die großen Plätze mit Mannschaft besetzt, die Schildwachen verdoppelt, und stäts gegeneinander Patrouillen ausgesandt werden, welche auf die geringste Bewegung acht haben, und keine großen Haufen zusammen lassen; daß die Kaufbuden um Plünderungen zu verhüten gesperret, das Ausgehen, oft selbst das Herausgehen

ing werden hier erfordert; doch wenn die
rafen genöthiget ist; so muß ihre Stre
lso eingerichtet seyn: daß sich die
uf wenige, das Schrecken auf vi
enspiel auf alle erstrecke.

IV.

Von der Sicherheit der Hand

§. 157. Die Sicherheit der Hand
ist der Zustand, worinnen wir w
ern Handlungen nichts zu für
ien. Aber Freyheit, Unabhängigke
losigkeit sind Begriffe, die nicht verme
 müssen. Die Zügellosigkeit macht A
zinen durch nichts beschränkten Eigenwillen
der vereitelte Wunsch des Thoren und
Die Unabhängigkeit kann eine zweyf

lungen seyn müssen, weil derjenige, der diese Gesetze gegeben, auch wegen ihrer Uebertretung Rechenschaft fordert. Um so minder hat sie der in Gesellschaft lebende Mensch, weil jede neue Beziehung, in welche er sich versetzt findet, ihm neue Pfllichten auflegt. Die Sicherheit der Handlungen kann von dem Regenten als Gesetzgeber und Richter betrachtet, dann von Mitbürgern unter verschiedenen Beziehungen verlegt werden: vom Gesetzgeber, wenn er die Gränzen der gesetzgebenden Gewalt überschreitet: vom Richter, durch eine falsche Anschuldigung, bei welcher ihn eine übelgeleitete Untersuchung irre führt: von Mitbürgern durch Mißbrauch des Ansehens, und durch Gewalt.

§. 158. Hat die gesetzgebende Gewalt Gränzen, und welche sind es? was immer das gemeine Wohl fordert, und nur so viel, als dieses Wohl fordert, ist ein Gegenstand der Gesetzgebung. Alle gleichgültigen Handlungen, und wären es auch offenbare Lächerlichkeiten, liegen außer den Gränzen der Gesetzgebung. Allein das Urtheil, ob eine Handlung gleichgültig sey oder nicht, muß dem Gesetzgeber vorbehalten bleiben.

§. 159. Indessen erwartet der Bürger von der Billigkeit des Gesetzgebers, daß er seine Handlungen nirgend einschränken werde, wo es die Wohlfart des Staates nicht nothwendig macht; er erwartet von seiner Einsicht, daß er keine Handlungen zu Lasten machen werde, die es nicht sind, und welche vielleicht eher Mitleid als Züchtigung verdienen; mit einem Worte, daß er nur dasjenige gebieten oder

set so zur vollkommenen Sicherheit, daß
abgefaßt werden, damit jedermann
dieser Freiheit erkenne, und sie weder
wissenheit zu überschreiten verleitet wei
h auf ihre Dunkelheit beziehen könne,
h wegen ihrer Zweideutigkeit zu
h nicht getraue. Die Nothwendigkeit
eutlich abzufassen und genugsam be
achen, schlägt also hieher ein.

§. 161. Der gesetzgebende Stil ist
hwersten. Seine Eigenschaften sind Kür
e Gesetze desto leichter auswendig zu behal
alt und Deutlichkeit, die sich nach
er gemeinen Bürger bequemen, die alles
engsel verbannen, Bündigkeit und Ei
eit der Ausdrücke, die nicht weiter, als
es Gesetzes reichen, aber auch keine eing
bedeutung haben sollen, damit alle diejeni

Hinterhalte auf die Bürger, als einer Richtschnur ihrer Handlungen ähnlich sind.

§. 162. Die Bekanntmachung der Gesetze muß in der Landssprache, muß so geschehen, daß sie sich auf die verschiedenen Klassen der Bürger, welche dadurch verbunden werden sollen, erstrecke. Die Bekanntmachung durch den Druck, die Anschlagung an die Thore der Stadt, der Kirche, der Rathsgerichtshäuser, die Einrückung in die Zeitung, in die Intelligenzblätter, ist vorzüglich bei Gesetzen anwendbar, welche ihre Verbindlichkeit auf alle Klassen der Bürger erstrecken, und für diejenigen, die des Lesens kundig sind: für die, so es nicht sind, besonders für die arbeitende Klasse, für die Landleute, ist die Ablesung von der Kanzel unter öffentlichem Ausrufe, oder Trommelschläge, die Vorladung der Gemeinden; bei Verordnungen, die besondere Gewerbe zum Gegenstande haben, die Zusammenrufung der Zunftgenossen nothwendig: wo dann auf dem Lande der Inhalt von dem Pfarrer oder Schulmeister, den Zünften von den Zunftkommisarijen verständlich vorgegetragen und erklärt werden soll.

§. 163. Gebrauchet sich nun der Bürger der ihm von den Gesetzen eingeräumten Freiheit; so muß er darüber auch von dem Regenten als Richter keine nachtheilige Folge zu besorgen haben. Ein ausführlicher Entwurf des peinlichen Verfahrens ist für die Bestimmung dieser Grundsätze zu weitläufig; aber sie schließen einen Blick auf die vorzüglichsten Theile des peinlichen Processes nicht

denannt
d; so wird er in Verhaft genommen.
ilt in Verhaft zu nehmen muß keinem
begrenzt eingeräumt, die Fälle, di
en und Vermuthungen müssen gena
erden, wann von deren Zusammenflusse i
zogen werden kann. Der Arrest wird
ne Strafe zuerkennet, daß sich mit
astnehmung nothwendig ein Begriff
e verläupft hat. Die Einziehung eine
ohn genommenen Bürgers muß also mit
eit geschehen. Auch ist die innere
enheit der Arreste zu betrachten. E
ntersuchte von dem begangenen Ver
überführt worden; so ist es den strengste
der Gerechtigkeit zuwiderlaufend, über ih
zu verhängen, welches mit der Strafe ü
Die Bestimmung der Arreste in diesem Fa
die Versicherung von der Person
suchen und die Drangsalen, welch

§. 165. Die Untersuchung hat zu ihrem Zweck nicht allein den Untersuchten des Verbrechens zu überführen, sondern auch ihm Gelegenheit anzubieten seine Unschuld darzuthun. Eben daraus, weil man die Untersuchung erst nothwendig findet, erhellt, daß es zweifelhaft ist, ob der Untersuchte das Uebel der Handlung begangen habe, dessen er bezüchtigt wird? und so lange kann auch die Gerechtigkeit gegen ihn kein Uebel der Empfindung verhängen, welches nur erst die Folge des bestätigten Verbrechens, das ist, die Strafe seyn soll. Die Folter, oder die mit einem sie schon verurtheilenden Namen sogenannte Zwangfrage, die dem Geist den Schmerzen des Körpers unterwirft, hat sich also wider den bessern Zweck der Gerechtigkeit in das Kriminalverfahren eingedrungen. Es ist unbegreiflich, wie man es je verkennen konnte: daß dieses entsetzliche Verfahren um die Gewißheit eines Verbrechens zu bestätigen, unzuverlässig; daß das auf der Folter abgelegte Geständniß zur Verurtheilung unzureichend, daß das Nichtgeständniß eben so zur Losprechung unzureichend, daß die Zwangfrage nur der schwachen Unschuld gefährlich, nur dem starken Schuldigen günstig ist.

§. 166. Man hätte sich dessen gleichwohl aus der eingeführten Ordnung der peinlichen Frage selbst, mithin gewissermassen aus dem eigenen Geständnisse der Kriminallisten überweisen können. Das von dem Untersuchten auf der Folter gemachte Geständniß ist in seiner Verurtheilung unzureichend, er habe

ist zu trauen nicht etwa auf ein durch die Furcht erz
t, wofür es die Gesetze selbst erkannten
es Geständniß verurtheilet werde. Wi
en Schmerzen abgelegte Geständniß zu
o würde das zweite Ueberfluß, un
der Gesetzgebung Unwissenheit seyn, der
neue Wege zu Ausflüchten zu eröffnen,
nur das unter den Martern abgelegte
sondern auch die nachfolgende Bestätigu
Furcht erzwingen. Woferne man
spreche man zu dem Gefolterten: er ha
es und eigenwilliges Gestä
Wahrheit abzulegen, weder
Schaden, noch auch zur Rettu
er aber auch seinem Geständ
ches vielleicht ihm nur der E
wissen, widersprechen; so ha
weiter keine Folter zu für
nach einer solchen Verhei

worden, so hat er sich zwar der ordentlichen Strafe entzogen; jedoch die Gesetze wagen auch nicht ihn ganz loszusprechen, weil die Hartnäckigkeit im Längnen nicht von dem durch die Anzeichen gegründeten Verdacht reinigt. Aber hätte man vergessen sollen: daß die Absicht der eingeführten Folter eines von beiden war, entweder zum Geständnisse zu zwingen, oder von den beschwerenden Inzichten zu reinigen wo nun keines aus beiden erhalten wird, war sie eine zwecklose Grausamkeit.

§. 168. Die Furcht macht nach der Verschiedenheit des Temperaments der Kräfte, der Denkungsart auf den einen mehr, als auf den andern Eindruck. Der Anblick einer Folterbank allein wird einem schwachen Unschuldigen das Geständniß nicht begangner Verbrechen auspressen, er wird verurtheilt werden. Der nervigte und starkmüthige Verbrecher hingegen, ein Held unter den Bösewichtern, wird die Folter standhaft ertragen, läugnen und losgesprochen werden.

§. 169. Der Fall, wo von der peinlichen Frage, ohne diese schrecklichen Folgen zu besorgen, Gebrauch gemacht werden könnte, wäre gegen einen, von dem Verbrechen bereits Ueberführten, welcher aber die Mitschuldigen verschweigt, ungeachtet die Art des Verbrechens Mitschuldige unentbehrlich macht; oder gegen einen Verbrecher, welcher, da er bereits des Lasters überzeugt ist, dem Richter Umstände geheim hält, die er wissen, und deren Entdeckung der öffentlichen Aufsicht Mittel an die Hand

niger der Strafe. Die Gesetze muen ir
uf die Zeugen, auf die erhobenen
e, auf das eigene Geständniß gen
was für einen vollen Beweis eines
ür eine wirkliche Ueberführung
nithin zur Verurtheilung hinreichend ist.
Verbrechen bestätigt: so soll das Gesetz d
e bestimmen, nicht der Richter.
möglich ist für alle Verbrechen und Vergel
den unendlichen Stufen der Bosheit die E
u messen, und daher dem Gutdünken d
nothwendig vieles überlassen werden muß:
Sicherheit der Bürger dennoch erfordert,
genau auszuzeichnen, bis zu welchen der
den seiner Willführ heimgestellten Bestraft
und die ihm unter keinem Vorwande zu
frei gelassen seyn soll.

§. 171. Nach Verschiedenheit der

schaft ist, da konnten die Geseze der abhängigen Klasse die Freiheit in Handlungen nicht erhalten.

§. 172. Der Regent soll sich den Beschränkungen welche durch das Ansehen angewendet werden, widersetzen, und in den wichtigsten Handlungen des Lebens als Standeserwählungen, Gelübden, Heyrathen u. s. w. allen Zwang allen Verleitungen hintanhaltend.

§. 173. Die thätigste Hülfe gegen die Verleitungen der Jugend in Standeserwählungen ist ohnstreitig, wenn man ihr das Vermögen benimmt, in den Jahren der Unbedachtsamkeit zu wählen, und ihr die Freiheit des Entschlusses bis dahin aufbewahrt, da sie vor dem Entschlusse zu überlegen fähig sind.

§. 174. Solange die Kinder minderjährig sind, ist die Einwilligung der Aelteren (Vormundschaft) unentbehrlich. Nach erlangter Volljährigkeit hängen sie von sich allein ab. Die Aelteren können dann zwar ihr ganzes Vermögen zum Preise des Gehorsams aussetzen, gleichwohl aber den Pflichttheil wegen einer gegen ihren Willen geschlossenen Heyrath nicht entziehen.

§. 175. In Beziehung auf die übrigen Mitbürger beruht die Freiheit der Handlungen darauf: keine Gewalt zu dulden, wodurch man in Ausübung, dessen, was die Geseze nicht verbieten, oder wozu sie verbinden, gehindert, noch zu etwas gezwungen werden könne, wozu wir durch die

§. 176. Zu welchem Zweck
der Zustand, worinnen wir für un-
sere Person nichts zu befürchten ha-
ben kann sie auch die körperliche Sicher-
heit im Umfange der Bedeutung nennen: der
Zustand vollkommen seyn; so muß nicht
etwas für sein Leben, sondern auch lei-
dliche Verletzung, wie sie immer den-
ket, oder wo sie immer herkommen mag,
ten haben, insoweit es der Gesetzgebung
dieselben von den Bürgern abzuwenden.
fließt die erste Abtheilung: die Vorsorg-
sorge, welche das Leben der Bürger
setzt; und solche, welche von ihnen jede
abwendet.

§. 177. Die Gefahren, welche der
Bürger läuft, haben folgende Hauptrubriken
sämmtliche Mordthaten, Unvorsich-
und Manöver. Krankheiten.

§. 178. Alle Todesarten, welche das Ziel des menschlichen Lebens auf eine gewaltsame Art befördern, werden unter dem Namen gewaltsame Mordthaten begriffen. Todtschläge also auf der Strasse oder in den Häusern, Vergiftungen, Zweikämpfe, Selbstmorde und Kindermorde im weitläufigsten Verstande.

§. 179. Die göttlichen und weltlichen Rechte, der von dem Urheber der Natur in alle Herzen gelegte Abscheu, die Menschlichkeit vereinbaren sich die Todtschläge zu verbieten. Die Gesetzgebung muß sich hier durch Strafen, welche auf alle Arten von Todtschlägen verhängt werden, wachsam zeigen; besonders muß sie auf die Stufen der Grausamkeit, und besonders darauf sehen, daß die Strafen auf Schrecken hinauslaufen, weil dem Gesetzgeber daran liegt, dieselben zu hindern, da die Rache unnütze ist. Dahin zielen auch die Nebengesetze, durch welche man die Ausführung der Mordthaten nach Möglichkeit zu erschweren sucht, z. B. das Verbot geheime und heimliche mörderische Waffen zu tragen, in unbeleuchteten Städten sich ohne Licht auf der Strasse finden zu lassen u. d. gl.

§. 180. Die Vergiftungen sind ein Verbrechen, welches leichter, als andere Mordthaten auszuführen ist, und oft selbst von denjenigen begangen wird, die sonst zum Blutvergießen nicht Entschlossenheit genug besitzen. Die Strafen müssen desto schärfer seyn, je leichter das Laster zu begehen ist. Um den Giftmischereyen vorzubeugen muß auf

gleichen schädlich anwendbaren Materialien
nann zu gestatten, besonders auf dem pl
und er ist irrenden Krämeru gänzlich zu
Die zweite Vorsehung muß auf die Käuf
'enn. Ueberhaupt ist niemanden einiges G
ibfolgen, als denjenigen, denen ihre V
solches als eine Zugehör unentbehrlich ma
mächtige sollen also gleich angehalten,
Obrigkeit angezeigt werden.

§. 181. Damit aber in einer so wie
che auch dem Irrthume so wenig als n
gelassen werde; so ist nothwendig, daß v
fahren ein sorgfältiges Verzeich
len entworfen werde, was auf das mensc
oder die Gesundheit eine schädliche Wirk
lann. Die Gewerbtreibenden müssen
werden, solche schädliche Materialien gen
vor Unvorsichtigkeiten zu bewahren, unt

Beobachtungen überführt würden, auf das schärfste nicht nur am Gelde, sondern auch körperlich gestraft werden.

§. 182. Hier ist wohl der Ort, noch einer Art von Vergiftung zu gedenken, deren Verwüstung eben darum weiter um sich greift, weil sie unbemerkterschieht, und man davor weniger gewarnt ist: von der Vergiftung nämlich durch die Kochgeräthschaften von Kupfer. Nach so häufigen Beispielen, welche von den schädlichen Wirkungen dieses Metalls keinen Zweifel mehr übrig lassen, wäre es nothwendig, bis jemand ein Mittel finden würde, welches gegen die Auflösung der Kupfertheile im Kochen sichern könnte, den Gebrauch des Kupfers zu Kochgeschirren ganz zu verbieten, aber doch unter gewisser Behutsamkeit zu gestatten *).

*) Franks System einer medizinischen Polizei 3ter Band 2te Abtheilung von schädlichen Gefäßen.

Fuchs H. F. Ch. Beitrag zu den neuesten Prüfungen der Bleiglasur durch Säuren besonders Pflanzensäuren aufzulösen. Jena. 1794. 1tes, 2tes und 3tes Stück. Die Bleiglasur als anerkannte Hauptquellen vieler unserer Krankheiten, und Unterursachen der Abnahme der Kräfte des Menschen, von Pösrath Ebell. Hannover 1798.

Abhandlung über das gefährliche Haushaltungs-geschirr des Bleinnes und der irdenen glazirten Gefäße, Weinverfälschung, Weinvergiftung, und schädliche Künsteleien bei den Bierbrauen, nebst Mittel und Vorschlägen zu Abwendung und Verhütung der Gefahren, von Möller. Osnabrück. 1802. 8. 62. S.

es eine übelverstandene
eine Feigheit sene, wegen einer
Beschimpfung sich zum Hentler seines
machen; daß es kein Mittel sene die
sich zu lehnen, oder seine Ehre wi
n: daß die Ehre eines Bürgers nicht
nes Tollkühnen, eines Trunk
nes Braven übergeben ist. Es sind i
en Völkern strenge Duell-Edikte g
orderter und Annehmenden, wie auch geg
Personen, wie sie Namen haben mögen,
das Vorurtheil, welches in den Zeiten
entstanden, und durch die gesetzmäßi
ernähret worden, erhält sich noch,
Gesetze kraftlos.

§. 184. Zum Theil trägt an dieser
Zeit der Unterschied Schuld, welche
selbst zwischen Ausforderun
(Dangentes) gemach

darum untersagt, weil in einem Staate, wo Richter und Gesetze für jeden Bürger machen, keine Selbsthülfe Platz finden soll, so ist eben diese den sogenannten Begegnungen angemessen. Die erste Hülfe mag zwar das Verbrechen in etwas mindern; aber sie kann es nicht aufheben. Man hat hier die in allen Fällen erlaubte, in den Gränzen der Mäßigung verbleibende Selbstvertheidigung mit der Begegnung irrig vermengt *).

§. 185. Die Leichtigkeit sich der Strafe zu entziehen, vermehrt nothwendig die allen Gesetzen hohnsprechenden Bestellungen an den Gränzen: derjenige Regent, welcher das erste Beispiel einer öffentlichen Erklärung gäbe, daß er Duellanten in seinem Gebiete keine Zuflucht, daß er, wenn sie erkannt würden,

*) Besnagé in seiner dissert. sur les duels, zweite Auflage 1720. unter Besnages Name 1740. über die Duelle auf Universitäten an einen akademischen Lehrer. Lübeck 1781.

Möfers patriotische Phantasien. Thl. IV. 135. über das sicherste Mittel die Duelle, besonders auf hohen Schulen zu verhüten, von Borkhausen Lemgo. 1799.

Mittermayers Bemerkungen über Duellgesetze und den Zusammenhang derselben mit den Gesetzen über Ehrenverletzungen im neuen Archiv des Criminalrechts, III. Bandes 3tes Stück S. 436. Halle 1819. über den Zweikampf von Prof. Rosshirt in dem nämlichen St. S. 453.

Geschickte Rätke und Beamte sollen nach Kräften mitwirken, um die Duelle, welche so zahlreich entstehen, zu hindern, und wenn ungeachtet ihrer Wachsamkeit doch Duelle wirklich ausgeführt und entdeckt werden,

...t der auf den Zweikampf verurtheilt ist
auf einer andern Seite auch aus de
rbrechens selbst, welchem dadurch Einhi
lte. Wer das Leben höher schätzt, a
inte Ehre, schlägt sich nicht; und wi
m Leben vorzieht, fürchtet den Tod n
h bei dem Zweikampfe selbst ausgesetzt:
t die Kraft des Vorurtheils, daß es
elbst die Schmach der gerichtlichen S
erringern. Die ganze Kraft der Gese
gen dieses Vorurtheil gerichtet werden.
ziehung den Grundsatz frühzeitig eins
Ehre könne mit der Uebert
Gefetzes bestehen; so soll die G
sen Satz durch Thaten bestätigen. Ein
des Zweikampfs selbst unmittelbar geles
Zeit würde das kräftigste Mittel seyn,
Privatrache sogar unmöglich zu mach

... und Gefun

geißlungen, das nicht ferner für ein Vertheidigungsmittel seiner Ehre anzusehen, wodurch man sich unvermeidlich der Ehre entfeste.

§. 187. Die Vorsorge der Geseze muß sich so weit erstrecken, daß sie auch diejenigen Gewaltthaten, die jemand an sich selbst begehen könnte, mithin die Selbstmorde zu verhindern suche. Sie sind von zweierlei Art; es entleibet sich jemand mit Ueberlegung, oder aus Mangel der Vernunft. Man hat dem vorseßlichen Selbstmorde durch die Schmach vorzubeugen geglaubt, die man dem Körper des Selbstmörders anzuthun drohet: da man ihn nämlich durch den Schinder wie ein Vieh auf dem Karren hinaus schleifen und unter dem Hochgerichte begraben, seine Güter aber zum Theil einziehen läßt. Wenn der angebohrne Hang der Selbsterhaltung nicht wirksamer wäre; so würde die Bestrafung des Entleibten niemand zurückhalten. Die Grundsätze der Religion, die Vorstellung, daß es nicht erlaubt sey unsern Standort ohne Willen dessen, der ihn uns angewiesen, zu verlassen, die Vorstellung einer auf die Verminderung weniger elenden Augenblicke folgenden unglücklichen Ewigkeit, diese müssen eine solche Nationalmaxime ausrotten *).

§. 188. Gewöhnlicher Weise ist der Selbstmord die Folge der äußersten Verzweiflung. Das Auge

*) J. F. Snüppeln über den Selbstmord; ein Buch für die Menschheit Gera. Beckmann. 1790. 8.

(Ch. F. Sintenis) über die zweckmäßigsten Mittel wider den überhandnehmenden Selbstmord. Leipzig, Crusius. 1792. 8.

ten, die aus Mangel der ...
eren u. d. gl. Hand an sich legen t
en Menschen, ben denen der Verdacht
ihre Vernunft sen angegriffen, gegen
wahrt, oft gebunden, angefesselt, oder
zu bestimmte Zollhäuser gebracht wer
re: Herstellung versucht wird. Woferne
nädige Krankheit den Hülfsmitteln trotz
solche Unglückliche in ewiger Verwahrn
türlicher Tod ihrem Elende das End ma

§. 190. Jedes Mitglied der bürge
schaft empfängt in dem ersten Augen
Daselbst ein Recht auf den Schul
Die Polizei ist daher verpflichtet
der neugeborenen Kinder, d
geboren werden sollten, in
ben. Der Kindermord hat einen
von Unempfindlichkeit, der ben andern
... ist. Da

es so geschieht, daß der Tod des Kindes wegen Entlegenheit des Orts, wegen Entfernung von aller Hülfe nicht bloß nothwendig, sondern auch nur wahrscheinlich erfolgen mußte, ist nicht weniger strafbar, als die unmittelbare Ermordung.

§. 191. Der Folge nach ist es einerley, ob das Kind erst dann, wenn es wirklich das Tageslicht erblickt, oder noch in Mutterleibe durch Arzneymittel oder Gewaltthaten abgetrieben und getödtet werde. Gesetze, die zwischen einer belebten und unbelebten Frucht einen Unterschied festsetzen, und bey der Abtreibung der letztern gelinder sind: sind unvollkommen.

§. 192. Um aber dem Abtreiben der Leibesfrüchte so viel als möglich vorzukommen; so ist erforderlich, daß in Spezereybuden und Apotheken, oder auch bei Kräuterfrauen ohne Unterschrift eines Arztes, der seine Anordnung zu verantworten habe, nichts verabfolget werde, was zu diesem schändlichen Zweck dienen kann. Die medicinische Fakultät hat ihnen darüber die Vorschrift zu ertheilen, und die Ingredienzien, woraus solche schädliche Getränke verfertiget werden können, unter den höchsten medicinischen Geheimnissen aufzubewahren. Auch ist den Wundärzten, Barbierern u. d. gl. nicht zuzulassen, daß sie Weibspersonen auf eigenes Begehren, oder nach Eigendünkel zur Ader lassen, wenn es wahr ist, daß eine Aderlaß zu gewissen Zeiten der Frucht zum Nachtheile gereichen kann. Die Uebertreter dieser heilsamen Vorschrift sind auf das strengste zu strafen.

wächte Mädchen mit strengen
ern sie entehrenden Strafen und
nden Merkmalen belegt werden so
mehr eine der unentbehrlichsten
Häuser vorhanden seyen, worinnen
sittliche Personen ohne Furcht verrath
t, sich ihrer Bürde entladen und wi
hoopß der Tugend zurückkehren können, d
ftigkeit, sagt Mirabeau, ist e
st der zeuzenden Unschuld:
ingt sie zu verlieren, verur
ständig lasterbast zu bleiben.

§. 194. Gesetze, welche einer gesch
n auferlegen, ihre Schande selbst
reiten gleichsam mit dem Zwecke, den
jen suchen. Bei Weibern, die alle S
ogen haben, ist diese Vorsichtigkeit lib
unrücklichen Schlachtopfer seiner

wird sich verhindern Mutter zu werden, um keine auf ewig enteehrte Person zu seyn *).

§. 195. Die Armut wird nicht leicht zu gewaltsamen Kindermord verleiten: aber sie kann die Ursache

*) Ein Menschenfreund, der Appellationsgerichtspräsident v. Lamezan bestimmte einen Preis von 100. Dukaten auf die beste Beantwortung der Frage: Welches sind die besten ausführbarsten Mittel, dem Kindermord abzu- helfen, ohne die Unzucht zu begünstigen; es wurden von allen Ecken Deutschlands eine Menge Abhandlungen eingeschickt; drei Abhandlungen, von Pfeil, Klippstein und Kreutzfeld, welche im Jahre 1804 unter dem Titel gedruckt wurden die drei Preisschriften über die Frage: welches sind die besten ausführbarsten Mittel, dem Kindermord abzu- helfen, ohne die Unzucht zu begünstigen. Mannheim. 1784. erhielten den Preis.

Franks, Joh. Pet. System einer vollständigen medic. Polizei, Mannheim 1780, B. II. 1te. Abth. 2ter Abschn. §. 17. — 30.

Pfeils, Joh. Gottl. Vont. die vorhin angeführte Preisschrift von den besten und ausführbarsten Mitteln, dem Kindermord abzu- helfen, ohne die Unzucht zu begünstigen, mit Zusätzen und einem sechsfachen Anhang. Leipzig 1788. in 8. Die Wubbianer, eine nicht gekrönte Preisschrift: wie ist der Kindermord zu verhindern, ohne die Unzucht zu befördern? Von J. G. Schloffer. Basel 1785. und viele andere, welche theils auf Veranlassung dieser Preissfrage, theils bei andern Gelegenheiten der Presse übergeben wurden.

Eyngenberg über das Verbrechen des Kindermords und der Aussetzung der Kinder. Neues Archiv des Criminatrechts B. 1. N. 1. Beschluß B. 3. St. 3.

orhanden sind; wird das Weggeben
für sich selbst aufhören.

§. 196. Neben vorsätzlichen Kindermord
Wachsamkeit der Geseze auch auf die Beleg
wendet senn, wo die Sprößlinge der Bevöl
Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit
ie geben können. Um bei der Geburt der I
zer Gefahr ausgesetzt zu senn, sind kein
geprüfte Wehmütter zur Geburtshülfe
und besonders muß auf dem flachen Lande
getragen werden, daß es keinem Orte an der
fehle, und jeder Fall, wo eine Nachlässigkeit
laufen, untersucht und nach Umständen st
werde. Die Sorglosigkeit der Kinder:
nen ist gleichfalls der Aufmerksamkeit
würdig.

§. 197. Es verdienen noch alle die
... die Frucht mittelsthai

zu öffnen. Die Weiber die sich in gesegneten Umständen befinden, müssen selbst gegen die Mißhandlungen der Männer durch Geseze und Strafen gesichert werden. Endlich müssen alle Gegenstände, welche Schrecken oder Abscheu erwecken, und unzeitige Entbindungen oder Mißgeburten veranlassen könnten, abgeschafft werden.

§. 198. Es ist unmöglich alle Fälle zu bestimmen, wo die Unvorsichtigkeit dem Leben der Bürger nachtheilig werden kann. Aus einigen Beispielen kann man hier die Anwendung auf die übrigen machen. Das Auge der Polizei muß aller Orten gegenwärtig seyn, wo eine größere Menge des Volkes sich zu drängen, zahlreichere Kutschen mit unterzufahren pflegen, mithin die Gefahr niedergefahren, oder niedergerritten zu werden näher ist. In großen Städten also, wo die Straßen von beschäftigten Menschen beständig voll sind, sind Verordnungen, welche das schnelle Fahren oder Reuten ohne Ausnahme untersagen, unumgänglich, besonders aber muß dieses Verbot bei Thorwegen, Brücken, oder an den Ecken der Straßen sehr streng seyn.

§. 199. Um allen Verwirrungen, und den daraus entstehenden Unglücksfällen bei einem größern Zusammenflusse der Menschen und Wägen an bestimmten Orten oder bey eignen Anlässen vorzubauen, kömmt es auf sehr einfache, hauptsächlich auf Ordnung, aber welche niemanden zu überschreiten gestattet werden muß, hinauslaufende Befehle an: wo es seyn kann, muß der Abgang und Zugang der Wägen und Fußgänger gesondert, nach Möglichkeit auch wohl von einander ent-

bristen für diejenigen, welchen die Ausfuhr
Straßen, den Brückenbau, die Schifffahrt u.

§. 201. Die Vorsichtigkeit, wenn in
uchten Gegenden ein Bau geführt wird, ge-
hört an diesen Ort. Damit durch das
der sonst auf eine andere Art niemand
verderbe, müssen solche Vorkehrungen gema-
ntweder, daß die Vorübergehenden durch
ie Zeichen gewarnt, oder welches nutzbar
niemand vorübergelassen werde. Bei Ge-
Ausbesserungen, wobei Gruben eröffnet sind
he die Unwissenden fallen könnten, muß
ung Vorsehung machen, daß die Defnungen
u g e d e c k t oder gar u m s c h l o s s e n wer-
Theil der Polizeiaufsicht verdient ein besond-
der sogenannte Ordnung, die den Bau für
inüberschreitbaren Beobachtung vorgeschriel

liche Anlage der Kellereingänge den Baumeistern in der gesetzmäßigen Bauordnung ganz zu untersagen. Die Tagwachen müssen darauf sehen, daß die auf die Straßen gehenden Zuglöcher oder Senkgruben stets bedeckt seyen. Alle Gefahr, welche aus dem Einfall der Häuser, oder sonst dem Sturze eines Gebäudes bevorsteht, muß zu gehöriger Zeit gemeldet werden, um dagegen Vorkehrungen zu machen.

§. 203. Zu den Maaßregeln gegen Unvorsichtigkeiten rechne man auch die Verbote etwas von oben herabzuwerfen, Schießstädte nahe ben bewohnten Gegenden anzulegen, Spiele, wobei geworfen wird, auf Plätzen, welche von Menschen stark besucht werden, zu halten, kurz alles dasjenige zu thun, welches, wenn es unter Menschen oder an solchen Orten geschieht, wo Menschen hinzukommen pflegen, durch ein Versehen jemanden beschädigen könnte.

§. 204. Man hat nach dem in Holland zuerst gegebenem Beispiele auch in England, Frankreich, Deutschland und in andern Staaten Verordnungen, welche über die Behandlung der erstickt, erfroren scheinenden, der aus dem Wasser gezogenen die Vorschrift gegeben, welche eine längere Frist bestimmen, ehe der Todte begraben werden darf. Die mitleidige Wohlthätigkeit von Privaten hat den Anfang gemacht, und die öffentliche Verwaltung ist größtentheils einem so löblichen Beispiele gefolget, neben dem gedruckten Unterrichte auch die Werkzeuge, welche zur Herstellung der Leptern erfordert werden, aller Orten zu vertheilen und den Bundärzten, deren

Alle solche Handlungen müssen durch die G
igt seyn. Z. B. Schwimmen, B
roßen Wässern. Hieher gehören gleichf
efährlichen Künste der Seilschwing
echter, Kirchbaumsteiger, Con
euer Springer, die Flugwerke in
pielen u. d. m.

§. 206. Eine Handlung ist unter ge
ständen ein Wa gest ü c k , die unter ander:
ein solches ist, z. B. das Gehen über gefr
wenn das Eis stark genug ist, die Dar
zu tragen, ist ohne alle Gefahr, bei
Thauwetter hingegen ist es mit Gefahr
damit also niemand in Gefahr gestürzt i
der öffentlichen Verwaltung ob, dergleich
zu untersuchen und bey diesen und ähnl
Verordnungen zu machen.

§. 207. Damit nicht nur den von.

sondern das Leben der Bürger auch gegen die von Krankheiten und Leibesgebrechlichkeiten herrührenden natürlichen Todesarten insofern es das Loos der Sterblichen zuläßt, gesichert werde, sind Anstalten erforderlich, dem Bürger in Krankheiten Hülfe zu schaffen und dadurch ihren Verheerungen ein Ziel zu setzen. Der Zusammenhang aller hieher gehörenden Vorkehrungen wird die Gesundheitsaufsicht, Gesundheitspolizei genennet; diese begreift aber nicht nur alles, was unmittelbar zu der sogenannten, medicinischen Veranstaltung gerechnet wird, sondern auch die andern Vorsichtigkeiten, welche mit der Gesundheit der Bürger auf irgend eine Art zusammenhängen. Der Gegenstand ist wichtig genug um eine eigne Gesundheitscommission zusammenzusetzen, welche über alles, was auf die Gesundheit einen Einfluß haben kann, ihre Aufmerksamkeit verbreitet und aus Arzneigelehrten und andern Polizeigliedern zusammengesetzt seyn soll.*)

§. 208. Die Grundlage der Gesundheitsanstalten ist die gute Einrichtung des Arzneistudiums in allen seinen Theilen, damit angehende Leibärzte, Wundärzte, Geburtshelfer, Hebammen, Apotheker alle, die sich mit Besorgung der Gesundheit: Heilung des Körpers, Zubereitung der Arznei- und überhaupt der Krankenpflege abgeben, Gelegenheit haben, nicht nur zur Erwerbung der theoretischen Kenntnisse, sondern auch zu der Anwen-

*) Ich will nur ein einziges klassisches Werk hier empfehlen: Frank Joh. Pet. System einer vollständigen medicinischen Polizei 6 B., gr. 8. 1784 — 1817.

ien Wundarzt haben, an dem die Ge-
n der Geburtshilfe als eine wesentliche
erfordert wird. Dem flachen Lande muß e-
uch an wohlunterrichteten Hebammen
sein.

§. 210. Auch über die Apotheke
Aufsicht sich verbreiten, damit die Arznei-
r Menge, Verschiedenheit, in-
wendigen Güte vorhanden seien. In d-
müssen die Laboratorien der Apothek-
zu Zeit von ungefähr, gleichsam mit-
schung, untersucht werden. Die beste
bereitung wird den Apothekern in den sogen-
pensatorien vorgeschrieben.

§. 211. Abermal soll die Vorsorge
Arzneivorrats nicht auf die Städte allein
sein. Es wäre wenigstens möglich, d-
... .. gemein

§. 212. Wenn nun weder an geschickten Arzneiverständigen, noch guten Arzneimitteln ein Mangel ist; wozu soll jemanden sich mit Verschreibung und Zubereitung der Arzneien oder anderer Hülfsmittel für die Gesundheit und das Leben der Menschen zu bemengen erlaubt seyn, dem die Beweise fehlen, daß er die dazu gehörigen Kenntnisse erworben und nach der Vorschrift geprüft ist? Die Polizei mag eben sowohl den freien Verkauf des Gifts, als das Ausstehen der Marktschreier, als den Verkauf ihrer Quacksalbereien, als das Verschreiben irrender Aerzte, als die Breitung und den Verkauf der Winkelarzneien gestatten.

§. 213. Damit aber die veranstaltete Hülfe für einen großen Theil der Bürger durch die Kostbarkeit nicht unnütze oder wenigstens sehr erschweret werde, muß in Ansehn der Aerzte sowohl, als Arzneien den willkührlichen Preissteigerungen vorgebauet werden. Besonders wird es in Ansehn ihrer und auf dem platten Lande zur Erhaltung der arbeitenden Klasse des Volks dienen, wenn für die Aerzte eine Tage bestimmt ist, die nach dem heiläufigen Vermögen dieser Klasse ausgemessen seyn muß. Noch sollen Tagen für Apotheker unüberschreitbar bestimmt werden, welche für Landapotheker geringer eingerichtet werden; für diejenigen, welche auch noch diese Kosten zu tragen zu mittellos sind, werden Armenärzte zu besolden und Armenapotheken auf öffentliche Unkosten zu unterhalten seyn. Die Klosterapotheken können dem Staate die Kostbarkeit einer solchen Anstalt sehr erleichtern.

nen, als die ganz untern wohnen, der gleichen Art verpfleget werden müssen.

§. 215. Durch diese Betrachtungen Krankenhäuser, welche Kranke gegen Geld a für den verhältnismäßigen Beitrag mehr lichkeiten, als die gemeinen vom Sta Krankenhäuser anbieten, nicht zu verm Anstalten sind für den Wohlhabenden, sein Geld mehr als das Nöthige versch ringern im Ganzen gleichwohl den öff wand für die Gesundheitspflege. Der menschenfreundlichen Arztes zu einer K ist also der Aufmerksamkeit und Beförd sundheitsaufsicht allerdings würdig.

§. 216. Die Krankenhäuser müssen fü ten bestimmt seyn. Es gehören also hi worinnen arme Weiber und unglückliche Sa gehören bieber gleich

der 'geboren endlich die T o l l h ä u s e r , worinnen die Heilung der Elenden versucht wird, die aus was immer für einer Ursache um ihren Verstand gekommen sind.

§. 217. Die B ä d e r und G e s u n d b r u n n e n verdienen gleichfalls einen Blick der öffentlichen V o r s o r g e . Ein Land, welches damit gesegnet ist, muß die Nebenanstalten, welche ihren Genuß erweitern, nicht verabsäumen. Die Vermögenden, welche Gesundbrunnen trinken, oder Bäder gebrauchen, fordern Bequemlichkeit in Wohnungen, Vorrath an Lebensmitteln, nicht bloß den nothwendigen, sondern auch denjenigen, welche die Tafel des Reichen unterscheiden; Sie fordern S p a z i e r g ä n g e , oder andere Z e i t f ü r z u n g e n , wodurch ihnen der Aufenthalt angenehm gemacht wird. Auch für die Armen sollen Anstalten getroffen werden.

§. 218. Die Krankheiten deren Verheerung die Gesundheitsaufsicht Einhalt thun soll, sind entweder solche, die bei einem Kranken stehen bleiben; oder sich auf mehrere verbreiten. Die Krankheiten von der letztern Art werden überhaupt unter dem Wort S e u c h e begriffen: aber Seuche im bestimmteren Ausdrucke, der dem Worte C o n t a g i o n zusagt, ist die Krankheit, deren Fortpflanzung von u n m i t t e l b a r e r B e r ü h r u n g des Kranken, oder dem Gebrauche der von dem F u n d e r der Krankheit angesteckten Sache, allenfalls von Bewohnung desselben Zimmers betrefft, unterschieden von der L u f t s e u c h e oder E p i d e m i e , die nicht von einzelnen Kranken auf andere sich fortpflanzt, sondern einem in der freten Luft verbreiteten a l l g e m e i n e n Verderbnisse zugeschrieben

§. 219. Zu diesem Zwecke kann die Tschau ungemein nützen, weil sie von dem entstehenden Kranken, dessen Uebel von der Art ist, der Gesundheitsaufsicht überläßt. Von dieser letztern muß, wenn die Anstalten, die in solchen Fällen zu nützlich vorgezeichnet worden, der Vollzug des Vorbesorgs werden. Bei einzelnen Kranken wird darauf gesehen, daß die Behaftete in ein Haus gesendet, oder wie sonst möglich Gesunden abgesondert, daß Kleidungen und Sachen, welche den Zunder der Krankheiten halten und mittheilen können, von eignen Knechten gereinigt, oder ganz verbrannt, daß die Wohnungen von unheilvollen Dämpfen, Auslüften, Räuchern u. d. gl. befreit werden.

um den weitern Fortgang zu hemmen, und dieselbe aufhören zu machen *).

§. 221. Man hat sich gegen die von ferne kommende Pest, oder gegen die angränzenden Länder zu verwahren; es sind Verträge, besonders in Ansehen der Seehäven über diesen Gegenstand nothwendig; alle verdächtige Schiffe werden ohne die vorgeschriebene Reinigung nicht in den Haven, noch die Reisenden tiefer in das Land gelassen. In Ansehen der angrenzenden Länder, die wegen der Pest verdächtig sind, läuft die Pestanstalt dahinaus: daß durch Truppen, denen nach einer gewissen Ausmessung Wundärzte und Medici untergetheilt sind, Abschnitte, sogenannte Cordone gezogen werden.

*) Fischer in seinen Briefen über das südliche Frankreich S. 475. Lieferte eine ausführliche Beschreibung von den Pest-Häusern und Quatantaine-Anstalten in Marseille.

Meads Abhandlung von der Pest im neuen hamburgischen Magazin, B. III. und IV. 1769.

Howards Nachrichten von den Kranken- und Pest-Häusern in Europa. Leipzig 1791.

Patriz. Russels Abhandlung über die Pest, nebst Anhang von meteorologischen Beobachtungen zur Pestzeit, aus dem Engl. Theil I. 1792. Theil II. 1793.

Ein vortreffliches Reglement, die Verbreitung entstehender Krankheiten unter dem Volke zu hindern, in den medicinischen Commentarien der Aerzte zu Edinburg, übersetzt von Die l. Bd. VI vom J. 1793.

v. Schraub, Franz, Geschichte der Pest in Syrmien, in den Jahren 1795 und 96., welche die Geschichte der Pest in Ostgalizien, Vorschriften der Pestpolizei und Ideen über die Ausrottung einiger ansteckenden Krankheiten enthält. Theil I. mit einer Charte von Syrmien, 1801, Theil II. 1802. gr. 8.

im 8ten Tage sterben, oder geneien
dessen Wahrnehmungen soll die Gefahr di
ganz keine seyn bey neuen und rohen D
um so größer bei bereits gebrauchten K
den und Geräthschaften: er empfiehlt da
der vornehmsten Verwahrungsmittel gegen
steckung die über die Gränzen kommende
gung ihrer Kleider anzubalten. Indesse
Bestordnungen die Vorsicht auch bey W
nicht aus dem Gesichte, und einige wer
gar nicht eingelassen, oder müssen in K
nen abgelegt, und durch Räuchern, S
Anslüften u. d. g. gesäubert werd
weitere Verführung gestattet wird.

§. 223. Wäre ein Theil eines P
Ort wirklich angepestet, so wird nach
Grundsätzen verfahren; die angestechten
von dem Augenblicke an abgesonde
dem Hohen

gend werden von der medicinischen Fakultät nicht nur die Arzneimittel angewendet, sondern auch Bewahrungsmittel bekannt gemacht, und sonst alles angeordnet, was ihre Einsicht ihnen an die Hand giebt, den weitem Fortgang des Uebels zu hemmen und die Heilsamkeit der Luft wieder herzustellen *).

§. 224. Manche Krankheiten stellen beinahe eben so große Verheerungen an, als Seuchen wie die *Kinderpocken*. Die Abwendung dieser Verheerung gehört unter die nothwendige Vorsorge für die Erhaltung der Bürger. Der Politiker machte den Ueberschlus, daß der größte Theil der Menschen mit dieser Krankheit befallen werde; daß bei eingepropften Blättern, zufolge genauer Beobachtung von 300, nach andern von 400 kaum 1 stirbt; bei natürlichen hingegen das Verhältniß der Gefahr gegen die eingepropften 25 gegen 1 ist: daß also die Bevölkerung gewinne, und dies war ihm für die Einpropfung entscheidend: man sollte auch andere ausführbare Vorschläge zur Ausrottung der Blattern benützen **).

*) Ähnliche Anstalten soll die Polizei einem Uebel, welches eben so große Verheerungen, wie die Pest, anrichtet, entgegensehen; dieses ist das gelbe Fieber; man kann die angeführten Anstalten mit Modificationen auch auf diese Krankheit, welche in unsern Tagen in Amerika und in Spanien schrecklich gewüthet hat, anwenden.

*) Die Erfahrung unsers Landmannes Dr. Jenner in London ist vielleicht die wohlthätigste, welche im vorigen Jahrhundert gemacht wurde. Eine sorg-gefaßte Uebersicht dessen, was wir von der Geschichte von dem Verlaufs und der Wirkung der Kuhpocken glaubwürdig wissen, liefert Dr. Bremer. Berlin, 1804.

schon Verordnungen, die schon
fend vom 26. Aug. und 4. Nov. 1807. sin-
dig, und verdienen allgemeine Nachahmung.
diese wohlthätige Anstalt in ganz Europa
man bemüht sich auch diese in fremde Wi-
berpflanzen, und es wird bald so weit von
wir von diesem schrecklichen Uebel nur in de-
te Nachrichten lesen werden. Mögen unser
schen Regierungen Handhaft fortfahren, di-
entgegen zu arbeiten. Ueber diese Materie
ne Menge sehr nützliche Schriften geliefert
nur folgende hier anführen:

Dr. Krüniz Verzeichniß der vornehmsten
ten von den Kinderpocken und Einimpfung. Le-

Dr. Monro's Alex. Nachricht von der
fung der Kinderblattern in Schottland, aus
Altenb. 1766. 8.

Dr. Heinsius, J. A. Gründe für
die Pockenimpfulation. Leipz. 1780 in 8.

Funkers, C. W. gemeinnützige Vor-
Nachrichten, wie der Pockennoth zu stener

einen guten Theil von Menschen getödtet haben; ehe man sie erkennt. Die Aufmerksamkeit der Gesundheitsanstalt muß hauptsächlich auf die zeitige Entdeckung, und allenfalls auf den periodischen Lauf, den diese Krankheiten zu halten pflegen, gelehrt seyn. Aus den Sterbprotokollen, welche überhaupt zur Vollkommenheit der Gesundheitsanstalten, und manchem andern wichtigen Zwecke der öffentlichen Verwaltung unentbehrlich sind, soll von Monat zu Monat der Auszug der an eingelegte Krankheit Gestorbenen eingereicht werden: die Vergleichung dieser Auszüge von Jahr gegen Jahr wird die periodische, oder öftere Wiederkehr der Epidemien entdecken.

§. 226. Uebrigens schließt die Gesundheitsanstalt die Erweiterung der Arzneikennntnisse nicht bloß unter die Mitglieder der medizinischen Fakultät ein; Sie entlehnt auch gerne fremde Einsicht und macht von der Erfindung nützlicher und bisher unbekannter Heilmittel Gebrauch. Jedoch bevor sie dieselben sowohl selbst anwendet, als deren Anwendung gestattet, muß sie dieselben gehörig untersuchen. Es ist hieraus offenbar, daß keine Arzneien ohne Prüfung ausgegeben werden sollen.

§. 227. In mehreren Verordnungen sind die in den Kalendern von jeder üblichen Aderlaßmännchen

fab die Menschheit, von Dr. K. G. Kühn, mit etnem nach der Natur gemahlten Kupfer die Gestalt der Subpocken in ihrer Veränderung bis zum 17ten Tage vorstellend. Leipz. 1801. gr. 8.

Die Schupockenimpfung in ihrer endlichen Entscheidung, als Angelegenheit des Staates, der Familien des Einzelnen, von Georg Friedrich Kraus. Nürnberg 1820.

Diesemigen, welcher durch solche Gauckeleien zu bel
verdienen: daher als schädliche Betr
tigt, oder vielleicht als Thoren in ein Ge
ret zu werden.

§. 228. Der Zweck aller dieser Arzneiart
Leben der Bürger gegen Krankheiten zu si
dungs: also würde derjenige einer Art
schuldig sein, der die angebotenen Mit
angebringen Kranken anzuwenden vernach
her würde ein Gesetz, welches die E
Erbfässer, die Eheleute bei ihre
genden Gatten nachdrücklich verbände,
beizurufen, und auf den Fall des Be
Unfähigkeit der Erbfolge, den
weiblichen Vorzüge, oder derg
Strafen festsetzte, nichts unbilliges entk

1700 Aber die Sorgfalt für das

gesundheitsaufsicht obliegen. Es können hundert Umstände sich ereignen, die ihre Aufmerksamkeit fordern: die gemeinern und worauf stets ein unabgewendetes Auge geheftet seyn soll, sind die Schädlichkeit der genussbaren Waaren und die Unheilbarkeit der Luft.

§. 230. Damit niemand durch schädliche Nahrung sich Unheil-zuziehe, ist eine Marktordnung unentbehrlich, die wegen der Lebensmittel überhaupt gehörige Vorschrift gebe, und deren Handhabung bereitere, wohlunterrichteten Beschauern und Marktübergebern aufgetragen ist. Kraft dieser Verordnung muß von Fleischhauern anders, als gesundes Vieh auszuhanen, oder auch anders, als gesundes Vieh schon geschlachtet zu Markte zu bringen und im Ganzen zu verkaufen bei schwerer Strafe nach Beschaffenheit der Umstände auch bei strenger körperlicher Züchtigung untersagt seyn. Bevor also ein Fleisch von einem neugeschlachteten Stücke Viehs verkauft wird, muß dasselbe der Beschau unterworfen, und wenn der Beschauer Merkmale der Ungesundheit findet, das Stück ganz vertilget werden. Aus diesem Grunde ist auf die Fleischschwärmung, bei welcher diese Vorschrift nicht statt findet, eine vorzügliche Wachsamkeit nothwendig.

§. 231. Fäulen, Käse, Milch und andere vom Viehe kommenden Nahrungsmittel, sind der Marktbeschau nicht weniger zu unterwerfen. Man sollte durch die strengsten Verordnungen verhindern, daß aus Gegenden, welche der Viehseuche halber verdächtig sind, keine derlei Schwaaren zum Verfaufe gebracht werden.

leblich festgesetzt werden; keine Früchte oder
feil zu bieten; welche von den Aerzten
oder ungesund erklärt worden.

§. 233. Nicht selten zeigt eine Schwach-
an sich selbst unschädlich ist, wegen eines
Umsandes und auf einige Zeit nach-
lungen. Die Pflicht der als Mitglieder
beisatzsicht bestellten Aerzte wird seyn,
Gemeinschädlichkeit zum besondern Gege-
Untersuchung zu machen; sobald sie diese
anzudeuten, damit dieser Anzeige zufolge
aufsicht die gehörige Vorsicht gebraucht, und
ständen das Verbot sowohl des Verfa-
nusses gehörig bekannt gemacht werde.

§. 234. Unter denjenigen, welche
laufen, verdienen die Gewürzkräuter
besondere Aufsicht; die mit ausländischen

§. 235. Unter den Getränken ist das Wasser wegen seiner allgemeinen Unentbehrlichkeit das wichtigste. Die Gesundheit dieses Bedürfnisses hängt nicht weniger von seinem Ueberflusse, als der Reinigkeit ab. Städte oder Dörfer empfangen ihr Wasser auf dreierlei Art; aus Flüssen, gegrabenen Brunnen oder Eisternen. Bei der ersten Anlage einer Ortschaft empfiehlt die Vorsichtigkeit solche Gegenden zu wählen, daß es den Bewohnern an Wasser nicht mangeln möge, da wo Flüsse oder Bäche das Trinkwasser zuführen, oder auch da, wo öffentliche Brunnen den Wasservorrath geben, soll die öffentliche Verwaltung durch Aufsicht und Verbote mitwirken, daß das Wasser immer rein gehalten werde *).

§. 236. Ortschaften, die auf Höhen angelegt sind, haben selten die Gemächlichkeit von Flüssen, Brunnquellen oder Wasserleitungen. Sie sind daher genöthiget Regen und Schneewasser in Eisternen zu sammeln. Unter allen Wassern ist das Eisternenwasser nach Uebereinstimmung der Aerzte das gesunde. Um so größer muß daher die Sorgfalt seyn, damit wenigstens mit den unvermeidlichen Unreinigkeiten sich nicht solche vereinbaren, welche durch genauere Aufsicht, durch geschicktere Anlage, festere Struktur, und Verschließung der

*) Franks medizinische Polizei. III. 352—434. Ueber Verbesserung und Trinkbarmachung des verdorbenen faulen, und Erhaltung des reinen Wassers gegen Fäulniß, s. Auswahl ökonomischer Abhandlungen der Gesellschaft in St. Petersburg. Bd. II. S. 212. und Bd. III. S. 28.

Wasser, so ist er immer groß genug, um
Gesundheit der Bürger sehr einzustreuen. Die
besonders mit dem Weine / sind oft von de
ren Folgen. Verbote und Strafen
Verfälschungen sind eben so nothwendig, a
dere Vergiftungen: und einige zur Aufd
Betrügereien aufgestellte G e t r ä n k ü b e r
che sowohl die Getränke unter dem Z a p
dem L a g e r und in Bouteillen zu unters
sind noch aller Orten eine vergebens vorge
von Polizeibeamten *).

*) In Hinsicht des Weins.

Weinprobe, Verfälschung, künstliche Be
Lartbousers Abhandlung über die Be
Weine, welche der Gesundheit schädlich

1779. 2.

F r a n k s medizinische Polizei. III. 461

Wollin, Christ., von der Verfälschu
wie falsche. Aus dem Lateinischen überf

§. 238. Die Unreinigkeit der Luft tödtet zuweilen schnell, meistens aber vergrößert sie die Sterblichkeit durch schleichende Krankheiten. Die schnellere Wirkung zeigt sich hauptsächlich in Arreſten, Zuchthäuſern, Krankenhäuſern und Verſorgungshäuſern, wenn ſie nach dem Verhältniſſe der Menge, die darin bewahrt oder bewohnt iſt, nicht geräumig genug, nicht ſo angelegt ſind, daß von Zeit zu Zeit die Luft darin erneuert werden kann. Die Krankheiten, ſo hieraus entſtehen, werden von den Aerzten das Hoſpitalſieber und Kerkerſieber genant, das letztere hat alle Natur einer Peſt. Die vortheilhaften Vorſchläge des William Howard, die Ventilatoren, welche Hales, und die Luſtröhren, welche Sutton erfunden, um friſche Luft in verſchloſſene Behältniſſe zu verſchaffen, ſollen allen menſchenliebenden Magiſtraten willkommen ſeyn.

L'Art de faire gouverner et perfectionner les Vins par le C. Chaptal, à Paris 1801. 215 S. deutsch überſetzt 1802.

In Hinſicht des Brandweins.

Krähb, Encyclopädie VI. 420 — 518.

Iſt zur Zeit einer eintretenden Fruchttheuerung das Brandweimbrennen zu verbieten oder frei zu laſſen, beantwortet von Philipp Franz Breitenbach. Leipzig 1800. 8. 91 S.

Enthält auch die Litteratur hierüber.

In Hinſicht des Biers.

Philippi über verſchiedene Gegenſtände der Staatswirthſchaft. Berlin 1772.

Franz's System einer vollſtändigen medizinischen Polizei. III. 352 — 434.

Meine Abhandlung über das Bierbraurecht in Baiern. Ingolſtadt 1791. Seite 154.

zu thun. Gewissen ist, daß die
Sümpfe auszutrocknen, durch Aa
flußbette und ihre Erweiterung dem A
zewässer zuvorzukommen.

§. 240. In Städten ist die Höhe
ie Enge und Verkrümmung der E
Mangel geräumiger Hauptplätze die
Ursache der Unheilsamkeit. Alles, was die
fungen und Gestalt nicht nur ansteckend,
berlästigt seyn kann, muß in das Freie
en. Es sind also die ordentlichen Begrä
asser den Städten zu verbannen, und aus
ben Ursache ist auch die Beisetzung der L
kirchen nicht zu gestatten. Die Schlach
Schindanger, Gärtner, Böttcher
Schmiede, Viehhändler oder and
roße Heerden Vieh halten, sind nach Erfo
beschäftigung entweder ferne von bewohnt
der doch an offene, dem Zugange der Lu

faul, freier Abfluß verschaffet; der Abfluß der Unreinigkeiten aber soviel es thunlich ist, auf Hauptkanäle geleitet und hauptsächlich auf die Reinlichkeit der Städte gesehen, und für deren Säuberung auf das Beste gesorgt werden.

§. 241. Die Vorschriften zur Erhaltung der Reinlichkeit in den Städten bestehen vornämlich in zwei Stücken: in Verordnungen keinen Unrath auf die Straße zu werfen, und in guten Säuberungsanstalten. Es müssen also auch bestimmte Plätze angezeigt werden, wo die Unreinigkeiten, Kehricht u. d. g. hingebraucht werden können.

§. 242. Der Vorzug der Säuberungsanstalten besteht in dem, daß gewiß, ordentlich und geschwind gesäubert werde. Die Polizei besorgt die Säuberung selbst, oder verdingt solche an Unternehmer. Man sieht leicht ein, daß nur die erste Art nützlich ist.

§. 243. Wenn die Polizei die Säuberung selbst besorgt, so geschieht es entweder, daß sie die ganze Anstalt über sich nimmt, oder daß sie hauptsächlich über die Vollstreckung der den Hauseigenthümern darüber gegebenen Verordnungen wacht, und nur dasjenige sich vorbehält, was einzelnen nicht wohl übertragen werden kann. Die zweite Art ist vorzuziehen, und der Polizei nur die Ausführung der bestimmten Vorschrift zu überlassen.

§. 244. Die Gewißheit der Säuberung ist zu erwarten, wenn von der Verbindlichkeit vor seinem Hause säubern zu lassen niemanden eine Ausnahme

7.
§. 245. Die Säuberung ordentlich
stellen, müssen durch die Verordnungen
schriftlich gegeben werden, wie? und was
zunehmen ist. Andere Anstalten sind bey
cher Witterung, andere bey Schnee,
Winter bei Frost und Thauwetter.
Bei gewöhnlicher Witterung wird T
be bestimmt, wenn vor den Häusern zu
gekehrt, und das Kehricht in die Mitt
gehäufet wird. Zu dieser Zeit fahren dann
die Straßen, welche diese Kehrichthauf
führen. Bei Schnee- oder Regen
festgesetzt seyn, daß drei Stunden z. B.
witter, oder den Morgen darauf gekehrt
werde. Im Winter beim Froste muß
des Eises, und dessen Wegschaffung glei
bestimmt seyn, welches die Säuberung
Thauwetter ungemein erleichtert.

§. 247. Es sind noch einige Nebenumstände die mit den Säuberungsanstalten zusammenhängen, deren hier am schicklichsten Erwähnung gemacht werden kann: die gute Unterhaltung des Stadtpflasters, die Ableitung der Dachtröpfen, und die ordentliche Leitung der Spusrinnen. Je besser das Pflaster in den Städten unterhalten wird, desto weniger kann sich der Koth häufen. Diejenige Art der Pflasterung ist den übrigen vorzuziehen, welche gegen die Mitte etwas erhoben, den Abfluß des Wassers nach beiden Seiten in die Rinnfäle befördert, wobei das Pflaster durch den Lauf des Wassers gleichsam abgespült, und der Koth mit weggeschweift wird. Es ist eine offenbare Unschicklichkeit, wenn die Dachtröpfen durch hervorspringende Rinnen mitten auf die Straßen geleitet werden.

§. 248. Mit den allgemeinen Gesundheitsanstalten und der Gemächlichkeit der Bürger stehen in Verbindung die Nothwendigkeit öffentlicher Lustörter, wo der Gefunde, und mehr noch der Schwächere, der Genesende eine reinere Luft einathmen könne, die Vorsehung wegen einer zureichenden Menge und Bequemlichkeit der Tragessel und Mietstutschen.

§. 249. Vorausgesetzt, daß durch geschickte Leitung der Handlung und Gewerbe es dem Arbeitsamen nicht an Mitteln gebricht seinen Unterhalt zu erwerben, so ist die öffentliche Verwaltung zu jedem Bürger, der arbeiten kann, berechtiget, zu sagen: Arbeite um deinen Unterhalt selbst zu erwerben! Aber auch jeder Bürger, der zur Arbeit unvernünftig

daher die Armuth eine zeitliche oder b
Die erstere ist sehr oft die Mutter der letz

*) **Hildebrands, J. E. Preisschrift**, a
alle Arme versorgt werden können. Saarl
— — erläuterte Preisschrift, auf wel
Arme in jedem Lande versorgt und den
Bettler gesteuert werden kann. Frankfurt
1766. 8.

Mesewitz, von Versorgung der Arn
gen 1769.

Macfarlans Untersuchung über di
ren Ursachen und Mittel ihnen abzuhelfe
vens Anmerkungen. Leipzig 1785.

Anhang einiger Betrachtungen über A
- Untersuchungen von Garve. 1785.

Caspersons Preisschrift von Verhü
telwesens in einer Haupt- und Residen
von der Hessenkasselschen Gesellschaft des
der Güntze den Preis erhalten, nebst

§. 250. Die zeitliche Armuth kommt von Umständen, die für einige Zeit außer Stand setzen, ganz etwas zu erwerben, oder doch soviel als nöthig ist. Bei der Volksklasse, die ohne Vorauslage nur durch Taggewerbe und Handarbeit ihren Unterhalt gewinnt, ist die gemeinste Ursache dieser Armuth Krankheit, eigne oder der Angehörigen: die Krankheit eines Tagelöhners, die Krankheit der Kinder. Es ist nicht blos die Pflicht, es ist der eigene Nutzen des Staates, in dem allgemeinen Versorgungsplane für solche zeitliche Arme eine Hülfe vorzusehen, welche, mit der gehörigen Vorsicht durch einen verhältnißmäßigen Geldbeitrag aus Armenklassen geleistet werden muß.

§. 251. Bei der Volksklasse, die ihre Erwerbung nicht ohne Vorauslage fortsetzen kann; und dieses ist der Fall der meisten Handwerker, wird der Mangel der kleinen Summe zu dieser Voraus-

Ueber Entstehung und Erwehrung der Armuth, eine Preisschrift von Wille; Hamburg 1790.

Experimental Essays political, economical and philosophical, by Benjamin Count of Rumford 1795. ins deutsche übersetzt. 1797.

The state of the Poor, by S. F. Eden. 1797.

Und englische Blätter, herausgegeben von Rudolph Schubert. Band VIII. Heft III. und IV. wo ein Auszug davon ist.

Auch die bekannte Rumford'sche Suppenanstalt, was insbesondere bei den theuern Jahren eine vortreffliche Wohlthat für die Armen; ein Armenpflegschaftsrath sollte, wenigstens in Städten, diese wichtige Erfindung des Grafen v. Rumford nicht vernachlässigen.

der vorzüglichsten Bestimmungen 1047
Lombarden oder Leihbänke.

§. 252. Sollen Lombarden oder
der Absicht, eine augenblickliche Aushilfe f
gere Gattung von Handwerkern zu sen
zusagen, so müssen auch geringe Pf
nur einigen Werth haben, angenommen,
kleine Summen vorgeschossen, das
Verhältnis gegen den Werth des Pfandes
hing ausgemessen, und überhaupt nur
Zinsen, von sehr kleinen Da
als welches die stärkste Armut anzeigt,
keine angenommen werden.

§. 253. Die beständige Armu
in einem gewissen Verstande auf alle
bürgerlichen Gesellschaft, nach den A
des Standes nicht weniger auf den
Möglichkeit und A

Die Mittel der beständigen Armut zu Hülfe zu kommen.

§. 254. Es ist Mißbrauch des Worts oder des Rechts, wenn man die Pensionen als willkürliche Verleihung, als Gnade behandelt. Demjenigen, der sein Leben im Dienste des Staates verwendet hat, in seinem Alter zu versorgen, ist Pflicht, nicht bloß Pflicht ihn zu versorgen, sondern auch nach seinem Grade zu versorgen.

§. 255. Wittwen der Beamten sind ungefähr in dem Falle ihrer verstorbenen Gatten. Wohleingerichtete Wittwenkassen werden sowohl dem Staate, als allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft die Versorgung der Wittwen erleichtern, und um die Anmerkung im Vorbeigehen mitzunehmen, die Ehen befördern. Die Wittwenkassen sind eine gesellschaftliche Einrichtung. Ein Mann legt anfangs eine gewisse Summe gleichsam zum Austritte für seine Frau ein, macht nach einem gewissen Verhältnisse jährlich einen Beitrag, wogegen mit seinem Absterben die Wittwe lebenslang, wofern sie sich nicht wieder verehelicht, von der Wittwenkasse ein gewisses Einkommen zieht.

§. 256. Bei der Einrichtung einer solchen Kasse ist die Berechnung eine Auflösung von drei Fragen: wieviel hat die Wittwe jährlich zu bekommen? wann wird der Genuß anfangen? wie lange wird der Genuß dauern? Die erste Frage kann nur, nachdem die zweite und dritte gelöst sind, beantwortet werden. Der Genuß fängt an, wenn die Frau Wittwe wird. Der Anfang hängt also vorzüglich von dem Alter des Mannes, das ist, von

Einlage und des jährlichen Beitrags. Die Zugänge, wovon Wittwenkassen Zahlungen bestreiten, fußen sich auf den der ersten Einlage, auf den jährlichen Beiträge, auf den Austritten durch Wiederehe und durch Tod.

§. 258. Ungefähr nach dem Beispielen können auch Versorgungskassen des Dienstvolkes angelegt werden. Mitglieder erlegen nach ihrem Alter ein festes Eintrittsgeld, und einen jährlichen Beitrag. Dagegen sie, wenn nicht mehr fähig sind, täglich ein geringes Unterhalte empfangen.

§. 259. Die Armen, welche die Unterstützung von dem Staate erhalten, können

3. Sie muß ohne Abbruch des zureichenden mit den geringsten Kosten bestritten werden. Die Armen können entweder aus Armenkassen durch Geld auf die Hand versorgt werden, oder in Versorgungshäusern. Die Frage, welches von beiden vorzuziehen ist, muß aus den vorausgesendeten Grundsätzen entschieden werden.

§. 260. Mit der strengsten Aufmerksamkeit ist nicht wohl zu verhüten, daß nicht unter erlogenen Umständen Unwürdige sich bei Vertheilung des Almosens auf die Hand mit unterschleichen. Aber es ist bei nur geringer Aufmerksamkeit geradezu unmöglich, daß unwürdige Arme in einem Versorgungshause unentdeckt bleiben sollen. Die Gemeinschaft der Wohnung, des Holzes, des Lichtes, der Verköstigung, der Arzneien verringert in den Versorgungshäusern den Aufwand. Der Arme kommt dem Staat geringer zu stehen, und ist mit diesem geringeren zureichend versorgt. Bei Almosen auf die Hand hingegen muß der Arme mehr empfangen, und hat dennoch nicht nach Nothdurft. Das Uebertriebene der Verwaltungskosten kann diesen Gründen für die Versorgungshäuser nicht entgegen gesetzt werden. Daher selbst den kleinen Städten und Dörfern, wenn Sie mehrere Arme zu ernähren haben, gemeinschaftliche Hospitäler für mehrere Dörfer zusammen anzurathen, und wohl überhaupt die Armenhospitäler auf das flache Land zu verlegen sind. Reinlichkeit, Ordnung, und das gefällige Betragen der Vorsteher, sind die wesentlichen Stücke der Versorgungshäuser. Da übrigens diese Häuser der Versorgung wahrer Armen

ne. zugulugge, vuvuv,
diese Einkünfte zu nehmen sind? und h
schiene A b g a b e n ausgedacht; die m
met. Da diese Häuser unter den noth
wand des Staates gehören; so muß er i
Staate beiritten, und von allen Bür
werden, ohne daß es eben erforderlich ist,
St o c k aus den öffentlichen Einkünften c

§. 262. Die Versorgung der A r m
Staate erleichtert, wenn diejenigen, r
einiger Beschäftigung fähig sind einen T
halts sich zu verdienen angewiesen, und
mit Arbeit versehen werden, wozu Bei
abermal größere Bequemlichkeit anbieten
Landleute sollen auf die Ortschaften ih
schoben, und hier, wenn Spitäler vorha
genommen, oder von den G r u n d o
und G r u n d g e n o s s e n unterhalten u

ist, muß zur Herbeischaffung des nothwendigen vorläufig der Gang der Handlung eingeleitet werden. Ebenso muß die Verbesserung der Kultur durch die Landwirtschafts auf sicht voransgehen, und der öffentlichen Aufsicht die Vorkehrungen erleichtern, dem Abgange der durch Mißwachs, Verheerungen, oder die Verkäufer veranlaßt werden könnte, abzuheffen.

§. 264. Von dem Abgange der Lebensmittel, was für eine Ursache immer dabei zum Grunde liegt, ist immer die Folge die Theuerung, welche in vielen Beziehungen mittelbar nachtheilig ist, aber unmittelbar den Volksklassen es unmöglich, oder wenigstens äußerst beschwerlich macht, sich die zu ihrer Erhaltung unentbehrlichsten Bedürfnisse zu verschaffen. Die Anstalten der Polizei müssen daher zum Ziele nehmen, den Fellschäften einen Wets zu versichern, welcher mit dem Vermögen Aufwand zu machen, d. i. mit dem Handlohne der arbeitenden Klasse in Verhältniß steht *).

*) Unger, Ordnung der Fruchtpreise. Göttingen 1752.

v. Sonnenfels, Abhandlung von den Ursachen der Theuerung in den Hauptstädten. 1769.

v. Berg, deutsches Polizeirecht. Theil III. 133.

Remarks on the present high Price of grain and on the Expediency of further legislative Restrictions in vroom to effect its reduction. 1800. in 8.

Die Theuerungspolizei, oder historischer polizeilicher Versuch über die Theuerung und den Gewerbwucher, über die Ursache der ersteren und die zweckmäßigsten Mittel und Maaßregeln beiden soviel möglich zu steuern, von Dr. C. G. Nössig. Leipzig 1802. 148 S. 8.

nach den Umständen
in der Ausübung verschieden angewendet
nämlich die Feilschaften einer Gattung für
davon ein dauerhafter Vorrath
oder nicht. Für den Ueberfluß der erste
die Magazinirung, für den Ueberfluß
ten, durch die Marktgesetze vorgeordnet

§. 266. Der Zweck der Magazinirung
zweifach: Vorrath und ein mittlerer
Preis. Vorrath heißt eine der Bevölkerung
zusagende Menge der Lebensmittel, vorzüglich des Korns von
gen. Der Ueberschlag: wieviel Korn
werden müsse? setzt erstlich das
der Bevölkerungstärke, zweite
genaues Kenntniß der Landesfrucht
aus Gegeneinanderhaltung von beiden
zu erhalten, wie weit die Erzielung da
Mehrerer zu bedecken fähig sey.

§. 267. Nicht genug, daß der öffentlichen Aufsicht in einem Staate von größerem Umfange die Stärke der Bevölkerung und Kultur im Allgemeinen bekannt ist: sie muß beides auch nach dem Lokalverhältnisse kennen, um die Provinzen unter sich zur wechselseitigen Hülfleistung anzuleiten, und neben dem allgemeinen Vorrath insbesondere auf die Vertheilung desselben, mithin auf die Lokalmagazinirung bedacht zu seyn.

§. 268. Außer allem Zweifel hängt der mittelmäßige Preis vorzüglich von dem zureichenden Vorrathe ab; aber nicht von ihm allein: es sind noch andere Vorkehrungen erforderlich, den Preis des Kornwerths mittelmäßig zu erhalten, und die Theurung zu verhindern. Fehlt es in der That am Vorrathe, so ist eine wirkliche Theurung vorhanden. Fehlt es zwar an diesem nicht, aber die, welche den Vorrath besitzen, nehmen ihres Vortheils wahr, und halten das Korn zurück; so entsteht eine erzwungene Theurung. Ist beides nicht, aber gewisse Fälle, besondere Umstände z. B. der Anschein eines Fehljahres, unbehutsame Vorrathsansammlungen u. d. g. geben Anlaß einen Mangel zu besorgen; so entsteht eine Theurung der Einbildung. Um der wirklichen Theurung allein vorzukommen wird genug seyn, wofern ein bedenkender nach dem Lokale der Verzehrung vertheilter Vorrath bereitet ist, wozu Vorrathshäuser in allen Gegenden der Provinzen nothwendig sind.

§. 269. Man hat geglaubt, daß es am vorteilhaftesten seyn würde, Vorrathshäuser auf Ko-

gen überwacht. ...
mein groß seyn: dadurch entsteht die 2
das Korn vor dem Verderbniſſe.
Die Erbauung solcher Magazine, die zu
stellten Beamten, die gemeinern Ma-
ter, deren Besoldung auf den Kornver-
gen werden muß, erhöhen wenigstens ver-
weise den Preis. Es entstehen an
Menge Beschwerlichkeiten in Rücksicht
führen und des Verkaufes *).

§. 270. Wenn große Magazine
ten angelegt werden, so sind beinahe
Folgen zu besorgen, wie bei Staaten

§. 271. Allen diesen Besorgnissen
abgeholfen, wenn viele, kleine un-

*) Dr. Gf. Schreiber's Vorschlag zu
öffentlichen Getreidemagazins zu Sed-
n. s. w. Leipzig, Breitkopf. 1772.

eingeschriebene Privarmagazine angelegt werden. Weil der Vorrath klein ist, so entsteht durch den Ankauf keine plötzliche Erhöhung des Preises; so ist der Vorrath leichter vor dem Verderbniß zu bewahren. Weil viele Magazine vorhanden sind, so wird der Zusammenfluß der Verkäufe durch wechselseitige Erniedrigung den Mittelpreis erhalten, und dennoch wird dem Landmanne eine gewisse Zahl der Käufer versichert, die dem Korn einen Werth geben, der ihn zum Anbau ermuntert. Weil endlich diese Magazine eingeschrieben sind; so erspart sich der Staat den Schritt Magazine mit Gewalt zu eröffnen. Gleichwohl wird es nicht leicht zu einer Theuerung der Einnahme kommen.

§. 272. Auch der in solchen kleinen Magazinen vorhandene Vorrath muß nach einer gewissen Zeit losgeschlagen, und an dessen statt wieder neuer aufgeschüttet werden. Wenn die Ausfuhr des Getreides nicht erlaubt wäre; so würde niemand gerne einen Vorrath machen, den er absetzen zu können nicht hoffen darf. Also setzt die Magazinirung selbst als eine Polizeianstalt den freien äußern Kornhandel voraus. Damit jedoch durch übermäßige Ausfuhr des Korns nicht im Lande selbst Mangel und Theuerung verursacht werde; so müssen dieser Freiheit gewisse Gränzen gesetzt werden; die Ausfuhr wird nämlich so lange erlaubt seyn, so lange der Marktpreis des Korns sich im Mittelpreise erhält: sie hört auf, so bald der Marktpreis diesen mittlern Preis übersteigt.

§. 273. Der Preis der übrigen Speis-

Zeit abnehmen. Das Holz wird in den ersten Platz verdienen. Es muß nützsamen Vorrath an Holz, oder anderen heit unnachtheiligen brennbaren Materien dern auch dahin die Aufmerksamkeit gerichtet nach einem gewissen auf das Maaß besse, und zwar ohne Unterschied der Person seye. Die Erfahrung zeigt es, daß bein ten an einem so dringenden, zu so manchen anwendbaren Bedürfnisse entweder wirklich ist, oder derselbe dennoch bald sich äußert. Polizei kann daher nicht zu sehr auf eine Ordnung dringen, nicht zu sehr alles, dem jungen Gehölze schadet, nicht zu Eilungen ergreifen, die der Erziehung des derlich seyn, die zur Verminderung des beitragen können.

§. 274. Eines der wichtigsten Bedü

zu schaffen. Der Vortheil wird die Verkäufer herbeiziehen, ohne daß andere Anstalten nothwendig sind.

§. 275. Der Vorrath von Lebensmitteln, welchen die Magazinirung versichert, muß nach dem Bedürfnisse der Verzehrer von Zeit zu Zeit auf Märkte zu Kauf geboten werden. Die allgemeine Vorkehrung in dieser Absicht bei Feilschaften die sich magaziniren lassen, fällt mit denjenigen überein, welche in Ansehn der Feilschaft getroffen werden, die nicht magazinirt werden können. Bei einigen Gattungen ist es genug die Zufuhr überhaupt zu befördern. Bei einigen müssen Höfen vorgesorgt werden, wo der Tagwerker, wo die minder Vermögenden Volksklassen sich nach ihrem Fleißen, täglichem, augenblicklichen Erfordernisse versehen können. Einige Feilschaften endlich haben eine Art von Zubereitung nöthig: für diese sind eigene Gewerbe zu veranstalten.

§. 276. In manchem Lande wird um die Zufuhr zu befördern ein gewisser Umkreis des platten Landes ausgezeichnet; von welchem entweder alle oder doch gewisse Gattungen der Lebensmittel nur in eine eigentlich dazu bestimmte Stadt gebracht werden dürfen. Ein solcher Zwang ist meistens zum Vortheile der überfüllten Hauptstädte eingeführt, und zeigt deutlich, daß die Hauptstädte das Land um sich her nur dazu bestimmt ansehen, ihrem Ueberflusse zu frohnen. Dieser Zwangverkauf ist schädlich und überflüssig. Die Beförderung der Zufuhr hängt also von wohlgeordneten Märkten und Verhinderung des Vorkaufs ab.

verkauften Feilschaften frei und der
überhaupt gegen jede Plagercy und
geschützt seyn.

§. 278. Bestimmte Märkte:
zween Gründen nützlich. Der Zusamme:
durch für diese Tage größer, als wo
auf alle vertheilt ist. Und ohne B:
Märkte auf eigene Tage würden die
Gewerbe, die für die gemeinen Klä:
lich sind, zu Grunde gehen. Eigene
nerlei Mattung von Feilschaften t:
zur Erleichterung der Marktaufsicht, si:
maßen zur Wohlfeilheit bei, weil die
Kauf gebrachten Waaren dadurch mehr
fällt.

§. 279. Besondere Markt abgab
Macht der beförderten Zufuhr den a

§. 280. Statt der unmittelbaren Taxe hat man also wenigstens mittelbar die Marktbesuchenden in die Nothwendigkeit zu setzen gesucht, ihre Feilschaften nicht zu hoch, und überhaupt mit denselben nicht an sich zu halten. Auf den Marktplätzen zu Paris z. B. ist es den Kornhändlern nicht mehr erlaubt, den Preis zu erhöhen um den sie an einem Tage anfangs verkaufen. Man setzt für die Märkte eine Stunde fest, nach welcher weiter nichts verkauft werden darf. In einigen Städten ist den einmal zu Markt gefahrenen Vorrath abzuführen verboten. Er wird daher den Stadthändlern um einen gewissen Preis zugeschlagen, oder muß wenigstens an dieselben überlassen werden. Eine bestimmte Stunde ist wegen der Höfen und Gewerbe in der Stadt von gutem Nutzen, und kann bei Feilschaften, die sich nicht wohl aufbehalten lassen, auch in Ansehn des Preises von einiger Wirkung werden. Aber der Zwang in Ansehn des unverkauften Vorraths läßt einen der Eröffnung der Märkte entgegengesetzten Erfolg erwarten.

§. 281. Der Vorkauf vermindert den Zusammenfluß der Lebensmittel auf dem Markte und erhöht eben dadurch den Preis. Wenn auch einige Vorkäufer das, was sie angekauft haben, wieder zu Markt bringen, so kauft das Volk nur aus der zweiten Hand. Es ist also nothwendig, dem Vorkaufe auf alle Art vorzubeugen. Die Wege des Vorkaufes sind folgende: 1. die Händler reisen auf das Land, und kaufen den daselbst befindlichen Vorrath an sich. 2. Sie lauern den zu Markte gehenden Landleuten unterwegs bey den Thoren auf, um ihnen ihre Waare

vorher, wenn der Verkauf die Genuß
nicht vermindere, besteht darin, daß
Gewerbe, die von dem Landvolke umher-
menfluß ausstehen, anhält, ihren Vor-
U m f r e i s e, von welchem die Feilsche
zur Stadt getragen oder gefahren wer-
e n t f e r n t e r e n Gegenden anzuschaffe.

§. 283. Die V o r k ä u f e der beide
aber fordern besondere Aufsicht, und ist
Der Verkauf u n t e r w e g e s wird bei
m u n g des Angekauften untersagt un-
Uebertretung des Verbotes eine G e l d
Wann die Hälfte des Strafgeldes dem
d e n, der den V o r k ä u f e r anzei-
wird; so erweckt das Gesetz zwischen bi-
t r a u e n, das zur Festhaltung desto
wird. Dem V o r k a u f e a u f d e m
selbst Einhalt zu thun, soll den Hän-
bis zu einer bestimmten Grunde nicht

Lebensmittel abzielen, ist also aus eben dieser Ursache nicht zu ertheilen. Diejenigen aber, welche die Uebersse der Märkte nach vollendeter Marktzelt an sich kaufen, insoferne es ohne Abkantung zwischen Käufer und Verkäufer geschieht, müssen nicht, als Vorkäufer, angesehen werden: vielmehr wird durch sie die Zufuhr nützlich befördert.

§. 285. Nach dem Bedürfnisse der Klasse, für welche die Höfen bestimmt sind, müssen sie zu allen Stunden des Tages verkauft, und in den kleinsten Abtheilungen, welche die Gesellschaft und Münze nur zulassen. Die Höfen halten entweder ordentliche Kaufstätten, oder verkaufen sogenannte Strändeln, oder endlich die Feilschaften, welche dahin gehören, werden von Weibern, ohne einen bestimmten Ort, zu Kauf getragen.

§. 286. Bei Lebensmitteln, die eine Art von Zubereitung fordern, §. B. Brod, Fleisch u. d. A. müssen Gewerbe, die sich mit dieser Zubereitung eigens bemengen, veranstaltet seyn. Um zu verhindern, daß solche Gewerbe nicht in einen nachtheiligen Allertauf abarten, unterwirft man ihre Feilschaften meistens bestimmten Wollzertagen. Diese Tage sind im Allgemeinen betrachtet, schädlich, oder überflüssig. Wenn sie zu hoch sind, schädlich für den Käufer, wenn sie zu niedrig sind, für den Gewerbetreibenden; und selbst für den Käufer, weil niemand ein Gewerbe mit Nachtheil treiben, mit hin Mangel erfolgen wird. Sie sind überflüssig, wenn die Tage im Mittelpreise bestimmt ist.

§. 287. Die Tage werden also nur da zu Hülfe

benzart zu mancherlei anderm Gebrauch
wie Oel, Zucker u. d. g. einige
zur Begnügung der Lüsterheit, w
Caffee, kostbare Weine u. d.
ser Verschiedenheit theilt man dieselben
der ersten, zweiten und dritten Gatt
gegenstände des bloßen Wohllebens. I
Tagirung bestimmt es, welche Feilschaft
gen können: diejenigen nämlich, welche
der Volksklasse sind, und in dem
diese Klasse ihre Bedürfnisse ankauf.
Gegenstände des Wohllebens nicht
zu legen: auch kann sich die Lage nur
verkauf erstrecken *).

§. 288. Die Lage muß, um dem
und Käufer gleich zuträglich zu seyn,

ken den Erfaß aller Voransätze in sich enthalten, wegen des Zweiten nur einen mäßigen Gewinn bestimmen. Es gehört nicht zu den allgemeinen Sätzen sich in die einzelnen Taxirungen einzulassen. Die Polizei nimmt Werkverständige zu Hülfe, auf die sie zuversichtlich seyn kann, weil jeder Vortheil des Gewerbes, jeden Nachtheil, jede Uebervortheilung kennen und denselben überzubiegen wissen. Der bestimmten Tage wird durch gehörige Bekanntmachung die Kraft eines Gesetzes erbetet. Die Uebertretung muß mit solchen Strafen belegt werden, welche von Eindruck sind. Den Geldstrafen, die nur eine Art von Wiedererstattung leisten, sind daher auch körperliche Züchtigungen beizugesellen.

§. 289. Zu Hütern der Satzungen werden eigne Uebergeber bestellt, welchen die Gewalt eingeräumt werden muß, ihre Nachforschungen wie und unter was Umständen sie es am besten erachten, zu halten. Die unvermutheten werden die nützlichsten seyn. Alle Uebervortheilungen, welche den Buchstaben des Gesetzes bewahren, ohne den Sinn desselben zu befolgen, müssen mit eben der Strenge bestraft werden, als die geraden Uebertretungen.

ben? oder: durch welche Verfügungen kann der billigste Preis des Fleisches bewirkt werden? welche v. d. königl. Societät d. Wissenschaften in Göttingen auf d. Nov. 1787. aufg. ist. Hann. Hellwing 1788, 8. (Die Preisschrift von J. F. Ep. Weißer besonders abgedruckt. Tübingen, 1788.; u. d. Acc. v. J. Ad. Weiß. Everser, 1788.)

insofern es möglich ist, viererlei Gattungen Mühlen vorbereitet seyn müssen: Landmühlen, Flüßmühlen oder Bächen: Windmühlen, oder Vieh- oder Handmühlen auf die anderen Fälle, welche die übrigen Mühlen umfassen sollten. Weil mit Erhöhung oder Verringerung der Währbäume und Wassergehörsanordnungen vorgehen, auch die Müllerenden an Geld oder anderen Rechten anlegen könnten; müssen Mühlenordnungen seyn, welche diesen Unzukömmlichkeiten und besonders die sogenannten Zwangsmaas eine Art begünstigen.

§. 291. Man kann an diesem Orte von dem gewissen Verstande zu den Bedürfnissen des bürgerlichen Lebens gehörigen zur Unterscheidung der Polizei-Handwerker, den Maurern, Zimmerleuten, Schustern, Schneidern etc. anerkennen, daß die öffentliche Aufsicht

merkten, und andern Handwerkern, welche bloß nach dem Tagwerke bedungen werden. Bei diesen ist nur die Anmerkung zu machen, daß die Lage auf dem Lande kleiner, als in Städten, zugleich aber nicht unveränderlich seyn, sondern nach dem Maße der Steigerungen, welche mit den Lebensmitteln vorgehn, erhöht oder verringert werden muß. Lagen bei den übrigen Handwerkern, sind nicht ausführbar, und unnöthwendig.

§. 292. Die Vollkommenheit der körperlichen Sicherheit muß neben den Anstalten, für das Leben der Bürger auch solche begreifen, wodurch sie von denselben jede körperliche Verletzung abwendet. Diese Verletzungen hängen von so vielen und verschiedenen Fällen ab, daß es weder in der Macht der Polizei steht sie alle vorherzusehen, noch auch möglich ist sie herzuver zählen. Ihre Ursache liegt entweder in Versehen, oder Muthwillen, und die Vorsicht der Polizei besteht vorzüglich darinnen, daß sie, so sehr es möglich ist, die Gelegenheiten dazu vermindere.

§. 293. Wo immer ein großes Gedränge des Volkes ist, da werden die Unordnungen nicht vermieden werden können, da muß das Auge der Polizei stets gegenwärtig seyn. Alle öffentlichen Ergößungen verlangen die Anwesenheit eines Polizeibeamten, welcher der Unordnung mit Hülfe der ihm gegebenen Wache zu wehren bedacht seyn muß. Bei feierlichen Einzügen also: bei öffentlichen Freudenbezeugungen, bei Geld- oder Lebensmittelauswerfen, Freikomödien, oder wo

hien geschehen; sind zu zählen; alle Unthaten
welche durch Thiere geschehen. Thiere
Natur nach reißend sind, müssen ganz an-
den. Diesen unruhigen Leute, welche
weil, oder dergleichen gezähmte Thiere
Schau führen; sind nicht zu gedulden. Be-
setzung gehört die Verordnung keine böse
zu halten, oder wenigstens sie immer an-
gen, die herrnlosen Hunde zu tödten.

§. 295. Unter den Verletzungen,
der Muthwillen ist, sind die Schlä-
Trunkle am häufigsten. Es trägt zu d-
derung vieles bei, wenn dasjenige bei
was bereits anderswo wegen der Trun-
worden. Die Schlägeren zu v-
nützlich den gemeinen Klassen das De-
zu untersagen, und endlich jede muthw-
Sicherheit nachtheiliger Handlung mit wi-

kraft wird, allen Muthwillen unter dem Schutze oder wenigst mit Rücksicht der Gerechtigkeit. Die Mißhandlungen dazu bleiben nicht immer bei dem Schuldigen stehen, sie erstrecken sich auf die Gerichtsdiener, auf die Umstehenden, auf alle: Solche Mißbräuche, wo sie im Schwange sind, schimpfen die Polizeiaufsicht.

VI.

Sicherheit der Ehre.

§. 297. Die Sicherheit der Ehre ist der Zustand, worinnen man für seine Ehre nichts zu befürchten hat. Die Ehre, wie sie genommen wird, ist die Achtung von der Rechtsschaffenheit eines Bürgers. Der Verlust dieser Achtung ist mit wichtigen Folgen verknüpft. Den Verlust der Ehre, wenn er durch die Geseze eingeführet, bestätigt oder wenigstens geduldet wird, kann Ehrlosigkeit, gesetzliche Entehrung genennet werden. Wenn eine Privat-handlung der Ehre eines Bürgers zu nahe tritt, ist es bloß Schmähung, That, oder Wortbeschimpfung.

§. 298. Nach den Begriffen, die noch gegenwärtig in so manchem Lande herrschen, ist der Verlust der Ehre durch die Geseze gleich mit der Geburt verknüpft, oder mit der gewählten Lebensart und Beschäftigung; oder mit einer Handlung, die jemand vorsätzlich oder ohne

§. 299. Diejenigen, welchen die Ehre raubet, sind meistens Kinder der Inder, Scharfrichter, Schergen, Ländern der Zigeuner u. d. gl. Die welche aus unehelichen Weischlafes gebornen. Die Geburt macht sie zu jeder gesellschaftung unfähig, wenn nicht durch eine regelmäßige Fürsorge diese ursprüngliche Verunreinigung beseitigt wird. Da die Ehre die Keimzelle der Rechtschaffenheit ist, die Keimzelle aber in der Uebereinstimmung der Handlung mit dem Gesetze besteht, so ist es widersinnig, vorhin zu rauben, noch ehe er eine Straßung fähig war.

§. 300. Die Entehrung durch die Ehre ist also bei unehelichen Kindern mit der Straßung verbunden.

§. 301. Die Entehrungen von einer gewählten Lebensart fallen auf die Gerichtsdiener, Abbecker, Scharfrichter. Sind diese Beschäftigungen dem Staate und den bürgerlichen Gesellschaften nützlich, ja sogar unentbehrlich, warum sollen sie unehrbar seyn?

§. 302. Handlungen, denen die Ehrelosigkeit folgt, sind vorsätzliche, wenn z. B. um sich zu entehren jemand einen Hund erschlägt, oder es sind unvorsätzliche, wenn so etwas von ungefähr geschieht, wenn jemand zur Verteidigung z. B. einen wüthenden Hund erschlägt. Die, welche sich vorsätzlich entehren, verdienen zwar gar keine Betrachtung, sie sind strafwürdig. Aber ist die Entehrung hier eine angemessene Strafe? Bei Handlungen aber, die unvorsätzlich geschehen, fällt die Unbilligkeit, zu sehr in die Augen, als daß man dabei verweilen dürfte. Nur das Laster, entehrt; denn nur dieses raubt uns die Rechtschaffenheit.)

§. 303. Obgleich Schmäzungen und Beschimpfungen durch Worte oder Thaten keine bürgerlichen Folgen nach sich ziehen, so sind sie wenigstens von Seite des Beschimpfenden wahre Verletzungen, gegen welche die Geseze Sicher-heit verschaffen müssen. Wortbeschimpfungen sind mündliche und schriftliche. Thätige Beschimpfungen sind alle Handlungen, welche zur Schmach eines andern geschehen, es sey nun

*) Alle diese Vorurtheile, die sonst viele Menschen unglücklich machten, sind fast in den meisten Staaten verschwunden.

gen Vereitelung, weil von der durch-
loze Rechtshgenificien ermüden kann;
die Gerichtsstellen zuviel wagen, wenn
Streite zwischen dem Vertreter der Pöglern
Bürgern gegen den Ersten entscheiden.

§. 309. Von Mitbürgern wird die
der sogenannten liegenden oder unbeweg-
Güter verlegt durch eigenmächtigen Be-
mung oder Besitzstörung, durch heir-
zenverrückung u. d. gl. Die Sicherheit
nisse oder beweglichen Güter durch ge-
tliche Raube, Diebstähle. Die gemein-
liche Sicherheit endlich alles dessen, was
thum und Vermögen gerechnet werden
gestört, durch Betrügereien und
dem Scheine des Rechtes oder Verweig-
selben und durch Versehen.

§. 310. Die öffentlichen Sachen haben

§. 311. Die Polizei kann gewaltthätigen Räubereien und Diebstählen nur strenge Halsgesetze entgegenstellen, welche um desto mehr die Strafen schärfen müssen, je weniger Gelegenheit vorhanden ist, das Seinige zu verwahren und sicher zu stellen; oder je größer das Vertrauen ist, welches der uns beraubende verlehet. Daher der Straßenraub, das Abtreiben des Viehes von der Weide, die Abmähung der Feldfrüchte, die Entwendung der Ackerbaugeräthschaften, wo sie der Landmann wegen Entlegenheit des Ortes auf dem Felde läßt, das Erbrechen der Scheunen, das Stehlen bei einer Feuersbrunst oder sonst öffentlicher Noth die strengsten Strafen fordern: daher gegen Vormünder, die ihre Mündel bestehlen, oder gegen Vorenthalter eines in Verwahrung gegebenen Guts, gegen Hausdiebe, gegen solche Diebe, denen ihre Handthierung Diebstähle erleichtert, z. B. Schlosser, Wächter u. d. gl. die äußerste Schärfe nothwendig ist.

§. 312. Nicht nur aber, daß die Räuber und Diebe selbst zur Strafe gezogen werden sondern auch derselben Fehler und Beherberger, welche als ihre Mithelfer und Beförderer angesehen, mithin als Mitschuldige gestraft werden können. Dieser Antheil der Aufsicht wird sehr erleichtert, woferne über die Verordnungen, daß jeder Bürger von seinem Nahrungswege Rechenschaft gebe, daß niemand Bettler oder sonst unnützes unbefanntes Gesinde beherbergen, sorgfältig und mit Strenge, auch sonst die Hausnachsuchungen richtig gehalten werden.

weilen oder goldenes Geschmelde in den gemeinen Menschen. Auch durch das und Silber einzuschmelzen oder Gold schon geschmolzt zu kaufen, werden guten Theils vermindert.

§. 314. Was vom Ankaufen der Sachen gesagt worden, muß gleichfalls pfänden ausgedehnt werden, und in Ansehung der Pfandämter wird es leicht in die Ausübung der Pfandämter aber ist es Beschwernisse

§. 315. Diebstähle, welche mit Erbrechern, Eröffnung von Schlössern geschehen, fordern Werkzeuge. Daß darauf sehen diese Art der Diebstähle sam unmöglich zu machen, daß sie den und andern derlei Handwerkern anverbiethet, Brecheisen, Dietrich

wendete, soviel möglich, zurückerhalten werde. Wenn also ein Diebstahl oder Raub begangen worden; so sollen die Bestohlenen es anzeigen, die Gestalt und genauen äusserlichen Merkmale und Kennzeichen des Verlorenen beschreiben, die Polizei aber zu jedermann, welcher mit derlei Waaren Handel treibt, Abdrücke von diesen Beschreibungen einsenden, und ihn verbinden, denjenigen, der etwas von dem beschriebenen Gute zu Kauf bringet, anzuhalten. Das Zurückerhaltene soll dann sogleich dem Eigenthümer behändigt werden.

§. 317. Die Zurückhaltung eines gefundenen Guts ist nicht weniger eine Gattung von Entfremdung. Die Ueberzeugung von dem Sabe hängt von dem Unterrichte ab, welcher dem Volke darüber ertheilet wird. Die Leichtigkeit das Gefundene zurückzuhalten vermehrt von dieser Seite die Unsicherheit des Eigenthums, die Fehler einer verlorenen Sache sollten also mit angedrohten Strafen zur Zurückstellung angehalten werden.

§. 318. Wenn man fordert, daß die Polizei den Gütern der Bürger gegen Betrügereien und List Sicherheit schaffe; so verstehen wir darunter nicht, daß sie jedem Bürger in seinen Privathandlungen die Hand führen kann. Ihre Wachsamkeit wird hauptsächlich in denjenigen Gelegenheiten aufgefodert, welche eine Art der Oeffentlichkeit an sich haben: wie Lotterien, öffentliche Spiele u. d. gl., wo eine Handlung eine rechtliche Gestalt fodert, wie bei verschiedenen Verträgen und Eigenthumsveränderungen, daß sie in Ansehn derjenigen, welche aus Man-

aufgeordnete Zeichen den innern
Zweifel. Ueberhaupt verwahrt sie auch al
bei denen die Uebersortheilung
und den Gütern der Bürger gefährlich

§. 219. Unter den öffentlich
fordern die Aufmerksamkeit der Polizei
die sogenannten Glückshafen. Sie
her erhaltene Einwilligung der Polizei
ten. Bevor aber diese Bewilligung ert
die wahre Beschaffenheit des Spiels, de
Vorthail des Gewinnstes und Verlustes
kein unbilliges Uebenmaaß g
Findet sich aber das billige Ebenmaaß;
Polizeikommissäre zuzuordnen,
Umstände Obacht geben, damit sowohl b
Lotterien alles ohne Bevorthailung ges
dische Glücksspiele sollen ganz un

von mannsbach mann

ses Verbot desto genauer befolgt werde; so sind auf dessen Uebertretung große Geldstrafen gesetzt. Auch Betrügereien im Spiele sollten scharf bestraft werden.

§. 321. In den Verträgen, welche eine rechtliche Gestalt fordern, hält die Polizei darauf, diesen die wahre rechtliche Gestalt vorzuschreiben: daher die Förmlichkeit der Testamente, Kaufkontrakte u. d. gl. Daher gleichfalls die Bestimmung der Verjährungszeit, wo die Gesetze an die Stelle des Eigenthümers treten und erklären, daß er eine Sache an den Besizenden überlassen habe, die er in solcher und solcher Zeit ohne Gegenerklärung in seinen Händen ließ. Die rechtlichen Förmlichkeiten aber müssen ein Hinderniß der Betrügereien, nicht eine Beförderung derselben, nicht eine Fundgrube für die Ehitane seyn. Die Gesetzgebung soll daher immer mehr auf den Grund der Sache, als auf den Buchstaben sehen; wenigstens bei Personen, bei denen die Beschäftigung und das Gewerbe eine Unwissenheit solcher rechtlichen Förmlichkeiten billig entschuldigen.

§. 322. Unter diesen Gesichtspunkt gehören ferner Gesetze gegen wucherliche Kontrakte, vorsätzliche Schuldensmachereien, muthwillige Bankerutte. Die Gerichte müssen allen wucherlichen Kontrakten, unter was immer für Namen und Deckmantel sie erscheinen, nicht nur ihren Bestand verfügen, sondern auch die entdeckten Wucherer strafen. Vorsätzliche Schuldner sind diejenigen, welche Geld oder Waaren anneh-

Salbſtrafe verdienet. Eben dieſes i
muthwilligen Banferutten, ve
überlaſſungen, von Armeneide
Je ſtrengere Strafen die Polizei gegen die
Betrügereien verhängt, deſto beſſer erfüllet
ſtimmung, die Güter der Bürger in E
ſehen.

§. 323. Dieſenigen, welche aus Mang
ſicht Betrügereien und Uebervo
gen mehr ausgeſetzt ſind, wie die Män
gen, das weibliche Geſchlecht, die
nigen, und welche von dem Geſetze
gehalten werden, die Verſchwender in
öffentlichen Vorſorge auf zweifache
werden. Wenn ſie Verträge errichten, in
ohne Gültigkeit ſeyn, oder dieſe Gültigkeit
Beſtätigung der Gerichte erwarren. Ei
ſelben Vormünder und Sachführer

Güter, auf deren Besitz sie nach dem Tode ihrer Angehörigen die gegründetste Hoffnung hatten, sicher stellen. Daher ist eine gesetzmäßige Erbfolgor-
nung nothwendig.

§. 325. Bei Maaß und Gewicht mehret die Polizei den Betrügereien und Uebervortheilungen durch öffentliche Berichtigung von beiden, und das durch Strafen wirksamer gemachte Verbot im Kaufe und Verkaufe sich keines andern, als berichtigten Maaßes und Gewichtes zu bedienen. Die öffentliche Berichtigung aller Arten von Maaßen des nassen, des trocknen, und des Gewichtes geschieht in eignen dazu errichteten Aemtern, wo jedes derselben mit einem Stempel bezeichnet, und dadurch gleichsam das Gewähr der Richtigkeit geleistet wird. Die Strafen gegen die Maaß und Gewichtfälscher müssen nicht nur Geldstrafen, sondern körperliche Züchtigungen seyn: und woferne einer derselben öfters über diesen Betrügereien betreten wird, gegen den soll mit aller Schärfe des Halsrechtes verfahren werden.

§. 326. Bei Waaren, welche einen innern Gehalt (Korn) haben, auf dessen Verschiedenheit auch die Verschiedenheit des Werths ankommt, wird der Betrug durch die Schwierigkeit ihn zu entdecken begünstiget. Dergleichen sind alle Gold- und Silberwaaren, die Münzen selbst darunter begriffen. Da der Käufer hier unmöglich eine Probe anstellen, mithin auch nie seines Werths versichert seyn kann; so muß die Polizei ihn durch eigene Zeichen von dem innern Gehalte sicher stellen. Dieses Zeichen oder sogenannte

Der Betrug äußert sich durch Nachprägen, Münzbeschneiden, diejenigen, welche nachprägen, werden der peinlichen Gerichtsbarkeit anheim gegeben, eben dieses widerfährt auch Münzverfälschern, gegen welche aber noch eine zweifache Strafe getroffen wird. Bei Goldmünzen wird das Gewicht vom Münzarzte zimentirt, diesen der Abgang berechnet, das Beschneiden sowohl als Silberforten wird durch die Münzänderung erschwert. Münzen von fremder Prägung werden sowohl anfänglich als nachher zu Zeit valviret und ihr Werth nach dem Münzfuße reducirt, oder sie werden ganz verworfen, wenn sie zu geringhaltig sind.

§. 328. Ungeachtet der Schaden eben so beträchtlich ist, welcher dem Bürger durch die Vertheilung anderer Metallwaren gethan wird, wenn diese einen geringeren Zusatzes fähig sind; so wird eine c

Hand führe und ihn solcher Gestalt vor allen Uebervortheilungen bewahre. Sie leistet ihre Pflicht, wenn sie den öffentlichen Versteigerungen eine Ordnung vorschreibt, daß niemand dabei hinterführet werde: wenn sie Privataufverträge ordnet, Käufe, die mit beträchtlichen Uebersaße eingegangen worden, zernichtet und überhaupt allen Betrügereien, welche die Rechtsprache mit der allgemeinen Benennung *Stellionat* bezeichnet, wenn auch der wörtliche Inhalt des Gesetzes nicht verletzet ist, bestraft.

§. 330. Damit die Güter des Bürgers gegen diejenigen in Sicherheit gesetzt werden, welche demselben unter dem Scheine des Rechts nachstellen, und sie ihm entweder zu entreißen, oder doch vorzuerhalten Willens sind, müssen Gerichtsstellen verordnet seyn, wo die Belangung von Bürger gegen Bürger nicht durch Förmlichkeiten, Gerichtsablehnung u. d. g. erschwert ist. Die Gesetze müssen deutlich, bestimmt, keinen Verdrungen unterworfen seyn, noch dabei, wie bereits anderswo gesagt worden, die sogenannten *Sententiae controversae* statt finden. Das Rechtsverfahren muß so kurz als möglich seyn, besonders in offenkaren Fällen, bei Kleinigkeiten, für Pandleute. Der muthwilligen Proceßsucht müssen die *Pœna temere litigantium* Schranken setzen, zur Verkürzung der Rechtsstreite werden dienen, nicht sowohl, wenn die Proceße unentgeltlich geführt, als die sogenannten Rechtsfreunde vom Staate besoldet, vielleicht aber noch mehr, wenn die Rechtsangelegenheiten ohne Dazwi-

§. 331. Der Schaden, welcher jem
Versehen in seinen Gütern zugefügt wi
derbar bei Handwerkern und Kü
trächlich, welche einen ihnen gegebenen
arbeiten haben: Es ist billig, daß Ver
macht werden, kraft deren diese Arbeit
sage dessen, was sie durch ihr Verseh
schicklichkeit verderben, angehalten wi

§. 332. Das vorzüglichste Versehen,
ches die Polizei die Güter der Bürger i
sehen muß, ist die Feuersbrunst,
gen dieses Uebels gleich sind, dieselbe m
sehen zum Grunde haben, oder ein
so sind in beiden Fällen auch die Anst
Zur Verhinderung der Feuersbrünst
erordnungen nothwendig, bei deren
drei Hauptpunkte zum Anzumerk dienl

glückten durch öffentliche Anstalten, zu unterstützen *).

§. 333. Zu verhindern, daß nicht so leicht Feuer entstehe, muß schon auf die Bauart der Häuser und ihrer einzelnen Theile gesehen, alles brennbare und feuerfangende insoweit es die Beschäftigung der Bürger möglich macht, entfernt;

*) Krünitz, Encyclopädie. XIII. B. 22 — 157. wo Seite 150. ein Verzeichniß vieler Feuerordnungen zu finden ist.

Krügelstein, J. F., vollständiges System der Feuerpolizeiwissenschaft. 1ter Theil 1798. 8. 42 Bogen. 2ter Th. 1799.

Sammlung vorzüglichster allgemeinen anwendbaren und bewahrten Feueranstalten, zum Nutzen in der Haushaltung, in der Stadt und auf dem Lande, herausgegeben von C. F. Neuf. Theil I. Leipzig 1797. 8. Th. II. 1801. 8.

Ausführliche und auf richtigen Erfahrungen gegründete Abhandlung und Vorschläge, wie thunlicher Weise die meisten Feuersbrünste an und in den Gebäuden wohl verhütet, und die etwa doch entstehenden bald und besser gelöscht und ihre Ausbreitung verhindert werden, von Dr. Joh. Fr. Glaser. Leipzig 1788.

Ueber die zweckmäßigen Brandanstalten in großen Städten, eine Abhandlung, welcher die königliche Gesellschaft der Wissenschaften zu Kopenhagen den ersten Preis 1792. zuerkannte, von Fr. Valentiner, Prof. zu Kiel. 1792. 8 Bogen.

Dr. Gilli, über die schnelle Verbreitung des Feuers in den Dörfern, und die Mittel solche zu erhalten. Berlin 1798. 8.

Von Feuerspritzen und Feueranstalten in Paris, Nebeblätter für Polizei und Kultur. 1801. St. 12. S. 564.

zuverläßbare Vorschriften geben: Daß
den Städten alles von feuerfesten
Baut, keine Schindel- Stroh- o-
dächer, keine hölzerne Gänge,
zerne Treppen, keine Dachzim-
mer gemauert sind, keine Schornst-
enke sind und nicht geschlossen werden
solchen, in welche hölzerne Schlüss-
elbäume gehen; noch weniger eine
keine gemauerten und keine eisernen
ren, keine gefährlichen Labori-
gefährlichen Backöfen, Brach-
endlich nicht zuviel Feuer unter einem
nähesten Rauchmantel geduldet wer-
Anlegung ganzer Straßen soll in A-
Feuer darauf gesehen werden, daß d-
nicht zu sehr verbauet, und so sehr
zur Hülfe fahrbare Wege gelassen wer-
Lande wird wenigstens ein Theil der an

den. In diesem Stücke ist vorzüglich auf diejenigen Gewerbe zu sehen, die sich mit dergleichen Materialien beschäftigen, die, Welche mit Pulver handeln, müssen außer einem kleinen Vorrathe zum täglichen Handkaufe alles ferne von der Stadt in einem ihnen eigentlich dazu ausgezeichneten ordentlichen Pulverhause oder Thurm aufzubewahren angewiesen werden. Gleichfalls sollen große Heu- Stroh- Hanf- Wachs- Pech- Unschlitt- Del- Kohlen- und sowohl Brenn- als Nußholz- Vorräthe nicht in der Stadt, weit weniger aber auf den Böden gelitten; auch das Holzdörren in den Kaminen und Ofenhölen gemessenst untersagt werden.

§. 336. Da man in Baiern und den Oesterreichischen Staaten das Läuten gegen Gewitter abgeschafft hat, so ist nur noch ein Schritt zu thun übrig die Thürme zu benutzen, und durch darauf befestigte Ableiter die Ortschaften gegen das Zünden der Blitzstralen zu bewahren.

§. 337. Um den Unvorsichtigkeiten zu wehren, durch welche Feuersbrünste entstehen könnten, muß der Feuerordnung ein strenges Verbot einverleibt seyn: sich einem gefährlichen Orte wie Stallungen, Holzgewölben, Scheunen oder sonst Derter, wo brennbare Materialien aufbehalten werden, mit Licht, Kohlen, einer Schmauchpfeife u. d. gl. zu nähern; desgleichen in den Gegenden, wo hölzerne Buden sind, brennende Fackeln oder sonst freies Licht zu tragen. Da das Schießen, Schwärmer- Raketen- Granatenwerfen und andere Luft- und Springfeuer ganz leicht

chläßigung der Einwohner eines Theils die Hauseigenthümer, d Schornsteinfeger Schuld tragen. Verordnung muß sie einander selbst zus verpflichten, ihre gegenseitige S gehörigen Ortes anzuzeigen, die ß auch die Hausväter oder Vorste erbaren Aufsicht über Feuer und Dienstboten und Hausgenossen, tlichen als fremden anhalten u lt durch die über sie verhängten E uck geben.

Wenn die Verordnungen wegen der as Verbot dienstloses, unbefa zu beherbergen, genau beobachtet t die häuslichen Nachsuchungen mit e so werden verdächtige Leute, welc er legen dürften, ganz leicht hintang e in Gefängnissen oder sonst bei a

werden, von welcher niemanden eine Ausnahme zu gestatten ist. Entstehen aber aller dieser Vorsichtstheilen ungeachtet dennoch Feuersbrünste; so muß die Polizei besorgt seyn, wie sie dieselben sogleich entdecken, und die Bürger zur Rettung herbeiziehen möge. Zu diesem Ende muß den gewöhnlichen Tag- und Nachtwächtern anbefohlen seyn, auf dergleichen Fälle zugleich ein beobachtendes Aug zu haben. Es müssen zu Beobachtung des Feuers auf den erhabensten Orten, den Thürmen u. d. gl. eigentliche Feuerwachen bestellt seyn, denen vorgeschrieben ist, wie sie ihre Munterkeit anzeigen, und auf welche Weise sie die Gefahr ankündigen sollen. Am ersten sind davon zu benachrichtigen die Polizeikommissäre und die, welche von Seite der Polizei zu Hilfe zu kommen, bestellt sind. Dieses geschieht durch einen mündlichen Bericht eines Feuerwächters. Dann wird nach Unterschied der Wache und des Gebrauches mit einem Feuerschuß, Stürmung der Feuerglocke, Trommelrühren das bekannte Feuerzeichen gegeben; zugleich auch zur Richtschnur der Bürger ein sichtbares Zeichen, z. B. bei Tage eine Fahne, bei Nacht eine Laterne nach der Gegend hin, wo die Brunst ist, ausgesteckt. Diejenigen, welche ein Feuer zuerst anzeigen, sollen eine Belohnung erhalten. Damit auch niemand aus was immer für einer Ursache ein Feuer geheim halten, und dadurch den Schaden vergrößern möge, soll nur auf diese Geheimhaltung eine empfindliche Leibesstrafe gesetzt werden.

§. 341. Die schnelle Löschung des Feuers fordert Löschgeräte, Arbeiter, und ohne welches

Wasser mit aller Zugehör, hob
Spreißstangen, große Fei
ße Feuersprißen auf Räd
Feuersprißen auf Tragstan
en in gewissen Bezirken der Stadt
schaften und größern Häusern, als
istlichen, Spitälern in Ber
werden. Bei dem ersten Feuerzeichen
äthschaften, je nachdem sie nüt
ferdehaltenden herbeigefahren
eigenthümern herbeigeschafft
er nützlich, daß in dieser Absicht
artiere der Stadt immer anges
von eigentlichen Feuerknechten bere
nicht nur diejenigen, welche am e
tonnen und Spritzen herbeibrin
ondern auch die, welche nach der
ach einer gewissen Zeit nicht
aufbewahrt werden

ger, Maurer- und Zimmergesellen, Brunnenknechte und Tagelöhner zur Hand gehalten werden, welche bei geschehener Anzeige sogleich in das nothleidende Quartier abgesendet werden. Die Feuerkommissäre mit ihren untergeordneten Feuerübergebern unter den ersten dem Feuer zuweilen; alsdann soll nach Beschaffenheit des Feuers und der Größe der Gefahr jede Zunft, besonders von den Bauhandwerken eine gewisse Zahl, auch allentalls jedes Haus einen Hausknecht absenden, damit aber die Furcht die freiwillig zu Hilffkommenden nicht entferne, muß alle Gewalt und Mißhandlung auf das strengste untersagt, auch von den Umstehenden niemand zur Handanlegung gezwungen werden.

§. 343. Die Wirksamkeit aller dieser Anstalten kömmt insbesondere auf Ordnung, und diese auf die genaue Vorschrift an, wo sich ein jeder Arbeiter einzufinden, was derselbe zu verrichten habe. Es muß also in der Feuerordnung jeder Zunft ihr Standort und ihre eigentliche Beschäftigungen angewiesen, andere zu den Spritzen, andere zu den Handgeschirren, Brunnen, Leitern u. d. gl. verordnet werden, wodurch am leichtesten der Verwirrung, die sonst sich selbst im Wege steht, dem Geschrei, welches niemand höret, dem niemand gehorcht, vorgebeuget wird. Zur Handhabung der Ordnung, Hintanhaltung störender Zuseher und Verhinderung der Diebstähle, ist nothwendig, daß bei einem Feuer sowohl Bürger- als Soldatenwachen an ihren angewiesenen Posten erscheinen. Es gehöret auch noch zur guten Ordnung der Feueranstalten, daß Barbierer mit ihren Gehülffen und dem nothwendig-

en die Feuerordnungen ...
sogenannten Flugfeuer bedacht se
n bei einem Winde an mehreren Ört
er entsteht, nicht einer oder der andere
kithen und Arbeiten entblöset
ide durch unvorsichtige Theilung der H
berlassen werden.

Der Grund der öffentlichen Vorsicht
Feuersbrünste ist die Sicherheit
. Wo also diese Sicherheit nicht ganz e
kann, rätb die Klugheit den Schaden
sehr, als es immer geschehen mag, zu
Wird der Feuerschaden unter Meh
so wird der Antheil eines Jeden i
leiner. Diese Aussicht ist die krä
ig der Feuerversicherungska
n auf dreierlei Weise errichtet werden.
leisten einander für ihre Hä
... ..

jährlich ein Gewisses und der Feuerschaden wird dann von diesen Einkünften ersetzt: Oder endlich eine Gesellschaft, eine Bank übernimmt die Affecuranz der Häuser gegen eine jährliche Prime. Die erste Art ist die vorzüglichste, weil bei den beiden letztern die Ausgabe gewiß und kein Verlust zu besorgen ist; wodurch die Hausinhaber fahrlässig gemacht und die Feuersbrünste vervielfältiget werden können. Wenn diese Feuerversicherungskassen auf dem platten Lande eingeführt wären, würde es zur Aufrechthaltung des Landvolks ein Großes beitragen *).

Feueraffecuranz.

*) Vorschlag zu einer allgemeinen Brandversicherung, wobei die meisten Schwierigkeiten, welche die besondern Brandkassen und Feuerasscuranzen mit sich führen, wegfallen, siehe im 18. und 19ten Stück der Stuttgardschen physikalischen gemeinnützigen Währschaft auf das Jahr 1756.

Von Brandasscuranzen, siehe den 2ten Theil des Versuchs in politischen Schriften über die Staatswirtschaft von einem Kaufmann. Leipzig und Hoff. 1769. 8. S. 44 — 80.

Erüniß, Encyclopädie. XIII. S. 158.

Versuch zu einer revidirten Ordnung für die Generalfeuerkasse der Reichsstadt Hamburg, nach allgemeinen Asscuranzgrundsätzen, nebst angehängtem Vorschlag eines Reglements für die Rettung von bürgerlichen Gütern bei entstehenden Feuersbrünsten, mit erläuternden Anmerkungen, von J. A. G ü n t h e r. Hamburg 1801. 4.

Die Feuerasscuranz für Bürger betrachtet, von Conrad F r o h n, mit erläuternden Tabellen. München, 1801. 8. 6 Bogen.

Der erste straft, weil das Gesetz un-
 den: der zweite verhängt eine Stra-
 Geß nicht übertreten werde. Bei
 Strafe Schlussfolge der Handlu-
 iten ist die Handlung Schlussfol-
 fe. Bei dem ersten ist die Bestimmung
 schuldigung, bei dem zweiten Bew
 Die Strafe also, wie sie dem Gesetze gle-
 cher desselben zur Seite gestellet wird,
 Entschließung des Handelnden Er-
 sie den Abgang bestimmender Be-
 reiten soll, ist: Ein Nebel, welches
 angehängt wird, um durch dessen
 n der Uebertretung abzuhalten. Bei Be-
 Strafen ist auf die Größe dersel-
 ie Gattung zu sehen.

7. Welches ist zu der Größe der
 Maßstab? Nationen und Gesetzgeber (

dem Verhältnisse der Strafen kein Irrthum begangen werde. Der Maaßstab zu diesem Verhältnisse kann gesucht werden entweder 1. in der Handlung selbst, die der Gegenstand des Gesetzes ist, 2. in ihrer Beziehung auf den Staat, 3. in den Folgen der Handlung oder 4. in den Beweggründen zu derselben.

§. 348. Da der Vergleichungspunkt zwischen dem Verbrechen und der Strafe am leichtesten gefunden wird, so sieht man diesen Maaßstab auch immer bei Völkern angewendet, wo die Aufklärung die kleinsten Schritte gemacht hat. Außer dem, daß dieser Maaßstab bei vielen Verbrechen keinen deutlichen Begriff anbietet, ist er sehr oft unzulänglich, oft würde er statt die Verbrechen zu strafen, vielmehr Verbrechen mit Verbrechen häufen.

§. 349. Die Beziehung der Handlung auf den Zweck des Staats ist der Maaßstab des Grotius und seiner Nachfolger. Dieser Maaßstab bestimmt vielmehr, was zu bestrafen ist, als wie sehr? mehr was als Verbrechen zu betrachten, als wie das Verbrechen zu hindern ist. Dieser Maaßstab ist auch zu allgemein.

§. 350. Montesquieu beschränkt sich von dem Verhältnisse der Strafen zu sagen: „Es ist wesentlich, daß die Strafen unter sich eine Zustimmung haben: denn es ist wesentlich, daß vielmehr große Verbrechen vermieden werden, und was die Gesellschaft mehr angreift, als was ihr minder beschwerlich

ist in den meisten Fällen unmöglich.
nes Mord lebt der Ermordete se
richtung des Mörders nicht auf: W
verbrechen die Volksmenge um 1 vermin
i zweiter Abzug ergänzt die Summe ni
e also wird der erlittene Verlust dadu
t, sondern verdoppelt: eben so verhält
rperlichen Verletzungen und si
; dem Gütererfasse.

. Bei den angeführten verschiedenen M
man immer nur das verübte Verbrechen
da die Gesetzgebung das zu verübe
iben soll. Der ein Verbrechen zu beg
wird nach dem allgemeinen Gesetze des
ein Gutes dazu bestimmt, durch
il, den er aus seiner Handlung erwo
den. Die Gesetzgebung hat zum Zwecke
hine auf die Gegenseite zu bestim

nach Umständen die zur Uebertretung einladenden Vortheile entweder auf- oder überwiegen muß. Der allgemeine Maassstab der Strafe ist also nur in den Beweggründen der Verbrechen zu suchen.

§. 352 In Ansehen der Eigenschaft der Strafe herrscht nach Völkern und Zeiten die nämliche Verschiedenheit, wie in Ansehen der Grösse. Die Eigenschaft der Strafe ist ebenfalls aus der Eigenschaft der Beweggründe, das ist, der Vortheile abzuleiten, welche zu dem Verbrechen einladen. Denn es liegt in der Natur der Begehrungskraft, daß man für das Gegentheil von dem am meisten Furcht und Abscheu trägt, was man am häufigsten verlangt.

§. 353. Hieraus folgen diese allgemeine Grundsätze in Bestimmung der Strafen: I. Die Strafe muß so groß seyn, als nöthig ist, die gesetzmäßige Handlung, oder Unterlassung zu bewirken. II. Die Strafe muß nicht größer seyn, als zu Bewirkung der gesetzmäßigen Handlung nöthig ist. III. Der stärkste abhaltende Beweggrund, das ist, die wirksamste Strafe wird immer diejenige seyn, welche ein Uebel drohet, das dem zur Uebertretung einladenden Beweggründe gerade entgegen steht.

§. 354. Die Strafe muß so groß seyn, als nöthig ist: hierinnen liegt die größere oder mindere Strenge der Strafen nach Verschiedenheit der Regierungsformen, der National-

Strenge verhängt werden müssen, ist
von diesem Grundsatz.

Die Strafe muß nicht gr
nötig ist. Der Gesetzgeber hebt
räften einen Strohalm aus dem
einern Verbrecher mit großen Strafe
verschwendet die Gesetzgebung
kraft unnütz, sie erschöpft dieselbe
sich selbst das Vermögen, nach der
thäter einen Stufengang in den abh
ünden zu beobachten.

Ueberhaupt ist zu große Stre
is verschiedenen Betrachtungen nach
den Endzweck der Strafe. Der B
er Menge ein warnendes Bei spi
ed ihr ein Gegenstand des Mitleiden
bung nothwendig ein Gegenstand de

ist Grausamkeit, welche Unbekanntheit mit dem menschlichen Herzen verräth. Jede verhältnißmäßige Strafe wird von den Verbrechen abhalten, wenn sie dem Handelnden gegenwärtig ist. Aber auch die grausamste Strafe wird nicht abhalten, wenn sie dem Handelnden nicht gegenwärtig ist. Die Kraft der Strafe ist also nicht sowohl in ihrer Größe, als in der Gewißheit, und die Gesetzgebung wird sich die Nothwendigkeit einer übermäßigen Strenge ersparen, wenn sie sich bestrebt den Begriff des Verbrechens und der Strafe so untrennbar zu verbinden, daß das erste ohne die zweite nicht gedacht werden kann. Sie wird dieses: wenn zur Entdeckung der Missethaten und Einbringung der Missethäter Vorkehrungen getroffen sind, die alle Hoffnung der Straflosigkeit vereiteln: wenn kein Missethäter begnadiget: Wenn die Strafe stets so nahe als möglich an das verübte Verbrechen angeschlossen wird.

§. 358. Der dritte Grundsatz in Ansehen der Eigenschaft der Strafen war: der wirksamste abhaltende Beweggrund liegt in dem Uebel, das dem zum Verbrechen einladenden Vortheile gerade entgegensteht. Jedes Verbrechen hat nach diesen Grundsätzen gewissermaßen seine durch die Natur desselben bestimmte Strafe; eine besondere, nur ihm eigene, wo es seinen besondern ihm eignen Beweggrund hat, wie die Ehrsucht, der Wucher: oder eine gemeinschaftliche, wenn Verbrechen von verschiedener Art aus einem gemeinschaftlichen Beweggrund abgeleitet werden, wie Diebstähle und Betrügereien; oder auch wo der einzelne Beweggrund sich nicht wohl

Eine umständliche Anwendung
sendeten Grundsätze, würde die Verfassu
nalkodex erfordern: wenigstens aber f
Fingerzeig geben, welche Gattung
jede Gattung von Verbrechen die zutr

Die Uebel, mit welchen das Gesetz
r. Uebertretung bedrohen kann, haben,
desselben Beziehung auf bürgerli
t, Ehre, Güter und Personen. S
iern sind die Strafen: Verlust al
ichen Rechte, Verlust von Star
Verlust von Rechten der Famili
weigerung der Rechtshülfe ü
oder in einzelnen Fällen, S
weisung, Ortsverweisung, S
it, Standesentsetzung: Güter
g, Geldstrafen: kleinere Kör
üchtigungen, größere Leibes

V e r f a s s u n g ihre Anwendung. Aber in den meisten Staaten monarchischer Form, welche R e c h t e kann der Bürger da verlieren? welche Rechte hat ihm das U e b e r g e w i c h t d e r M a c h t und die höfende Rechtsgelehrsamkeit noch gelassen? Der Verlust der S t a n d s - r e c h t e, der R e c h t e d e r F a m i l i e wird an die Stelle von dem Verluste aller bürgerlichen Rechte in solchen Fällen treten, die weniger auf das Allgemeine, als auf einen Theil, oft nur auf das Einzelne einfließen.

§. 361. Die Verweigerung der Rechtshülfe in einzelnen Fällen besteht darin, daß von demjenigen, der sich gewissen Verordnungen, von deren a l l g e m e i n e r Beobachtung ihre Kraft abhängt, zu fügen weigert, keine Rechtsbeschwerde angenommen wird. Dieser v e r n e i n e n d e Z w a n g ist in den Händen der Gesetzgebung ein wirkendes Mittel in allen Fällen, wo von dem ordentlichen Rechtszwange Gebrauch zu machen nicht räthlich ist, und gegen diejenigen, die durch ihre Stellung, oder durch mächtige Vorurtheile geschützt, die ordentliche Gerichtsbarkeit nicht anerkennen.

§. 362. Die L a n d e s v e r w e i s u n g ist nur da anwendbar, wo mit dem Verluste des Landes der Verlust von Vortheilen verknüpft ist, die der Verwiesene sonst nirgend findet. Alle Betrachtungen, welche von dem Verluste b ü r g e r l i c h e r R e c h t e gemacht worden, müssen sich hier abermal anbieten. Nur in wenigen Staaten kann also die L a n d e s v e r w e i s u n g an sich selbst als eine S t r a f e angesehen werden. Sie wird daher höchstens gegen A u s w ä r t i g e einige

Die Ehrlosigkeit ist entweder Bestrafung, oder sie wird von dem Uebelthäter als Strafe zuerkennet, oder ist die Strafe, wie bei den Strafen der Schandbühne. Es ist, daß, weil diese Strafen nur auf Gesetz sind, die Achtung von der Achtung des Bestraften dadurch verschwinde. Unauslöschliche Ehrlosigkeit ist Strafe gerade entgegen ist; so kann in Grundsätzen einer Staatsverfassung unverheilbare Male der Entehrung gerade den Zwecke der Gesetzgebung istens einigen Vorwand bei Lebensläufen, die dadurch überall kennbar gegen Entweichung gehindert werden solle

Der Verlust der Ehre unmittel-
 bar an sich ein sehr miß-

schäftigungen und der Zweikämpfe scheinen die Strafe der Entehrung zuzugeben.

§. 365. Mit besserem Erfolge kann von der Standesentsetzung Gebrauch gemacht werden, die gleichsam eine Gattung von Entehrung ist, und bei Personen von Geburt, bei höheren Bedienungen oder solchen statt hat, deren vorzüglicher Lohn der Rang ist.

§. 366. Die Gütereinziehung begleitete wie die Ehrlosigkeit meistens die Bestrafung. Man kann nicht einsehen, wo die Natur des Verbrechens die Gütereinziehung forderte; wo der Staat die Familie, die Anverwandten eines Verbrechers in die Bestrafung mit zu verwickeln ein Recht hätte; wo diese Bestrafung nicht die öffentliche Verwaltung in Verdacht brächte, daß sie vermögende Angeklagte nicht unschuldig zu finden wünsche.

§. 367. Geldstrafen werden hauptsächlich, wo unordentliche Gewinnsucht der Trieb zum Verbrechen ist, entgegen zu setzen seyn, bei Wucher, Gewichtverfälschung, Schleichhandel u. s. w. Der Punkt des Verhältnisses ist ein Verlust, der den Gewinn beträchtlich übersteigt, welcher von der Uebertretung gehofft wird. Kann der erwartete Gewinn die Strafe um vieles übersteigen oder auch mit derselben nur sich ausgleichen, so gesellen sich noch die Ungewißheit der Betretung hinzu.

§. 368. Sollten daher die Geldstrafen abhalten und seyn, so müssen sie in einem gewissen Verhältnisse immer sehr erhöht werden. Dann aber fällt da-

Was bei einzelnen Menschen Selbst
ung hieß, heißt in der Hand der ob
trafe. Aber diese Wortveränderung
: Wesenheit nach sich ziehen, konn
glichen Gränzen nicht erweitern.
nisch konnte seinen Angreifer tödten, r
Vertheidigung ihm diese Gewalt noth
ie oberste Gewalt kann also
en verhängen, wo immer die
ng der gemeinschaftlichen Si
Hinrichtung des Uebelthä
ig macht. Der einzelne Mensch aber i
eidigung nur damals soweit ausstr
ich auf andere Art zu schützen kein
e oberste Gewalt kann von dei
e nur dann Gebrauch mac
r Handhabung der gemeinsch
icherheit andere Vertheidigu
icht zureichend sind. Hierdurch

Gerechtigkeit ist, verschwindet alle Furcht vor dem ferneren Angriffe: Die gegenwärtige Vertheidigung der öffentlichen Sicherheit macht seine Hinrichtung nicht mehr nothwendig, und eben so wenig die Vertheidigung für die Zukunft.

§. 374. Es fällt also die Nothwendigkeit der Todesstrafe bei dem ordentlichen Verfahren der Criminalgerichte durchaus hinweg: und an sich wäre die Frage darüber ganz entschieden, weil die Strafe nur an eingebrachten Uebelthätern vollzogen werden kann. Blieben also die wenigen Fälle allein übrig, in denen jeder Augenblick des dem Verbrecher verlängerten Lebens das gemeine Wesen einer neuen Gefahr aussetzt; wo daher die Beschleunigung der Vertheidigung auch den bedachtsamen Schritt der ordentlichen Untersuchung nicht zugiebt; bei dem Anführer einer Empörung, bei der Ueberschreitung der Gränzhut in der Pest u. d. gl.

§. 375. Der Gesetzgebung kann die Todesstrafe nur dann nothwendig werden, wenn der Eindruck anderer Uebel um von Verbrechen abzuhalten zu schwach, entgegen die Furcht des Todes zur Abhaltung von Verbrechen wirksam genug ist. Ist der Eindruck anderer Uebel ausreichend, so hat die Gesetzgebung kein Recht ihre Strenge bis zur Hinrichtung eines Bürgers zu erweitern. Ist der Eindruck des Todes zur Abhaltung nicht zureichend, so verfehlt die Gesetzgebung das Verhältniß: ihre Verfügung bleibt für das allgemeine Wohl ohne Erfolg, und ist gegen den einzelnen übertriebene Härte ohne Zweck.

§. 376. Daß auch andere Strafen, welche dem

und Einbringung der Missethäter eine
Todesstrafen zu verhängen? können To
Anstalten ersetzen?

7. Die Stärke des Eindrucks, wel
des Todes macht, muß nicht aus der De
unbescholtenen Mannes, für
Erpönung überflüssig ist, nicht nach dem
Missethätters nach der Verurtheilung
Vollstreckung, sondern überhaupt
werden; und nach der Gemüthsbeschaffen
gsart des Bösewichts.

378. Der Tod ist nach der Gemüths
sinnungen des Bösewichts, auf
ebung wirken will, kein zureichend
ebel, der Tod macht auf den Bösewi
ingen Eindruck, daß täglich im Ange
dte und bei Vollstreckung des Urtheils
Alles stimmt, maß

Wirkung betrachtet: noch muß sie von Seite des Nutzens, den die bürgerliche Gesellschaft aus der Bestrafung des Bösewichts zu ziehen berechtigt ist, den kleinen Zusatz machen: daß die Gesetzgebung durch Hinrichtung des Uebelthäters dem gemeinen Wesen das Mittel aus den Händen reißt, für den erlittenen Nachtheil sich auf irgend eine Art einen Ersatz zu verschaffen. So viele wichtige Gründe treffen überein die Abänderung der Todesstrafen in eine Strafe anzurathen, in welcher sich zur Ehre der Gesetzgebung die Achtung für die Rechte der Menschheit und der Vortheil des gemeinen Wesens mit einer zuverlässigeren Wirkung auf die Denkungsart des Bösewichts vereinigen. Diese Strafe ist sowohl der Eigenschaft als Größe nach in den bestimmten Beweggründen zu den Uebelthaten selbst aufzufinden.

§. 380. Denn, woferne man den meisten, man könnte behaupten, allen Verbrechen nachspürt; diejenigen ausgenommen, welche Fanatismus und Rache ausüben, und bei welchen jede Strafe ihre Kraft verliert; so findet man, daß der unmittelbare oder mittelbare Antrieb zu denselben Abscheu vor Arbeit, Wunsch des Wohllebens und Vergnügens ist. Arbeit also und ein Zustand der statt Wohlleben und Vergnügen nur Mühseligkeit voraussetzen läßt, wird als ein entgegen gesetzter, Beweggrund am kräftigsten von demselben zurückhalten: eine nach Beschaffenheit des Verbrechens erweiterte, wo es nöthig ist, lebenslange schwere Arbeit, die Verlängerung eines

Es ist vielleicht nicht nöthig den Umständen: daß die Kriminalgesetze mit dem Tode bestrafen; die Todesstrafe wegen der Umstände, wo, und der Denkmäler, auf welches zu wirken war, zu messen. Aber man muß nicht vergessen auf welchen die Strafe Eindruck in der Böslichkeit nicht von der Arbeitsecke, daß es ein Mensch ist: der eben Thaten begeht, weil er vor der Zeit, und nicht zur arbeitenden Klasse gehört.

IX.

Anstalten zur Handhabung
innerer Sicherheit.

ter, die Wachen, weiters die allgemeinen sowohl als besondern Nachsuchungen; und was sonst zur Auffindung von gefährlichen Leuten und Missethättern beitragen kann, endlich alles, was zur Bestrafung der Laster gehört.

§. 384. So, wie in diesem Werke die Gegenstände der Polizei allgemein betrachtet worden, liegt die gesetzgebende sowohl als die vollstreckende Macht in dem Umfange ihrer Verrichtungen. Die oberste Verwaltung derselben kann also nur der höchsten Stelle im Staate, unter welchem Namen sie immer bestehen mag, übergeben werden. Diese ist die anordnende Leitung, wo hauptsächlich Gesetze und Verordnungen erlassen werden: die Vollstreckung aber ist nach Verschiedenheit der Gegenstände untergeordneten Abtheilungen aufgetragen. Indessen sondert die öffentliche Verwaltung die Geschäfte insgemein ab, und behält die Gesetzgebung wenigstens in allgemeinen Landesangelegenheiten; oder sonst über wichtigere Gegenstände sich vor; übergiebt die bürgerliche und Kriminalgerichtsbarkeit besondern Körpern, oder sogenannten Stellen und schränkt die Verrichtungen der im Enghem sogenannten Polizei auf Erhaltung der öffentlichen Ruhe, guter Ordnung und Bucht, auf die Aufsicht über Maaß, Gewicht, Märkte, Reinlichkeit der Städte, über Anstalten wider die verschiedenen Gefahren und Unglücksfälle, und hauptsächlich auf dasjenige ein, was augenblickliche Vorkehrungen erfordert.

Die Hauptstadt dieser Provinz vereinigt die Stadt muß einen eigentlichen Polizeiherr haben, der wegen der Wichtigkeit, und da er oft mit Personen von Rang hat, durch eine unterscheidende Würde auszeichnet werden soll. In kleineren Städten die Polizei gemeiniglich dem Magistrat übertragen. Die Provinzen werden in Bezirke, sogenannte Kreise oder Arrondissements, worüber in österreichischen Staaten Könige verordnet sind, welche neben ihren Pflichten die Aufsicht über das öffentliche Leben ihnen die Beamten der Privatbürger anordnen müssen. Dem Polizeioberhaupt gemeiniglich ein Polizeiaufsichtszugewiesen, kleinere Vorfälle sehen, und sonst als ein unmittelbares Werkzeug zur Ausführung dieser sind der Oberaufsicht anvertraut, unter welche die Arrondissements

seyn, ohne Anfrage die nöthigen Vorlehrungen zu machen, und zu strafen.

§. 386. Diese allgemeinen und besondern Polizeibeamten machen für sich das Polizeikollegium aus, welches seine bestimmten Sitzungen hält, wobei nicht nur von dem ordentlichen Laufe der Angelegenheiten Bericht erstattet, sondern auch über außerordentliche, über wichtigere neuere Gegenstände zu Rath gegangen wird. Die Natur der Angelegenheiten, welche in den Geschäftskreis der Polizei einschlagen, macht es nothwendig, daß ihr alles ohne Unterscheidung Civilstand und Militär, Adel und Volk untergeordnet ist.

§. 387. Unter dem Polizeikollegium und den obern Polizeibeamten stehen die niedern Polizeibedienten, die Todtenbeschauer, Bleibbeschauer, Wegzahnübergaber und Marktrichter, oder Uebergeber, die Vorsteher der Polizeiämter mit ihren Untergebenen, wie auch die Thorsteher, welche die bei den Thoren der Städte aus und eingehenden Fremden um ihren Namen, Stand, Wohnung befragen. Dieses Letzre ist an vielen Orten den Soldatenwachen übertragen.

§. 388. Es ist hier mehr nicht erforderlich, als daß wegen der Beschäftigung dieser Beamten auf dasjenige zuhausegesehen werde, was bereits an seinem Orte von jedem gesagt worden, außer der angezeigten Verrichtung der Todtenbeschauer kommt ihr noch zu darauf zu sehen, ob der ihr gemeldete Todte nicht etwa durch Gift oder sonst auf eine gewaltsame Art hingerichtet worden. Bei einem Verdachte hat sie

gehört über alle Arten Getränke
richter über die Gesundheit der Nahrung
die Beobachtung der Marktgesetze
und die Polizeitage. Diese Markt-
und Uebergeber müssen die Freiheit
nur an dem Verkauforte der Wa-
ren, sondern auch dann, wann sie
außers Händen ist, diese letzte Art ist
in Theilungen der Verkäufe
thätig.

Die Polizeikommissionen, von denen hier
Erwähnung gemacht werden muß, sind
Berichtigung des Maaßes
es und das Frägen- oder sogenannte Re-
cht. Die Aufsicht des Ersteren erst-
liche Arten von Maaße, der Schw-
und der Länge. Dieses Amt
dieselben zu berichtigen, sonder-

Hinderung des Unterschleifes nach einer gewissen Zeit z. B. alle drei Jahre erneuert werden.

§. 391. Unter die Aufsicht dieses Amtes gehört gleichfalls das Maas im Umfange und Flüssigen; als M e s s e n, E i m e r, und alle derselben Untertheilungen. Es muß daher ein öffentliches Maas zur Richtschnur der übrigen festgesetzt, und von dem Amte hie und da ausgetheilt, auch eben die Vorsicht wie bei dem Gewichte und der Elle gebraucht werden. Weil aber die Handwerker, welche M e s s e n- m a a ß e und F ä s s e r verfertigen, dieselben ohne Schwierigkeit mit dem vorgegebenen Maasse ungleich machen können; so müssen sie hievon durch Befehle und S t r a f e n abgehalten werden.

§. 392. Diesen Aemtern sind weiters anhängig W a g h ä u s e r und M e s s e n l e i h ä m t e r mit ihren beidigten Knechten, Korn- und Mehlmessern u. d. g. unteren Bedienten, welche dazu dienen, damit im größeren Kaufe und Verläufe den Uebervorteilungen vorgebaut werde. So gehören dazu öffentliche Ellen und andere Maassen, Waagen, auf welchen es jedermann freisteht, dasjenige was er nach einem Privatgewichte eingekauft zur Sicherheit nachzuwägen oder nachzumessen zu lassen. Die Furcht dieser Nachwägung und Nachmessung wird der schlechten Auswaage und Ausmessung sowohl, als den unmerklichen Verkleinerungen des Maases und Gewächtes wirksam entgegenstehen.

§. 393. Die Frag- Rundschatts- Intelligenzämter gehören zwar eigentlich zur Erleich-

des Nahrungsstandes, und Bequemlich-
Bürger mehr, als zur Sicherheit. In-
nen sie gleichwohl auch zu diesem Endzwecke,
um den gestohlenen, den verlorenen
nachzuspüren, und sie wieder zu erhalten.
Es Amt kann aus einem Protokollisten
a Notzen bestehen. Und von diesem Ge-
te betrachtet ist immer nothwendig, daß es
gelaufsicht untergeordnet sey.

4. Wenn die Polizei Espionen, oder ge-
Ankläger sonst verborgener Uebeltathen nö-
t, so mache sie aus der geheimen Aufsicht
tliches Amt, verbinde mit diesem Amte einen
en Gehalt der Beamten der Nothwen-
ht, durch die Gefahr der Unschuld seinen
zu suchen.

5. Auf die Polizeibeamten folgen die

meine Ruhe, die Bettler, und ander unnützes Gesindel, die Reinlichkeit der Straße u. d. gl. ein wäthsamcs Auge zu halten. Ihre Pflicht ist bei jedem Zufammengange gegenwärtig, jedem zur Hülfe eufenden Bürger zur Hand zu fehn. Sie muß daher täglich in den verschiedenen Bezirken der Stadt, in den Straßen, mehr oder weniger nach der Größe derselben eingetheilet werden, und beständig gegeneinander patrouilliren. Bei Feuern ist sie zugegen der Unordnung zu wehren. Sie dient zur Auffuchung und Einziehung der Schuldigen, zur Bewahrung der Arrestanten, zur Begleitung der Uebeltbäter an den Strafort.

§. 397. Gegen die Dämmerung wird die Tagwache von der Nachtwache abgelöst. Die Verrichtung von dieser ist zu Nacht dieselbe, welche die Erstere bei Tage hat, nebst welchen sie auch die Stunden anzurufen pflegen. Die Thurm- oder Feuerwachen sehen von ihrer Höhe auf Feuersbrünste, und geben zum Beweise ihre Minderkeit alle Viertelstunden mit einem Hörne, einer Axt- oder auch durch einen feutbaren Aufein Zeichen.

§. 398. Wo Gewölbehüter gehalten werden, müssen sie zur Mähtzeit die Straßen abgehen, ob die Gewölbe wohl verschlossen sind. Die Marktwachen sind zu Marktzeiten in den verschiedenen Gängen und Gassen des Marktplatzes eingetheilt.

§. 399. Die Sicherheit auf den offenen Landstraßen zu erhalten, werden Straßenwachen

1. Die Sicherheit in den Städten zur No-
ch besser handzuhaben, auch den Nachtri-
ht zu erleichtern, sind die Beleuch-
tungsstädte von einem außerordentlichen S-
n stämmlich an den Häusern in einer
aß die Wagen darunter wegfahren fi-
ien von einer vorgeschriebenen
Gestalt ausgesteckt, welche von di-
entlich eingetheilt werden. Die Be-
liefer Laternen wird besser gegen eine-
ung von der Polizei selbst besorget.

101. Es ist als eine nützliche Vorkehrung
worden, daß jedermann anzugeben be-
wogen er sich möge. Dadurch und i-
ge Aufsicht der Bezirkskommis-
izei alle ordentlichen Einwohner gar-
auch noch den Fremden, un-

her sie kommen? was ungefähr ihre Verrichtung seyn mag? wo sie wohnen? und wie lange sie sich aufzuhalten Willens sind? aufzeichnen, und darüber dem Polizeivorsteher einen Bericht und Tagzettel behändigen. Die Gastwirthe sollen einen ähnlichen Zettel von den Gästen, so wie auch die Zimmervermietther einsenden *).

§. 402. Weil dieser Vorsicht ungeachtet sich oft gefährliche Leute über die Gränzen stellen, sich in die Städte zu schleichen wissen, und besonders auf dem offenen Lande abseitige Wirtshäuser, oder gar die Wälder zu ihren Schlupfwinkeln ausersehen; so sind zu ihrer Ausspürung und Entdeckung derselben Nachsuchungen zu halten. Die Nachsuchungen sind entweder allgemeine oder be-

*) Doch ohne theils zwecklose, theils zweckwidrige, wohl gar lächerliche Strenge in der Fremdenpolizei wie der berühmte K. preussische Staatsrath v. Klüber richtig bemerkte. Solche Strenge ist laut der Erfahrung eine gehässige Plage der ehrlichen, ein selten fellschlagendes Schuhmittel der unehrlichen Leute; ein Erzeugniß bald des bösen Gewissens, oder klatschhaften Neugier eines Wachhabers, bald eines kleinlichen Hanges zum vielregieren, bald einer Unwissenheit in der Regierungskunst, auf jeden Fall eine grobe Versündigung an der deutschen Rechtliche, Ehrlichkeit und Gastfreundschaft; diese will jeden unsträflichen Fremden geehrt, geachtet, befördert wissen, während jene Polizei jeden Fremden als einen verdächtigen so lange behandelt, und verfolgt, bis er nach einer Art von peinlichen Verhör einen streng juridischen Beweis seiner äußern Ehrlichkeit nicht selten durch falsche Urkunden geführt hat.

icht finden, aufgehoben. Soll der Z
ersuchung vollkommen erreicht werden
nicht zu einer bestimmten Zeit, sondern
et mit Einverständnis der Mac
en, und die Gränzen besetzt werden.

Die besondern Untersuchungen n
adere gräulichere Vorfälle, als
ewalt samen Einbruch, Ausb
angen en veranlasset. Wenn sich ei
eignet, so wird in vielen Orten die St.
läutet oder ein Lösungsschuß geg
be Zeichen die wehrhaften Unterthanen
rigkeit aufgeboten und dem Uebelthäte
ur Flucht benommen werden.

. Diese Nachsichungen werden fruc
im Staate befreite Dertex den verfi
n eine Zufluchtsstätte anbieten, welche

§. 405. Freirörter sind bestimmte Plätze, wo Schuldige gegen die Ergreifung der Gerechtigkeit Zuflucht finden, und daraus von keinem Gerichte gezogen werden können. Sie sind von zweierlei Gattung: weltlich und religiöse. Weltliche sind der Ballast des Regenten, die Gesandtenhäuser, einige Freihäuser. Diese sind unumwiderprechlich aus der Verleihung der Regenten abzuleiten, welche sich gewiß das Recht vorbehalten haben, diese Befreiungen wieder aufzuheben, sobald ihre Verleihung schädliche Folgen nach sich ziehen sollte, die anfangs nicht in die Augen fielen.

§. 406. Die religiösen Freirörter, Kirchen und Klöster leiten ihre Befreiungen höher und von einem göttlichen Rechte ab, und gründen dieselbe I. auf die Heiligkeit des Ortes, der an sich selbst unverleßlich seyn müsse: II. auf die Keuigkeit priesterlicher Hände, welche von allem Blutvergießen unbesiekt müssen erhalten werden; III. auf das Beispiel der Freistädte des alten Bundes. Die Entfernung des Missethäters aus den Kirchen, aus der Gemeinschaft der Heiligen, nicht die Aufnahme desselben läßt sich mit wichtigeren Gründen vertheidigen.

§. 407. Es haben auch die vor ultramontanischen Grundsätzen gewarnten Rechtsgelehrte längst dargelegt, daß die Befreiungen eine Art von Begnadigung sind, welche also nur dem Landesfürsten zustehen könnte. Es ist also auch kein Zweifel, daß er dieselbe, wenn es die Umstände fordern, wiederrufen kann. Die Fürsten haben auch dieses Recht wirklich ausgeübt.

handen ist; welches des Asyls nach
it, sind die bedungenen Reversalb
ung, welche dem hohen Ansehen des
achttheile gereicht.

Wenigstens aber sagt man, könne
dem Unschuldigen eine Zuflucht anbieten
den Drangsalen der Untersuchung u
befreien? Diese Bestimmung gründet
welche verbessert, daran die Regierung
aber wider die von keiner Privatmach
gemacht werden müssen.

O. Die Polizei hat, neben den an
einen und besondern Nachsuch
chiedene Mittel, theils die Entweich
ger Personen zu erschweren, theils d
en Missethäter zu entdecken, un
Die Postämter dürfen niemand

einzubringen trachtet, bei Diebstählen von den Sachen, die entfremdet worden, genaue Beschreibungen gemacht, und diese Beschreibung allen Thorwachen, Wirthen und besonders Ortsobrigkeiten behändiget, auch denselben anbefohlen wird, den Beschriebenen, wo man ihn antreffen würde, anzubalden und einzuliefern *).

X.

Anwendung der Anstalten bei größeren Zufällen.

§. 411. In Ansehen der öffentlichen Anstalten ist alles Zufall, dessen Ereignung oder Nichtereignung von dem Willen und Thaten der Menschen nicht abhängig ist. Den Zufall selbst abzuwenden, liegt also nicht in der Gewalt der öffentlichen Verwaltung. Aber einige Zufälle kann man wenigstens vorsehen: die wichtigsten Folgen aller Zufälle zum voraus Denken. Diese Folgen müssen also zum Gegenstande der Vorkehrungen genommen,

*) Zum Schluß muß ich noch anführen, daß jede Polizeianstalt sich sorgfältig hüten soll, damit nicht die in Richtenbergs vermischten Schriften angeführte komische Schilderung von Polizeianstalten einer gewissen Stadt nicht auf sie angewendet werden könne. Die Polizeianstalten daselbst lassen sich füglich mit den Klappermühlen auf den Kirschbäumen vergleichen. Sie stehen still, wenn das Klappern am nöthigsten wäre und machen einen fürchterlichen Lärm, wenn wegen des heftigen Windes gar kein Sperling kommt.

le desselben verbreitet. Uebung in
er Gegenstände dieser Art muß und
n.

1. Der Leitfaden dieses Nachdenkens
seyn: welche Zufälle sind in e
ten Gegend wahrscheinlich?
nemlich nach der Lage? nach den
en? oder nach näheren Anzei
Zufällen, die besorgt werden,
atten vorläufige Vorlebrun
ht? Die Natur des Zufalls selbst läß
dung nicht zweifelhaft? Nach dieser
werden die Vorlebrungen überhaupt en
o oder dren Abtheilungen unterge
dem wirklichen Falle, II. wäh
en, III. nach demselben.

Ein kurzer Entwurf der Hauptanstalten bei Ueberschwemmungen kann hier als ein Beispiel dienen. *)

§. 415. Vorkehrungen vor der Ueberschwemmung. Die besondere Aufmerksamkeit auf die entfernten und nähern Umstände und Anzeichen einer Ueberschwemmung ist die Pflicht des Bezirkscommissärs, des Magistrats, der Wachen.

§. 416. Zu den Voranstalten wird bey erster Wahrnehmung der Anzeichen der Anfang gemacht. Zu große Vorsicht ist bey solchen Gefahren zuträglich, als zu große Sicherheit. Es ist ein eigner Commissär mit der erforderlichen Anzahl von Hülfs-personale und verstärkten Wachen anzustellen. Die Voranstalten haben Gebäude, Güter und Menschen zum Gegenstande.

§. 417. Bei den Menschen ist gegen das Wasser selbst und gegen den Mangel an Lebensmitteln während der Ueberschwemmung Vorsehung zu treffen.

*) D. Mössig C. G. Wasserpolizei. Theil. I. 1789. Theil II. 1792.

Günt her, Paul, Erfahrungen über das Entstehen des Erisbeises auf den Strömen, über das Zufrieren derselben mit Eise und dessen Aufgehen, siehe Wittenbergisches Wochenblatt zur Aufnahme der Naturkunde und des öffentlichen Gewerbes. 1789. No: 3. und 4.

Bötschen's chronologische Geschichte der großen Wasserfluthen des Elbstroms. Dresden 1735. 4. sammt Nachtrag.

Senning, über Wasserschäden. 1799. enthält auch einen Plan zu einer Wasserschädenaffecuranz.

, die sich einen Vorrath anschaffen diejenigen, die zwar keinen Vorrath sich dennoch ihr tägliches Bedürfnis kaufen im Stande sind; für die Geringenden, worunter in dieser Lage die Tagelöhner gerechnet werden: ob das Wasser ihrer Erwerbung nachzugelassen ist. Dem Bezirkskommissär ein Registratur kann es nicht schwer sein, welcher Klasse jeder Bewohner gehört; für die Polizei Vorsorge treffen.

§. 419. Den mit verschiedenen Lebensbedürfnissen, den Gastwirthschaften und bedrohten Gegenden wird aufzutragen, einen angemessenen Vorrath bereit zu halten nachzusehen, ob sie diesen Auftrag erfüllen können bei Kräften sind, muß von der Unterstützung gegeben werden. Zur Beobachtung sind sechs Mannschaften mit O.

Rettung von Menschen, Vieh und Gütern, als zur Uebersetzung von einem Orte zu dem andern Fahrzeuge bereit gehalten werden. Den Inwohnern werden zu ihrer Beruhigung die Vorschriften, welche zu ihrer Sicherheit getroffen worden; an wen sie sich nach Umständen zu wenden haben; die Ordnung, welche bei Nacht und Tag gehalten werden soll; endlich die Signale bekannt gemacht, sowohl die, durch welche man von dem Zunehmen des Wassers und der herannahenden Gefahr benachrichtiget wird, als diejenigen, durch welche Jemand, der vielleicht in besondere Gefahr geräth, Beistand anzurufen hat.

§. 421. II. Vorschriften während der Ueberschwemmung. Die Gegenstände der Vorkehrung in diesem Zeitpunkte sind die nämlichen: Gebäude, Güter, Menschen; hier muß sich die Polizei bei allen günstigen Gelegenheiten äußerst thätig zeigen.

§. 422. Bei den mit Lebensmitteln handelnden Gewerben ist täglich nachzusehen, um die Verweigerung, Verheimlichung, Uebertreibung der Feilschaften zu hindern. Wenn ein Mittelpreis durch den Zusammenfluß und die Beförderung der Zufuhr nicht zu erhalten ist, wird die Bestimmung einer mäßigen Lage unter solchen Umständen keine Unbilligkeit. Den Armen werden nach Anzahl der Köpfe die notwendigen Lebensmittel unentgeltlich vertheilet.

§. 423. Woferne durch das Steigen, oder Stehen des Wassers Güter in Gefahr kommen, die man sicher geglaubt hat, muß die Aufsicht den Eigenthü-

cht gegen Feuer zu verdoppeln und zu
eden Fall ein Licht bereit zu halten.
r Polizei müssen auch die Stra-
und die Patrouillen von Wachen und
terlaß sowohl bei Tage, als zu Nachtze-
n abgesendet werden, auch Fahrzeu-
en Gegenden ausgestellt werden.

25. III. Vorfahrungen nach de-
mmung, in Hinsicht der Gebäud-
Bieh u. s. w. besonders soll die Poli-
ten, daß die Wohnzimmer ausge-
ocknet; daß die Brunnen gereinigt
ne Kanäle, die zu Grund gerichtet
d Brücken hergestellt werden.

426. Es wird nöthig seyn die Inter-
as mitteln wenigstens bei der ärmst-
durch ein paar Tage fortzusehen. S
öffentlichen und Privatordn-

II.

S a n d l u n g.

genug, Vütger zu haben und sie zu beschüt-
zen auch auf ihren Unterhalt denken. Vorse-
her allgemeinen Bedürfnisse machen, ist
e Folge des gemeinschaftlichen Willens und
liche Pflicht der Regierung. Diese Pflicht
die Speicher der Privatleute zu füllen, ur-
beit zu entledigen; sondern beständig den t
in ihrem Umfange zu erhalten, daß, u
en, die Arbeit stets notwendig und nie u

Rousse

Schriften

über die Handlung.

Wörterbücher.

1. Dictionnaire universel de Commerce par Jaques Savary, continué par Philémon Louis Savary. Paris 1723. II. Tom. fol. divisé en quatre Volumes. à Genève 1750. fol. Oeuvres de Jaques Savary. Tome premier contenant le Parfait Négociant pour servir de Tome cinquième au Dictionnaire de Commerce. Gennève 1752. Tome second, ou Tome sixième au Diction. Contenant les Parères, ou avis et Conseils sur les plus importantes Matières du Commerce. 1732. fol. Deutsch unter dem Titel die allgemeine Schatzkammer der Kaufmannschaft, oder vollständiges Lexikon aller Handlungen und Gewerbe. Leipzig 1741—42. 4 Theile. Fol. Fortsetzung der Schatzkammer, als fünfter Theil oder Supplement. Leipzig 1743. Fol.

London 1756. fol.

, and complete Dictionary of Trade,
 ree by Thomas Mortimer. London
 i. fol.

naire du Citoyen, ou Abrégé historique
 et pratique du Commerce. Amsterdam
 m. 8.

ete Akademie der Kaufleute oder vollstä
 annslegung von Carl Günther Lud
 g 1752. Zweite verbesserte Auflage 1767.
 ile. gr. 8.

eau Dictionnaire portatif du Commerce, o
 aux Négociants et Banquiers. Paris 1777

omisch-technologische Encyclopädie von
 i u t h seit 1772. Von diesem Werke sind
 Bände in Berlin erschienen.

Schriften über die Handlung überhaupt.

1. Le parfait Négociant, - ou Instruction générale pour ce qui regarde le Commerce par Jaques Savary Paris 1675. 4. Ist auch Deutsch übersetzt. Genf 1676. 8. Macht auch den fünften Theil vom Diction, de Commerce aus nach der Genfer Ausgabe.
2. Money and Trade considered by John Law. Edinburg 1705. 12. Franz. à la Haye 1720. 8.
3. Réflexions politiques sur les Finances et le Commerce (par Mr. du Tot.) Paris 1740. 2 Tom.
4. Essai politique sur le Commerce par Melon. Amsterdam 1742. Paris 1742. 8. Von Melon gesammelte kleine Schriften über die Handlung und Manufacturen. Kopenhagen 1756. 8.
5. Elémens du Commerce (par Véron de Forbonnais) 1754. II. 12. Auch Paris 1766. 12. Deutsch von Kästner unter dem Titel: der vernünftige Kaufmann. Leipzig 1755. 8.
6. Théorie et pratique du Commerce et la Marine, Traduction sur Espagnol de Don Gev. de Ustariz (par Forbonnais) Paris 1755. 4. und auch Hamburg 1753. 8.
7. Political Discourses by David Hume, the second Edit. Edinburg 1752. 8. Hume moralische und politische Versuche oder vermischte Schriften 1754—56. IV. 8.
8. The universal Merchand (by N. Magens) London 1753. 8.

- ung zur gründlichen Kenntniß der S
 iast und dahin einschlagenden Geschäfte
 f. Springer. Frankf. 1771. 8.
- . H. Reimar u s) Handlungsgrundsätze
 Aufnahme der Länder und zur Beförde
 ückseligkeit seiner Einwohner aus der G
 eschichte untersucht. Cosmopolis 1768.
 e. Hamburg 1775. 8.
- . Sch r ö d Einleitung zu einer allgen
 itniß der Handlungswissenschaft. Frankf
 1769. 2te verb. Aufl. 1780. 3 Theile. 8.
- . K a r l M a n Versuch einer allgemeiner
 g in die Handlungswissenschaft. Altona
 Stücke 8. Neue verbesserte Auflage.
 — 80. 2 Theile. 8.
- rie und Praxis der Handlungswissesi
 lau 1777—78. 2 Th. 8.
- uch einer allgemeinen Einleitung in die
 iast. Theoretisch und praktisch.

18. De Koophandel van Amsterdam eerst entworpen door Le Moine de l'Espine daer na verbeterd en vermeerderd door Is. le Long. Negende druk. Te Rotterdam 1780. III. in 8.
19. Jung, Johann Heinrich, Gemeinnütziges Lehrbuch der Handlungswissenschaft. Leipzig 1785. Zweite verbesserte Auflage. 1799. 8.
20. Büsch und Ebelings Handlungsbibliothek. Hamburg 1784 — 88.
21. Bohn, wohlerrfahrender Kaufmann. Fünfte ganz umgearbeitete Auflage von Ebeling und Brodhagen. Hamburg 1789. 8. 2 Bände.
22. Waarenlager, oder Produften- und Waarenlexikon, als des wohlerrfahrenden Kaufmanns 3ter Band. Hamburg 1788. 8. von Bohn. Neueste Ausgabe von Normann 1788. 8.
23. Grundsätze der Handlungswissenschaft zum Gebrauch der k. k. Realakademie in Wien. Zweite Auflage. Wien 1790.
24. Anleitung zur Handlungswissenschaft nebst Entwurf zur Handlungsbibliothek, von Joh. Beckmann. Göttingen 1789. 8.
25. Büsch, Johann Georg, theoretisch-praktische Darstellung der Handlung in deren mannigfaltigen Geschäften. Hamburg 1792. Zweite verbesserte Auflage 1799. 2 Bände. Dann Zusätze zu dieser. 3 Bände. 1800. 8.
26. P. N. Nyegard Forsög til et fulständigt Kiøbmanns System. Stockholm. 8.
27. De la richesse commerciale, ou principes d'économie politique, appliqués à la législation du Commerce, par J. G. L. Simonde. Genève 1803. 2 Vol.

1000

Grundsätze der Handlung.

Einleitung.

Die einfachsten Begriffe des Handels
und ihrer Zweige.

S. 1.

Der wohlthätige Einfluß der Handlung in die allgemeine Glückseligkeit war lange von der Staatskunst verkannt: Sie glaubte ihr keine Aufmerksamkeit, keine Sorgfalt, keine Beförderung schuldig zu seyn. Als aber der Grundsatz die Oberhand gewann: daß die Glückseligkeit des Staats in der Menge seiner Bürger besteht; fieng man an den Werth eines Geschäfts zu erkennen, welches durch Vervielfältigung der Nahrungswege einen so großen Theil zu dieser Glückseligkeit beiträgt. Die Handlung ward nunmehr ein Gegenstand der Kabinete, man ward auf die Grundsätze aufmerksam, nach deren Anleitung die möglichst größte Menge von Menschen

ten diesen Unterhalt, indem sie sich ihre Beschäftigung hervor

*) Neben den schon angeführten Schriften Klémens du Commerce von Fortb der große Einfluß der Handlung auf Staaten ausführlich bewiesen wurde, gende Werke empfehlen:

J. Alb. S. Reimar us: Handwahrer Aufnahme der Länder und zu Glückseligkeit ihrer Einwohner aus d Schichte untersucht. Bremen 1775. 8.

Ebendesselben Beantwortung der Vschlagung über des Handels Grundsätze

J. F. Seerenschwand über die pätschen Nationen; a. d. Engl. Berlin Ueber Freiheit und Einschränkung te; oder neuere und ältere Regierung delspolizei im Contraste; aus dem E von des Uebersetzers Leipzig 1793. 8

zur Vergeltung empfangen. So entsteht der Tausch, welcher das Geschäft der Handlung im eigentlichsten Verstande ist.

§. 3. Bedürfnis heißt alles, dessen Gebrauch uns auf irgend eine Art Nutzen bringen kann, mithin dessen Besitz verlangt wird; und diese Bedürfnisse, sie mögen nun wahre Bedürfnisse seyn, ohne welche der Mensch nicht bestehen könnte, oder eingebildete, welche die übliche Lebensart, die Gemächlichkeit, die Lüsterheit, der Stolz der Menschen zu Bedürfnissen gemacht hat. Sie sind gleich ein Gegenstand des Tausches, durch welchen Bedürfnisse gegen Bedürfnisse umgetauscht werden.

§. 4. Das Gegenangebotene muß etwas seyn, was der, mit welchen der Tausch geschehen soll, bedarf und nicht besitzt, oder doch nicht in der Menge besitzt, als er es verlangt, das ist, es muß Beziehungsweise selten seyn. Die Handlung also ist ein Geschäft, das seinen Ursprung einem wechselseitigen Bedürfnisse schuldig ist, was man dem andern zur Befriedigung seines Bedürfnisses anbieten kann, heißt Waare.

§. 5. Die vorkommenden Beschwerlichkeiten veranlaßten bald, daß man sich nach einem Mittel umsah, wodurch sie vermieden und der Tausch erleichtert würde. Man suchte etwas auf, das gleichsam die Stelle aller Waaren vertreten und für einen allgemeinen Entgelt derselben angesehen werden sollte. Es war nicht willkürlich zu diesem Entgelte was immer für einen Stoff anzunehmen.

Es ist zu vermuthen, daß die Völker
mißlungenen Versuche die Vereinbar-
heiten in den edlern Metallen
wie man bei jedem andern Dinge vergeltet
und darinnen liegt die Ursache der
Uebereinstimmung der Nationen.
Silber, welche nunmehr als die
besten Waaren angesehen und Geld
werden.

Man wird nach der Einführung des
Geldes nicht mehr Tausch, sondern Kauf
in diese Abänderung im Worte
in dem Wesentlichen der Handlung.
der Handlung ist noch beständig
eine Waare gegen Waare
Verkauf einer Waare. *)

..... einen Rath von

§. 8. Die **W a a r e n**, womit der Tausch getroffen wird, sind entweder unmittelbar in ihrer **u r s p r ü n g - l i c h e n** Beschaffenheit brauchbar, oder sie müssen durch **K u n s t a r b e i t** zum Gebrauche umgestaltet werden. Die Beschäftigung, die sich mit der ersten abgiebt, ist die **L a n d w i r t h s c h a f t**: Sie begreift unter sich die natürlichen Erzeugnisse des **B o d e n s**, der **B i e h z u c h t**, des **G e w ä s s e r s**. Die Beschäftigung, welche die natürlichen Erzeugnisse durch Mittheilung einer künstlichen Gestalt brauchbar machen, oder ihren Gebrauch vervielfältiget, heißt **M a n u f a k t u r**. Die Manufakturen sind von der Landwirtschaft abhängig; die erste Aufmerksamkeit des Staates muß also dieser zugewendet werden. Was die Landwirtschaft an **M a n u f a k t u r e n** liefert, wird **r o h e s M a t e r i a l e**, **S t o f f** genennet.

*) Puritaner in den Handlungskunstwörtern sprechen **M a n u f a k t u r**, wo Hammer und Feuer entbehrt wird, hingegen wo diese beide erfordert werden, das nennen sie **F a b r i k e n**.

§. 9. Die ursprüngliche Handlung besteht also in den Erzeugnissen der **E r d e** und der **K u n s t a r b e i t**. Hieraus läßt sich die Größe der allgemeinen Handlung bestimmen; sie ist gleich der **S u m m e** der **B e d ü r f n i s s e** der **B e r z e h r e n d e n**. Um sie zu erweitern, müssen entweder die **B e d ü r f n i s s e** oder die **B e r z e h r e n d e n** vermehrt werden.

*) Die Summe der Handlung ist also aus zwei Größen zusammengesetzt, aus den Bedürfnissen und der Zahl der Verzehrenden, deren eine mit der andern vermehrt wird.

und des Ueberflusses, welche v
ausmachen. Alle Deflamationen g
nd also entweder unüberdacht; oder,
geführt wird, ist nicht sowohl gegen d
, als gegen die einseitige Ber
on wenigen, indessen der andere
in Elend schmachtet.

1. Zugleich aber werden auch die G
der nützlichen und schädlich
t werden können. Denn ohne Zweif
ie Art von schädlicher Pracht. Alle P
schädlich, die dem Zwecke, um de
taat begünstigen soll, widerspricht,
me der Nationalbeschäftigung
rt, sondern vermindert.

12. Der auf die inländischen
herabgesetzte Aufwand kann nicht

renden übrig. Es werden nemlich Abnehmer der Waare außerhalb des Landes aufgesucht: man trachtet andern Nationen, was sie bedürfen, zuzuführen, und durch ihre Verzehrung die Summe der Nationalbeschäftigung zu vergrößern. Hier theilet sich die Handlung in eine innere und äußere. Die innere Handlung ist diejenige, welche zwischen den Gliedern eines Staates geführt wird.

§. 13. Die äußere Handlung wird an Fremde getrieben. Nothwendig muß sie sich auf die innere gründen, und nur dann erst etwas an Auswärtige abgeben, wenn sie zuvor ihren eigenen Bedürfnissen zureichend. Also wird die äußere Handlung nur mit dem Ueberflusse geführt, das ist, mit demjenigen, was die Nationalverzehrung selbst entbehren kann.

§. 14. Kaum wird irgend ein Staat, eine Nation wenigstens in gegenwärtiger Lage der Umstände, und bei der einmal eingeführten Art zu leben, sich zureichen. Was sie nun nicht besitzt, muß sie von auswärts unter den am wenigsten beschwerlichen Bedingungen zu erhalten suchen. Hierzu bietet die äußere Handlung die Hand, welche daher nach der Theilung ihrer Beschäftigungen in zween Zweige abgesondert wird, in die Ausfuhr, und in die Einfuhr. Sie führt aus von ihrem Ueberflusse; sie führt ein zu einem zweifachen Zwecke, entweder das Eingeführte selbst zu verbrauchen, oder es mit Vortheil wieder an andere Nationen auszuführen.

§. 15. Dieses letzte macht einen dritten Zweig der Handlung, die Wiederausfuhr, die öfons-

nen, wandten ihren Blick nach
suchten sich dieselben zu unterwerfen, r
urch dahin versetzte Pflanzvölker
wovon diese auch den Namen Koloni
(rter) haben. Von daher können sie
ihrer Bedürfnisse unabhängig von and
und unter selbst vorgeschriebenen Bedingn
, dahin den Stoff zur Ausführung i

Die Bedürfnisse, welche von an
erhalten werden, und dasjenige, so frei
wird, muß an den Ort des Absatzes ü
werden. Die Ueberbringung, welche
te Fracht begriffen wird, kann auf ve
geschehen. Die Nation empfängt ihre
edürfnisse durch fremde Fracht; u
holen das, was sie zu empfangen haben
anen; oder die Nation führet, was
Fracht ein

im zweiten Falle eignet sie sich diesen Vorthell zu, und ihre Handlung wird mehr Aktivhandlung. Jede Nation muß also ihre Bedürfnisse durch eigene Fracht zu empfangen, und an andere Nationen die Ausfuhrwaaren gleichfalls mit eigener Frachtung zu überbringen suchen.

§. 18. Man frachtet zu Land oder zu Wasser. Die Landfracht hängt von guten Handlungsstraßen und einem gutgeleiteten Fuhrwesen ab.

§. 19. Die Wasserfracht ist auf Flüssen oder zur See. Die Flußschifffahrt wird durch Schiffbarmachung, Schiffbarerhaltung, und durch Vereinigung der Flüsse mittelst der Kanäle und Schleussen befördert. Diese Anstalten können über die Gränzen eines Staates nicht erweitert werden. Die Seefahrt hingegen ist von unendlich größerem Umfange, sie beruht auf einer wohl eingerichteten und unterstützten Marine.

§. 20. Die Gefahr der Frachtung vorzüglich zur See würde für sich selbst von Unternehmungen abschrecken; man hat sie daher einer Art von Schätzung unterworfen, und nach dieser Schätzung die Sicherstellung der Güter und Schiffe gegen eine verhältnißmäßige Vergütung über sich genommen. Von dieser Sicherstellung hat das Geschäft den Namen Versicherung, Assurance, wodurch der Muth zu Handlungsunternehmungen hergestellt und vergrößert wird.

es muß auch der Handlung nicht
im Fond zu ihren Unternehmungen ma

22. Die physische Anwesen
in einem Staate giebt der Aemsigkeit
ang, welcher der Absicht der Handlung
t nothwendig, daß dasselbe seine B
, und unter den Gliedern der Gesells
e. Dem Staate liegt also vorzüglich da
auf des Geldes zu befördern, und all
ei Seite zu schaffen, welche denselben zu
n.

23. Die Verrichtung des Geldes bestel
Besitzern die zuverlässige Vor
r gewissen Menge von Waar
zu seyn, daß sie, so bald e
ebt, die Vorstellung gegen da
te umsetzen können. Kann ein

groß seyn, welche der Regent der Aufrechthaltung des gemeinschaftlichen Vertrauens zuwendet.

§. 24. Sollen Handlungsunternehmungen mit Nachdruck geführt werden, so fordern sie große Summen. Wo das Vermögen der Einzelnen nicht hinreicht, da tritt eine Gesellschaft zusammen deren jedes Glied nur eine kleine Summe desto entschlossener waget, weil, auf allen Fall der Verlust sein Glück nicht stürzet; und dennoch wird die Summe dieser einzelnen Beiträge der Handlung den zureichenden Fond verschaffen. Die Handelsgesellschaften tragen also zur Erweiterung der Handlung ihren großen Theil bei.

§. 25. Durch die Ausfuhr an Fremde und die Einfuhr von Fremden, werden die handelnden Nationen unter sich zu wechselweisen Schuldnern gemacht. Die Tilgung dieser Schulden mit barem Gelde würde durch die Frachtung der Baarschaft an dem Orte der Bezahlung kostbar und gefährlich, das gefrachete Geld durch einige Zeit ungenützt seyn, auch das Geschäft der Handlung in langweilige Weidläufigkeit kürzen. Es ist möglich diesen Beschwerlichkeiten ganz, oder doch zum Theile auszubergen, wenn ein Staat gegen den andern seine Forderung vertauscht, wodurch er seine Schulden in so weit aufhebt, als es die Stellung der Handlung gegeneinander zuläßt. Diese Vertauschung der wechselweisen Forderungen gab dem Wechselgeschäfte den Ursprung, welches zwar nur eine Privatverrichtung, aber immer der öffentlichen Sorgfalt würdig ist.

vorzuziehen, und der zuzugewandte Weg
Weg der Unterhandlung vortheil
e sowohl für sich selbst, als gegen an
zu versichern. Die Handlungstraktaten
einen wichtigen Theil der Handlung

Um die Beschaffenheit der H
sich selbst und verhältnißweise zu kennen
zunehmen, ob die Wege der Beschäft
ichen Größe der Bevölkerung zusagen,
n die Staaten, was sie an andere a
t dem, so sie empfangen haben.
ichtung der Einfuhr und Ausfuhr
genennet: die Richtschnur in den F
tes, wo, und in welchen Theilen die
zügliche Hülfe erwarte.

28. Man sieht aus diesen vorausgese
r in seinen Beariffen, wie man ch

walten, mithin zu der Leitung der Handlung ein eigenes Kollegium, oder eine eigene Stelle zu bestimmen. Der Name an sich ist gleichgültig, aber dieses Kollegium muß in dem Umkreise seiner Thätigkeit alles begreifen, was den Vortheil der Handlung befördern kann.

§. 29. Der Faden der Abtheilungen, nach welchen die Handlungswissenschaft behandelt wird, ist folgender:

I. Von der Landwirtschaft, die den Stoff liefert, welcher

II. von Manufakturen umgestaltet wird. Diese Erzeugnisse werden entweder in dem Staate selbst verbraucht, oder auswärts verführt: aus dem letztern entsteht

III. die äußere Handlung, welche durch die

IV. Pflanzörter vergrößert wird. Zur Beförderung der in- und ausländischen Handlung gehört

V. die Fracht zu Land, und

VI. die Wasserfracht, deren Gefahren

VII. die Affecurancen vermindern, wodurch die Unternehmungen vervielfältiget werden. Zu den Handlungsunternehmungen ist eine zusagende Summe

VIII. Geldes erforderlich, dessen

im Lauf befördert, und der Abgang des Geldes überhaupt durch den

erleichtert wird. Die zu großen Unternehmungen nöthigen Summen werden durch

Handlungsgesellschaften zusammengebracht. Die Tilgung der aus der Ausfuhr und Einfuhr entspringenden wechselweisen Schulden wird durch

den Wechsel erleichtert: die Hindernisse aber, welche der Handlung in fremden Staaten gelegt werden könnten, sind durch

Handlungsverträge zu heben. Endlich zieht der Staat die

Billigkeit zur Berechnung seiner Handlung, der Leitung an ein eigenes

Pflanzenreichs, des Thierreichs, und des Steinreichs. Jedoch ist der nähere Gegenstand gegenwärtiger Abhandlung nur der Feldbau, und die Viehzucht, und auch beides nur in der politischen Beziehung, nicht in der praktischen Ausübung, wovon die sogenannte Oekonomie zu handeln hat.

§. 31. Die Vollkommenheit der Landwirtschaft von Seite des Staates betrachtet, ist die möglichst beste Benützung des Erdreichs nach dem Erfordernisse des Unterhalts und der Handlung. Ihre Tendenz geht dahin, daß I. alles Erdrück genützt, daß es II. auf die beste Art in Beziehung auf den Anbau genützt, und III. so genützt werde, wie es das Verhältniß der übrigen damit verbundenen oder davon abhängenden Beschäftigungen fordert. Die Benützung alles Erdreichs und die beste Benützung desselben kommen vielfältig in Hindernissen und Beförderung überein *).

*) J. Ph. Frank's System der landwirthschaftlichen Polizei, in Hinsicht auf Deutschland nach den besten Verordnungen, Vorschlägen und Anstalten. Leipzig 1789 — 1791. 3 Theile. gr. 8.

J. Ch. Bernbard's Vorschlag zu einer wirthschaftlichen Polizei der Dörfer. Stuttgart. 1768. 8.

In Gfr. Schreiber's Polizei des Ackerbaues. Leipzig 1770. 8.

Hb. J. Hinz's Reflexionen über den Ackerbau und dessen Beförderung. Dessau. 1782. 8.

Ebendesselben Grundsätze der Polizei für die deutsche Landwirtschaft. Gotha 1786. gr. 8.

J. Ch. E. Schmid's ausführliche Vorschläge, um

n Platz, welche von der allgemeinen Polizei vorgehret werden müssen. Insbesondere aber wird nützlich seyn, — wo einmal die Gemonheit die Oberhand gewonnen hat, Dorfweise *) zu bauen, daß die Häuser auf eine ansehnliche Weite abgesondert, daß die Scheunen oder Fruchtschöber, die Getreideböden von den Wohnungen entfernt werden, mit bei entstehendem Feuer diese Verhältnisse des ländlichen Vermögens nicht sogleich der Gefahr ausgesetzt sind. Vorzüglich würden die Assurance-Commissarien in einem gewissen Bezirke nahe liegenden Ortschaften wichtige Dienste leisten können.

§. 35. Die gewöhnliche Hülfsleistung, da man dem Verunglückten die Abgaben erläßt, ist bloß verneinend und daher allein ohne Wirkung. Dem Landmann muß die Hülfe thätig geleistet, das Holz, die Baumaterialien, die Feldbaugeräthe, die Aussaat müssen ihm unentgeltlich gegeben oder wenigstens unter den leichtesten Bedingungen vorgestreckt werden. Da die Privatgrundbesitzer zu solchem Vorschusse nicht immer vermögend genug sind, so muß der Staat seinem Landvolke diese Hülfe selbst leisten lassen. Es ist nicht nöthig wegen des durch

*) Adf. Cidmeyer über die Erbauung der Dörfer; eine Abhandlung, welcher die königl. Societät der Wissenschaften zu Göttingen den Preis ertheilte. Frankfurt a. M. 1787. 4. mit Kupfern.

Wie kann der Landmann seine Dorfwege ohne Kosten des Staats und ohne seine eigene Ueberlast zu seinem Nutzen verbessern? eine Preisschrift der fürstl. hess. Gesellschaft des Ackerbaues und der Künste, S. v. W. Ch. H. Casperson. Cassel 1801. 8.

der Landwirthschaft. Erfürstliche Viehärzte müssen die Ursachen aufsuchen, welche den Viehfall veranlassen, man bis zu der Quelle des Uebels gelangt, die Mittel dagegen bekannt gemacht, sowohl, welche das gesunde Vieh von der Ansteckung abhren, als auch diejenigen, welche das kranke Vieh heilen können. Wo die hartnäckige Epidemie tropet, da liegt abermal dem Lande daran den Feldbau aus Mangel der dem Lande ersagten Unterstützung nicht zu Grund zu kommen.

37. Wenn der Mißwachs den Landstand seht, sein Feld künftiges Jahr zu säen, läuft es mit der Unterstützung, die Privatgrundherrschaft, oder dem Staate erhalten selbst hinaus, was von den Feuersbrünsten im Kriege gesagt worden. Er empfängt den Reicher des einen, oder den

§. 38. Liegt es an der Armut des gegenwärtigen Besitzers, der durch was immer für andere Ursachen in solche Umstände versetzt ist, daß er seinen Feldbau nicht bestellen kann; so kann der Staat ihn zwingen, daß er ihn entweder pachtweise, oder wohl gar veräußlich an jemanden hintangebe, der ihn bearbeiten wird. Nur wird die hauptsächlichste Schwierigkeit diese seyn, Pächter oder Käufer der feilgeschlagenen Feldstücke aufzufinden.

§. 39. Nicht nur aber an der beständigen Armut des Besitzers, sondern auch sehr oft an der augenblicklichen liegt es, daß ein Feldstück ungepflegt bleibt. Die strengen Eintreibungen der Anlagen, die man vorher unüberdacht bis zu einer Größe hat anwachsen lassen, wo der Landmann sie zu entrichten unfähig ist, werden oft den Rückständen zwingen, Vieh, Feldbangeräthschaft, die zur Aussaat oder auch seinem Unterhalte nöthige Frucht zu veräußern und dadurch opfert der Staat oder auch der Privatgrundherr dem gegenwärtigen kleinen Vortheile die ganze Zukunft auf. Man sieht hieraus die Nothwendigkeit die Abgaben bei dem Landmanne nicht ausstehen zu lassen. Der Grundeigenthümer, welcher Rückstände auflaufen läßt, sollte derselben verlustig erklärt werden.

§. 40. Das zweite, daß nämlich dem Landmanne die Mittel beschränkt werden, der gegenwärtigen Noth abzuhelpen, geschieht durch Gesetze, welche verbieten, demselben über eine gewisse und meistens sehr kleine Summe zu leihen. Die Absicht dieser Verbote ist heilsam, nur sollte nicht nur der Fall ausgenommen werden, wo die Schuld zur Bestellung des

ftsaufsicht auf das wirksamste zu
sich ohne sonderbare Kosten des Sta
tand bringen lassen. Die Defonoi
hätten die Vorschriften über ihre Ver
dem Staate zu empfangen: und ist e
her Punkt dieser Vorschrift anzusehen
ht an Gewalt fehle, die nachlässigen
ch augenblickliche Vorkehrungen zur S
In Fällen von Wichtigkeit müßten
sseher angewiesen, und auch dieser I
rung Befehle einzuholen verhalten wi

Das zweite Mittel geben die Abg
nd, wodurch nicht nur der gänzlichen
der Gründe entgegen gearbeitet,
uch die bessere Bestellung der
wird. Auf jedes kulturfähige od
eurbare Feldstück müssen die Entrie
rätia, und zwar nach den möglichste

sind versucht worden. Jedes Grundstück, welches durch zwei oder drei Jahre ungebaut geblieben, ohne daß der Eigenthümer darüber der Landwirthschaftsaufsicht eine geltende Ursache anzuführen fähig wäre, kann von dem Staate als verlassen erklärt, und demjenigen zum Eigenthume überlassen werden der sich erklärt dasselbe zu bestellen *).

§. 44. Die Muthlosigkeit des Landmanns hat ihren Grund in der Meinung, daß seine Mühe verloren ist, und er die Früchte derselben nicht für sich ärndten werde. Was also diese Meinung herbeiführen, vergrößern oder bestätigen kann, muß aus dem Wege geschafft werden. Die Unsicherheit des Eigenthums, die Größe der Abgaben und die so sehr begünstigte Jagdlust sowohl der Landesfürsten, als der Privatbesitzer, können als die ersten und hauptsächlichsten Quellen angesehen werden, woraus Muthlosigkeit fließen wird, denen noch die Menge der werthlosen Tage zuzuzählen sind.

§. 45. Wo die Unsicherheit des Eigenthums ihren Ursprung in der fehlerhaften Grundverfassung eines Landes hat, da wird es der Gesetzgebung immer schwer dem Uebel zu steuern. Erwägen aber die Privatgrundherren, daß eine solche Verfassung gegen ihren eignen Vortheil streitet; so würden sie der Aufhebung derselben sich nicht widersetzen. Das Recht, welches sich auf einen alten Besitz gründet, ist

*) Dieser Vorschlag wäre zu gewaltsam, der Landmann hat wie jeder Staatsbürger gegründeten Anspruch auf Sicherheit des Eigenthums.

wird *).

J. Garve über den Charakter der Bauern
verhältnisse gegen den Gutsherrn und gegen
die Regierung. Breslau 1796. 8.

J. Ep. Wöllner's Preisschrift wegen der
sämtlichen Besitzungen der Bauern; welche be-
i der ökon. Gesellschaft zu St. Petersburg
hielt. Berlin 1768. gr. 8.

G. Th. v. Deder's Bedenken über die Frei-
heit der Bauern Freiheit und Eigenthum zu ver-
fassen. (Kopenh. 1769.) von neuem aufgelegt sammt
Littenburg 1786. 8.

Ep. Krug über Leibeigenschaften, oder Ei-
genheit der Landbewohner in den preussischen
Länder 1798. 8.

Thdr. Schmalz über Erbunterthänig-
keit. Commentar über das königl. preuss. Edict v.
1807. ihre Aufhebung betreffend. Berlin 1818

Ph. Adf. Frhr. v. Münchhausen, von
Münchhausen 1799. 8.

§. 46. Auch die Abstiftungen, welche den Grundobrigkeiten wegen nicht wohl bestellter Wirthschaft eingeräumt sind, können als eine Verfassung angesehen werden, wodurch die Unsicherheit des Eigenthums vergrößert wird. Auch Abstiftungen zur Strafe der Nachlässigkeit des Privateigenthümers müssen nie von Jemanden einseitig unternommen werden können.

§. 47. Sind die Geld- oder Naturalentrichtungen so groß, daß der Landmann von seinem Schweisse mehr nicht, als seine kaum zureichende Nothwendigkeit übrig zu behalten hoffen darf; so ist es unzweifelst, er wird seinen Fleiß nicht stärker verwenden, als bloß um sich durchzubringen. Die Erfahrung bestätigt es zu sehr, wie wenig Staatsklug der Grundbesitzer ist: der Bauer ist dann am ärmsten, wenn er elend ist.

§. 48. Es wird immer unwidersprechlich bleiben, daß die freie Jagd mit dem blühenden Feldbau schwer vereinbaren ist. Unberechnet die beständigen Drückereien der Jägerei und die daraus entstehenden so vielfältigen üblen Folgen; so ist gewiß, daß ein Theil der Felderzeugnisse dem Gewilde Preis gegeben wird, welcher der nützlicheren Viehzucht entzogen ist; daß die Feldfrüchte einer stäten Gefahr ausgesetzt sind, von dem Gewilde, und oft mehr von den Jagenden in der

von den Privatgrundherrschaften ausgeführt, damit auch diesen sehr gegründeten Klagen des Landmannes abgeholfen werde. Es sind zwar noch viele schwere Wunden, die der Landwirthschaft geschlagen wurden, übrig, deren Heilung aber der Zeit überlassen werden muß.

ch dem Landmanne die Erlaubnis
abzutreiben und hierzu sogar St
Man muß die Erfahrung zum Zeugen
die Ersetzung des Schadens
besitzer abgehalten hat, das Gewild
je vermehren zu lassen. Auch die übr
ngen waren theils unwirksam, theils
nicht befolgt. Diese vereinbarten Grö
le schon die thätige Beschränkung der
anlaßt haben, besonders da ein bli
tiges Vergnügen einiger wenigen
Wahl so vieler Bürger in Vergleichen
den nicht verdienet *).

49. Die Menge der arbeitlos
allen Theilen der Beschäftigungen ein

us den zahlreichen Schriften über die B
r folgende hier anführen:

... Handbuch der Tag

chen Einfluß; oft müssen die nothwendigsten Wirthschaftsverrichtungen, welche keinen Verschub leiden und von denen manchmal das Glück der Aerndte abhängt, unterbleiben.

§. 50. Je mehrere Beweggründe der Aemsigkeit des Landmanns zur Bebauung seines Feldes angeboten werden, desto eifriger wird sein Fleiß seyn. Der erste Beweggrund für ihn ist: Sein und der Seinen Unterhalt: der zweite die Entrichtung, zu welcher er verpflichtet ist: der dritte endlich: etwas auf den Nothfall zur Verbesserung seiner Umstände, oder für seine Familie bei Seite zu legen. Also muß es den ländlichen Erzeugnissen nicht an einem Anwerthe fehlen, der dem Landmann einen Preis hoffen läßt, worinnen er alle drei Beweggründe vereinbart sieht. Bei Bestimmung dieses Preises scheint der Vortheil der Landwirthschaft mit dem Vortheile der übrigen Handlungsgeschäfte einigermassen im Widerspruche zu stehen. Es soll nur der mittlere Preis bewirkt werden, wo die Vortheile beider Zweige vereinbaret werden können. Dieser mittlere Preis kann seinem Wesen nach betrachtet werden, oder bloß numerisch.

§. 51. Dem Wesentlichen nach ist der mittlere Preis stets und aller Orten derselbe: Derjenige nämlich, welcher mit dem Zustande der Handlung dergestalt im Verhältnisse steht, daß dadurch der Landwirthschaft von dem Gewinne, so durch die Handlung kömmt, ihr ebenmäßiger Antheil zugesendet wird.

nicht durch T a g e n , sondern durch
Verabredungen der K ä u f e r und
im Marktplatz geschehen , wenn and
dieser Kaufverträge keine Hindernisse
Wird nun der wechselnde M
hiedener gemeiner Jahre n
verglichen und durch die Re
elzahl gezogen , so wird dieses
numerische des mittlern Preis
welches nach Verschiedenheit der U
rlich ist,

53. Weil die Regulirung des
Verabredungen der K ä u f e r u
abhängt , so wird sich der Marktpreis
Maasse der A n f r a g e und dieser n
em Zusammenflusse der Käuf
le Zahl der K ä u f e r oder die A
so folgt B e r t h e u r u n g . Ist es

§. 54. Geschieht die Konkurrenz der Verkaufenden freiwillig und wird er einzig durch den Ueberfluß der Erzeugnisse veranlaßt; so setzt sich alles sehr bald von selbst in die natürliche Ordnung. Verkäufer, welche ihre Rechnung an dem Marktreise nicht finden, ziehen sich zurück, das Gleichgewicht zwischen Anbot und Nachfrage und mit diesem Gleichgewichte der mittlere Preis der Märkte wird hergestellt. Aber sehr oft ist dieser Zusammenfluß erzwungen: wenn nemlich, um seine Abgaben zu einer gewissen Zeit zu entrichten, das Landvolk zugleich seine Früchte feilzuschlagen genöthiget ist. Also hat der Staat nicht allein die Abgaben des Feldbaues zu ermöglichen, sondern auch durch eine Vertheilung auf verschiedene Zeiten dem Unwerthe der Erzeugnisse vorzubauen.

§. 55. Die Abnehmer sind erstens die Nationalverzehrer, dann die Fremden. Nicht genug, daß der Nationalverzehrer überhaupt mit den landwirthschaftsprodukten in einem vortheilhaften Verhältnisse stehen, das ist, daß eine starke Bevölkerung im Lande sey; es ist zugleich nothwendig, daß diese Bevölkerung verhältnismäßig zu dem Feldbaue vertheilt und dadurch die Lokalaufnahme der Produktion gleich sey. Die ungleiche Vertheilung der Bevölkerung in einem Staate wird zweierlei nachtheilige Folgen nach sich ziehen: Unwerth auf der einen, und übermäßigen Preis auf der andern Seite.

§. 56. Was daher immer diese ungleiche Vertheilung der Verzehrenden in einem Staate

richtet den Feldbau zu Grund. Es liegt nun
er Augen, daß den übermäßigen Zufluß
nischen in den Hauptstädten als die
ste Ursache derselben verhindern, die Land-
t begünstigen heißt; und daß diejenigen Staa-
t dieser Seite die glücklichsten sind, welche meh-
teltstädte haben, worin sich der Landadel
diese werden zugleich der Sitz der Manufak-
n. Wo dergleichen Mittelstädte in einem
ht sind, da könnte durch Verlegung der Ma-
ren, Universitäten, Armenhäu-
r großen Anzahl von Klöstern u. m. d. auf-
, geholfen werden.

. Ist der Staat in verschiedene Provinzen
so können die Nationalabnehmer ent-
s derselben, oder aus verschiedenen
seyn. Wird der Absatz der Landwirtschaft
auf die Provinzial-Verzehrer herab-

denjenigen Preis versichern, der zur Ermunterung ihres Fleißes erfordert wird. Es ist gewiß, daß die Nationalverzehrung allein nicht so leicht den Anbau aller Gründe oder doch nicht den besten Anbau nothwendig macht. Der Ueberschuß der Felderzeugnisse würde also ohne Abnehmer bleiben, wenn nach dem befriedigten Bedürfnisse der Nationalverzehrer nicht an Auswärtige abgesetzt werden könnte. Die Hoffnung dieses Absatzes allein kann den Landmann zur Bebauung aller Gründe sowohl, als zur bessern Bebauung derselben Muth machen und diese Hoffnung wird durch die Freiheit der Ausfuhr belebt, unterstützt.

§. 59. Die Meinungen der Zeiten, der Staaten, der Schriftsteller sind über den Vortheil des freien Kornhandels über die Gränzen der Freiheit nicht vereinigt. In ältern Zeiten hat man die Landwirtschaft nirgend mit Aussicht auf die Handlung getrieben. Das Besorgniß vor eigenem Mangel hat die Ausfuhr des Korns lange beschränkt, und den Kornhandel nach den Regeln einer ängstlichen Marktanstalt geleitet. Bei einer unbeschränkten Ausfuhr ward oft das Bedürfniß der Nationalverzehrung Fremden zugeführt. Die Absicht wie die Wirkung der freien Kornausfuhr muß seyn, dem Theile den Absatz von außen offen zu lassen, welcher der Landwirtschaft einen zur Erzielung ermunternden Preis sicherstellt, ohne der Nationalverzehrung den Unterhalt zu erschweren. Und dieses vereinbart sich in einer Freiheit der Ausfuhr, welche nicht durch eine bestimmte Menge, sondern durch die Erhöhung über den Mittelpreis ihre Gränzen erhält. Der Ausdruck

Bei dieser Anordnung wird von dem
daß der Mittelpreis ein Zei-
chendes Feilschaft ist. So lange
Preis auf den Märkten erhält, ist
sorgen. Würde zu viel ausgeführt,
t durch den steigenden Marktpreis die
d sogleich benachrichtigt. Aber so gl
is Gegenmittel zu wirken an: die Aus
is sonst ausfloß, strömt auf die Natio
d? Dieser Zuwachs der Feilschaft u
inken, der Mittelpreis und mit ihn
Ausfuhr ist wieder hergestellt.

freiheit des auswärtigen Kornhandels wurde
39. hauptsächlich in Großbritannien mit
fordert; andere Nationen folgten diesem
iter nach. Die zahlreichen Schriften der
, und vorzüglich Mirabeau in seinem A:
verbreiteten über diesen Gegenstand großes

§. 61. Es ist nicht möglich einen auswärtigen Kornhandel ohne Aufschüttung des Vorraths zu begreifen. Die Freiheit Korn aufzuschütten muß also nicht beschränkt, der Stand der Kornhändler nicht mit den verhaßten Benennungen bezeichnet werden, die solchen Zeiten ihren Ursprung schuldig sind, wo die Früchte des Feldbaues keine andere Bestimmung hatten, als den Unterhalt des Volkes. Da die Ausfuhr des Getreides an den Grenzprovinzen geschieht; so ist hier ein neuer Grund die Verführung des Korns aus einer Provinz in die andere nicht durch Zwischenmänner zu hemmen, damit durch diese Verschiebung die Ueberbringung erleichtert werde. Zur Wohlfeilheit der Zwischentransporte leisten die Kanäle, wodurch die Landflüsse vereinigt sind, großen Vorschub. Endlich sollen die Nationalhandelsleute, damit sie mit ihren fremden Mitwerbern in gleichem Preise zu verkaufen im Stande sind, nicht nur bei der Ausfuhr mit keiner Abgabe beschwert werden, sondern es ist nöthig, daß auf die Ausfuhr eine Prämie, die der Handelsmann zum Verkaufspreise schlägt, solange ertheilt werde, bis er in der Menge des Verkaufs für sich selbst die zureichende Aufmunterung seiner Unternehmung findet.

§. 62. Die dem Staate angehörigen Gründe, sind entweder sogleich der Kultur fähig, oder sie erwarten eine vorübergehende Anstalt, durch welche sie zur Kultur geschikt gemacht werden, oder endlich sie sind zur Bearbeitung ganz untauglich. Nach dieser Unterscheidung werden auch die Vorschriften unterschieden seyn müssen.

zur Kultur, an Landvolk gebracht.

Das Verhältniß des Landvolks sowohl zum Feldbaue, als zu den übrigen Volksthätigkeiten hängt von zu vielen, zu wandelbaren Beziehungen ab, eine allgemeine Bestimmung ist daher nicht möglich wäre, wenn nicht andere politische Verhältnisse eintreten, läßt sich in jedem Lande angebauet liegt, oder wenigstens, welche die beste Kultur empfängt, schließt dem Feldbaue an Arbeiter an, mangelt die sich auf Kosten des Landvolks in Prachtkünste und andere müßige Beschäftigungen, das Dieb lrmeen.

Hauptsächlich hängt es von den Verhältnissen ab, die die weniger nützlichen Klassen den nützlichen

ilferung einen ansehnlichen Theil ihres jährlichen umwachsens. Das flache Land giebt jährlich einen Theil des Volkes an die Städte ab, ohne von daher jemals nur einen Kopf zurückzubekommen, es werden also der Gesetzgebung keine Mittel überflüssig scheinen diesem Uebel abzuhelpfen.

§. 66. Man hat vorgeschlagen: auf die Köpfe des Gesindes eine Abgabe zu legen, und diese Abgabe nach der Zahl und Klasse der Dienstleute sogar nach ihrer Größe zu erhöhen. Was auf einer Seite durch dieses Mittel verbessert würde, dürfte vielleicht auf der andern verschlimmert werden. Ein Gesetz, welches die Zahl und Geschlecht des Dienstgesindes nach Verschiedenheit der obern Klassen festsetzte und nur dem arbeitenden Theile der Bürger die Freiheit unbeschränkt ließe sein Gefind nach Willkühr zu vermehren, würde die erwünschte Folge mit mehr Unsicherheit hoffen lassen.

§. 67. Die Rekrutirung der Armeen geschieht aller Orten hauptsächlich durch das junge Landvolk mit Losziehung, Stellung, oder Verbungen, oder förmlich organisirte Konseription. Daher sind die Armeen, je mehr sie auf der einen Seite zur äußern Sicherheit der Staaten vermehrt werden, desto nachtheiliger auf der andern dem Feldbaue, von welchen sich die Folgen auf den ganzen Nahrungsstand verbreiten müssen: es wäre anzurathen, daß man dem Landvolke eine Befreiung, oder wenigstens eine Begünstigung bei den Verbungen zufließen lassen, wenigstens dem Landwirth seinen einzigen Sohn, dessen Grund baubar erhält, weder in einer gewaltsa-

vorben wird.

Die Gründe den Soldaten zu Friedenszeiten und ihn bei dem Baue der Straßen, bei Grabung der Flüsse, u. d. verwenden. Wo sich zu diesen Beschäftigungen nicht anbietet, ist es wenigstens nützlich, Soldaten auf einige Zeit zu beurlauben.

Des Anbaues fähige Gründe bloß aus Mangel der Bewohner und der Kultur in den Stücken, die also irgend zwischen den Gründen liegen, ist es bloß darum zu theilen. Es werden sich gegen einen allenfalls auch ohne Kauffchilling gerne annehmen, die sie aufreißen und bearbeiten.

O. Zum Anbau großer Landstücke unmittelbar eine Verpflanzung von Meierhöfen, Anlegung neuer Ortschaften und man auf zweierlei Art zu Werth geben

Es würde eine Gegend gewählt, welche der neuen Kolonie die hauptsächlichsten Nothwendigkeiten anzubieten scheint. In eine solche Gegend nun sendete der Staat zwar arme, aber ihm bekannte, arbeitssame, des Feldbaues fundige Landleute, an der Zahl vielleicht nicht über zehn. Er ließ ihnen an den Ort ihrer Bestimmung vorher einige Wohnplätze zu Stand richten. Nachdem die Gegend es gestattete, hätten sie Horn- und Wollvieh in ihre Höfe zu empfangen, sowohl um ihren Grund zu bestellen, als auch eine Viehzucht anzulegen. Zur Aufsicht würde ein Mann mitgesendet, von dessen Einsicht und Treue der Staat versichert wäre. Es ist ganz kein Zweifel, daß eine solche Kolonie ihren guten Fortgang haben würde. Durch eine Zeit von zehn oder zwölf Jahren wäre dann hier ein wohlgegründetes Dorf.

§. 72. Nach dieser Vorbereitung würde mit Versendung einer beträchtlicheren und größeren Menge Menschen fortgefahren. Es ist wohl zu erwägen, daß zu dem Gedeihen solcher Pflanzörter Fleiß und eine Art von Rechtschaffenheit an den Kolonen nothwendige Eigenschaften sind. Die Unterstützung im Gelde wird nicht viel nützen, wohl aber soll die Unterstützung in Naturalien, in Vieh, Getreide zum Bau sowohl als zur Nahrung, beides auch auf den Fall eines nicht sogleich glückenden Feldbaues, und in den Ackerbaugeräthschaften bestehen, und auf eine gewisse Zeit über die eingemessenen Gründe eine Befreiung von allen Abgaben ertheilet werden.

§. 73. Man kann nicht zur Ausrottung großer Wälder schreiten, ohne vorher zu untersuchen; ob

bleibenden annoch zureichen werden, dem
nothwendigen Holzvorrath nach dem Erfor-
derlicher Bedürfnisse abzugeben. Hundert Um-
Zusammenhänge der allgemeinen Beschäfti-
gung zu erwägen, ehe zur Ausrottung der Wäl-
der wird. Die allgemeine Oekonomie
soll natürlich das Bedürfniß des Holzver-
brauchs die Wälder abmessen, deren Größe und
Fertigkeit ihr aus zuverlässigen Waldmap-
pen entnommen seyn muß.

Auch kommt es einen großen Theil auf die
Weise an, mit welcher auf die Erhaltung der
Wälder durch gute Waldordnungen, auf die Er-
haltung des Holzes an den Landstraßen, Ufern
von Flüssen, Kanälen u. s. w. gesehen, und dadurch
ein Theil der Waldungen entbehrlich gemacht

welchen das Wasser in einen Fluß, Strom, oder das Meer den Ausgang gewinnt.

§. 76. Es sind noch andere Mittel sumpfsichte Gegenden trocken zu gewinnen, zu welchen die natürliche Beschaffenheit des Erdreichs an jedem Orte anleiten muß. Zuweilen reicht die Durchstechung des Thongrundes zu: das stehende Wasser versiegt durch diese ihm gemachte Oeffnungen. Die Moorfelder werden nach eben dieser Art durch schmale Gräben gereinigt, welche den kleinen Sümpfen einen Abfluß verschaffen. Vorzüglich aber muß die öffentliche Sorgfalt darauf gerichtet seyn, nicht sowohl die Flußbrüche abzuführen, als durch wohl angelegte Dämme der Austretung der Flüsse und der Ueberschwemmung der Felder vorzukommen. Man hat die Anlegung und Bewahrung der Dämme zu einem Gegenstand der Pachtungs-Unternehmung gemacht, oder für zuträglich gehalten, solche stückweise den Dorfschaften aufzutragen, und Assurancegesellschaften darüber zu errichten. Es kann überhaupt für einen allgemeinen Satz angenommen werden: Was immer im Falle der Vernachlässigung einen so großen Einfluß in das Allgemeine hat, ist kein schicklicher Gegenstand der Verpachtung.

§. 77. Die Anlegung und Bewahrung der Dämme an Dorfschaften zu übertragen, wird eben so wenig schicklich seyn. Kein Werk fordert einen so genauen Zusammenhang, und wann man so sagen darf, eine solche Einheit der Arbeit, als die Dämme. Die kleinste Nachlässigkeit an einem Orte macht die Arbeit an allen übrigen unnütze. Wer aber darf sich von

Städte und Werke verschiedener Ortschaften diese verheissen? noch werden andere Wege diesen Dorfschaften sehr beschwerlich fallen.

Die Anlegung der Dämme sowohl zur Erhaltung als zur Bewahrung wird also am sichersten vom Staate besorgt, und die Kosten dazu durch eine allgemeinen Untertheilung auf alle Bürger behoben. Denn, obgleich der unmittelbare Vortheil der nächsten Felder ist, welche gegen die Ueberschwemmung geschützt werden; so fällt dennoch wegen des Zusammenhangs aller Theile der Landwirthschaft der Beschäftigung mittelbar ein großer Theil auf die übrigen Bürger zurück. Das durch die Anlegung der Seen, Moräste und Flußbrüche gewonnene Erdreich gehört dem Staate an.

Damit das Erdreich auf die besten Weise in Beziehung des Anbaues genutzt

und in offenen Städtchen zu errichten seyn. In diesen Schulen würden der Jugend die allgemeinen Grundsätze des Wachstums, mit einigen Kenntnissen der Feldbaugeräthe und ihrer Anwendung, dann die Kenntniß der bessern dahin einschlagenden Schriftsteller auf eine faßliche Lehrart von geschickten Lehrern beizubringen seyn *),

§. 81. Wo diese Schulen nicht eingeführt sind, oder bis es mit ihrer Einführung zu Stande kömmt, sollte man der Jugend auf dem Lande mit den ersten Grundsätzen des Lesens und der Sprache wenigstens die ersten und nothwendigsten Begriffe des Feldbaues und der Landwirthschaft beizubringen suchen.

§. 82. Zur Leitung der Erwachsenen und überhaupt des gemeinen Landmannes würden sich die Wirthschafts Kalender mit gutem Erfolge einführen lassen. Wirthschafts Kalender können diejenigen genannt werden, wenn die Zwischenräume der Kalender, die sonst größtentheils mit sehr unnützen, den Verstand des Volks irre führenden Wahrsagungen angefüllt sind, statt dessen bei jedem Monate die Einrichtung des Feldbaues und der Landwirthschaft enthielten; wenn zugleich die beste Art dieser Arbeiten in einem verständlichen, leichten Vortrage angezeigt, auch etwa diejenigen Verbesserungen,

*) Im Jahre 1767. setzte die ökonomische Gesellschaft in Bern einen Preis auf die beste Beantwortung der Frage: Welches ist die schicklichste Art den Kindern des Landvolks den Feldbau beizubringen?

sch die Erfahrung bestätigt habe
abarbeitung geschieht in den ökonomisch
schaften, die in verschiedenen Ländern

Die Glieder einer solchen Gesellschaft
dem Zwecke derselben verschieden seyn:
Besitzer von Grundstücken; wi
ndwirthe aus verschiedenen G
einer Provinz; Männer, welche
Besserung des Feldbaues beitt
Hilfswissenschaften, in der S
hymie, Mechanik gründliche Ken
sizen, endlich auch solche, wel
itischen Theil der Landwirtsch
ben. Zu den schriftlichen Ausarbeitung
sel u. s. w. wird ein, oder bei gebär
werden mehrere geschickte Männer erfor
ten von nanzen Gesellschaft werden ein

gen die Beispiele vermöglicher Grundeigenthümer ein Mißtrauen haben. Die Lektüre auf der andern Seite ist bei dem Landvolke weder allgemein genug noch immer überzeugend. Befehle endlich Verbesserungen zu unternehmen, haben nirgend Vorthail geschafft. Der einzige Weg also die entdeckten Verbesserungen einzuführen, würden unverdächtige Beispiele seyn, welche aber nicht von Pfarrern, sondern von gemeinen Landwirthen, die zu Gliedern der Agrikulturs-Gesellschaften gewählt werden könnten, unternommen werden müßten; diese Männer aus ihrer Mitte, deren Vermögen dem ihrigen gleich wäre, würden ihr Zutrauen erwecken.

§. 86. Jedoch werden auch die richtigsten und ausgebreitetsten Kenntnisse unnütze seyn, wenn entweder in der Größe oder im Zusammenhange der Grundstücke, oder in den unveränderlichen Naturalentrichtungen, allenfalls wohl auch in der Steuerverfassung selbst Hindernisse liegen, die den ämsigen Landmann abhalten, von seinem Kenntnisse Gebrauch zu machen.

§. 87. Die Anbauung größerer zu weiträumiger Felder fordert eine viel zu große Menge Zugviehs, Gesindes und Düngers, als daß das Vermögen der Landleute, wie es allgemein angenommen werden kann, zureichte: es ist nicht möglich so vielen Grund mit demjenigen Fleiße zu bestellen, welcher erfordert wird, um eine ergiebige Herndte zu erwarten. Auch ist die zur Bestellung der Felder und Vollendung verschiedener Feldarbeiten günstige Zeit nicht von solcher Dauer, daß die Besitzer der ungeheuren Hu-

illing zu erlegen, mit bedungenen kleinen
zahlungen allenfalls auch umsonst
würden.

Wenn die Meinung: daß große Län-
der der Vollkommenheit der Land-
schaft im Zusammenhänge nachtheil-
ig; bei den ältern Agronomen durch folgendes
spruch: *laudato ingentia Rura, exigua colito* zu ei-
nmal erhoben war, so ist sie wenigstens, wie
übung, also auch bei den neuern Schrift-
steller allgemein gegen die richtigern ökonomischen
Ansichten angenommen. Die französischen Defon-
seurs überhaupt sind für die große Kultur, und
sind als entschieden an: daß es nicht möglich
ist, die Stücke Grundes gut in Werth zu
setzen. Man findet eben diese Meinung von englischen
Agronomen behauptet.

Landwirthschaft ungleich vortheilhafter seyn, einzelne Bauernhöfe als zusammenhängende Dörfer zu errichten. Wenigstens wird die Beobachtung nicht gering zu schätzen seyn, daß große zusammengebaute Dörfer nicht so nützlich als kleine sind; und daß bei der Anlage eines Dorfes wohl immer darauf möchte gesehen werden, demselben mehr nicht, als eine Gasse der Länge nach zu geben, wo jedem Hause, soviel möglich, rückwärts seine Feldstücke angehängt sind.

§. 98. Der Zusammenhang der Grundstücke mit den Grundstücken der Gemeinde verbindet die Besitzer, ihre Felder zugleich mit den übrigen zur bestimmten Zeit brach liegen zu lassen, damit das Vieh auf die Hälme zur Weide kann getrieben werden. Dieses Hinderniß ist eine Folge der gemeinschaftlichen Weiden, und wird nicht anders, als mit ihrer Aufhebung bei Seite zu schaffen seyn. Der Nachtheil davon ist indessen sehr deutlich.

§. 99. Wenn irgend in einem Lande nach der Landesverfassung noch Wein - Korn - Flachs zehnte oder dergleichen Naturalentrüchtungen unveränderlich auf den Grundstücken haften; so ist dem Landmanne die Freiheit geraubt sein Eigenthum nach seiner besten Einsicht zu nützen. Unveränderliche Naturalentrüchtungen machen die Veränderung des Feldstückes auch nach eingeholter Einwilligung der Oekonomieaufsicht unmöglich. Das Privatrecht der Zehntner sollte sich mit dem Vorthelle des Feldbaues durch folgende Einrichtung vielleicht vereinbaren lassen: daß nämlich eine billige und nach der Steigerung

von Zeit zu Zeit erneuerte Schätzung gemacht nach welcher die Zehnten von dem Besitzer des Grundstückes abgelöst und in Geldentrichtungen oder in Naturalien zu bestimmten Fristen verändert werden können. Dem Besitzer würde jedoch die Freiheit vorbehalten, ob er das Geld oder allenfalls den Naturalien wählen wolle. Aber die getroffene Wahl soll zur Veränderung des Geldstückes beständig werden, damit der Zehentherr nicht aus der ihm gelassenen Freiheit Anlaß nehme, den Entwert des Zehents zu drücken und Geld zu fordern. Wenn das Erzeugniß unter dem Schätzungswert steht, oder Naturalabgabe, wenn das Grundstück im hohen Werthe steht. Auf eben diese Art soll die Landesverfassung verbessert werden, damit die Veränderung der Grundstücke Hindernisse nicht findet, die die alten Urbarsbücher nicht zu verwirren.

10. Auch durch die Steuerverfassung

oder zur Verschönerung gewidmeten Derter, dergleichen sind Gärten, Alleen u. d. g. Angenommen also, daß ein gepflegter Grasacker von einem Morgen noch einmal soviel giebt, als die ungepflegten Wiesen; so kann im Durchschnitt genommen die Hälfte des ganzen Wiesenlandes erspart und zu einer andern Erziehung verwendet werden. Diese Verbesserung erwartet der Staat von der allgemeinen Verbesserung der Kultur.

§. 102. Die Gemeinweiden hingegen sind in der That verlornes Erdreich, das Vieh, für welches sie bestimmt sind, findet darauf keine Nahrung, man kennt auch die übrigen Nachteile, welche eine Folge der Gemeinweiden sind. Es ist also zuträglicher, die Gemeinweiden nach und nach aufzuheben und sie entweder den Bauerngütern zuzutheilen, wo diese nicht zureichenden Grund besitzen, oder wohl auch neue Ansäßigkeiten zu machen, auch die Vorzüge der Stallfütterung vor dem Gemeintriebe und die Vortheile der künstlichen Wiesen sind heute nirgend mehr unbekannt.

§. 103. Ueber jeden Lustgarten von einer gewissen Strecke kann gesagt werden, daß er dem Staate gewissermaßen eine Familie raubet, die darauf ihren Unterhalt finden konnte. Es ist also daraus zu schließen, daß es dem Staate wenigstens nicht gleichgültig seyn möge, den Bürgern die Umänderung ihrer Grundstücke in solche Ergötzungsorter frei zu stellen, wenigstens sollte es nie ohne vorher eingeholte ausdrückliche Erlaubniß geschehen.

§. 104. Noch ist übrig, daß alles Erdreich, welches in Beziehung des Anbaues auf die beste Art genützt

re der gewöhnliche Handel, wie
olle und Leder, zum Hanfe, Lei
eidenbaue u. d. g. bestimmt werde.
möglich darauf zu sehen, daß nicht all
ergriffen werden: das nöthigere,
einer größern Menge Mensch
tigung giebt, muß dem minder
der dem vorgezogen werden, welches nur
de fordert. Jede Gegend eines Land
provinz eines Staates wird zu einer, od
gung entweder von der natürlichen
schen Lage gleichsam vorherbestimmt.
rieitung muß diesem Fingerzeige folgen
lung des Stoffes darnach in die ver
schiedlichen Gegenden vertheilen.
aufaktur- und Kommerciantabel
h eigentlich erkennen, welcher Stoff zur
er überflüssig, an welchem Abg
diesen Kenntnissen wird es leicht si
die Erzielung des ein

§. 105. Es muß dem Staate nicht an einem Mittel fehlen, den Zustand seiner Landwirthschaft vollkommen zu übersehen, und daraus nicht nur im Großen und überhaupt, sondern auch nach jedem einzelnen Theile und nach dem Lokale zu urtheilen, welcher Theil seines Bestandes vorzüglich nöthig habe. Dieses Mittel ist eine sorgfältig verfaßte Ökonomietabelle, die nicht weniger in das Polizeigeschäft, als in die besondere Leitung der Landwirthschaft ihren Einfluß hat. Die Rubriken dieser Tabelle werden folgende seyn: der genaue Inhalt der Oberfläche einer Provinz: die Eintheilung dieser Oberfläche in ungebautes und gebautes Erdreich: die Eintheilung des ungebauten Erdreichs in Gebäude, Landstraßen, Flüsse, Moräste, Teiche, Gärten, Lustwälder, Alleen, Wälder, Gemeinweiden, und in ganz ungenüßten Boden; und von den letztern eine Untertheilung, in wie ferne er genüßt werden könnte, oder nicht? Die Eintheilung des gebauten Erdreichs nach der ersten Ausmessung, wie viel zu jedem Städtchen, Flecken, Dorfe, Mairhöfe gehört; die Untertheilung herrschaftlicher Gründe nach der Unterscheidung, ob es weltliche, oder geistliche Besitzer sind, und Gründe der Untertanen: das Verhältniß der Untertanen - Antheile; die Eintheilung aller dieser Gründe nach der Güte ihrer Scholle: gute, mittlere, schlechte, trockne, sandige u. s. w. Die Verwendung dieser Gründe zu Obstgärten, Holz, Grasland, Wieswachs, Kornland, Flächsbau, Seidenbau, Schafweiden u. s. w. wozu es immer insbesondere

e gezogen werden kann, in ohne auszu-
ig in die Augen fallend. Zur zu St-
selben ist nothwendig, daß der Anfan-
rfe zu Dorfe geschehe, wo sie dem Pf-
h dem Militär in seinen Stand,
getragen werden kann. Von einzelne-
eilen wird immer höher nach den willk-
ilungen zu Aemtern, Kreisen un-
n auf eben die Art, wie mit den G-
provinzen die Hauptlandstabelle
gen.

§. 107. Man fordere nicht die unfri-
er Medaille für den verdienten Landma-
e nicht, daß die Klasse des Landmann-
assen erhoben werde; man begnüge sich
übende Hand des Regenten nicht zugi-
r andern Klassen nicht untergetreten u-
nigstens ein kleiner Theil von derjenig-

II.

Von Manufakturen.

§. 108. Manufakturen im ausgedehntesten und buchstäblichen Verstande sind alle Beschäftigungen, welche, was immer für einem Stoffe eine neue Gestalt ertheilen. Unter diesem Begriffe werden Müller, Bäcker und alle dergleichen, obgleich einfache Gewerbe zu den Manufakturen gehören. Wegen des Zusammenhangs der Geschäfte aber ist zwischen Handwerkern und Manufakturen einiger Unterschied festgesetzt worden. Als Manufakturanten werden diejenigen Gattungen von Arbeitern betrachtet, welche Verlag, oder sogenanntes Kaufmannsgut machen, und zu denselben wird auch ein guter Theil der sonst zu den Handwerkern gezählten Beschäftigungen unter der Benennung der Kommerzialhandwerke geschlagen. Im eigentlichen

Schauplatz der Künste und Handwerke, übersetzt von Justi, Band I — IV. 1762 — 65. Bb. V — XIII. von D. Schreiber, 1766 — 1775. XIV. von Jafobson, 1777. XV. von Harrevert in Nürnberg, 1782. von Halle seit 1787. fortgesetzt.

J. H. Glo. v. Justi's vollständige Abhandlung von den Manufakturen und Fabriken. Berlin 1758 — 61. mit Vermehrungen von J. Beckmann 1780. gr. 8.

J. F. Pfeiffer: die Manufakturen und Fabriken Deutschlands nach ihrer heutigen Lage betreffend. Frankfurt a. M. 1780. 2 Bände gr. 8.

Fr. Ph. Freiherr v. Künsberg's Grundsätze der Fabrikpolizei, besonders in Hinsicht auf Deutschland Weimar 1792. 8.

gleichbedeutend annimmt.

§. 109. Der Zweck der Manufaktur
g auf den einzelnen Manufal
sich. U n t e r h a l t . u n d G e w i n n z u
Beziehung auf den ganzen Staat aber i
gen zu vermehren, da die Manuf
il des Volkes, welchen die Landwirt
r beschäftigen konnte, Arbeit, und
n.

110. Die Manufakturen sind
ie des Staates nicht unfruchtbar,
n ü ß l i c h e , e i n e u n e n t b e h r l i c h
g der Beschäftigung. Bei der An
nufakturen sind also die Stufen der
dem Grade abzumessen, als dadurch d
Staates mehr erreicht, das ist, als
i n e M a s s e d e r B e s c h ä f t i g u n g

§. 111. Es ist weniger schädlich, die Beschäftigungen nie über eine mittelmäßige Größe erweitert zu haben, als von einer weit größern Zahl derselben in der Folge etwas zu verlieren. In dem ersten Falle wird der Staat zwar einer auch nur mittelmäßigen Wohlfart theilhaftig werden, aber er wird sich bei dieser erhalten: im andern wird der Rückgang seiner Glückseligkeit beinahe ohne Gränzen seyn.

§. 112. Eine Manufaktur beschäftigt desto mehr Menschen, je mehrere Zubereitung ihr Stoff nöthig hat, bevor die Waare vollkommen ist, und je gemeiner ihr Gebrauch ist. Diese Betrachtung weist die Handlungsleitung auf diejenigen Manufakturen, welchen sie nach dem vorher erwähnten die nächste Sorgfalt und Beförderung zuzuwenden hat. Vorzüglich kommen diejenigen hier in Betrachtung, welche Gespinnst verarbeiten.

§. 113. Der gemeinere Gebrauch einer Waare hängt davon ab, daß man sie dem größern Theile des Volkes verkauft. Der größere Theil des Volkes ist diejenige Klasse, die nicht das Vermögen besitzt, Waaren von einem gewissen höhern Preise anzukaufen. Gemeinere Tuchfabriken, Leinwandfabriken: solche Gattungen verdienen folglich in der Reihe der Manufakturen den ersten Rang. Um den Gebrauch eines Manufaktur-erzeugnisses über das nöthwendige zu erweitern, ist es nöthig ihm diejenigen Eigenschaften zu verschaffen, welche die Käufer zu Wiederholung des Kaufes anlocken. Diese Eigenschaften sind der wohlfeile Preis bei gleicher innern Güte, äußern

elt, und der Mannigfaltigkeit
Baare. Diese vier Eigenschaften erweitern
den Gebrauch einer Waare überhaupt, son-
nach dem Maaße, als man sie zu einer Waa-
hft, versichern sie den Vorzug auf den in-
hen und auswärtigen Handelsplätzen vor
werbern, deren Manufakturen es an diesen
mangelt.

4. Es ist nothwendig der ungemäßigten Ge-
einiger Fabrikanten Einhalt zu thun, und
inen Fabrikanten in die Nothwendigkeit zu ver-
aß er seinem Erzeugnisse die erforderlichen Ei-
en ertheilt, ohne welche die Erweiterung eines
der Beschäftigung vergebens erwartet wird.

5. Es kommt nur darauf an dem Fabrikant-
werber zu geben, an die sich der Käufer
ann, wenn ihm die Waare entweder der Natu-

dieser Beschränkungen nach der Reihe betrachtet, wird uns auf Grundsätze führen, welche bei der Leitung des Manufakturwesens nicht aus den Augen gesetzt werden dürfen.

§. 117. Das Monopolium *), der Alleinhandel ist entweder in den Händen eines Fabrikanten, oder des Handelsmannes. Bei dem ersten ist es ein von dem Regenten ertheiltes Recht eine Waare allein zu verfertigen; bei dem zweiten ist es gegen den Fabrikanten das Propolium oder Vorkaufsrecht, welches den Arbeiter zwingt, sein Erzeugniß nur dem begünstigten Handelsmann zu verkaufen; gegen den Verzehrenden aber ist es Alleinverkauf; das Recht ihm eine Waare mit Ausschließung aller übrigen zu liefern. Dieses Propolium kann sich auf den ganzen Staat, auf eine Provinz, einen Bezirk, oder auch nur auf einen Stand erstrecken. Das letztere heißt insbesondere eine ausschließende Lieferung.

*) Hugos Schriften, vom Finanzwesen. Berlin 1774. S. 116 f.

Vom Nutzen und Schaden der Monopolen sammt der Einschränkung, unter der sie nützlich seyn können, in zwei Abtheilungen des Probst Quirl und Cammerrath Klippstein, die beide von der Casselschen Gesellschaft 1773. den Preis erhalten, herausgegeben von Dr. J. F. Ründe. Cassel 1778. 8.

Ueber die Monopolen, nebst Bemerkungen über die in dieser Materie vom Probst Quirl und Cammerrath Klippstein zum Vorschein gekommenen Schriften. Hannover 1779. 8.

nicht mehr Käufer, als welche ihr
g geben; im äußern Absatze findet
untergeordnete Arbeiter ist el
r Gewalt des Alleinverkäufers. Also
der eine: aber die Masse der allgeme
ig wächst nicht, und die Kunstarbeit
r Kindheit.

§. 119. Vielleicht daß der Staat den
B e s c h ä f t i g u n g ganz verliert, w
ich durch Ertheilung solcher Aussch
hr aus. Der Monopolist-Fabr
Zweifel nicht zu eine ganze Provinz
Staat zu versehen; er kann also lei
rikanten, den der Staat an ihn zu
den gefährlichsten Schleichb
n. Weniger oder mehr wird diese
Monopolisten anzuwenden seyn.

kräftet das Propolium sogar eine schon gegründete und ausgebreitete.

§. 121. Bei der offenbaren Schädlichkeit des Alleinverkaufs werden dennoch nicht selten Befreiungen ertheilet, dazu der Beweggrund nicht immer Unwissenheit, oder unzeitige Gewinnsucht ist. Wenn man schon darüber einig ist: daß Monopolien in der Folge den Fortgang der Manufakturen hemmen; so glaubt man dennoch, sie könnten bei Errichtung einer neuen ertheilt werden, um zu solchen Unternehmungen aufzumuntern, um dem anfangenden Fabrikanten Kräfte sammeln zu lassen, damit er seinem Werke eine größere Ausbreitung zu geben in Stand gesetzt werde.

§. 122. Die beiden ersten Gründe würden allerdings eine Aufmerksamkeit verdienen, wenn es sonst kein Mittel gäbe angehende Manufakturen zu unterstützen. Aber diese Mittel sind vorhanden, und werden an seinem eigenen Orte vorkommen.

§. 123. Ausschließende Gesellschaften entweder zur Erzeugung einer Waare, oder zu ihrem Verkaufe sind an sich selbst anders nichts, als ein Alleinhandel, an welchem mehrere Antheil nehmen. Gegen den Käufer sind sie eine Person, deren Absicht mit jedem einzelnen Monopolisten dieselbe ist. Es ist kein Zweifel, daß die Vereinigung mehrerer Menschen zur Erweiterung der Handlung vieles beitragen kann; nur muß die Art diese Vereinigung zu veranlassen sich so sehr als immer möglich ist, von dem Alleinhandel entfernen.

weiter von ein-
zwar Vorzüge, die als Mittel einem
n Zweig der Beschäftigung befördern
einem Tuchfabrikanten der Vorkauf be-
met werde, aber ein solcher Vorkauf
em Tuchfabrikanten gegen die übr-
nten, sondern allen Tuchfabrika-
so es nicht sind, und besonders gege-
et werden.

§. 125. Sehr scheinbare Ursachen hal-
ten verleitet, Manufakturen auf ei-
nig zu errichten. Man hielt dafür, si-
n den großen Aufwand machen, wel-
eruchnungen erfordert wird; sie würd-
t, der anfänglich immer zu befürchten
n tragen, oder auch sich genügen la-
tgang einer Fabrikation zu befördern,
nisse nichts zu gewinnen. Die H-
sich welche solchen Einrichtungen vor-

lichen Manufakturen sind häufiger und scheinen überwiegender. Wahrscheinlicher Weise ist weder der große Fleiß, noch die genaue Sparsamkeit zu erwarten, womit der Privateigenthümer für sich selbst zu Werk gehen würde, immer werden die Gebäude größer und alle Werke weitläuftiger angelegt, daß also der Fond der Unternehmung stärker, mithin auch zum Ersatze der Zinsen mehr auf die Waare zu schlagen ist. Die Beamten, wie sie immer Namen haben mögen, werden gleichfalls als eine notwendige Auslage dem Waarenpreise zugeschlagen, da bei einem Privatmanufakturanten sein Unterhalt schon dem Gewinne zugerechnet wird. Hieraus nun entstehen zween Nachtheile: eine solche Manufaktur wird im Vergleich mit einer Privatmanufaktur nicht so geschwind vollkommen, und dann nie in einem so niedrigen Preise stehen; also wird sie auch nie diejenige Ausbreitung erhalten, welche die Frucht der Güte und Wohlfeilheit einer Waare und die Absicht der öffentlichen Leitung ist.

§. 127. Sogar die Meinung derjenigen verdient nicht befolgt zu werden, welche die Manufaktur nur anfänglich auf Rechnung des Landesfürsten errichten, bei ihrem Fortgange aber an Privatleute abtreten will. Bei einem glücklicheren Fortgange ist die Versuchung groß diese einträgliche Manufaktur, als einen Zufluß der Landesfürstlichen Einkünfte nicht aus Händen zu geben.

§. 128. Zünfte, welche auch den Namen Innungen, Zechen, Gülden haben, werden die

daß, wenn man alle Mißbräuche, welche nach bei den Bünften eingeschlichen habe und vielleicht auch den verhaßten Namen n u n g abändern, einen andern beliebten aber die eben angeführten nützlichen Anstaltungen der Bünfte beibehalten würde Streit über den Nutzen, oder Schaden gänzlich aufhören. Die Königliche Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen neuern Zeiten im Jahre 1814, nach diesen es scheint, ihre Preisfrage auf: W. Deutschland die Kunstverfassung mäßigen modificirt werden wirken, daß die Vortheile behalten, die aus ihrer Veraltu: ihnen eingeschlichenen Mißbräugen den Nachtheile aber möglicht werden?

Abhandlung von Sandwerken und :
Ursprung in Deutschland, Verfall, Miß
Schilling 47/12

werbsstatute, ihre Gebräuche. Diese Zünfte sind entweder ungeschlossen, das ist, ihre Zahl ist nicht beschränkt, oder geschlossen, wobei beschränkter Zahl der Zunftgenossen jeder, der nicht aus dieser Zahl ist, ein Stöhrer, Pfüfcher genennet wird, gegen welchen die sogenannten Befugten den Zunftzwang ausüben. Die Beschränkung der Zünfte geschieht auf eine zweifache Art: die Zahl der Meister ist bestimmt oder den Meistern ist nicht erlaubt über eine festgesetzte Zahl von Jungen in die Lehre zu nehmen. In gegenwärtigem Zusammenhange werden die Zünfte weder als eine Polizeianstalt betrachtet, noch in wie weit sie ihren Nutzen unmittelbar zur Vollkommenheit einer Waare haben können; sondern nur, in wiefern sie ohne eine gewisse Aufsicht dem Zusammenflusse schädlich werden.

§. 129. Sind die Zünfte wahrhaft ungeschlossen, so haben sie nichts, was gegen sie eingewendet werden könnte. Aber beinahe darf man sagen; Zünfte, welche auf die Weise ungeschlossen wären, sind nirgend vorhanden: die Aufdinggelder, Lehrgelder, die Tagen des Freisprechens, die Kosten das Meisterrecht zu erlangen, die kostba-

burger Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe am 26ten Oktober 1792. gekrönte Preisschrift von Joh Adam Weiß. 1798. 376. u. 83. S. in 8.

Seger, über das Zunftwesen und die Frage? Sind die Zünfte beizubehalten? ist die andere Preisschrift.

Bärens, J. H. was kann gethan werden zur Veredlung des Händwerksstandes? Kopenhagen 1802. 8. und mehrere andere Schriften.

§. 130. Um viel offener aber wirklich geschlossenen Zünften Meister bestimmt ist, wo die Lich sind, und niemand dazu gelangen ein Meistersohn, oder erstochter, oder die abgelebt Meisters zum Weibe genommen solchen Bedingungen nach der Gesen wird.

§. 131. Die insbesondere sogenannt dwerle, welche auf tägliches um desto weniger durch ausschli auf eine kleine Zahl herabzusetzen, en, womit sie sich abgeben, nicht sse, sondern fast immer dringe), bei denen es um so viel leichter ger zu bedrücken. Wenn also Zü ichten anempfohlen werden; so far geschlossenen verstanden merd

§. 132. Der Nutzen einer Beschäftigung kann nur erst dann berechnet werden, wenn alle in Ansehen der Beschäftigung gemachten Auslagen abgezogen sind. Die Abgaben machen einen Theil dieser Auslagen und vermindern, je nachdem sie auf eine Klasse von Beschäftigung stärker fallen, die Beweggründe zu dieser Klasse zu treten, oder dabei zu bleiben.

§. 133. Sind die angeführten Hindernisse der Konkurrenz bei Seite geschafft; so wird der Wettstreit der Arbeitsamkeit ungehemmt, und seine glückliche Folge die Vollkommenheit der Manufakturen sein, welche, wie bereits erinnert worden, in der Wohlfeilheit, Güte, Schönheit und Mannigfaltigkeit des Erzeugnisses besteht.

§. 134. Wohlfeil nach dem Verstande dieses Wortes in gegenwärtiger Lage hat einen Begriff, dessen Bedeutung doppelt beziehend ist, auf die Eigenschaften der Waare gegen eine ähnliche Waare, und auf die Mitwerber. Eigentlich also ist der Verstand des Sales: eine Manufaktur liefert wohlfeilere Waare, folgender: Sie liefert Waare von gleicher Gattung um kleineren Preis; oder sie liefert um gleichen Preis Waare von besserer Gattung.

§. 135. Der Werth in Beziehung auf den Käufer wird durch das Bedürfnis bestimmt; in Beziehung auf den Fabrikanten durch die Voraussage an Kosten und Bemühung. Der Preis aber ist die Menge Geldes, welche nach der Ver-

. 136. Der Preis also, um welcher
der Verkäufer seine Waare hingeben
muss, ist die Summe aller einzelnen
Auslagen, welche bis zu ihrem Verkauf
er mit Zuschlagung des
Zinses, was die einzelnen Auslagen
betrifft, auch den Waarenpreis; und im
Zusammenhang wird durch die Ver-
einzelnen Bestandtheile des Prei-
ses Theile des Preises sind: Gehälter,
andern gemeinschaftlichen Ko-
sten, der Ankauf des Stoffes, der
Fracht, die Asscuranzprimi-
en, Ausgangsrechte, die Zinse
für die Capitalien gewidmeten Händ-
ler einer Waare die entweder ganz, oder
der Stoff von Fremden gekauft
wurde, endlich der Gewinn

§. 138. Die gemeinschaftlichen Nothwendigkeiten einer Fabrikation, die Wohnung, das Holz u. d. g. werden wohlfeiler oder theurer überhaupt, je nachdem die Fabriken ein Lokal gewählt haben. Die Lokalstellung der Fabriken in großen, besonders aber in Hauptstädten ist daher offenbar unschicklich. Eben diese Betrachtung muß in Anschauung des Holzes und anderer Zugehör gemacht werden.

§. 139. Gleichwohl kann es nicht für eine allgemeine Regel angenommen werden: daß die Fabriken auf dem Lande oder wenigstens in Provinzen angelegt werden müssen. Hätte man also am Holze und Gebäude auf dem Lande einigen Vortheil, aber die Fabrikation müßte mit großen Frachtkosten nach einer Stadt gebracht werden, oder die Arbeiter könnten nicht anders, als mit angebottenem großem Handlohne nach einem Orte gelockt werden, so würde natürlich die Stadt mit Vorzuge zu wählen seyn. Und in soferne kann die gewöhnliche Meinung für richtig angenommen werden, daß die Brauchfabriken in die großen Städte gehören, weil nämlich daselbst ihr ordentlicher Absatz ist.

§. 140. Der Preis des Stoffes, wie überhaupt jeder Feilschaft hängt von dem Ueberflusse oder ihrer Seltenheit ab. Der Stoff ist entweder Nationalerzielung oder fremdes Erzeugniß. Der Ueberfluß des Nationalstoffes ist eine Folge der ermunterten, geleiteten, verbesserten Landwirtschaft. Es ist bereits gesagt worden, wenn der Staat die Erzielung des Stoffes vergrößern will; so hat

sind hauptsächlich Zwischenmänn-
menfluß fremder Käufer.

141. Wenn die Verführung des Stoffs in die andere Beschränkung abgegeben unterliegt; so wird weniger verführt, mithin in folglich nicht mehr in solcher Menge erzeugt immer nur der Hoffnung der ist. Dadurch kommen beide die La-
st und Aufmerksamkeit notwendig
soll sich also in Acht nehmen, den Be-
stellung eines vorsichtigen Fabrikanten
Mäntel zu vernichten. Nicht einm-
einer in der Provinz errichteten
nützlich die Verführung des Stoffes
zu beschränken.

142. Der Ankauf des Stoffs, so

rung des Stoffs durch den Ankauf der Fremden zu hindern, ist man darauf verfallen, alle Ausfuhr des Stoffs zu untersagen. Um dem Nationalfabrikanten den Ueberfluß des Stoffs und dadurch einen anständigen Preis desselben zu erhalten ist nothwendig, dem Erzieler Aussicht zu Absatz an Fremde zu weisen.

§. 143. Zu dem Verbote der Materialausfuhr ward man nicht aus der Ursache allein bestimmt um dem Nationalfabrikanten den Stoff wohlfeil zu erhalten. Man folgerte weiter hinaus und verbieth sich, die fremde Fabrication selbst dadurch zu stören, nach Umständen auch fremde Fabrikanten, denen es aus Mangel des Stoffs an Beschäftigung fehlen würde, in das Land zu ziehen. Diese Wirkung läßt sich nur in dem Falle erwarten, wenn die fremde Fabrication ganz von einer andern Nation abhängt. Man kann einen Stoff ausschließend besitzen, ohne daß darum andere Nationen von uns abhängen, welches man nur dann erst wahrhaft sagen darf, wenn eine Nation einen Stoff selbst nicht besitzt, ihn nicht erzielen, nirgend anders erhalten, ihn nicht durch einen ähnlichen ersetzen und auf allen Fall die daraus fabricirte Waare nicht entbehren kann. Man überzeugt sich leicht, daß alle diese Umstände zusammen nur selten eintreffen werden.

§. 144. Das wirksamste Mittel die Ausfuhr eines Stoffs zu hindern wird beständig seyn, daß man die Nationalfabrication zu vermehren suche. Allenfalls kann es auch zuträglich werden dem Nationalfabrikanten vor dem Fremden ein Vorkaufsrecht zu gestatten, wobei jedoch sorgfältig darauf zu sehen seyn

dieser Verkauf nicht in eine Abdrück-
garze.

Bei der unverbottenen Stoffausfuhr dürfen
die Nationalfabriken nicht ganz aus dem Ge-
hen werden. Es wäre möglich, daß man da-
ausführte, wodurch der Nationalfabrikant
an sehr erhöht oder gar Mangel leiden
Die auswärtigen Mitwerber können um
stand herbeizuführen und der Nationalfabri-
schaden, leicht über ihre Nothdurft einkaufen
sonst würde es unvorsichtig gehandelt seyn
tigen Fabrikanten, besonders solchen, die
ationalwaare wetteifern, den Preis des
cht einigermaßen zu erhöhen. Die Gegen-
nach Verschiedenheit dieser Umstände ver-
Das gemeinüblichste ist, die Ausfuhr nur ge-
e zu erlauben, welches aber außer der Zeit,
worein der Stoffhandel verwickelt wird, die-

haster, die dadurch geschwächt werden; so ist es natürlich, daß man sich den Vortheil der Nationalkultur nicht entgehen läßt, und von fremder Abhängigkeit auf das eheste zu befreien sucht. Man hat dafür gehalten: wenn man die Einfuhr des fremden Stoffs verböte; so würde der Nationalkultur die Erzielung desselben nothwendig gemacht, ein solches Verbot kann unmittelbar auf den Zustand der Landwirthschaft keinen Einfluß haben, das Uebel trifft nur den Fabrikanten, der demselben abzuhelfen nicht im Stand ist, weil die landwirthschaftliche Erzielung sein Geschäft nicht war.

§. 147. Waren aber Hindernisse vorhanden, welche sich der Nationalerzielung widersetzen, so würde es noch nicht vorsichtig gehandelt seyn, einer Fabrication zu entsagen, weil durch den Stoffankauf Geld ausfließt. Nur muß darauf gesehen werden, daß man die Abhängigkeit von einer Nation auf das möglichste vermeidet. Noch muß man auch auf andere Vortheile und Bequemlichkeiten bei dem Stoffankauf Rücksicht nehmen.

§. 148. Der Handlohn ist das Unterhaltungsmittel der Arbeiter. Es muß daher zureichen alle Auslagen zu bestreiten, welche der Arbeiter zu seinem Unterhalte bedarf. Zu diesen Bedürfnissen muß immer ein kleiner Ueberschuß geschlagen werden, weil eine Beschäftigung, die nur kümmerlich den Nothwendigkeiten zureicht, nicht sehr anlockend ist. Der Handlohn wird also niedrig seyn, wenn die einzelnen Theile, deren Preise er in sich enthalten muß, niedrig sind. Jedoch dieser Vortheil kann noch durch

Vorteil verschaffen.

. 149. Die Bedürfnisse, so der
Handlohne zu bestreiten hat, sind
Häuser, die Lebensmittel in
Verstande, und abermal die Ab-
sichten Betrachtungen, welche bei dem
Nacht worden, kommen hier wieder vor.
beit der Miete und Lebensm
der Lokalstellung der Fabriken

§. 150. Auch in Ansehung der Land
man auf dasjenige zurückzusehen, was
e gesagt worden. Neben den öffentli
sind die Arbeiter meistens mit Zu
st, welche nicht weniger, als die
Erhöhung des Handlohns beitragen.
lagen sollen nicht unnütze verviel
das sparsamste bestritten werden. Der

§. 151. Der Verdienst der Arbeiter durch das ganze Jahr zusammengenommen, muß so viel betragen, daß sie sich das ganze Jahr davon ernähren können. Die Feiertage müssen also durch die Arbeitstage übertragen werden; folglich je mehr der ersten sind, desto höher steigt verhältnißweise der Arbeitslohn.

§. 152. Dieses ist nicht der einzige Nachtheil, den der Staat von den so sehr vermehrten Feiertagen empfindet, der anderweitige Verlust, den er dadurch leidet, läßt sich einigermaßen auch berechnen. Durch Befehle ist in Sachen, die mit der Religion im Zusammenhange zu stehen scheinen, wenig zu erhalten. Der Anfang muß immer mit dem Unterrichte der Geistlichkeit und ihrem eignen Beispiele gemacht, und dem Volk vorläufig die Meinung von der Unveränderlichkeit der Feiertage benommen werden. Ein zusagender Erfolg wird nur erst dann zu erwarten seyn, wenn die Verbindlichkeit des Gottesdienstes durch Uebertragung der Feiertage auf die Sonntage aufgehoben wird.

§. 153. Alle Vortheile, welche sonst den Handlohn klein erhalten können, werden durch den Mangel an Arbeitern vernichtet. Also wird der Zusammenfluß der Arbeiter nothwendig seyn, damit stets die zureichende Menge von ihnen vorhanden seye. Diesem Zusammenflusse setzen sich vorzüglich solche Zunftsa-
hungen entgegen, welche die Zahl der Lehrlingen beschränken, welche Findlinge, uneheliche Kinder, Kinder der Scharfrichter, Abdecker, Schergen eines Handwerks unfähig erklären; welche durch große Aufding- und Lehrgelder den Zutritt zu einem Handwerk erschweren; welche den

Die Aufnahme fremder Gesellen verbietet, noch andere hundert Mißbräuche mehr, durch Erhebung allen Klassen der Beschäftigung die armen Hände müssen versichert werden. Um die Fabrikarbeiter noch mehr zu begünstigen, lassen sich in manchen Staaten eine Befreiung vom Soldatenstande eingeräumt.

Außer den Veränderungen des Handlohns können Theilen kann wenigstens bei Manufaktur bis sie vollkommen sind, vielmal durch die Erfindungen müssen, im Ganzen durch Verringerung der Arbeit unter mehrere Arbeiter Vorzug gewonnen werden. *)

Die Erfindsamkeit der Manufaktur ist auch darin ein Mittel den Preis der Handarbeit zu vermindern, daß sie durch den Gebrauch der Maschinen etwas an Arbeitern erspart. Eine Ma-

Staate bei Manufakturen ein bloß untergeordneter Zweck, der dem Hauptzwecke, die Beschäftigungen zu vervielfältigen, nicht entgegen stehen darf.

§. 156. In Beziehung auf die Manufakturen ist von der Fracht insbesondere anzumerken, daß abermal die Lokalstellung derselben auch zur Erleichterung der Fracht vieles beitragen kann, wofür auf folgende Umstände zurückgesehen wird: 1. daß der Stoff besonders von großem Umfange und beträchtlicher Schwere in der Nähe seye. 2. Daß die Maschinen und Kunstwerke nicht zu entfernen seyen. Endlich 3. ist auf den vorzüglichsten Ort des Absatzes Bedacht zu nehmen, und sich demselben, in soweit es mit den vorhergehenden Vorteilen nicht streitet, so sehr als möglich zu nähren. Diese Betrachtung wird den Fabriken, welche Ausfuhr gut erzeugen, ihren Platz immer in die Grenzprovinzen, und denjenigen, die zur See ausführen, unferne der Seehäven anweisen.

§. 157. Der Preis der Affecurancen und die Geldzinsen, die sich in jedem Theile des Preises wiederholen, hängen mit dem Manufakturwesen auf keine andere Art zusammen, als mit der Handlung überhaupt. Die Ein- und Ausgangsrechte wirken hauptsächlich auf die Manufakturen, und machen bei dem fast aller Orten angenommenen Finanz-Grundsatz: Die Mäuthe als einen einträglichen Zweig der öffentlichen Einkünfte zu betrachten, noch einen sehr beträchtlichen Theil des Preises aus.

arbeiter Beschäftigung entzogen, in
Bevölkerung des Staates vermind
raussetzung, daß die Einkünfte dar
ten gewinnen werden, ist ungegründ

Die B ö l l e, oder wie sie in einigen Län
den, die M a u t b e n wurden in alten
nach verschiedenen Ansichten beurtheilt
steller, die bloß am Studierrulte die
wollen u n e i n g e s c h r ä n k t e B o l l f r.
Schriftsteller wollen wenigst die B ö l l e a
teutschen Bundesstaaten zurückgedrückt
erlaubt es nicht die Gründe und Ge
freiheit des Handels und gegen dieselbe
nur soviel muß ich hier behaupten, daß
die Gründe für die Handelsfreiheit in
gestellt werden, diese aus verschiedenen
den in der Anwendung nur sehr wer
können. Die Regierungen werden schon
wenn sie die g e g r ü n d e t e n Klagen i

§. 159. Eine umständlichere Betrachtung der Gegenstände, welche den Mäuthen unterliegen, wird endlich auch den Beweis an die Hand geben, daß die Geldbehebung und die eigentlichen Mautabsichten sich wechselseitig zerstören würden. Alle Waaren in Beziehung auf die Mäuthe betrachtet, sind entweder eingehend, ausgehend oder durchgehend.

§. 160. Die eingehenden Waaren sind entweder unentbehrlich oder entbehrlich. Unentbehrlich nennt man diejenigen, deren man bedürftig ist, entweder um sie selbst zu verbrauchen, da man sie nicht hat, noch ihrer entbehren kann, oder um den Beschäftigungen zum Grunde zu dienen, wie aller ausländische Stoff zu Manufacturen, oder endlich um sie wieder auszuführen, und durch die Wiederausfuhr den auswärtigen Handel zu vergrößern. Entbehrlich sind Waaren, weil man entweder selbst dergleichen oder ähnliche besitzt, die sie vertreten können, oder weil man sie gar entbehren kann. Sind die eingehenden Waaren von einer solchen Unentbehrlichkeit, daß man sie durchaus haben muß: z. B. gemeines Tuch für die Volksklasse, so erschweret das darauf gelegte Eingangsrecht der arbeitenden Klasse ihren Unterhalt, welches auf die Erzeugnisse des Fleißes, und dann auf den Absatz eine ebenso nachtheilige Wirkung haben muß, als die unmittelbare Vertheuerung der Lebensmittel.

§. 161. Entbehrliche Waaren sind nach den Graden ihrer Entbehrlichkeit und dem Zusammenflusse der Umstände bald größeren, bald kleineren Eingangsberechtigungen unterworfen: aber nie wird jemanden

behaupten: daß die Absicht dieser Eingangs-Vergrößerung der Einnahme sey. Man will die Einfuhr dieser entbehrlichen Waaren erschweren, vermindern oder gar aufheben, nachdem man den Nationalfabrikanten von dem beschwerlichen Zusammenflusse fremden Waaren befreien, die Nationalität ermuntern, wenigstens dem schädlichen Geldausflusse entgegen zu wirken will.

2. Von ausgehenden Waaren sind diejenigen, die dem Lande selbst nothwendig sind, oder es ist ausgehende Nationalfabrikation. Die auf Waaren der ersten Gattung ausgehenden Rechte sind an sich selbst nichts als Verbote, durch welche man den Ausgang zu verhindern will; wobei man also nur dann seine Rechte geltend macht, wenn nichts einfällt. Ob die Na-

den Durchzug der Waaren stärkere Durchzugsrechte geschlagen: Wenn die durchgehenden Waaren weder mittelbar noch unmittelbar auf die Beschränkung des Nationalabsatzes wirken, so sind die Durchzugsgelder ein wahres Straßengefäll.

§. 164. Unter allen Umständen also sind die abfallenden Mautheinkünfte höchstens als zufällig anzusehen; wo, selbst der auch sonst unnächte Grundsatz der Finanzverwaltung: die öffentlichen Einkünfte müssen beständig vergrößert werden, keine Anwendung leidet. Die Behebung der Einkünfte ist in der Reihe der Anstalten zum allgemeinen Wohl untergeordnet, weil sie bloß ein Mittel zu derselben ist. Alle Finanzoperationen, welche diese Ordnung umstoßen, und die Einnahme zum Zweck machen, sind schädlich. Nach dieser vorausgesandeten Untersuchung sind folglich die Ein- und Ausgangsrechte nur nach Handlungsgrundsätzen zu bestimmen.

§. 165. Die Ausgangsrechte hingegen sind ganz in der Gewalt des Gesetzgebers, und man sieht ohne Beweis ein, daß ihre gänzliche Aufhebung dem Waarenpreise nicht anders als günstig seyn kann. Es ist so oft nothwendig den Nationalfabrikanten gegen fremde Mitwerber durch Ausfuhrprämien zu unterstützen, um wieviel mehr ist es erforderlich den auswärtigen Absatz nicht eines kleinen Gewinns wegen zu beschränken. Ein leichter Ueberschlag kann daher überführen, daß, wenn auf einer Seite die Finanzen in etwas gewinnen, wenigstens auf der andern der Nationalhandel keine größeren Summen einbringt, weil

Gewinn des Manufakturanten und man bei den Preisüberschlägen die wichtigsten Theil betrachtet, der Triebfeder der Aemsigkeit ist. Und in allen Nationen wird also immer die haben, deren Manufakturanten unan dem kleinsten Gewinnen.

§. 167. Die allgemeine Frage hat hier einen mächtigen Einfluß, die Aemsigkeit ausartet, die den Staat verringern würde, als ihn die Bildung erweitern könnte. Ein Staat kann nur einen ökonomischen Staat werden, die Häuslichkeit in der Lebensart, ohne daß ihm andere Staaten, eigene Erzielung gegründet ist, Ausnahmen hätten.

lungskapitals, die andern die Rente seines Fleißes sind.

§. 169. Die Güte einer Waare ist ihre innere Vollkommenheit. Sie hängt ab von der besseren Eigenschaft des Stoffes und anderer Zugehör, von der Geschicklichkeit der Arbeiter, von der Leitung derselben; bei Waaren, die eine vielfache Bearbeitung fordern, von Vertheilung der einzelnen Arbeiten unter mehrere Arbeiter und von Maschinen, welche der Geschicklichkeit der Arbeiter zu Hülfe kommen.

§. 170. Die Kosten, die der Staat verwendet, den Stoff zu jeder Art der Fabrikation zu vervollkommen, werden durch die Vortheile der Handlung reichlich belohnt. Diese Vervollkommnung der Erzeugnisse in allen drei Reichen, die der Kunstarbeit den Stoff liefern, ist eine Folge der Ermunterungen, welche der Geschicklichkeit gegeben, die glückliche Folge der Belohnungen, welche die Erfindungen zu erwarten haben werden. Wo der Stoff nicht Landserzeugniß ist, hängt seine Güte von dem Orte des Einkaufs, und der Kenntniß der Einkaufenden ab, welchen beiden durch gute Reglements gewissermaßen eine Richtung gegeben werden kann.

§. 171. Weder der ungehemmte Zusammenfluß der Arbeiter, noch ungeschlossene Zünfte sind zureichende Mittel den Arbeitern die notwendige Geschicklichkeit zu verschaffen, wofern diese nicht nach Verschiedenheit des Gewerbes auf Wege geleitet werden, auf denen sie die Geschicklichkeit erwerben können.

. 172. Alle Einwendungen der Schreibrabre treffen nicht diese, sondern die Fessel, wie sie genennet wird, die nothwendige Vorsehung um das Gleichgewicht der Landwirtschaft und dergleichen herzustellen. Aber wenn man nöthig hält, so soll nicht eine zu geringe, eine zu reichende Zeit festgesetzt werden. Der Unterschied des Gewerbs je länger kann, doch immer so lang seyn, bis sich die nothwendigen Kenntnisse gewisse mechanische Künste aneignen möge, bei denen alle vorzügliche theoretische Unterricht unzureichend durch Wiederholung, und üben können erworben werden. Nöthigeren Jungen freigelassen werden, die Lehrer zu wenden, und ihre Freistunden einen zu bestimmenden Ersatz für

dessen Unschicklichkeit sie zu Schaden bringen würde, gleichsam eine Bürgschaft der Fähigkeit zu fordern; und diese sind die **Lehrbriefe**, welche daher nur nach vorausgesandeter **Prüfung** sollen ertheilt werden. Diese **Prüfung**, mithin auch die Ertheilung des **Lehrbriefs** muß nicht einzelnen Meistern, sondern der ganzen Zunft, nach Umständen auch der **Waarenbeschau** übertragen seyn, wo der Freizusprechende, ohne Unterschied, ob er eines Meisters Sohn ist, oder nicht, über alle nothwendigen Theile seines Gewerbes befragt, und ein **Gesellenstück** zum Beweise seiner Handgeschicklichkeit liefern soll.

§. 174. Bei manchen Zünften ist es Herkommen, daß die **Freigesprochenen** einige Jahre **wandern** müssen, bevor sie an dem Orte ihrer Lehre arbeiten dürfen: allein nur die bessern Talente sollten mit Vorwissen des Staats und nach gegebener Bürgschaft ihrer Wiederkunft mit einiger Hülfe außer Landes geschickt, ihnen nach dem Unterschiede ihrer Beschäftigung der Ort, **wohin** sie bestimmt sind, und sie da an die **Gesandtschaften** zur Unterstützung angewiesen werden. Auf diese Art würden die Wanderungen dazu nützen, den **Nationalwaaren** die beneidete Vollkommenheit der ausländischen zu verschaffen.

§. 175. Die **Geschicklichkeit** der **Meister** setzt mehrere Kenntnisse voraus, da sie die **Gesellen** in der Arbeit zu leiten, die Fehler auszufehen und zu verbessern fähig seyn müssen. Es sind auch größere Beweise derselben abzufordern, die **Meisterstücke** sollen nicht in veralteten und unnützen Sachen, sondern in **Waaren** bestehen, welche **gangbar** sind. Ihre Unter-

§. 176. Sowohl die Meister als
ordnen müssen die erworbene
wenden geleitet, und gewissermaße
digkeit gesetzt werden, davon G
, Diesen Zweck haben die Regle
n Vorschriften über die Beschaffenhe
ihren innern und äußern Eige
sie haben soll, um als gangbares
n. Je umständlicher solche Re
fertigung einer Waare eingehen, dest
sie es den Fabrikanten unächte
leben.

§. 177. Die Aufsicht, welche i
der Reglements zu wachen hat,
fakturaufsehern und der Be
hen. Die Manufakturaufse
wendige Kenntniß in der Fabrikati
Aufsicht ihnen anvertrauet ist. Die

und genauere Beschauanstalten sind: die Erleichterung des Großhandels durch die Sicherheit von der Eigenschaft der Waare, und der gute Ruf, den sich eine Nation in Ansehen ihrer Waaren erwirbt: wodurch der Käufer angelockt und beständig gemacht wird. Der Großhandel ist ohne solche Beschauzeichen beinahe unmöglich gemacht. Welcher Handelsmann könnte z. B. jedes Stück Leinwand oder Tuch aufschlagen um erst über die Länge und Breite eine Gewißheit zu haben? und wie sehr würde der Kommissions- und Expeditiionshandel dadurch erschweret? Wenn hingegen die Plombe eingeführt ist, so wird nur nach derselben gesehen, und in einem Augenblicke kann die größte Waarensendung übernommen werden.

§. 179. Die Einwürfe, welche sowohl wider das Meisterrrecht, als besonders wider die Manufaktur-Reglements, die Inspektionen und Beschauanstalten angeführt werden, sind folgende: „Es komme bei dem innern Handel auf diese Anstalten überhaupt sehr wenig an, weil man hier des Absatzes immer versichert wäre, sobald fremde Mitwerber durch Mäuthe ausgeschlossen würden. In Ansehung des äußern Handels wäre es desto vortheilhafter, wenn man eine unvollkommene Waare höher besetzt, denn der Gewinn sey desto stärker: und würde der ausländische Käufer ja von einem Fabrikanten hinterführt; so würde er sich das zweitemal an einen andern wenden. Aber eben diese Furcht seine Abnehmer zu verlieren, werde ohne Reglement die Vollkommenheit der Waare zuwegebringen, und die Plagereien der Inspektionen wären auf einmal vermieden. Endlich wäre eine unüberschreitbare

180. Auf diese Einwendungen ist schwer. Selbst der inländische Markt, die Vollkommenheit einer Waare, auch durch die Unvollkommenheiten, und wenigstens beinahe beherrschende herabgesetzt. Wenn Verbesserungen die ausländischen, so kommt desto mehr durch den Verkehr herein, dem immer noch vergebenen entgegen gesetzt wurde. Dann also: ob bei solchen Aussichten man sich ausländischen Absatz einige Rechnung werben; wenn der National-Konsum Verbote der fremden Waaren zum nationalerzeugnisses kann gezwungen werden weniger wird man den Fremden danken? es ist schon ehe bemerkt worden, daß ohne die Beschaupreise unendlich Expeditionshandel unmöglich gemacht.

ertheilt werden kann. Die Erfindung und Anwendung muß der Künstler von der Mechanik lernen.

§. 182. Wenn bei Manufakturen, bei denen zur Vollendung der Waaren verschiedene Stücke, oder auch verschiedene Zubereitungen gefordert werden, diese unter die Arbeiter so vertheilt sind, daß jeder sich nur mit einer derselben beschäftigt, und stets bei dieser allein verbleibt, so muß er es darin zur größten Vollkommenheit bringen.

§. 183. Die größere Güte ist bei Waaren, welche in Ansehen der äußern Gestalt keines unterscheidenden Geschmacks und hauptsächlich keiner Zeichnung bedürfen, auch schon Schönheit. Aber diese letztere Eigenschaft unterscheidet sich da, wo der Vorzug der Waare auf Geschmack und eine gewisse Nettigkeit der letztern Hand ankommt. Zwar hängt die Schönheit der Waare nicht weniger von der Wahl des Stoffes und Zugehör und von dem Vorzuge der Arbeiter ab; der Geschmack ist nicht der Antheil der untergeordneten Arbeiter, sondern derjenigen, welche dieselben leiten. Sie erwerben ihn durch bessere Vorbereitung und bilden ihn durch mitgetheiltes Urtheil aus. Es sind Zeichenschulen anzulegen, wo man unentgeltlich Unterricht empfängt, und der gemeinste Handwerker eine Zeichnung seiner Arbeit zu machen angeleitet wird.

§. 184. Die Güte sowohl, als Schönheit der Waare wird wenigstens um so viel eher erreicht, wenn der Wettseifer der Fabrikanten besonders bei angehenden Manufakturen durch Preise auf das erste, auf das

c, wie das Jus Albinagii n. d. g. soll
werden. i . . .

§. 185. Die Mannigfaltigkeit
Erzeugnisse muß von zween Gesichts-
punkten werden: mannigfaltig in Ab-
schmack des Käufers und manni-
faltig auf sein Vermögen. Dadurch
ist Vollkommenheit der Waare von i-
hrem Werthe der Manufaktur selbst. Zu der
Schönheit und Güte erfordert, ist
es noch, daß sie bei einem anständigen
Preise von verschiedenen Vermögen, sowie
von verschiedenen Geschmäckern befriedigen ka-

§. 186. Die Forderungen des
Verbraucher an den äußern Umständen z. B. von
der politischen Lage, von der Gewohn-
heit, von der herrschenden Gewohnheit, endlich auch

§. 187. Die Mittel, Aufwand zu machen sind eine nothwendige Beschränkung der Käufer. Hier gilt die Vorstellung nicht, daß eine gute Waare, wenn sie gleich höher im Preise steht, dennoch nicht zu theuer ist. Die geringeren Waaren sind also einer unterscheidenden Aufmerksamkeit würdig, schon darum, um dem größeren Theile zu verkaufen.

§. 188. Um Manufacturen von einem weiten Umfange, besonders bei einer großen Mannigfaltigkeit ihrer Waarengattungen zu errichten, werden große Unternehmungsfonds gefordert. Es ist also nothwendig der unternehmenden Aemsigkeit Hülfsmittel zuzubereiten, welche entweder in Vorschuß in baarem Gelde, in Materialverlag, vorzüglich in der versicherten Abnahme der gefertigten Waare bestehen.

§. 189. Mit baarem Gelde kann die Unterstützung entweder durch angelegte Leihbänke oder durch einen Vorschuß des Staates geschehen. Leihbänke sind für große Fabriken keine besondere Unterstützung wegen der Sicherheit, die solche Bänke fordern müssen. Der Vorschuß des Staates unterstützt natürlich die Aemsigkeit nachdrücklicher, besonders, wenn man den kleinen Vortheil von Interessen dem Zuwachse der Beschäftigung aufopfert und bei Ertheilung des Vorschusses wider unverschämte Landläufer die größte Behutsamkeit gebraucht.

§. 190. Der Materialienverlag läuft auf dasselbe mit dem Geldvorschusse hinaus; nur daß man dabei etwas sicherer fährt, wenn man den dürftigen Fa-

keinem Arbeiter nöthig, denen, wer
fertiget haben, nicht absetzen, es
etwas neues zu unternehmen. Die
man dem Fabrikanten diese Abnahm
gedacht, sind verschiedene: Die A
fremder Waaren, entweder
der ähnlichen ausländischen, ode
auf eine ähnliche fremde Wa
ingangsbrechte; die den Kaufle
ene Abnahme oder Nebenweg
leute zu einer solchen Abnahme ein
das dem Fabrikanten eingeräu
aufsbrecht: oder endlich die Abn
er Staat selbst verheißt. Der
i Mitteln ungleich.

§. 192. Das Verbot der ähnl
dischen Waare betrifft entweder b
r derselben, oder der Gebrauch f

politischen Aufgaben betrachtet. Viele angesehene und beinahe der größte Theil der politischen Schriftsteller erklären sich gegen die Verbote. Aber die Ausübung in den meisten Staaten ist für dieselben. Gegen das Verbot werden folgende Gründe angeführt:

§. 193. Die ausländische Waare, deren ähnliche einzuführen verboten ist, kommt entweder der fremden in den Eigenschaften gleich, oder ist in der Gattung unter derselben. Wenn die Nationalwaare so beschaffen ist, um der fremden an die Seite gesetzt zu werden; so ist das Verbot überflüssig, weil sie die fremde Waare von selbst durch die Wohlfeilheit ausschließen wird. Der Ausländer hat gegen die Inländer, Fracht, Kommissionskosten und andere Ausgaben zu tragen; ist hingegen die Nationalwaare in ihrer Gattung unter der fremden, so versichert die Ausschließung der letztern ihr zwar den Absatz, doch nur nach dem Verhältnisse, als die Waare unentbehrlich ist: Aber da durch die Ausschließung der fremden Waare dem inländischen Fabrikanten der Sporn der Nacheiferung benommen ist; so bleibt die Waare immer unvollkommen, ihr innerer Anwerth bleibt auf das kleinste herabgesetzt: Die Hoffnung eines ausländischen ist auf immer aufgegeben. Dem ist noch beizusetzen, daß die Verbote zur Nationalrache reizen.

§. 194. Diese Gründe beweisen in der That, daß Verbote und Ausschließung fremder Waaren schädlich sind. Aber sie beweisen nicht die Schädlichkeit der Verbote im allgemeinen, weil es immer möglich ist, daß ein Staat diese Folgen nicht zu befürchten hat.

e Vortheil des vermehrten inneren
pfern ist. Uebrigens soll kein Staat
schreiten, bevor die Nationalmanufaktur
ewissen Grade der Vollkommenheit
Berlage des Nationalverbrauchs vorbei

. 195. b) **H o h e E i n g a n g s r e c h t**
e r f l e i d e t e V e r b o t e . In Ansehen
n sie nach dem gegenseitigen Verhältnis
und Nachteile, die nämlichen Gegen
nach sich ziehen; in Ansehen des i
aber den Zweck weniger, als Verbot
der Gebrauch der fremden Waare ni
t, nur erschwert ist, so wird es zu
n Unterscheidung dergleichen zu besitzen
Absatz durch das Hinderniß selbst allge

§. 195. c) **D i e N a t i o n a l h a n**

der Waare, weil gute Waare für sich selbst Abnehmer finden würde.

§. 196. Also hat man die Handelsleute durch mittelbare Wege zur Abnahme einzuleiten gesucht. Man hat ihnen für so viele Stücke ausländischer Waare die Einfuhr verheißen, als sie von innländischer Waare Bestellungen gemacht zu haben darthun würden. Allein weder dieses Mittel, noch die Plombirung der auf Pässe eingeführten Waaren verschaffte die erwünschte Wirkung. Man hat ferner beobachtet, daß die Bestellungen an die innländischen Fabrikanten ungewöhnlich stark gemacht wurden, um diese in die Unmöglichkeit zu setzen, diese Bestellungen zu befreiten, dadurch erhielten sie einen Vorwand über die Hemmung der Handlung zu klagen und auf die Abstellung dieses Zwangsmittels zu dringen.

§. 197. Ein anderes und vielleicht das sicherste Mittel die Kleinverfüfer zur Abnahme zu vermögen ist, die den Fabrikanten selbst ertheilte Erlaubniß ihre Erzeugnisse auszuschneiden, oder im Kleinen zu verkaufen. Im allgemeinen hält man es zwar nicht für zuträglich, daß Fabrikanten selbst sich mit dem einzelnen Verlaufe bemengen.

§. 198. Man wendet zwar ein, daß der Kleinverkauf und die Fabrikation nicht nebeneinander bestehen können. Die großen Kaufleute fürchtet man, werden den Fabrikanten keine Waare abnehmen, wenn dieser selbst im Kleinen verkauft, der Fabrikant würde aufhören zu fabriciren, sobald man ihm die Erlaubniß zu handeln

es betrifft, was soll diese hindern,
der im einzelnen selbst absetzt, sei
hmen, da es ihr Geschäft nicht ist,
laufen, folglich es ihrem Vortheile n
but? Ist dem Fabrikanten nur seine
einen zu verkaufen erlaubt; so muß
ortsetzen, um etwas zu verkaufen,
nicht hinweg, daß die Fabrikati
werde. Endlich wenn es Gewinn b
ung mit Assortiment zu führen,
ets Leute finden, die sie treiben. Ab
er bei dem Kleinhändler das Al
, muß diese Gemächlichkeit durch den
Baarenpreis theuer einlösen.

200. Der Käufer zahlt also die W
daß dem Fabrikanten dadurch ein Vor
es ist unmöglich den Schaden nich
dem Handelsmanne gegen den Fab

führung ist insbesondere kleinen oder angehörigen Manufakturen höchst nothwendig, und vereinigt viele Vortheile für die Erweiterung der Industrie. Der Staat hat zum Verbräuche vieler Fabrikzeugnisse, Auswege. Wo aber auch diese Wege nicht sind, da ist es keine besondere kostbare Anstalt, eine Art von Zwischenlagern zu errichten, in welchen den Fabrikanten die Waaren, die sie nicht verkaufen können, um einen anständigen Preis abgenommen, und Handelsleuten, ohne etwas daran zu gewinnen, abgegeben werden.

§. 202. Wenn endlich die Waare zu einer gewissen Stufe der Vollkommenheit gelangt ist, dann unterstütze der Staat den Nationalfabrikanten gegen den Fremden durch verhältnißmäßige auf das fremde Fabrikat gesetzte Eingangszölle, dann lege der Regent die letzte Hand an, seinen Manufakturen vor den ausländischen den Vorzug zu verschaffen.

III.

Von der äußeren Handlung.

§. 203. Die äußere Handlung theilt sich in zweien Zweige: in die Einfuhr desjenigen, was einem Lande abgängig, und zu seinen Bedürfnissen zu rechnen ist; und in die Ausfuhr entweder der Nationalerzeugnisse, oder desjenigen, so man von andern Ländern empfängt, und als Mittelsmann Fremden mit Vortheile zuzuführen hofft. Diese letztere Abtheilung wird der Wiederausfuhr- oder der ökonomische Handel genennet. Die Grundsätze des äußern Nationalhandels sind einerlei mit den

ilbaftefte Ausfuhr, mit wo
woher die vortheilbaftefte Einfuhr g
Privatbandelsmannu fpekuli
Staat. Obgleich die Privats
Spekulation des Staates gleichfam d
; fo find die Fälle dennoch nicht
ekulation des Privatband
Vortheile des Staats wirklich entg
aupt. müffen die Privatspekula
tet werden, damit fie der höhern
en Abficht des Staates der Berv
Nahrungswege nicht entgegen

§. 205. Der Grund der Speku
antniß der Länder. Diese R
imengefetzt. Es fordert erftlich
eigenen Produkte, wie fie gegen
weit fie durch die Nationalinduftri
fönnen: das allgemeine Bei

des. Es fordert zweitens die Kenntniß der Produkte anderer Staaten unter eben diesen Umständen verglichen mit den Produkten, und der Lage anderer Staaten und der eignen. Diese Vergleichung zeigt das Lokal, wohin, und mit welchen Waaren hauptsächlich die Ausfuhr geschehen, woher man seine Bedürfnisse unter den leichtesten Bedingungen empfangen könne. Hierzu kommt drittens die Berechnung der Vortheile, welche die Aemsigkeit anderer Nationen bei ihrer Handlung unterstützen; dann eine genaue Kenntniß der politischen Verhältnisse fremder Staaten zu dem eignen. Aus diesen politischen Verhältnissen läßt sich vorhersehen, woher die Nationalhandlung die wenigsten oder stärksten Hindernisse wird zu besorgen haben. Die Vortheile anderer Nationen mit den Vortheilen der Nationalhandlung verglichen, weisen auf die nothwendigen Unterstützungen, welche die äußere Handlung von dem Regenten zu erwarten hat.

§. 206. Diese mannigfaltigen Umstände hängen theils von der physikalischen Beschaffenheit der Länder ab, und sind daher beständig dieselben; oder von politischen, die daher nach den verschiedenen politischen Umständen wandelbar sind, sehr oft augenblicklich wechseln. Die physikalische Kenntniß der Staaten kann man theils aus allgemeinen Beschreibungen einholen, theils aus besondern, welche den allgemeinen, die sehr selten zuverlässig sind, vorgezogen zu werden verdienen. Diese besondern Beschreibungen der Länder werden von Reisenden gesammelt. Man sollte auch Gesandtschaften

ag geben, ihren Höfen Beschreibungen von
ändern einzusenden.

7. Die Veränderung der politischen und
lichen Umstände zu beobachten kann
Großen gleichfalls dem Gesandten aufgetragen
Aber da die Handlung mit so vielen einzel-
en verknüpft ist, die einen eigenen Mann
da an den Orten, wo es hauptsächlich nö-
die Handlungsvorteile wahrzunehmen, z. B.
Meerhäfen und Handelsplätzen
sandte ihren Sitz haben; so werden zu die-
Consulate und Faktoreien errichtet.

8. Das Consulat wird durch eine be-
erson versehen, die von dem Regenten durch
mission den Auftrag erhält, die Rechte
an dem Orte, wo sie angestellet ist, zu un-
wo sich der Fall ereignet, für den Vortheil

§. 209. Weil nicht aller Orten *Consule* angenommen werden, noch sie überall anzustellen üblich ist; so errichtet man *Faktoreien*, welche in einem gewissen Verstande nicht anders zu betrachten sind, als *Handlungs-Kommissionäre*. Es ist ohne Zweifel vortheilhaft, aller Orten, wohin man immer eine Handlung zu veranlassen hofft, *Faktoreien* zu gründen. Weil die Faktore bei ihren Geschäften eigenen Vortheil finden, so sind sie auf alles, was die Handlung betrifft, ungemein aufmerksam.

§. 210. Die eigentliche Absicht der politischen Handlung, die Absicht, die möglich größte Menge von Menschen zu beschäftigen führt auf die Grundsätze, nach welchen bei der Einfuhr der größere Verlust vermieden, bei der Ausfuhr der größere Gewinn erhalten wird.

§. 211. Die Einfuhr kann geschehen, daß die Waare in ihrer Vollkommenheit eingeführt wird: der Stoff mit einiger Zubereitung, oder ohne alle Zubereitung. Jedermann entscheidet leicht, welche Art von Einfuhr die zuträglichste ist. Die vortheilhafteste Einfuhr ist mit Stoff ohne alle Zubereitung. Um die Einfuhr auf diesem Wege einzuleiten, kann man die Eingangsbrechte der fremden Waare so ordnen, daß immer die Waare weniger zu entrichten hat, je in einer einfacheren Gestalt die Einfuhr geschieht; vorausgesetzt, daß die Nationalarbeiter dem Stoffe die Zubereitung in eben der Vollkommenheit zu geben fähig sind, daß die Zubereitung der Waare beträchtlich ist, und daß der geringe

wird ein Tauschhandel ange-
 ateriale wird gegen Fabrikation
 ateriale wird gegen rohes Ma-
 i fakturwaare gegen Manu-
 geführt. Der für den Staat nützlich-
 usch ist rohes Materiale gegen
 Waare: und noch Manufakturwaar-
 ateriale einführen ist vortheilha-
 ares Geld, weil man sich wei-
 eil der landwirthschaftlichen Beschäfti-
 ält. Auch hier kann die Regulir-
 die Einfuhr zum größeren Vorth-
 leiten, woferne denjenigen, welche
 geführtes Materiale ein Nationalf-
 ren, bei dem Ausgange ein verhältni-
 ll gegeben wird.

§. 213. Bei der Ausfuhr verhält
 icht, sowohl in Ansehung des unm-

daher auch die Ausgangsrechte in verkehrter Ordnung zu der Einfuhr zu ordnen, in soferne man nur den Ausgang der vollkommenen Waare vor dem Ausgange der unzubereiteten befördern will. Noth soll auch der Nationalhandelsmann unter solchen Umständen gegen seinen fremden Mitwerber durch besondere Vortheile unterstützt werden.

§. 214. Die Unterstützung besteht in Prämien, welche auf den Ausgang derjenigen Waaren gesetzt werden; bei denen die Nationalfabrikanten es fremden Mitwerbern in dem Preise nicht gleich thun können. Hauptsächlich also sind sie angehend den Fabriken so lange nothwendig, bis diese einen festen Stand gewonnen haben, und sich gegen Fremde selbst zu behaupten fähig sind. Eigentlich ist die Ausfuhrprämie eine Rechnungssache: der Preis, um welchen die Mitwerber absetzen, oder absetzen können, wird mit demjenigen zusammengehalten, um welchen der Nationalhandelsmann verkaufen kann. Die Größe der Prämie ist dann dasjenige, was zur Ausgleichung beider Preise abgängig ist. Man kann sehr leicht als Grundsatz annehmen: daß eine Ausfuhrprämie nie die landesüblichen Zinsen übersteigen soll.

§. 215. Der Wiederausfuhrhandel trägt zwar nicht unmittelbar von Seite der Fabrication zur Vergrößerung der Nationalbeschäftigung bei: aber, wenn er mit eigener Fracht getrieben wird, vermehrt er sie mittelbar, da er die Schifffahrt und das Fuhrwesen in allen Zweigen vergrößert. Schon dieses allein macht den Wiederausfuhrhandel wichtig. Zu dem gewinnt die Nation den Ueberschuß

iglich unter sagt ist.

§. 216. Der Wiederausfuhr
waren, dergleichen man selbst erzeugt,
ivathandelsmannne nützlich seyn; aber
den Staat, der mit solchen Waaren
isfuhrhandel führen könnte. Da
diesen Handel zu hindern, und in
del zu verwandeln, auf den Ein
sfuhr der fremden Waare starke
, die ähnliche Nationalwaare
elegt. Noch und nach schiebt man
are für die fremde unter; u
n man die Waare schon wirklich in
kommenheit, und zu reichenden
nen hindernde Mauthgebühren
werden.

§. 217. Um sich den Vortheil der

ches an den Gränzen entrichtet, darüber ein *Mantb-*
sch ein empfangen, die *Küste* oder der *Waarenpack*
versiegelt wird, um bei dem Austritte aus dem Lande
das Erlegte wieder zurück zu empfangen, wenn die
Waare nach Anzeige des *Mantb sch eins* unangegrif-
fen ist. Eigentlich wird eine solche Entrichtung eine
Bürgschaft des Nichtverkaufs, und kaum kann man
erwarten, dadurch den Zweck zu erreichen.

§. 218. *Stappel* ist ein Wort, dessen Bedeu-
tung mannigfaltig ist. Es bedeutet eine große *Nieder-*
lags stätte (Emporium), wo die Waaren wegen ih-
rer Menge *stufenweis*, oder *staf felweise* auf-
einander gehäuft sind. Dieses scheint die ursprüngliche
und eigentlichste Bedeutung. Es heißt eine Stadt, wo
durchgehende Waaren auf eine Zeit den Landeseinwoh-
nern feil geboten werden müssen. Die Staaten sind
berechtigt den Durchzug fremder Waaren zu verweigern,
oder unter gewissen Bedingnissen zu gestatten: daher,
oder aus Verträgen ist das *Stappelrecht* abzulei-
ten *). Endlich heißt es *Zwischen niede r l a g s-*
st a d t (Ville d'Entrepôt), wo die Waaren, deren Ab-
zug im Lande untersagt ist, in zwischen abgelegt,
und von da weiter außer Landes geführt werden. Die
freien Häven kann man einigermaßen gleichfalls als
Zwischen niede r l a g s st ä d t e ansehen. In fol-

*) Das Stappelrecht war in ältern und neuern Zeiten sehr
verhaßt: in unsern Tagen, wo man in allen Orten von
der Freiheit des Handels spricht, sollte man auch hier
die Einschränkung des Handels durch Aufhebung des
Stappelrechtes in allen Welttheilen zu vermindern sich
bestreben.

besondern Waare. Gemeiniglich sit
ewissen Freiheiten, besonders mit d
eitung begabt, und veranlassen d
i Zusammenfluß der Handelsleute
Vorthrile, die man von M e s s e n und
tet, sind kurz folgende: daß dadur
a t h a n d e l veranlaßt wird, daß die
verzehren, daß der Wechsel für den
t o r t vortheilhaft seyn müsse, we
sehr gesucht werden. Diese Vortheil
i Nachtheilen überwogen: eine M e s s
nalhandel gewissermaassen zu einem P
nur von der S p e k u l a t i o n d e
n g i g, sowohl bei der E i n f u h r, a
t man insgemein den Vortheil der S

220. Aber die angeführten V o r

bhandlung von den berühmten zwei Reic

Messe und Märkte selbst sind nur scheinbar. Daß nur die fremden Handelsleute, so die Messe besuchen, die Nationalprodukte kennen lernen, wird es nützlicher seyn, durch ein wohleingerichtetes Intelligenzgeschäft seine Waare allgemein bekannt zu machen. Die Waarenabnahme muß natürlich, noch weit mehr gewinnen, wann die Gattungen, die Preise der Waaren, wann jedes einzelne Stück eines Fabrikanten, jede neue Erfindung eines Künstlers und der Ort beständig durch öffentliche Blätter angekündigt werden. Der Vortheil der Verzehrung bei dem Waarendurchzuge wird immer geschehen, wenn die Waaren ein- und ausgeführt werden. Selbst der Vortheil des Wechsels kann nur dann einer Aufmerksamkeit werth seyn, wenn die Zahlungen an die Nationalfabriken stärker, als die von der Nation an Fremde sind: und in einem solchen Falle würde der Wechsel auch ohne Messe vortheilhaft seyn.

§. 221. Alles von beiden Seiten überdacht, kann man also mit Raynal den Ausspruch thun: daß die Messen und Märkte an sich selbst ein übles Anshülfsmittel, aber nach Umständen nützlich sind: nämlich da, wo die geographische Lage irgend einer Stadt oder eines Havens die Bequemlichkeit anbietet, der wechselseitigen Handlung mehrerer Völker zum Mittelpunkte zu dienen. Aber dann ist es nicht Vortheil der Nationalhandlung, sondern man zieht durch seine Stellung von dem Durchzuge der fremden Handlung Nutzen.

§. 222. Bei allem Vorschube, den der Staat der

Handlung geben kann, darf man sich ob-
der Privat-Handelsleute keinen
olg verheissen. Es liegt also dem Staate da-
eine Vornrtheile das Geschäft der Handlung
oder den Stand des Handelsmanns verächt-

Um daher die nützliche Klasse der Han-
delt zu vermindern, soll der Staat mit die-
se selbst Vorzüge verknüpfen. Der Schutz
es muß über den großen Handelsmann, wie
kleinen verbreitet seyn.

IV.

Von Pflanzörtern.

Pflanzörter, Kolonien haben eine

nen Theil des Staates aus. Der Staat sieht aber gegen sich selbst, als Fremde an *).

§. 225. Der Mutterstaat wird aus den Kolonien vorzüglich vor jedem andern Lande diejenigen Bedürfnisse ziehen, die er entweder selbst verbrauchen, oder wieder ausführen will. Und überhaupt, so oft zwischen Auswärtigen und den Kolonisten zu entscheiden ist, wird er den Vortheil den letztern zugueigen suchen. Sobald aber zwischen ihm selbst, und den Kolonien die Frage entsteht, so eignet er sich den Vortheil einseitig zu, und verfährt mit ihnen vollkommen nach den Grundsätzen der auswärtigen Handlung.

*) Diese Maximen wurden hier nur historisch angeführt, ohne daß weder der Herr v. S. noch auch ich selbst billigen. Die europäischen Metropolstaaten, z. B. Großbritannien, Frankreich, Spanien, welche diese benützten, mußten auch die schrecklichen Folgen mehr, oder weniger fühlen. Sie wurden in verheerende Kriege verwickelt, Nordamerika machte sich von dem Joch des so mächtigen Großbritanniens frei, St. Domingo, nun Hayti kündigte Frankreich den Gehorsam auf, und Südamerika setzt in unsern Tagen einen schrecklichen Kampf mit Spanien fort; es wird auch wahrscheinlich dieses Joch abschütteln, und vielleicht nach einem Menschenalter, vielleicht noch früher wird Kultur, Aufklärung, Reichthum und Macht aus Europa nach Amerika wandern.

Raynal Hist. philos. et polit. des Etabl. et de Commerce des Européens dans les deux Indes X Vol. avec Cartes et fig. Genève 1781. auch zu Paris, Straßburg, Bern erschienen Auflagen.

Tableau des révolutions des Colonies angloises dans L'Amérique II. Vol. Amst. 1781.

anuntiationen wird von Kolonien
wird den Kolonien nicht vergönnt ei
schiffahrt zu haben, noch selbst etw
hren oder einzuführen: mit ei
jemanden, als den Bürgern des Mutter
zu haben.

§. 227. Eben so scharf sind jedem fre
Häven der Kolonie verschlossen,
sichentkunst fremder Handelsleute eine
einenfluß zum Vortheile der Kolonisten i
erkaufe veranlassen würde. Um dieses V
d zu machen, werden die Häven in S
i fremden Schiffen das Einlaufen, wa
Gewalt zu wehren: und um den T
ndel, wie der Schleichhandel z
ant wird, zu hindern, müssen nach d
gend, die vor fremdem Anlaufe zu bewa
r mehrere Schiffe in den Gewässern fre

Kolonien gezogen werden; ihr Besitz wird nur so lange bestehen, als die Kolonisten in der Unwissenheit erhalten werden, woraus sie die Zeit, das Bestreben wetteifernder Nationen, und der Zusammenfluß günstiger Umstände früher oder später, aber einst immer gewiß reißen, und ihrer Abhängigkeit ein Ende machen muß.

V.

Von der Landfracht.

§. 229. Die Fracht ist in der Handlung eines Staates von drei Seiten wichtig: die Wasserfracht und Landfracht vermehren erstens die Summe der allgemeinen Beschäftigung. Die Wasserfracht giebt durch den Schiffbau vielen Handwerkern Erwerbung, deren Verzehrung, der Landwirthschaft und dem Manufakturwesen abermal vortheilhaft ist. Auch der Dienst des Schiffvolks vermehrt die Mittel Unterhalt zu gewinnen. Bei Seemächten ist die Handlungsschiffahrt und die Fischerei auch die Schule der Kriegsmarine. Die Landfracht hat einen nicht weniger verbreiteten Nutzen. Die Vermehrung der Viehzucht, die Beschäftigung vieler Handwerker, den Absatz der Landwirthschaft, den Umlauf der erworbenen Summe, wozu noch die Straßengelder, und Verzehrung des Fuhrvolkes zu rechnen sind. Die Fracht macht zweitens einen manchmal sehr wichtigen und immer den sichersten Theil des Waarenpreises aus. Die Fracht giebt drittens den Waaren gleichsam

ferne es thunlich ist, bei dem Du:
: Waaren sich die Fracht zu zu ei:
er auch so wohlfeil als möglich

§. 231. Die Staaten könnten bei
fremder und dem Ausgang
zeugnisse nach dem Beispiele der berü:
chiffsaakte dasjenige mit höhe
ausgangsrchten belegen, was
acht gebracht wird; so wird es der S:
r Vorthell seyn, sich der Nationalfrä:
if die nämliche Art könnte man da
aaren nicht sowohl, wenn sie mit
men, höher belegen; weil eine
n Weg der durchziehenden Waaren v:
denselben vielmehr, wenn sie sich
icht bedienten, eine Verminder:
ssen.

§. 233. Die Wohlfeilheit der Landfracht muß durch gute Straßen und ein wohleingerichtetes Fuhrwesen erhalten werden, die Straßen müssen gut angelegt und unterhalten seyn. Ein wohleingerichtetes Fuhrwesen kommt auf den Zusammenfluß der Fuhrleute und ein ordentliches Intelligenzgeschäft an. Es muß weiter für Gasthöfe und Wirthshäuser gesorgt werden, die für Menschen, das Zugvieh, und zur Unterbringung der Waaren die nothwendige Gemächlichkeit anbieten.

§. 234. Die Anlage der Straßen muß hauptsächlich nach den Ortschaften geschehen, wo hin, oder über welche ein beträchtlicher Handel getrieben wird: also nach Häfen, Hauptstädten, Handelsstädten, nach Flüssen, welche zur Fernern Frachtung dienen. Vorzüglich müssen diese Straßen von denjenigen Ländern, wo ein Ueberfluß der Waaren gewonnen wird, ausgehen, und immer durch die kürzeste Linie geleitet werden. Die Auszeichnung der Kommerzialstraßen setzt ein richtiges Kenntniß von dem Gange der Handlung voraus. Die Bepflanzung der Straßen mit Bäumen macht, neben dem Vortheile der Holzerziehung, die Straßen angenehm und der Schatten der Bäume mindert die Hitze. Die Meilen Säulen und Zeiger besonders auf den Scheidwegen sind für Reisende eine große Bequemlichkeit *).

*) Die Landstraßen und Chaussees, wie auch Meilen-Säulen und Weg-Weiser, historisch, technisch, polizeimäßig und kameralistisch abgehandelt von D. Johann Georg

und die Ausreißung der Bäume, die Meilenzeiger u. s. w. muß durch Unterfagt werden.

236. Sowohl die Anlegung als die
ng. der Straßen kann an Unter
en, auf welche die Ortschaften
er vom Staate selbst entweder durch
oder gegen Bezahlung der Arbeiter bes
die Ueberlassung an Unternehmer
des Staates keinen andern Grund haben
ere Wohlfeilheit des Straßenbau
Unternehmer will gewinnen, und hier
r den Gewinn nur in der schlechter
nd nachlässigeren Unterhaltung der Stra
dthwendige Zusammenhang
geschäfts macht auch die Uebertragung
ten zweifelhaft. Man kommt beständ
, daß nur der Staat selbst den E

ücklich besorgen kann. Aber er muß zu denselben nicht, was Landfröhne zu Hülfe nehmen, die den Landmann von entfernten Gegenden ausbietet und die drückendste Art von Entrichtung ist. Der Staat, der den Verlust der Arbeit gehörig in die Schätzung zu bringen weiß, wird sich zum Straßenbau der Truppen bedienen.

§. 237. Die Kosten des Straßenbaues werden entweder durch abgeforderte Straßengelder von den Fuhrern eingehoben, oder auf die Untertanen durch eine Anlage untergetheilt, ohne daß den Fuhrern etwas abgefordert wird. Die Abforderung der Straßengelder ist nützlicher, weil auch die Fremden bei dem Durchzuge mit zur Anlage gezogen werden, auch die Kosten der Einhebung, wenn diese in ordentlichen Mäuthnern überlassen wird, werden durch den Beitrag der Fremden sehr überwogen. Die Größe der Straßengelder muß zwar die Kosten des Straßenbaues bedecken, aber nicht so groß seyn, daß dadurch der Vortheil, den die erleichterte Ueberbringung der Waaren auf die Handlung verbreitet, zu nichts gemacht wird.

§. 238. Der Zusammenfluß der Fuhrleute, als die Grundlage des gut bestellten Fuhrwesens, ist von selbst die Folge eines starken Waarenumsatzes, und einer sehr belebten Handlung. Eine weitverbreitete Viehzucht, mithin eine gute Landwirthschaft müssen ihn unterstützen. Es ist nicht zu zweifeln, daß besondere Begünstigungen der Handelsnahren diesen Zusammenfluß noch mehr vergrößern, und den Preis der Frachtung herabsetzen werden.

nen Zeit zu versenden hat, wohin von welcher Gattung sie sind, gehalten wird ein großer Theil von Waaren, und folglich um vieles wohlthet.

§. 240. Die Gasthöfe und Wirthshäuser müssen für Menschen, Thiere die erforderliche Bequemlichkeiten und rein gehaltene Ställe haben, wo ungesundes Vieh aufbehalten wird, abgetrieben, wo die Güter gegen Witterung sicher sind. Ueberfluß an Lebensmitteln und Fütterung, und in Ansehen ständiger Preis. In einem Orte, wo man weit entfernt ist, müssen mehrere Wirthshäuser angelegt seyn, wodurch Wohlfahrt und gute Aufnahme der Waaren wird. In manchen Orten sind die

VI.

Von der Wasserfracht.

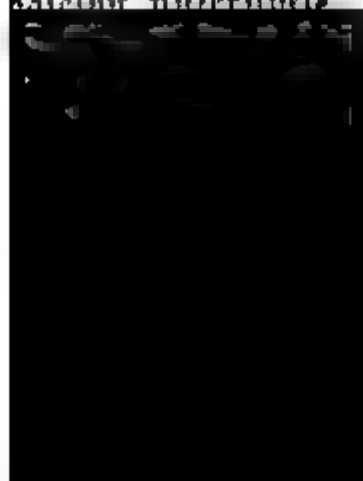
§. 242. Die Lage der Länder längst, oder unferne des Meeres, die Menge und Sicherheit der Häven und Rheden, der Lauf und die Beschaffenheit der Flüsse bestimmen es, ob eine Nation zu Wasser eine beträchtliche Frachtung machen kann. Wo die Natur durch diese Vortheile begünstiget, muß sich der Staat dieselben zu Nuß zu bringen wissen. Fleiß und Kunst können der Natur zu Hülfe kommen, und die Vortheile der Seefahrt und Flußschiffahrt erweitern.

§. 243. Eine große Seeschiffahrt kann nur der Antheil dertjenigen Länder seyn, die mehrere und bequemere Häven haben, und mit der Benennung Seeprovinzen bezeichnet werden. Der niedere Preis der Seefracht hängt, wie bereits gesagt worden, von einer wohl eingerichteten und unterstützten Schiffahrt ab.

§. 244. Die Gründung der Marine fordert einen Ueberfluß an Schiffbaumaterialien, taugliche Schiffzimmerplätze und Werften, gute Schiffzimmerleute, geschickte Seeleute, und deren eine zureichende Zahl, wohl eingerichtete Häven. Die Schiffbaumaterialien sind Erzeugnisse der Landwirthschaft und der Manufakturen. Der Ueberfluß, mithin auch der wohlfeile Preis des Schiffbaues muß durch die gute Leitung dieser beiden Zweige

begreift sowohl
Schiffsvoll.
schieht in See-
len Schiff-
leine Schiff-
Seelen zu
ung für das ge-
le anlockend ma-
das vielleicht von
ann.

en stark besucht
den Absatz ihrer
erwarten haben.
er wird erfordert,
iesen das Ein-
ngelaufenen
Anfälle der
hert werden: da-
adellen vertheil-
chiffen vermah-
pafeltht unterschei-



A r m a t e u r s oder andere Anfälle Sicherheit geschafft werden. Ohne diese **U n t e r s t ü t z u n g** werden weitverfernde Mächte den Nationalhandel von allen Seiten einschränken, die **A s s e c u r a n z e n** werden hoch stehen und den Zusammenfluß auf fremden Handlungsplätzen nachtheilig seyn. Die **S i c h e r h e i t** der **S c h i f f f a h r t** kann auf verschiedenen Wegen erhalten werden. Man vertheidiget seine **H a n d l u n g s s c h i f f e** durch **K r i e g s s c h i f f e** oder andere **B e g l e i t u n g s s c h i f f e** gegen Anfälle, und verschaffet dadurch seinen Flaggen Ansehen. Wo eigne Vertheidigung keine Sicherheit geben kann, sucht man sie durch **T r a k t a t e n** entweder, daß man von einer angesehenen Seemacht die Erlaubniß bedingt, sich ihrer **F l a g g e n** zu bedienen, oder sich von einer solchen **C o n v o n s c h i f f e** erhandelt: man errichtet mit den Seeräubern selbst **T r a k t a t e n**, oder endlich man erkaufte diese Sicherheit von denselben mit Geld.

§. 248. Bei dem Seewesen ist es nicht wohl möglich, daß sich nicht verschiedene Irrungen und Streitigkeiten ereignen sollten, welche wegen Verschiedenheit der Gegenstände nach den gemeinen Rechten nicht wohl zu entscheiden sind. Daher das Seewesen eigne Rechte hat, und in ansehnlichen Seeprovinzen solche Streitigkeiten meistens vor eigenen **A d m i r a l i t ä t s g e r i c h t e n** entschieden werden.

§. 249. Die **S c h i f f f a h r t** auf **F l ü s s e n** trägt zur Erleichterung der Frachtung an **F r e m d e**, aber hauptsächlich zur Belebung des **i n n e r n U m l a u f s** bei. Da die Anstalten die **F l u ß s c h i f f f a h r t** zu erheben leichter und mehr in der Gewalt eines jeden

50. Bereits schiffbare Flüsse
ihrm Stande erhalten, daher über i
e, das Bett, die Inseln, über
fließ. seine Tiefe bemessen könnte,
geführt werden. Nicht selten ersch
liche Brückenbau die Schifffahrt,
g. gefährlich macht. Auch die Abl
zum Privatgebrauch auf
unkanäle u. d. gl. schwächt den
daher nicht erlaubt seyn nach Wil
igen zu machen.

51. Die Menge Felsen, die We
Fälle, oder die Unkiesen
barkett eines Flusses. Wo F
der Schiffe im Wege stehen, muß
lich gereinigt werden. Manchmal kö
er Schiffe eine Verbesserung zu, w
den Flüssen erleichtert. Die Weh

§. 252. Die **Bereinigung der Flüsse** geschieht durch **Kanäle**, wozu die kleineren nicht weit entfernten Flüsse benützt werden. Die Ausführung solcher Kanäle fordert eine genaue **Wasserkarte** des Landes, und die sichere **Nivelle** der Flüsse und des Erdreichs. Der Staat muß durch **Belohnungen** die **Geschicklichkeit** der fähigsten Leute aufbieten, um von ihnen **Entwürfe** über die **Anlegung von Kanälen** und **Bereinigung der Flüsse** zu erhalten.

§. 253. Die **Schiffahrt** auf den **Flüssen** hat jedoch nur ihren **halben Nutzen**, wenn man darauf nicht eben sowohl **gegen den Strom**, als **nach demselben** fahren kann. Die **Fracht gegen den Strom** wird durch die **vielen Pferde**, welche dazu erfordert werden, und die **Länge der Zeit**, welche darüber hingeht, sehr **kostbar** gemacht. Wenn man zur **Flussfahrt** sich der **Seegel** bedienen kann, so wird man an **Pferden** und der **Zeit** gewinnen können.

§. 254. Sind alle diese **Anstalten** zur **Erleichterung** und **Erweiterung der Flussfahrt** getroffen; so hat man nur die **Freiheiten der Schiffahrt** auf den **Flüssen** zu **begünstigen**, und der **Zusammenfluß** der **Schiffer** wird den **Preis der Frachtung** herabsetzen. Die **Rolli**, oder **Einschreibungen**, welche hie und da bei den **Schiffern**, wie bei den **Fuhrleuten** üblich sind, müssen nicht die **Ausschließung** der nicht auf dem **Rolli** stehenden **Schiffleute** zum **Zwecke** haben, sondern die **Sicherheit** bei der **Waarensendung**.

§. 255. Wenn die **Menge der Schiffe** zur **Frach-**

it vergrößern, und sie fähig machen
enge Waaren zu laden. In Anseher
lle auf Kanälen, oder Schlen
dern Durchgängen, deren Unterha
taate hoch zu stehen kömmt, ist demienig
traßengeldern gesagt worden, hier nicht

VII.

Von Affecuranz *)

§. 256. Jedes Unternehmen der Se
i Unternehmenden einiger Gefahr aus.

) Versuch über Affecuranz, Haferei und Bol
Wagens, 2 Bde. Hamburg 1753. 4.

Theorie of Insurances, by John We
don 1779. fol.

Westet, A., Theorie und Praxis de

sowohl die Gefahr überhaupt, als die Größe derselben, welche gescheuet werden kann. Das einfachste Mittel, so sich anbietet, diese Gefahr zu mindern, ist, sie zu theilen. Sollten nun alle Handelsleute eines gewissen Plazes, welche in einer gewissen Zeitfrist Waaren zu versenden haben, sich vereinigen, das Ungewisse der Gefahr dergestalt wechselseitig auf sich zu nehmen, daß sie unter sich demjenigen, welcher verunglückt, durch einen antheilmäßigen Zuschuß den Schaden ersetzen; so würde diese Vereinigung eine Art von Versicherung ausmachen.

§. 257. Wo die Zahl der Schiffe, die in einer gewissen Zeit abgesendet werden, ungewiß war, kam eine solche Art von Versicherung nicht zu Stand. Aber statt derselben fanden sich *Spekulirer*, welche die nämliche Berechnung auf Schiffe von verschiedenen Häven und Handelsplätzen anwendeten, und die Gefahr gegen einen gewissen Preis übernahmen. Sie berechneten nämlich die Gefahr, die gewöhnlichen Zinsen, und überdieß schlugen sie noch einen Gewinn hinzu, welcher zur Uebernehmung der Versicherung bewegen kann.

Delle assecurazione maritime trattato del avvocato Baldas Seroni in Firenze. T. I—III. 1786. gr. 4.

La Théorie des assecurances maritimes par Mr. de la Croix et Biequelly à Paris 1787. sind Preisschriften.

Von den Nutzen und den Nachtheilen der verschiedenen Assecuranzanstalten, eine zu Göttingen gekrönte Preisschrift. 1792.

ime), der, so die Versicherung über:
:ant, der sie empfängt, Affecur

§. 259. Das Affecuranzgeset
r einem zweifachen Gesichtspun
Hilfsmittel der Handlung
ndlungszweig. Als Hilfsmi
macht es einen Theil des Wa
, welcher nach dem Verhältnisse, g
iner seyn wird, als die Affe
n größer, oder kleiner sind. Im au
also wird alles übrige gleich genom
ion den Vorzug behaupten, welche
ichert. Als Handlungszweig
tiven Reichthum des Staats, und
die fremde Handlung sie dem St
Größe der Affecuranzprim
Gefahr der Frachtung, vo
niedern Rufen, und von den

der Häfen, wo man einläuft, die Fahrzeit, die Sicherheit der Flaggen, der Friede zur See, die Bauart der Schiffe, die Geschicklichkeit der Schiffer und ihre Redlichkeit bei den Asscuranzverträgen sehr in Betrachtung kommen, und wie viel die größeren Seemächte gegen die kleineren in Ansehen der Asscuranzen voraus haben.

§. 261. Da die Gefahr der Frachtung der eigentliche Gegenstand der Asscuranzen ist; so haben verschiedene Schriftsteller behauptet, daß nur der wirkliche Werth der Waaren, nicht aber der Gewinn versichert werden könne. Eben so wird das Leben der Menschen in England für einen Gegenstand der Asscuranzen, nicht aber in Frankreich gehalten.

§. 262. Wenn hier nach dem Worte zu entscheiden wäre; so könnte in der That der Gewinn nicht versichert werden, weil im eigentlichen Verstande dabei keine Gefahr ist. Indessen ist in England erlaubt den Gewinn versichern zu lassen, wenn man es nur erklärt und ihn benennt. Sobald sich der Asscurat erklärt hat, wird auch der Asscurant seinen Vertrag darnach eingerichtet haben. Also ist von keiner Seite eine Verletzung vorhanden: und eigentlich wird die Gewinnversicherung, als eine Art von Gesellschaft auf den Antheil des Gewinns zu betrachten seyn.

§. 263. In der Asscuranzpolizei muß der Werth ausgedrückt werden, und nach dem Werth wird auch die Prime erhoben. Also geht von Seite

ren zu lassen, weil die Sache nur

§. 264. Die Lebensassuranc
n Staate zu leisten, wenn sich Ni
ht dazu verstehen sollten: sie vermehr
heit zum Seedienste und die Eben der
bensassuranz giebt der zürü
llie einen Ersatz, und das Bedent
e vertritt gewissermaassen die Stell
n- oder Waisenkasse für das

§. 265. Die Gefahr der Schifffahrt
gänzliche Verlust des Sch
verei. Unter der letzteren versteht
t, den ein Schiff durch die Länge d
turm oder sonst bei außerordent
len an einem Theile, entweder d
hör oder der Ladung leidet, §.

Kleinere oder gewöhnliche, die besondere und große oder außerordentliche unterschieden. Die Havereien werden, wenn ein Schiff nicht versichert ist, durch eine Untertheilung von allen Befrachtern getragen; von den Asscuranten aber werden sie überhaupt für beschwerlicher angesehen, als die Versicherung des Ganzen. Da nun dadurch die Asscuranzprimen sehr erhöht werden; so müssen sowohl die Asscuranzordnungen, als die Asscuranten in ihren Verträgen alles, so sehr es möglich ist, in das Deutliche bringen, und die Art, wie die Erklärung und der Beweis des Havereiverlustes geschehen soll, festsetzen.

§. 266. Auch die Flußschiffahrt und selbst die Landfracht kann gewissen Gefahren ausgesetzt seyn, mithin ein Gegenstand der Asscuranzverträge werden. Das Maas der Gefahr wird bei beiden ungefähr nach obigem Verhältnisse zu bestimmen seyn: auf der Flußfahrt, nach der Beschaffenheit des Flusses, der Länge der Fahrt, der Witterung, der Beschaffenheit der Fahrzeuge, der Geschicklichkeit der Schiffleute und den öffentlichen Anstalten die Ufer und den Fluß selbst vom Raubgesinde zu reinigen: bei der Landfracht nach der Länge der Reise, der Beschaffenheit der Wege und ihrer Sicherheit.

§. 267. Der zweite Theil der Asscuranzprimen sind die Zinse desjenigen Fonds, welcher zu der Versicherungsklasse gewidmet werden muß. Die Versicherung geschieht entweder durch einen eignen

en, als die Sicherheit der Asscuranz-
isten: wenn nämlich von den Theilneh-
euranz nicht Geld, sondern eine si-
het nach der Summe der Theilnehm-
ird.

§. 268. Alles übrige bei zwei Natio-
ommen, wird diejenige wohlfeiler a-
en, wo die Zinse niedriger sind.
ist sich auch der Gewinn ab, welchen
anten bei ihrem Geschäfte zu mach-
welches der dritte Theil der Prime ist.
icht der Handelsmann von seinem Geld-
inse zu ziehen: einmal arbeitet
ich; das ist: ohne seine Mühe würde
gelegt, die gewöhnlichen Zinse
en; das zweite ist der Lohn seiner A-
lemsigkeit.

auch fremde Schiffe zu versichern: so eignet man sich einen Theil ihres Gewinnes zu, und vermehrt den relativen Reichthum des Staates durch die empfangenen Asscuranzpreise. Dieser letzte Vortheil hat sogar Nationen, die in der Handlung Nebenbuhler sind, bewogen, sich wechselseitig ihre Schiffe zu versichern.

§. 270. Wie überhaupt der Zusammenfluß bei allen Handlungsgeschäften die Preise herabsetzt: so wird seine Wirkung sich auch bei den Asscuranzen zeigen. Es wäre also nachtheilig irgend einer Gesellschaft ein ausschließendes Recht der Asscuranzen zu ertheilen. Und ungeachtet es der Nation vortheilhafter ist, wenn sie bei ihrer Handlung auch die Asscuranzprimen selbst gewinnt; so soll dennoch dem Handelsmanne unwerth seyn, seine Waare auswärts asscuriren zu lassen, wenn ihm die fremde Asscuranzprime geringer zu stehen kommt.

§. 271. Die Menge Streitigkeiten, die bei dem Asscurationsgeschäfte an beiden Seiten der Vertragenden vorkommen, machen Asscuranz- und Haverordnung und Asscuranzgerichte nothwendig. Die Seemächte und ansehnlichsten Seehandlungsgesetze haben ihre eignen Asscuranzordnungen. Das gute Zutrauen ist die Seele dieses Geschäfts. Die Gerichte müssen darüber am strengsten halten, und die Asscuranzordnungen auf jeden Betrug den Verlust der Prime festsetzen.

werden als der allgemeine Entge

Die menschliche Erfindsamkeit benutzte Tauschmittel, um andere Waaren damit zu tauschen. Man findet häufig bei rohen Völkern dergleichen gemeine Tauschmittel, um andere Waaren zu tauschen, oder den Werth anderer Waaren zu messen. Im Homer wird angeführt, daß die Aeneas neun, hingegen diejenige des Odysseus kostete. Auch in den alten deutschen Kriminal-Processen nach Vieh bestanden gemeine Handlungsinstrumente ein, z. B. der Hudsonsbay, Sklaven in Darfur in andern Gegenden von Afrika wählten den und zugleich eine Schneckenart und Schlangenköpfchen bekannt; verrottene, Salz, Pfeffer sind in Abessinien gemeine Tauschmittel.

Die Menschen wurden aber nach und nach durch wichtigen Gründen gezwungen, die Metalle wurden bei verschiedenen Völkern

sche betrachtet. Aber sie sind eigentlich nur der Stoff des Geldes. Um wirklich Geld, oder richtiger gesprochen, Münze zu werden, mußten die Zweifel gehoben sein, welche bei dem Empfange eines Stück Metalls aufsteigen könnten. Diese Zweifel rühren von zwei Ursachen her: die Metalle sind einer Vermischung fähig, und das Gewicht des Stückes ist nicht bestimmt.

§. 273. Die Metalle können mit andern Metallen versezt werden. Diese Zusätze vermindern bei Metallen die Feine, welches man Korn zu nennen pflegt. Um die Vermischung nach ihren Graden auszudrücken, mußte man erst Zahlenbenennungen festsetzen die höchste Feine anzuzeigen, von welcher dann die Abweichungen durch Zahlenstufen bezeichnet werden. Man nahm ein gewisses Gewicht an, das man willkürlich in Theile zerstückte. Das Gewicht, welches Schrot genennet wird, mußte nur erst durch Abwägen bestimmt werden; wobei dennoch der Zweifel von der Richtigkeit der Wage und Gewichttheile, dann auch die Beschwerlichkeit der Stückelung nicht gehoben wird.

§. 274. Dieses wechselseitige Mißtrauen zwischen Käufer und Verkäufer zu heben, muß ein Mittelsmann dazwischen treten, in welchen beide Theile gleiches Zutrauen setzen. Der Gesetzgeber übernimmt es Korn und Schrot der Metallstücke zu bestimmen, und durch sein aufgedrücktes Gepräg die Bürgschaft des Werths zu leisten. Das Gepräg macht nun das Metall zu Münze, oder wie der Sprachgebrauch die Bedeutung allgemein macht, zu Geld.

Ausstücklung seiner Münze immer auf
en mitsehen, mit welchen seine Unter:
: stehen können.

§. 276. Der innere Gehalt e
Produkt des Gewichts und der
allen Völkern ungefähr gleich betr
daber den wahren Werth au
ßere Gestalt und Benennung der M
äußern, und weil es eigentlich
n sollten, den davon sogenannten
erth. Die Staaten, welche die Aus
arenempfangs mit Geld zu machen h
in der Bezahlung zu übervorthellen:
it, oder der Betrug derjenigen
ünzwesen anvertrauet ward, und n
lle zugleich ausstückelten, oder v
ng machten; die Kosten der Ausp
in die Münze einaerechnet wurden,

schiedenen Ländern mehr oder weniger sich ereignete, entstanden diejenigen Münzverwirrungen, welche den Staaten Münzgesetze unentbehrlich machen, wodurch der innere und äußere Werth der Geldstücke festgesetzt wird.

§. 277. Da man zum Stoffe des allgemeinen Entgelts zwei Metalle, Gold nämlich und Silber wählte, welche in einer der hauptsächlichsten Eigenschaften des Vorstellungszeichens in der Seltenheit unterschieden sind; so ist es bei dem Münzgeschäft nicht genug auf Feine und Gewicht des einen Metalls zu sehen; es ist nothwendig dieses bei beiden und zugleich das Verhältniß zu beobachten, welches beide gegeneinander in Ansehen der Seltenheit haben, die wechselweis durch verschiedene Umstände, besonders aber in Ansehen Europens durch den ostindischen Handel und die amerikanischen Bergwerke, manchmal sogar durch augenblickliche Veranlassungen verändert wird *).

§. 278. Der Zweck der Münzgesetze ist also, zu verhindern, daß die Nation sowohl bei Zahlungen, welche sie zu machen hat, als bei denen, welche an

*) Der französische Münzfuß hat vom Jahre 1768 bis 1786 sechs und zwanzig Verordnungen gelitten. Der englische ist seit der Regierung Elisabeths immer der nämliche geblieben. In Deutschland sind 4 Münzfüße oder Hauptverordnungen: Der Reichsfuß zu Eßlingen 1524. Der Binnische zwischen Sachsen, Brandenburg, Braunschweig 1667. Der Leipziger im Jahre 1690 und der Konventionsfuß 1753 zwischen Oesterreich und Baiern, dem im Jahre 1758 mehrere Kreise beigetreten sind.

Scrittori Classici italiani di economia
Antica Tomo I. Milano nella Stamp
di G. G. Destefanis a. S. Zeno 1803.

Breve Trattato delle cause che pos
dare li regni d'oro e d'argento dove no
di Antonio S e r r a Calabrese. pag. 19

Money and traete considered, b
Edinb. 1705. it. Glasgow 1750. 12. fran
ration sur le Commerce et sur l'arge
Haye 1720. 12.

Galliani della moneta. Lib. V. Na
Nachricht vom Münzwesen überhaupt
rede, von R ö h l e r. Helmst. 1741. neu
Fr. von Braun. 1784. 8.

B ä s c h, Grundsätze der Münzpoliti
und im 2ten Bande der Handlungsbibli

B u s s e, F. G., Einleitung in d
neuen Münzwesens. Theil I. u. II. 179

Trattato delle Monete considerate

ein stimmen. II. Bei den Gold- und Silbermünzen gegeneinander ist das Verhältniß anzunehmen, welches andere handelnde Staaten, besonders die, mit welchen man in starkem Verkehr steht, beobachten.

§. 279. Die Abweichungen sind folgende: I. Die Münze wird ihrem inneren Werthe nach höher ausgeprägt, als ihr Name anzeigt. II. Die Münze ist ringhaltiger als es ihre Benennung anzeigt. III. Die Gold- und Silbermünzen haben nicht das gehörige Verhältniß gegeneinander: das eine Metall ist zu hoch, das andere zu niedrig geschätzt. Unter diesen dreien sind alle von den Schriftstellern so sehr vervielfältigte Münzfälle begriffen.

§. 280. Wenn die Münze im Werthe höher, als in der Benennung ist; so bezahlen die Nationalhandelsleute den fremden Gläubigern, die den Ueberwerth nicht zu gut sehen, in allen Zahlungen um so viel mehr, als der Ueberschuß des innern Werths gegen das Gepräg ist. Ist dieser zu hohe Werth nicht bei allen kleinen Untertheilungen in Menge gleich beobachtet, so werden die Ausländer sich alle Zahlungen in den zu hohen Münzgattungen thun lassen, hingegen diejenigen, die sie zu leisten haben, in niedern Münzsorten leisten. Dieser Fall einer Münzirrung ist doch der seltenste.

§. 281. Der Fall ist weniger selten, daß die Münze gegen ihre Benennung zu ringhal-

die Nation an Fremde zu leisten hat
Schuldner zwingen, andere Münz-
wechseln und darin zu zahlen, oder
nationalmünze annehmen: so werden
rechnen und solche nicht höher,
ihren Gehalte ansehen. Es n-
iedene Nachteile für Handlung
der solchen Nation entstehen.

§. 282. Wird das Verhältni-
old und Silber nicht gleich
indem Nationen beobachtet
remde diese Ungleichheit im Kaufe
up machen. Im Verlaufe ihrer
: sich die Münze in demjenigen M-
elches man nicht gehörig zu schätzen
inkaufe hingegen werden sie das
detail geben, folglich an sich wenige
dunnen wird

hen, wogegen die Münzämter durch ämßige und wiederholte Probirung der kursirenden Münzsorten zu wachen haben.

§. 284. Der Grundsatz: der nennende Werth soll mit dem innern und wahren übereinstimmen, ist nur auf Gold und Silber, oder die genannten harten Münzsorten allein anzuwenden: die Scheidemünzen sind nach ihrer Bestimmung demselben nicht untergeben. Man versteht unter den Scheidemünzen diejenigen kleinen Münzsorten, welche eigentlich nur zur lezten Ausgleichung des Kaufs dienen, nach Verschiedenheit der Länder bald von Kupfer, bald von sehr ringhaltigem Silber sind. Eigentlich also besteht ihr Gebrauch darin, um den Ankauf in kleinen Theilen zu erleichtern, keineswegs aber, um darin große Zahlungen zu leisten. Sie sind daher nur bestimmt, im Innern, mithin zwischen Bürgern des Staates zu laufen.

§. 285. Aber es wäre möglich, daß die Scheidemünze nachtheilige Folgen veranlaßte, wofern bei derselben die nothwendige Vorsichtigkeit zu gebrauchen außer Acht gelassen würde. Diese Folgen würden seyn die Auswechslung und die Verschwindung der harten Münzsorten. Die Auswechslung der harten Gold- und Silbermünzen würde durch fremde geschehen, welche entweder ihre eigene Scheidemünze dafür gäben, oder die Scheidemünze der Nation, deren harte Münze sie an sich ziehen wollten, nachprägten.

so zur Zahlung immer mehr e-
ben und anzunehmen, als zur
: zahlbaren Summe nothwendig ist.

§. 287. Wenn die harten. Münze
nfter Scheidemünze verschwinde
lge der Preis der Gold- und E
ichtheile der arbeitenden Klassen über
erth erhöht. Auch die Abtragun
en wird dadurch dem Steuern
nhebung der Kammer erschwo
nacht. Auch die Münzkammer
Prägung der Scheidemünze
d sie in einem Verhältnisse ge
eine freislaufende Masse zu

§. 288. Die bisher erklärten Gr
Ansehen der Nationalmünze zu
Hinsicht der fremden Münzen
des Measenten Sahin

Kunstwort lautet, *valviren*. Der herausgebrachte Werth, welcher eigentlich der wahre Werth der Münze ist, wird dann durch Münzeditte bekannt gemacht.

§. 289. Zwar suchen verschiedene Staaten einen besondern Vortheil darin, daß fremde Münzen ganz aus dem Kurse gesetzt werden. Auf diese Art erwarten sie, daß das Nationalgepräge den gewissen Vorzug haben und insbesondere der Wechselpreis sich für die Nationalhandlung vortheilhaft erhalten werde. Aber diese Folgen sind nicht entschieden. Um dem innländischen Gepräge den Vorzug zu versichern, ist genug, daß alle Zahlungen an die öffentlichen Kassen nur in Landesmünze geleistet werden können: aller andere Zwang ist überflüssig, nach Umständen auch wohl schädlich, weil er die Handlung der Fremden dennoch einigermaßen erschweret.

§. 290. Es wird in folgender Abtheilung der schicklichste Ort seyn, zu überzeugen, daß alle Verbote der Münzausfuhr ohne Wirkung seyn müssen: die Aufwechslung aber kann gar nicht geschehen. Derjenige, der die Landesmünze aufwechseln will, wird nothwendig andere und zwar nach dem Zusammenhange der Münzanstalten, da die Aufgabe der Scheidemünze verhindert ist, Gold- oder Silbermünze dafür geben, die zwar gegen die Benennung ringbältig sind, da jedoch diese ringbältige Münze nicht nach dem nennenden, sondern nach dem durch die Valvirung bestimmten wahren Werthe angenommen wird, so muß er z. B. gegen einen feinen Thaler zweien zahlen, wenn der Gehalt des fremden gegen innländischen die Hälfte steht.

tragung ein Pulvermittel gesucht, mit
Bedürfnisse des Staats, manchem
der Privatbürger. Schriftst
haben die Vertheidigung solcher
gen über sich genommen und die Un
e zur Nothwendigkeit gemacht: ob r
dringenden Umständen der
ringhaltige Münzauspräg
ben ist?

. 292. Ein Volk ist durch Krie
andere Art dergestalt mit Abgab
en, daß es in der Folge die ordentlich
nicht erschwingen kann, folglich gro
eiben. Wird durch eine Münzerhöhu
rleichterung verschafft seine Rückstä
in der Folge die Abgaben zu bestre
ent ist schuldig: kann die Mün
Mittel an die Hand geben die Staa

werden, oder es werden die alten verrufen und unter einem neuen Gepräge ringhaltige Münzen gang und gäbe gemacht.

§. 293. Man betrachte den Staat abgesondert von andern Staaten. Die Bürger, den Regenten mitbegriffen, sind erstens unter sich Käufer und Verkäufer, zweitens Schuldner und Gläubiger. In Beziehung der gemeinen Klasse der Käufer und Verkäufer ist die Münzerhöhung eine unnütze Verrichtung. Da das Geld das Vorstellungszeichen der Waaren ist und daher mit denselben im Verhältniß steht, so ist ganz natürlich, daß auch eine nur numeräre Vermehrung des Geldes den Preis der Waaren steigern und nothwendig nach eben dem Verhältnisse steigern muß, nach welchem durch die Münzerhöhung gleichsam die Geldmasse vermehret worden.

§. 294. Man nehme die Beziehung, als Schuldner und Gläubiger vor. Wenn das Volk als Schuldner des Staats betrachtet wird, glaubt man ihm darum eine Erleichterung zu verschaffen, weil bei einer solchen Münzerhöhung diejenigen, welche Geld besitzen, eilen werden, dasselbe auf einen hohen Fuß wegzubringen, mithin die Schuldner eine Leichtigkeit finden müssen, zu borgen und die Schuldenlast zu bezahlen? Aber ist denn dem Volke wirklich in etwas berathen? Wenn die Münzveränderungen den Schuldnern eine Leichtigkeit Geld zu borgen verschaffen, so bleiben sie darum nicht weniger Schuldner und anstatt, daß die Erhöhung den Schuldnern zu statten käme, ist der Vortheil bloß für die neuen Gläubiger, deren Begünstigung der Staat gewiß nicht

ger von der Münzerhöhung Nutzen zu
er die alte Münze, befiehlt solche
zu bringen und dafür die Summe
der Münze zu empfangen. Der
Erhöhung für sich eine unbeträc
e gefunden, aber immer eine Mün
acht haben, die den Kreislauf hemm
den Kredit unterbricht, das Nachprei
im Grunde von den Gläubigern, die
gen, nicht anders, als für einen v
g, eine Art von Bankerutte be
egen sie sich in die Zukunft vorsehen

§. 296. Wo man endlich den Sta
Zusammenhänge mit andern S
worinn alle Länder sich wirklich
zer als Schuldner und Glaub
onen und auf eben diesen Fuß den
er Nachtheil solcher Münzerhöhung

IX.

Von dem Umlaufe des Geldes.

§. 297. Der Umlauf des Geldes ist die Wiederholung des Umsatzes von Waare gegen Geld, und vom Geld gegen Waare. Die Wirkung des Umlaufs ist die Vermehrung der Beschäftigung, wo immer das Geld durchzieht. Die Größe des Vortheils hängt davon ab, je schneller oder langsamer die Wiederholung des Tausches geschieht. Der Vortheil des Umlaufs ist also das Produkt, wenn die umlaufende Summe des Geldes durch die Zahl des Umlaufs vermehrt wird.

§. 298. Bei dem Umlaufe ist also erforderlich, daß beständig eine zusagende Menge Geldes gegenwärtig verbleibe: und das Geld seinen Gang in der erforderlichen Geschwindigkeit verrichte. Zu bestimmen, wie groß überhaupt die kreislaufende Summe des Geldes in einem Staate seyn müsse? ist darum unmöglich, weil dabei sehr viele wandelbare und willkürliche Umstände ihren Einfluß haben.

§. 299. Das Geld kann entweder auf immer, wenigstens auf sehr lange aus dem Umlaufe kommen oder nur auf einige Zeit. Jenes unterbricht den Kreislauf ganz, dieses hemmet nur seine Geschwindigkeit. Auf immer oder lange Zeit kommt das Geld aus dem Umlaufe: wenn es aus dem Lande gesendet wird um Schulden zu bezahlen; bei

emasten Rechte; durch Bei-
Schages für den Regenten;
ammlung unsterblicher Gesel-
ch Anschaffung vieler Gold-
gefäße; durch Sammlung v-
und durch Münzirrungen.
indigkeit hemmen hauptsäch-
lungstermine, und die un-
einleitung des Vermögens
st auch alles ein, was die Abwesenheit
lasset. Die Verminderung der M-
samkeit des Umlaufs immer nach sich

. 300. Der Versendung des
durch das Verbot der Gelda-
gen geglaubt. Ein solches Verbo-
othwendig oder fruchtlos, w-
beobachtet werden kann. Es wird unnü-
die Bilanz der Handlung für ein

Beweis ist, daß sie dazu Beweggründe haben. Man mache daß niemand auszuwandern wünscht.

§. 301. Um den Geldausfluß soviel möglich zu hindern sollte Fremden der Ankauf von Gütern entweder gar nicht, oder nur unter dem Bedingnisse, auf diesen gewisse Zeit in dem Lande zu leben, erlaubt, auch Güterbesitzern die Niederlassung auswärts durch vergrößerte Abfahrtgelder von ihren Einkünften erschwert werden. Appanagierten Kindern großer Familien muß es gleichfalls nicht freistehen, ihre Appanagen nach Wohlgefallen außer Landes zu verzehren. Auch Staatspachtungen sollen nicht an Ausländer überlassen werden.

§. 302. In welchen Umständen wird Geld in fremde Banken angelegt? es können vortheilhafte, es können nachtheilige seyn. Wenn die Geldmasse in einem Lande zu groß ist; so sucht man diese durch Versendung an fremde Nationen, durch Anlegung in fremde Banken zu vermindern. Die in verschiedenen fremden Staaten angebotenen hohen Leihrenten locken gleichfalls Geld aus dem Lande, diese Versendungen sind schwer zu verhindern. Auch Münzirungen und gewaltsame Interesse-Herabsetzungen können die Versendung des Geldes an fremde Banken herbeiführen.

§. 303. Die Bezahlung starker Subsidien kann nicht als ein Nachtheil betrachtet werden, weil von der Klugheit derjenigen, die den Geschäften des Staates vorstehen, vermuthet werden muß, sie werden sich dazu nicht ohne wichtige Vortheile verstehen. Die

nur aus dem Grunde geschehen, damit
unvorsehbaren Bedürfnissen die nöthig
Nur in einem einzigen Falle, dess
Abtheilung Erwähnung geschehen m
ung eines Schatzes dem Regenten zu
) man muß unter dem Worte Scha
erhältniß des Ganzen unbeträchtlich
en, wodurch in jedem Staate gege
operationen eine Vorsehung geschehen

305. Nicht nur in bedrängten Umst
n allen Zeiten wird durch die Erw
erblicher Gesellschaften, durch
nehmende Pracht an Gold - und
n, durch Vergoldungen in Gebäuden
melzen des Geldes u. s. w. dem Umla
feld entzogen; durch Aufwandgese
dnungen suchte man dem Uebel Einhe

gebracht wird, und dann in denselben nur auf sehr beschwerliche Bedingnisse wieder zurückkömmt. Die hohen Zinse und der gehemmte Umlauf haben eine wechselseitige Einwirkung.

§. 307. Die großen Zahlungstermine, es sey nun bei den Abgaben an den Staat, oder von dem Staate an diejenigen, welche von ihm Zahlungen zu erwarten haben, setzen immer die Zurückhaltung gewisser und beträchtlicher Geldsummen voraus, die nur erst nach dem Verlaufe einiger Zeit in den Umlauf wieder kommen. Die Zurückhaltung ereignet sich zweifach: bei dem Eingange in die Kasse und bei denen, so Geld von der Kasse empfangen. Die Berechnung darüber ist leicht zu machen.

§. 308. Die Ungleichheit der Lokalvertheilung des Geldes entspringt aus einem Hauptmangel der ganzen Staatsökonomie, aus ungleicher Vertheilung der Bevölkerung, besonders aus Ueberladung der Hauptstädte, wohin das Geld bei weitläufigen und aus mehreren Provinzen zusammengesetzten Staaten, ohnehin durch die Anlagen einen starken Zug hat. Durch die Verlegung der Manufakturen in die Provinzen kann man das Geld wieder aus der Hauptstadt zurückbringen.

§. 309. Nunmehr sind die Folgen aufzusuchen, welche der durch so viele Ursachen gehemmte Kreislauf haben muß: dieses wird gleichsam die Geschichte von dem Verfalle der Handlung seyn. Wenn ein ansehnlicher Theil des Geldes, durch was immer für einen Weg, dem Umlaufe entzogen wird; so ist zwischen dem

lächliche Berichtigung zwischen dem Gel-
daren kann nicht geschehen; und da die
Lohnung ungleich vertheilt ist; so ist die W-
elt selbst auch ungleich empfindlich. Die
Lohnung eine dreifache Wirkung: sie vertheilt
die Waare, sie vermindern den Ge-
dultigkeit, und lassen den Be-
lader ohne eigene Arbeit an di-
nen Theil nehmen.

§. 310. Die Wirkung dieses dreifachen
Lohnung verbreitet. Eine Waare, deren Pre-
is steigt, da auf der andern die Mitt-
elung abnehmen, findet in dem F-
aats weniger Absatz; in der äußern
Welt durch den gesteigerten Waarenpreis die
dem Zusammenflusse verloren. In
Lohnungen fängt der Zustand der Kapital-
Lohnung zu werden, weil die Gelder

daß alle Staaten denselben, entweder vorzukommen, oder doch Einhalt zu thun gesucht haben. Aber die wahren Mittel, solche abzuwenden sind meistens erkannt worden. Aus der umständlichen Auseinandersetzung der Nachtheile konnte man sich überzeugen, daß das Uebel in dem gestörten Umlaufe, der die hohen Zinsen veranlaßt, seinen Ursprung hat, aber man betrachtete, ohne auf die erste Quelle zurückzugehen, nur die hohen Zinse allein und setzte sie durch Gesetze herab. Der Erfolg hat die Untauglichkeit des Mittels erwiesen.

§. 312. Der Besitzer eines Kapitals kann sein Geld benutzen und sich mit demselben einen Gewinn verschaffen; dieser entgeht ihm, wenn er das Geld aus den Händen giebt und er sieht sich der Gefahr, ausgesetzt, dasselbe entweder nicht zur bestimmten Zeit oder gar nicht wieder zu erhalten. Der Geldzins hat zweien Bestandtheile: der Gewinn der entgeht, oder gemacht werden kann und die Gefahr der Zeit, oder des Geldes selbst.

§. 313. Die Größe des entgehenden Gewinns kann nicht bestimmt werden: der Stand und das Geschäft des Leihers, seine Kenntnisse, sein Fleiß, die bald größere oder kleinere Leichtigkeit Geld bei der Landwirthschaft, bei den Fabriken, in der Handlung unterzubringen, die Menge der angebotenen Kapitalien machen hier eine sehr wechselnde Verschiedenheit.

§. 314. Die Größe des Gewinns, oder des Vortheils, den sich der Vorker verschaffen

entlehnten Gelde läßt keine Bestimmung zu-
hieden nach der Eigenschaft der Schuld
ist einer Hypothek, mit einem Pf
t, oder es ist dafür nur eine Ver
geben worden. Selbst der Hypothekari
ußt zwar nicht Gefahr sein Geld zu v
mer Gefahr der Zeit.

§. 316. Bei bloßen durch kein Unte
en Verschreibungen sind die Gefa
nd des Kapitals vereinigt und be
mannigfaltig nach den verschiedenen Ums
uf das Zahlen können und zah
infließen.

§. 317. Es schließt also der Gel
ß das Ganze nach der Natur und Z
esetzmaßige Bestimmung aus. Auch m
Bestimmung die Absicht nothwendig v

§. 318. Die Gesetzgebung hat also nach richtigen Grundsätzen zwischen **B o r g e r** und **L e i h e r** als **V e r t r a g e r r i c h t e n d e** niemals zu treten: aber ihre **D a z w i s c h e n k u n f t** ist nöthig, wenn **B o r g e r** und **L e i h e r**, als **K l ä g e r** und **B e k l a g t e** vor Gericht erscheinen, in dem Falle, daß die **Z i n s e** nicht in dem **V e r t r a g e** bestimmt sind.

§. 319. Die **g e s e t z m ä ß i g e** **H e r a b s e t z u n g** der **Z i n s e** ereignet sich immer unter weniger günstigen Umständen, die **n a c h t h e i l i g e n** Wirkungen sind dabei also im Ganzen fühlbarer. Sie können in **B e z i e h u n g** auf den **S t a a t** oder den **P r i v a t s c h u l d n e r** betrachtet werden. In **B e z i e h u n g** auf den **S t a a t** ist es hier zureichend zu bemerken, daß wenn man den **G l ä u b i g e r n** nicht zugleich das **A n e r b i e t e n** macht, ihr **K a p i t a l** zurückzunehmen, im Falle ihnen die **B e d i n g n i s s e** nicht anstehen, eine solche **H e r a b s e t z u n g** der **Z i n s e** immer von den öffentlichen **K r e d i t s s t a n d** nachtheilige Muthmaßungen erwecket. In **B e z i e h u n g** auf den **P r i v a t s c h u l d n e r** ist unvermeidlich, daß eine **g e s e t z m ä ß i g e** **H e r a b s e t z u n g** der **Z i n s e** die Umstände der **S c h u l d n e r** nicht sehr beschwerlich machen sollte *).

*) Dieser Gegenstand ist von englischen Schriftstellern vorzüglich behandelt worden. **G i l d** und **C u l s e s e r** haben über die Vortheile der niedrigen Zinsen geschrieben. In **R o c k e r s** Briefen, welche unter dem Titel: **B e t r a c h t u n g e n** über die **M ü n z e**, **G e l d z i n s e**, **F i n a n z** und **H a n d l u n g** gesammelt sind, wurde diese Materie gründlich entwickelt. Auch in der Vorrede, welche **F o r t h o n a i s** der Uebersetzung des **British Merchant** vorausgeschickt hat, findet man eine eigene Abhandlung über die **g e s e t z m ä ß i g e** **Z i n s e n h e r a b s e t z u n g**.

ne nie eine Finanzoperation war. Aber
eser auch auf Privatschuldversch
weiterte Erniedrigung der Zinse hat di
tschlossenen Unternehmung in etwas g
ante als ein Merkmal einer zu weit
glichkeit des Ministeriums nicht vert
eichwohl war sie nach dem Verhältnisse
erflüssig.

§. 322. Verordnungen sind also zur
Zinse unwirksam. Der Mangel des
Umlaufe bietet allen Gesetzen, wie die Hui
Polizeitagen Hohn. Das zuverlässige
Uebel da zu heben, wo es seinen U
ist, den gebemten Umlauf w
machen, dann ereignet sich zum G
aates gerade das Gegentheil von allen
s vorher zu seinem Nachtheil angeführt

immer von Ausländern große Geldsummen ohne große
Zinse zu erhalten. Es ist zu vermuthen, daß Hand-
lungseifer sucht andere Staaten abhalten werde,
der Nation mit Gelde beizustehen, von deren gebem-
der Handlung sie Vortheile ziehen können. Es ist end-
lich immer gewiß, daß die Ausländer ihr Geld nicht
ohne zureichende Sicherheit zu geben geneigt
werden. Kann nun ein Staat seinen Gläubigern
Sicherheit anbieten; so muß es ihm eben so leicht seyn
zu apieren, zu deren Bedeckung er diese Sicherheit
weist, ein solches Zutrauen zu verschaffen, daß
es wie baares Geld umlaufen, auf diese Art bleiben
die Zinse im Lande.

§. 324. Die bloße Vermehrung der Geldsumme al-
lein aber, es seye nun wahrhaft, oder durch Pa-
piere, hilft dem Uebel nicht ab: Es hängt daher noch
von dem Gebrauche ab, der von dem Zuwachse des
Geldes, oder der vorstellenden Zeichen gemacht wird,
und von den Wegen, durch welche man solche unter die
arbeitende Klasse zu bringen, und unterzuthellen
eifert. Wenn durch zweckmäßig eingerichtete Leih-
kassen, oder andere Unterstützung der Fleißigkeit und
Thätigkeit die Arbeitsamkeit belebt, die Gegenstände der
innern Verzehrung und die Ausfuhrhandlung
vermehrt werden, so vollendet dann eine vortheilhafte
Handlungsbilanz diese Untertheilung von selbst.

§. 325. Wie in allen menschlichen Anstalten nur
ein gewisser Punkt zu erreichen ist, also ist es auch
hier nicht nur möglich, sondern in einer gewissen Zeit
unausbleiblich, daß die allzugroße Menge Geldes, wel-
che durch die fremde Handlung eingeht, wegen des

Vom Credit.

§. 326. Wenn ein Kauf geschlossen
 Handelnden unter sich erst den Preis
 in der Hand entrichtet ihn dann entweder auf
 zahlt: oder er verheißt den Kaufschil
 wissen Zeit abzutragen. Trant der Ver
 heißung zu, und läßt die Waare den
 n Wort, oder gegen eine Verschr
 gen, so heißt es: er giebt ihm Credit
 also ist das Zutrauen des Gl
 ß er von dem Schuldner die Z
 chtig erhalten werde. Die Wi
 s Zutrauens ist die Abwesenheit d
 r versehen, es sey nun um den U
 baaren zu beleben, oder einen andern

genennet, weil dabei hauptsächlich und allein auf die Sache gesehen wird; oder er stützt sich auf die Geschicklichkeit, Redlichkeit und andere persönliche Eigenschaften des Kreditnehmers, welches der persönliche Kredit heißt, wobei aber auch immer zugleich auf das Vermögen stillschweigend zurückgesehen wird. Der Kredit steigt am höchsten, wo sich bei einem Geschäfte beide der persönliche und reelle Kredit vereinbaren lassen. Je nachdem von dem reellen oder persönlichen Kredite, entweder einzelne Personen oder Gesellschaften oder der Staat Gebrauch machen, ist es entweder ein Privatkredit, ein Gesellschaftskredit oder Staatskredit.

§. 328. Die Größe des reellen Privatkredits bezieht sich auf das wirkliche Vermögen des Kreditnehmers. Was also immer dem Vermögen der Bürger im Ganzen oder zum Theile nachtheilig seyn kann, muß auch dem Kredit nachtheilig seyn, der sich darauf gründet. Das Vermögen im Ganzen läuft Gefahr von Unsicherheit des Eigenthums. Die theilweise Unsicherheit des Privatvermögens hängt hauptsächlich davon ab, das selbes unter den verschiedenen Beziehungen des Schuldners gegen Schmälerungen nicht sicher gestellt ist.

§. 329. Die Größe und Unstätigkeit der Entrichtungen bewirkt die Verminderung des reellen Privatkredits. Jeder Kreditnehmer pflegt ordentlicher Weise zur Sicherheit seiner Schuld nur dasjenige anzuweisen, was nach Abzug seines Unterhalts

ll des Grundes, auf welchem der K
nannes gestüzet war. Dieser Zusam
ht die Nothwendigkeit deutlich, durch
te Unternehmung, als durch zur
Zertrüßung, durch gewaltsam
ag: Verfehlen, die Staatsverschreidi
t zu bringen.

§. 331. Der Bürger auf einer Ge
seiner Mitbürger, ist auf
uldner. In diesem Zusammenhan
derung seiner Schuld zum Unterpfa
inn Richtigkeit pflegen, wenn man i
Die Gesetze müssen die Vorsehung
für die Gläubiger nachtheiligen Ab
tlos gemacht werden, daß der Sch
mithin auch wider seinen Willen re
eln und Richtigkeit pflegen muß.
n a e und k o n d e r a t i o n e n

§. 332. a) Vorzüglich aber müssen ernste Gesetze und schwere Strafen gegen die muthwilligen Bankerutte verhängt, und in einer Fallitenordnung allen Ausflüchten vorgebauet werden, welche die Sicherheit der Gläubiger vermindern, welche ihre Vorsichtigkeit vereiteln. Bei dem Entwurfe einer Fallitenordnung ist hauptsächlich darauf zu sehen, daß die Handlungen einen versicherten Handlungsfond haben; daß dieser Fond nicht durch heimliche oder auch sonst nachtheilige Verträge geschwächt; daß die Art, wie die Handlungsbücher zu führen sind, vorgeschrieben werde, damit bei einem sich ereignenden Falle Gläubiger und Gerichte sich darin sehen können; daß die Fallimente, welche durch Unglücksfälle veranlaßt, von denen, wo eine Schuld des Handelsmanns mit unterläuft und hauptsächlich von den boshaften und betrügerischen Fallimenten wohl unterschieden, die wirklichen Unglücksfälle genau bestimmt und unnachlässige Strafen gegen allen unterlaufenden Betrug verhängt werden.

§. 332. b) Die Verschreibungen, wie sie im Handel üblich sind, heißen Wechsel, Handlungsbillette, deren wesentliche Theile durch die Wechselordnungen vorgeschrieben werden. Zur Belebung des Umlaufs der Waare ist es ohne Vergleich vortheilhafter, wenn der Kreditnehmer über seine Schuld eine Verschreibung giebt, die dem Kreditgeber abermal zu einer ferneren Unternehmung dienen kann.

§. 333. Der Kredit der Handelsgesellschaften wird wegen seiner Verbreitung gewis-

bald unglücklichen Unternehmungen
dann der reelle Kredit der Gesell-
em persönlichen verflochten ist,
Geschicklichkeit und Redlich-
erubet, denen die Führung der Ge-
äfte anvertraut wird. Der Ge-
it kann auf die allgemeine Handlung
aften Einfluß haben; aber der Miß-
antr auch die gefährlichsten Folgen na-

XL

Von Handelsgesellschaften

§. 334. Unternehmungen, wel-
che in die Hände einzelner Handelsleu-
te durch Handelsgesellschaften

unternehmungen, welche in die Hände einzelner Handelsleu-

und zu Stand gebracht werden. Dreierley Ursachen entweder vereinbaret, oder eine derselben veranlassen die Errichtung einer Handelsgesellschaft. Das Unternehmen ist einer großen Gefahr ausgesetzt und läßt anfangs, oder für eine geraume Zeit keinen verhältnißmäßigen Gewinn erwarten, ob es gleich in der Folge bei einem glücklichen Anschlage vielfältigen Vortheil geben kann: das Unternehmen ist von einer solchen Art, daß es ohne vereinbarte Einsichten nicht wohl geführt werden kann: es fordert endlich Fonds, die einzelnes Privatvermögen übersteigen. Die wesentlichen Gegenstände, welche bei Handelsgesellschaften zu betrachten kommen, sind die Befreiungsbriege zu der Errichtung, die Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten, die Aufbringung des Fonds, die Vertheilung des Gewinns, der Ge-

Auch ebendaselbst 1781. X. in 2. Auch Neuchatel 1783. X. in 8. nebst dem Atlas in 4.

Philosophische und politische Geschichte der Besitzungen und des Handels der Europäer in beiden Indien. Uebersetzt mit Verbesserungen und Anmerkungen von J. Mauvillon. Hannover 1774 — 78. VII. in 8. Eine andere Uebersetzung ist zu Kopenhagen und Leipzig 1774 — 78. VII. in 8. herausgekommen.

Bäsch, über die öffentlichen Handlungscompagnien, in seiner Handlungsbibliothek. 1784. St. 1.

Diese Materie hat auch schon abgehandelt derselbe in seiner theoretisch - praktischen Darstellung der Handlung in deren mannigfaltigen Geschäften. Zbl. I. Cap. 5. S. 283.

Man kann allerdings vermuthen, daß schon den Phöniciern und Carthiginensern bei ihrem verbreiteten Handel die Handelsgesellschaften nicht unbekannt waren.

schonliche Befreiungen und
seilt werden. Die Befreiungen der
den in dem Freiheitsbriefe (Octroi), e
der auf mehr dann eine Art eingerichtet
eder nur auf eine beschränkte Zah
lichastinteressenten, oder
eilnehmer unbestimmt und der
t vorbehaltenen Freiheit der Gesellsch
auf beständig oder widerrufb
nzung der Zeit und der Beding
welchen die Widerrufung gescheh
e daß die Zeit der Widerrufung
etwas von den Bedingnissen g
bei Zurücknehmung der Befreiung zu ei

§. 336. Alle Arten von Ausschlie
er Folge schädlich, und nichts weniger a
Fleiß zu spornen: also sind Befreiun
auf eine beschränkte Zahl von Z

chen Geschäfte geschieht durch gemeinschaftliche Berathschlagungen und Entschlüsse. Jede Handlungsgesellschaft muß nach der Wichtigkeit und dem Umfange des Gegenstandes einen oder mehrere Vorsteher haben, diese untersuchen und ordnen alle Geschäfte und Vorfälle theils allein, theils mit Zuziehung zweier Gesellschaftsglieder. Die wichtigsten Geschäfte werden der Versammlung der Gesellschaft vorgetragen. Es ist anzurathen, daß wenigstens zwei Dritttheile von den Interessenten erst die Mehrheit der Stimmen ausmachen. Noch ist um anderer Ursachen willen anzurathen, den gesellschaftlichen Berathschlagungen stets einen Kommissär von Staats wegen beiwohnen zu lassen.

§. 338. Der Hauptstamm der Handlungsgesellschaft wird in kleinen Antheilen zusammengesetzt; der behändigte Schein, welcher den Beispruch und dadurch erhaltenen Antheil an der Gesellschaft beweist, wird Aktie genennet. Manchmal erhält man eine Aktie auf die bloße sogenannte Unterzeichnung oder Versicherung der Summe, ohne daß sogleich baar Geld erfordert wird, wie bei Assekuranzkompagnien: meistens muß die Erlegung des Geldes folgen. Der Fond muß dem Unternehmen angemessen seyn. Findet sich die Gesellschaft bemüßiget zur Unterstützung ihrer Unternehmung noch mehr Geld aufzunehmen, so geschieht dieses entweder abermal durch neue Aktien, oder die Gesellschaft fertigt eine andere Gattung von Papieren aus, welche gemeiniglich Kompagniebillette genennet werden. Der Unterschied zwischen Aktien und Kompagniebilletten ist beträchtlich. Die Aktie hat

managen? oder Billette auszugeben?
von den Umständen der Gesellschaft,
den Gesellschaften oder wo die
Gewinn noch sehr entfernt ist, scheint
die Aushändigung neuer Aktien vorziehen
Handlungskompagnie wenigstens dadurch
Schuldnerin wird, auch ihre Aktien
im bessern Werthe erhalten. Ist hingegen
schon gegründet, und ihr Gewinn sicher,
so ist Billette vorzuziehen, da man durch
es nicht mehr verpflichtet, als was man e

§. 340. Der Gewinn, den die
Fond macht, ist ein gemeinschaftl.
Aktieninhaber, der Anteil des
Fond auf eine Aktie kommt, wird be-
zeichnet. Die Größe des Dividenten ma-
chen der Aktien. Das Spiel mit den
wie das Agiotiren mit dem Staats

piere auch ein so allgemeines Zutrauen, daß sie vollkommen wie Kapitalien umlaufen, mithin den Mangel derselben in etwas zu ersetzen fähig sind; dieses Zutrauen kann der Staat dadurch noch mehr befestigen, wenn er solche Papiere bei seinen Kassen gleich baarem Gelde anzunehmen befiehlt. Keine Aufmerksamkeit des Staates ist überflüssig, den Verfall einer solchen Gesellschaft und den Mißcredit ihrer Papiere zu hindern.

§. 342. Der Zeitpunkt Handlungsgeellschaften aufzulösen ist damals vorhanden, wenn der Zweck erreicht, und die Handlung, welche ihr Gegenstand war, also eingeleitet ist, daß jeder Bürger daran Antheil nehmen kann. Eine vorsichtige Regierung wird sich die Aufhebung durch den Befreiungsbrief vorbehalten haben. Die Aufhebung einer Handlungsgeellschaft kann geschehen, daß auch ihr Name aufhört, und jedermann ohne Zusammenhang den Handel treiben darf, den sie vorhin trieb: oder man giebt der Aufhebung den Namen einer Abänderung in eine allgemeine Gesellschaft. Es ist rathsam, diese letztere Art zu benützen, und eine Art von Direktion, die der Staat bestellet, beizubehalten.

XII.

Vom Wechsel.

§. 343. Jeder Staat, der mit dem andern in einem Zusammenhange der Handlung steht, ist

... mit Verlust zuzieht, der als ein wirklich
gesehen werden kann; denn die Abwesenheit
läßt sich in Prozente anschlagen.
dem Staate nicht weniger, als den Bi
ten daran, eine Art von Zahlung auszu
die angeführten Nachteile nicht vorh
z bietet sich von selbst an, wenn man
Staat im ganzen betrachtet. Zwei
ihre Forderungen gegeneinander auf,
zahlung beiderseits geleistet.

§. 344. Das Geschäft des Wech
zwei Seiten angesehen werden: al
ches Geschäft in Ansehen des ganz
als ein Geschäft des Privatmann
insbesondere Wechsel genennet
ch sel von Seite des Staates betrac
hebung der Wechselfeitige

Sobald aber die Schulden von zweien Plätzen von zwei Nationen gegeneinander ungleich sind, so muß der Ueberschuß durch wirkliche Uebermachung des Geldes getilgt werden. Weil es nun dem Privathandelmann vortheilhaft ist, die Uebermachung der Baarschaft zu ersparen, so wird jeder Schuldner sich diesen Vortheil zuzueignen und Wechselbriefe an sich zu bringen suchen.

§. 346. Das Steigen und Fallen der Briefe kann also am deutlichsten erklärt werden, wenn man die Forderungen nach einem Maße, mithin die Wechselbriefe als Waaren betrachtet, diejenigen aber, welche diese Briefe suchen, als Käufer. Wie nun eine Waare, die gesucht wird, wenn sie nicht nach eben dem Verhältnisse auch angeboten wird, im Preise steigt, und desto mehr steigt, je nothwendiger dieselbe ist, eben so wird es sich mit den Wechselbriefen verhalten.

§. 347. Die hauptsächlichste Quelle der Nationalschulden ist die Handlung. Also ist es außer Zweifel, daß die Nation, welche die Handelsbilanz für sich hat, auch den Wechsel für sich haben wird. Alle Geldversendungen, sie mögen zu Bezahlung von Interessen in auswärtige Bänke, zu Subsidien, oder was immer für einem Zwecke nöthig seyn, sie mögen jährlich und wiederkehrend, oder nur für die gegenwärtige Zeit seyn, erhöhen stets den Wechselpreis.

§. 348. Der Wechselpreis ist also der Ueberschuß, den der Käufer des Briefs über die

y. 349. Der Staat kann diesen Ver-
 luge der nachtheiligen Bilanz ist, durch
 abhalten. Aber er hat eine Ursache
 äfte, daran zu bieten, um seine Handlun-
 n. Dennoch sind zween Mittel,
 Wechselverlust wenigstens gemindert
 Spekulation der Wechsler,
 Geldversendungen. Die Spekulation
 , wenn ihnen der Kurs unmittelbar
 dazu nach einem Pläze zu kostbar ist,
 Wechselpreise verschiedener Pläze, und
 stniß von zween oder mehreren Pläzen
 lches vortheilhafter ist, die Trassirun-
 nn, wenn Zeit und Umstände es zugeben
 nweg. Die baaren Geldremessen si-
 rtheilhafter, so oft der Wechselprei-
 ungungskosten und Affekuranz übersteiget
 daher dem Staate wenigstens anzurathe-
 en, welche er selbst an Subsidien

der Gestalt der Verschreibung, der Verlängerung, Uebertragung, den Ufsätzen, der Bezahlung und Eintreibung von den gewöhnlichen unterschieden ist. Jeder Staat, selbst jeder ansehnliche Handelsplatz hat sein eignes Wechselrecht, nach einer eignen Wechselordnung.

XIII.

Von Handlungstraktaten.

§. 351. Handlungstraktaten sind Verträge zwischen zween Staaten zum Vortheile ihrer wechselseitigen Handlung. Die Gegenstände der Handlungstraktate sind einerlei mit den Gegenständen der äußern Handlung Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr der Waare mit allem, was auf diese drei Zwecke eine Beziehung haben kann; der Schutz der Handelsleute, welche sich bei einer Nation niederlassen, die Bestellung der Konsule, die Errichtung von Faktoreien, Waarenniederlage u. d. gl. Die Grundsätze, nach welchen die Handlungstraktate errichtet werden, sind vollkommen übereinstimmend mit den Grundsätzen der äußern Handlung *): die freie Einfuhr seiner Produkte mit Ausschließung anderer Nationen, mit geringen Eingangsrechten, mit geringern, als die Nebenbuhler in demselben Zweige von andern Nationen, oder wenigstens auf eben den Fuß, wie die begünstigten Nationen; die freie Ausfuhr

*) Versuche über Handels- und Schiffahrtsverträge, von Herrn v. Steff. Halle 1782.

ig bedingen. Wenn Zeit, Umstände, in Ansehung der Nation, mit welcher der Vertrag, die Gelegenheit dazu anbieten, mächtiger Negotiateur den Augenblick zu nützet sich dieser Vortheile, deren sei-
stens auf eine Zeit genießen kann.

§. 352. Die Handlungsverträge müssen in wechselseitigen Vortheile stehen. In Ansehung wechselseitiger Vortheile müssen also auf die Handelsbilanz gegenseitig sie dauerhaft seyn sollen. Diejenige Uebermacht der Waffen zwingt, für die Stärkere giebt, denen der Schwächere gehorcht, als er sich dawider nicht emp-
fiehlt.

§. 353. Wenn eine Nation den günstigen Vortheil sich von andern Staaten Vortheile nicht vorbeistreichen lassen soll; so verbi-

offenbar und unveränderlich sind, die Handelsverträge vielmehr in unbestimmten Versicherungen bestehen zu lassen.

XIV.

Von der Handelsbilanz.

§. 354. Der erste Weg den Fortgang der Handlung und ihre Vortheile und Nachteile zu berechnen, ist die Vergleichung der Ausfuhr einer Nation mit demjenigen, was von andern Nationen bei ihr eingeführt worden. Dieses Vergleichen heißt die Bilanz der Handlung ziehen. Die Bilanz überhaupt genommen, ist eine numerische, und eine Bilanz des Vortheils. Die eingeführten Waaren werden im Einkaufspreis angeschlagen: übersteigt die Summe der Ausfuhr die Summe der eingeführten Waaren, so heißt die Bilanz vortheilhaft, ist das Gegentheil, so heißt sie nachtheilig. Die Bilanz zahlen heißt daher den Ueberschuß des Empfangs in Geld abtragen: Diese Berechnung giebt die numerische Bilanz. Die Bilanz des Vortheils hingegen ist die Berechnung, auf welcher Seite eine größere Zahl von Menschen beschäftigt worden.

§. 355. Die Absicht der Handlung von Seite des Staates ist die Beschäftigung der Bürger zu vermehren. Wenn daher das Bestreben der Nationen dahinausläuft die Bilanz zu gewinnen; so geschieht es nur insoferne, als dieser Gewinn für das

abgeführte Waare eine größere Menge in der Erzielung und in der Frucht, als die eingeführte: es kann also solche Bilanz auf beiden Seiten geben. Bilanz des Vortheils dennoch; die erste kann sogar wider eine noch die letzte für sie seyn *).

Doch kann man mit Grund behaupten, zu zeigen, aus welchen man schließen will, ob die Bilanz günstig, oder ungünstig sey, dürfte schwierig seyn; denn die Zollbücher geben ein Resultat, indem selten, oder vielleicht gar keine Preise angegeben werden, dann auch durch Handelsbande viele Waaren herein und hinausgehen und nicht für jede ausgehende Waare irgend ein Gegenstand in das Land zurückkömmt; auch der Wechsel ist ein sehr unzuverlässiges Kennzeichen, wiewohl durch Wechsel häufig auf einen dritten Stand dann auch Rechnungen, welche die Waaren

§. 356. Die Berechnung der numerischen Bilanz ist unrichtig, wenn der Preis der eingeführten und ausgeführten Waaren überhaupt angesetzt wird. Es ist zu beiden Theilen alles abzuziehen, was an Fracht, Kommission, Stoff, Zugehörwaaren u. d. gl. nicht von, oder an die Bilanzziehenden Staaten bezahlt worden. Um daher eine zuverlässige Vergleichung zu machen, muß jeder Staat erst die besondere und aus diesen die allgemeine Bilanz ziehen. Die besondere Bilanz vergleicht die Einfuhr und Ausfuhr bei einer Nation allein: die allgemeine stellt diese Vergleichung mit allen Nationen an, mit welchen man Handlungsgeschäfte gehabt hat. Die allgemeine Bilanz ist das Produkt, wenn beide Seiten aller besondern Handlungen aufgezogen werden. Man kann gegen eine Nation verlieren, und doch die Totalbilanz für sich haben. Vielleicht hat eben dieser Verlust gegen eine Nation den Gewinn bei der andern unterstützt.

§. 357. Die besondere und allgemeine Bilanz führt diejenigen, welche die Handlung leiten, auf die nähern und eigentlichen Mängel der Handlung; sie weist ihnen eben dadurch auch die nächsten und eigentlichsten Wege an, diesen Mängeln abzuhelpfen; wo die Einfuhr zu vermindern, wel-

Man sehe auch Krüger von Handelsbilanzen in Schrebers neuen Cameralschriften VIII. 90. über die Handelsbilanzen und die nicht verstandene Bedeutung dieses Wortes

in Schedels über Gegenstände der Staatswirthschaft und Handlung. S. 28.

... müssen genügen ...
id Manufaktur-Tabellen, und
ster waren die einzigen Quellen, aus
ich darüber einigermaßen unterrichten

358. Ungeachtet solcher Unzuverlässigkeit
hat man sich dennoch an diese Mittel be-
ruhen, aber diejenigen Thatsachen zu Hülfe ru-
fend, durch welche man zwar nur ein allge-
mein zuverläßiges Urtheil von dem Vor-
theile oder Nachtheile der Handlung fällen kann:
Besatz, die Geldzinsen, die Er-
höhung oder Verminderung der Fracht und
Zuwachs oder die Abnahme der Be-
satz, von jeder dieser Thatsachen ist diejeni-
ge anzunehmen, ohne die man sehr
leicht geräth. Am untrüglichsten zeigt die
Erhöhung oder Abnahme der Er-
satz auch die Vergrößerung, oder Abnahme
... meist das Maß der Beschä

XV.

Von Handlungskollegien.

§. 359. Die Anwendung aller bis hieher erklärten Grundsätze nach den Umständen eines jeden Landes ist der ausübende Theil der Handlungspolitik, die Menge und Verschiedenheit der Absichten, welche zu verbinden sind, die verschiedenen Gesichtspunkte, von welchen die Handlungsangelegenheiten betrachtet werden können, überzeugen von der Nothwendigkeit, die Leitung der Handlung nicht einem einzelnen Menschen, sondern einem ganzen Kollegium zu übertragen, dessen Thätigkeit weit verbreitet genug seyn muß, um alle diejenigen Anstalten zu treffen, welche die Aufnahme der Handlung entweder überhaupt, oder auch oft nur in einem günstigen Augenblicke fordert. Der Name eines solchen Kollegiums und wenn man so sagen darf, seine äußere Einrichtung sind an sich gleichgültig: es kommt vorzüglich darauf an: Wie dasselbe von innen beschaffen? aus welchen Männern es zusammengesetzt seyn? und was in den Umkreis seiner Thätigkeit gezogen werden soll?

§. 360. Wenn ein Staat aus mehreren Provinzen oder großen Bezirken zusammengesetzt ist; so fordert jede solche Abtheilung ein kleines Kollegium, wo die besondern Handlungsangelegenheiten dieses Theils am ersten besorgt werden. Die-

Beschäftigung ihrer Bezirke
ersten Kommerzienstelle einse
erste Kommerzienstelle unterf
ht nur in der Beziehung auf dies
n Distrikt, sondern auf das ganz
d besteht hauptsächlich die Berrichtung
n Kommerzienstelle darinn, daß
il der Provinzen mit dem Vortheile
taates in Verbindung bringe und u
iedenen Theilen des Staates ein Gle
s Vortheils zu erhalten wisse.

§. 361. Zu den Provinzialkoll
r Handelsleute mit Nutzen anzul
nigstens solche, die die Handlung nich
t. Da in diesen untergeordneten Kolleg
: Kenntniß einzelner Theile, aber
d umständliche Kenntniß dieser The
sind hiezu vorzüglich solche Männer zu

der Staat bei dem Handlungsgeschäfte anwenden will, zurückgekommen sind, der Beisitz bei Provinzialkollegien seyn, in welchen sie die besondere Kenntniß von allen Theilen des Staats und gleichsam die Lokalkenntnisse ihrer künftigen Bestimmung erwerben sollen.

§. 362. Die Thätigkeit endlich der Kommerzien-Direktion muß dem Zwecke angemessen, das ist, verbreitet genug seyn, um in den nothwendigen Maaßregeln zur Unterstützung der Handlung kein Hinderniß zu finden. Daß die Oekonomieaufsicht, die Handgewerbe, das Manufakturwesen, die Unterstützungsmittel mithin auch der Handlungsfond, die Belohnungen, daß die Konsulate, die Kauffahrtensschiffahrt, die Affekuranzen, die Merkantilerichte u. d. g. in den Thätigkeits-Kreis der Kommerzienleitung gehören, davon ist jedermann überzeugt; aber die Einrichtung beinahe aller Staaten beweist, daß man in Ansehen der Mäuthe, der Straßen, des Münzwesens nicht der nämlichen Meinung ist. Zum mindesten werden die Mäuthe, als der Leibrieme der Handlung und die Straßenaufsicht mit der obersten Kommerzienstelle zu vereinigen seyn.



III.

Die

S i n a n z.

folgender: daß man mit unendlich großer
der Vermehrung der Staatsbedürfnisse vorz
die Einkünfte zu vermehren bedacht seyn sol

J. J. N o u s s

16

11

10

Schriften

über

die Finanz.

Memoires de Maximilien de Bethune Duc de Sully mis en ordre avec des remarques par M. L. D. L. D. L. Londres (Paris) 1745 — 47. T. III. 4. 1750. Tom. VIII. 12. 1769. Amst. Tom. IX. Avec l'Esprit de Sully par Mad. de St. Vast. Uebersetzt zu Zürich unter dem Titel: Denkwürdigkeiten des Sully in 7 Bänden. 1786.

Wilh. Freih. v. Schröder fürstliche Schatz- und Rentkammer. 3te Aufl. 1752. 8.

Le Financier par Mr. le Chevalier Mouhy à Amsterdam 1757. 12.

Recherches et Considérations sur les Finances de France depuis l'Année 1595 jusqu'à l'Année 1721. à Basle 1758. 2 Tomes. 4.

Mémoires et Considérations sur les Finances d'Espagne à Amsterdam 1761. 2 Tomes. 8.

La Balance générale et raisonnée de l'Angleterre depuis 1660 jusqu'à an 1761. à Amsterdam 1764. 8.

System des Finanzwesens nach vernünftigen auf den Endzweck der bürgerlichen Gesellschaften und auf

[illegible]

1

G r u n d s ä t z e
d e r
F i n a n z.

E i n l e i t u n g.

S. 1.

Die Wandelbarkeit der äußern und innern Umstände eines Staates, welche nothwendig die Wandelbarkeit der Bedürfnisse veranlaßt, das Bestreben eines jeden einzelnen, entweder von der gemeinen Last frei zu bleiben, oder doch davon den kleinsten Antheil zu tragen, die Untreue der Finanzbedienten haben die Verwaltung der Staatsrenten zu einem der verworrensten Geschäfte gemacht. Und es ist hier weniger, als irgendwo erlaubt Fehler zu begehen, ohne die nachtheiligsten Folgen zu empfinden. Um desto nöthiger also ist denjenigen, denen dieser wichtige Theil der öffentlichen Verwaltung anvertraut ist, daß sie von überdachten Grundsätzen geleitet werden, nach welchen die Staatseinkünfte auf das vortheilhafteste etngesoben und verwal-

estanden in den Mitteln, wodurch der (er Bequemlichkeit der Bürger vorgesehene)entliche Leitung in Stand gesetzt wurde die Gesetzgebung, von außen die Vertheilung haben. Es war der Natur des gesellschafts gemäß, daß, um diesen Bedürfnissen zu leisten, die Last, welche zu tragen war, zwischen den Gliedern der Gesellschaft vertheilt wurde. Eine Art für das gemeine Wesen, für die öffentliche Leistung wurde, hieß gemeiner Dienst, und bestand anfangs größtentheils in öffentlichen Dienstverrichtungen, insofern die Umstände dieselben forderten.

§. 3. Obwohl also sich die Bürgerpflichten gegen das gemeine Wesen verhielten, obwohl das gemeine Wesen von den Bürgern zu fordern berechtigt war, so waren die Dienste niemals zum Nachtheile des eig-

liegt in dem nothwendigen Zusammenhange der Mittel mit dem Zwecke, zwischen welchen, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu stehen, keine Absonderung geschehen kann. Der Grund dieser wechselseitigen Verbindlichkeiten und Rechte ist also auch derselbe *M a a ß a b*. Die Bürger verpflichteten sich zu *a l l e n*, aber auch *n u r* zu denjenigen Diensten, die mit dem Zwecke im Verhältnisse standen. Das gemeine Wesen war zu *a l l e n*, aber auch *n u r* zu so vielen Dienstforderungen berechtigt. Die Entrichtungen des öffentlichen Dienstes standen also im *E b e n m a a ß e* mit den *B e d ü r f n i s s e n* des gemeinen Wesens.

§. 5. Nach und nach kam es aus verschiedenen Ursachen von der ursprünglichen einfachen Gestalt beinahe ganz ab. Die Maschine, wenn es erlaubt ist, sich also auszudrücken, ward zusammengesetzter, die Verschiedenheit der Stände nahm ihren Ursprung. Die Bürger konnten nicht, wie ehemals, von ihrem Hausgeschäfte zu dem gemeinen Dienste, von diesem zu ihrem Hausgeschäfte übergehen; ein Theil derselben mußte ohne Unterlaß dem erstern gewidmet bleiben. Hieraus floß die Nothwendigkeit, denjenigen, welche sich entweder freiwillig dazu erboten oder gewählt wurden, für das *M e h r* des Dienstes, so sie über ihren *P f l i c h t a n t h e i l* leisteten, einen *E r s a ß* zu machen, welcher *S o l d* genennet wird.

§. 6. Nunmehr gaben die Bürger, statt zu *a r b e i t e n*. Der Staat empfing statt der ehemals geleisteten gemeinen Dienste *E i n k ü n f t e*, welche die *W e s e n h e i t* desjenigen, an dessen Stelle sie traten, vollkommen beibehalten haben. Der Grund ge-

taats befehlt um davon den n
n gemeinen Dienst zu besorg
wöhnlichen Art des Ausdrucks näher zu
der Folge: der gemeine Dienst, (i
irfaß, die Auslage, die dafür zu
rd, Staatsaufwand heißen.

§. 7. Die Behebung der gemein
zieht zu dem Vortheile beider Theile,
s und des einzelnen Bürgers. :
nkünfte auf das vortheilhafteste b
er: den Vortheil des Staats, für n
nkünfte einzubringen sind, mit dem
rgers, von dem der Beitrag geschieht,
s dieser beiderseitigen Vereinigung er
hraft. Nützliche und Dauerh
nanzverwaltung. Hier durchfrei
scheinbaren Vortheile, wenn man vo
ite die Einkünfte zu vermehre

der Vortheil des einzelnen Beisteuernden darin: daß der Antheil, den er zum Staatsaufwande beizutragen hat, mäßig sey.

§. 9. Die Einkünfte des Staates sind ausreichend, wenn ihre Größe der Größe des Aufwandes angemessen ist, welche der Regent davon zu bestreiten hat: das ist, wenn soviel einkömmt, um es an keiner Anstalt gebrechen zu lassen, die dem gemeinschaftlichen Wohl einen Zuwachs verschaffen kann. Eigentlich schließt das Wort ausreichend nur zwei Gattungen von Aufwand in sich, welche allein die oberste Gewalt von den öffentlichen Renten zu bestreiten berechtigt ist: den nothwendigen und nützlichen. Aber, da auch die oberste Gewalt allein aus dem Zusammenhange der Umstände die Nothwendigkeit und den Nutzen der Anstalten zu beurtheilen fähig ist, so ist die Vermuthung für sie, jede Auslage werde sich auf eine von diesen Gattungen beziehen, wenn gleich die Beziehung sonst nicht deutlich in die Augen fällt.

§. 10. Der Beitrag des einzelnen Entrichtenden zu dem allgemeinen Aufwande mag auf was immer für eine Art geschehen, so ist die Mäßigkeit des Antheils von seiner Seite gegründete Forderung. Unter den Beweggründen zu dem bürgerlichen Vertrage war die Sicherheit des Eigenthums überhaupt; und der Nutznießung insbesondere ohne Zweifel einer der vorzüglichsten Beweggründe. Diese Sicherheit wäre vereitelt, woferne die öffentlichen Anforderungen unbegrenzt seyn könnten.

§. 12. Durch diese Betrachtung geleitet
er den Werth eines von so vielen Schri-
ftenen, und in der Ausübung nur zu
nommenen Finanzgrundsatzes ein zuverlä-
ßen können: daß nämlich die öff-
 Einkünfte beständig vermehre-
 llen. Dadurch wird die Ordnung der
altung ganz über- und umgestürzt.

§. 13. Die zureichende Summe
n Einkünfte ist eine Größe, die sich
s Aufwandes bezieht. Um jene zu
iß diese vorher gefunden werden. Hier
Staatshaushaltung vollkommen von der
Privatökonomie. Bei der Privathaus-
n n a h m e der M a a ß s t a a b , nach
slagen entweder erweitert, oder beschr-
ßen: in der Haushaltung des Staates ist

welche aus der allgemeinen Verwaltung des Staats alle einzelnen Rubriken des Aufwands in eine Summe zusammenzieht, und der Staatsetat, der Staatsaufwandsüberschlag genannt wird. Die Verfassung eines Staats in Beziehung auf den Aufwand muß unter zween Gesichtspunkten angesehen werden: in der ordentlichen und beständigen Lage desselben: d. i. wenn seine Ruhe und Wohlstand von außen und innen nicht bedroht ist; und in der außerordentlichen, worein er sich durch eine entweder gegenwärtige oder nahende Gefahr versetzt findet. Nach Verschiedenheit dieser Lage muß auch der Aufwand verschieden seyn. Die außerordentlichen Vorfälle machen seine Vergrößerung unvermeidlich. Der Staatsaufwandsüberschlag muß also nach diesen wechselseitigen Umständen eingerichtet seyn: der ordentliche enthält den gewöhnlichen, von Jahr zu Jahr wiederkehrenden, und daher sogenannten beständigen Aufwand des Staates; der außerordentliche richtet sich nach der Größe und Beschaffenheit der besondern Vorfälle, die den Staat zur Vermehrung seiner Auslagen zwingen.

§. 15. Der Staatsaufwandsüberschlag zeigt das Bedürfnis. Wenn die Größe des Bedürfnisses bekannt ist, so ist nöthig festzusetzen, auf welche Art der Beitrag zu Bestreitung dieses Bedürfnisses geschehen soll, welches ein Finanzsystem, eine Finanzverfassung entwerfen heißt. Da nach Verschiedenheit des Bedürfnisses ein ordentlicher und außerordentlicher Aufwandsüberschlag nöthig ist, so muß bei dem Finanzsystem eines jeden Staates darauf gedacht werden, zuerst den or-

mittelbar erhoben. Der mittelbar
erhöhet aus dem allgemeinen allen Bür
gerlichen gehörigen Vermögen einen Theil
als einen Hauptstamm aus: dieses
ist zweifache Art: diese überlassenen An
theile machen die insbesondere sogenannter
Lehen, gemeinschaftlichen Güter
in spätern Zeiten, nach Verschiedenheit der
Länder, der Name Güter des gemeinen
Landmannen, Kronsgüter beigelegt w

§. 17. Oder man lehrt seinen Blick
auf die nutzabwerfend, aber zugleich
in der Beschaffenheit sind; daß sie die Be
trachtung der Privatantheile nicht wohl zulasse
: abfallender Nutzen entweder ganz ve
rminet sehr vermindert werde. Man überläßt
ihnen den ersten Gewalt, damit sie davon den ge
hörigen besorge. Die Lage der Länder b

haben, daß dieses Wort zu allgemein, zu weitreichend ist: man hat also den Begriff, durch einen Zusatz näher zu bestimmen gesucht, und sagte Regalien des Fiskus, wenn dadurch der obersten Gewalt auf gewisse nutzabwerfende Gegenstände vorbehaltene Vorrechte bezeichnet werden sollten. Auch diese nähere Benennung ist zu unbestimmt.

§. 18. Der unmittelbare Beitrag wird aus dem Privatvermögen der Bürger entrichtet, wozu sich abermal eine zweifache Art anbietet. Der Grund des gleichen Beitrags aller Bürger ist der gleiche Antheil, den sie an dem Schutze des gemeinen Wesens haben. Hätte aber jemand bei irgend einem Anlasse einen besondern Schutz erhalten, welchen seine Mitbürger mit ihm nicht gemein haben, so sah man es als billig an, daß der Begünstigte nach Maasse des ihm zugehenden Vortheils belegt würde. Dieß ist der Grund der Taxen bei Gerichtshandlungen, Befreiungen u. d. Dieß ist sogar der Grund der Strafgeelder in Beziehung nämlich auf das Rentgeschäft. Es sind zwar zufällige Einkünfte. Aber die Beobachtung mehrerer Jahre hat bestätigt, daß stets solche zufällige Einkünfte eingehe. Eine genauere Beobachtung hat sogar in einer Reihe von Jahren, deren eines das andere überträgt, eine Vermuthung auf die Summe gegründet, und diese erlaubt die zufälligen Einkünfte unter den Calulus der Finanz zu ziehen.

§. 19. Die zweite Art des unmittelbaren Beitrages wird geleistet, wenn die Bürger die Summe, welche der gemeine Aufwand notwendig macht, in An-

sind nur als das Ergänzungsmittel der zwei ersten Quellen der Einkünfte. Heute zwar, wo die Staaten sich so ursprünglich Gestalt entfernt haben, Männen, Regalien und zufällige Einnahme überall der kleinste Theil der öffentlichen Einnahme; aber der Grundsatz bleibt dennoch, dass die Steuern haben zu der Summe des öffentlichen Aufwands nur den abtheil nachzutragen.

§. 20. Der Beitrag zu dem äußeren Aufwande muß nach den mannigfaltigen Einrichtungen seyn, worin sich der Staat, immer aber den Blick von dem Wohlbeyn der Unterthanen unabgewendet, welches unter allen Uebersichten eines jeden Aufwands bleibt. Die Staatsverwaltung, in welcher der ordentliche Aufwand ist, kann zweifach seyn. Der auß-

§. 21. Zu Bestreitung des außerordentlichen Aufwandes, welcher die gewöhnlichen Theilzahlungen erlaubt, geschieht der Beitrag durch den Weg der Steuern. Zuweilen werden auch neue Gegenstände belegt, oder der Staat weiß die Unterscheidungsbegehrde der Vermögenden zu nutzen und sie gegen zugestandene Vorzüge und Titel zu einer Art freiwilligen Beitrags zu reizen.

§. 22. Wenn große Summen mit einemmal nothwendig sind und dieselben durch den Beischuß der Bürger aufgebracht werden mußten, so ist die Beschwerlichkeit in die Augen fallend. Da die Bürger von ihren nur sparsam berechneten Lebensnothwendigkeiten nichts abbrechen können, so wären sie um den geforderten großen Beischuß zu leisten, gezwungen, entweder zu borgen, oder zu veräußern. Es liegt dem Staate seiner eigenen Erhaltung wegen daran, diesen traurigen Folgen zuvorzukommen, wodurch er die erforderlichen Summen mit einemmal erhält. Der Weg des öffentlichen Credits bietet ihm dieses Mittel an, bei dessen Gebrauch er sich zum Schuldner der Staatsgläubiger macht und gleichsam der Gläubiger seiner Unterthanen wird.

§. 23. Manchmal und in dringenden Umständen eines Staates sind die vorhergenannten Mittel entweder zu langsam oder unzureichend. Dann ist der Fall, wo Veräußerungen unvermeidlich sind. Die entbehrlichsten, die beweglichen Güter, die Kostbarkeiten kommen dabei eher an die Reihe, als die unbeweglichen. Sind die Umstände sehr verzweifelt, so sieht sich die öffentliche Verwaltung

§. 24. Eine Menge wichtiger Gründe
Regenten die Behutsamkeit bei dem Fin
sicht, Erfahrung und Treue mehrere
Männer zu vereinigen, mithin die St
ein Finanzkollegium besorgen zu

§. 25. Die Belohnung, welche erwartet
ens die Quelle der Fruchtbarkeit an den
Finanzprojekten, unter welchen
auf angerathene Erpressungen,
nen zu einer Auflage, oder auf unverda
pinste hinausläuft, ohngeachtet dessen
alle Theile der Staatsgeschäfte, auch
heit Vorschläge einzureichen nicht b
n unbenommen seyn, sondern Jederm
h Verheißungen aufgefordert werden. §
Finanzkollegiums sey es dann,
nenen Entwürfe zu prüfen und d
ten davon zur Ausführung zu bring

- I. Das Finanzsystem gefaßt, oder die Richtschnur, wie das, was der ordentliche Aufwand erfordert.
- II. Von Domänen,
- III. Von Regalien,
- IV. Von zufälligen Einkünften eingebracht und was dann noch abhängig ist,
- V. Von Steuern ergänzt; wie weiters der außerordentliche Aufwand
- VI. Von erhöhten oder neuen Steuern, oder
- VII. Durch den Staatscredit bestritten, endlich aber
- VIII. Von Veräußerungen die letzte Hülfe erwartet werde; alles dieses unter Besorgung
- IX. Von dem Finanzkollegium, welchem, neben den gewöhnlichen Geschäften, insbesondere die Untersuchung
- X. Von Finanzentwürfen aufgetragen ist.

I.

Vom Finanzsysteme.

§. 27. Der Aufwand ist der Maassstab der Staatseinkünfte. Dieses aber kann nur mit derjenigen

je und die Kräfte des Staats zu tragen, wird ein Plan festgesetzt, worin die erforderlichen ordentlichen Einkünfte des Staates, von denen Nationalen, gewiß eingeheben und dauerhaft werden. Die Gewißheit und ihre Dauer vereinigen alles, was Finanzsysteme zum Vortheile des Staates und der beitragenden Bürger veranlaßt.

§. 28. Bei Entwerfung eines Finanzplans ist Gewißheit der Einkünfte von zweien Dingen zu nehmen: 1. Gesetze über die Größe und 2. Gewißheit der Zeit. Die Einkünfte nämlich die Summe ungemindert geben, auf die Rechnung gemacht wird; sie müssen zu decken, was der Aufwand zu machen ist.

ben sind, nicht solche gewählt werden, die einer willkürlichen Veränderung unterworfen sind. und III. Daß alles, was unter dem Namen der öffentlichen Einkünfte erhoben wird, auch ohne Verminderung in die öffentlichen Kassen eingehe.

§. 30. Nichts ist leichter und vielleicht nichts ansehnlicher, als große Summen zu befehlen, ein Federzug füllt den öffentlichen Schatz mit Millionen. Das Maas der Möglichkeit wird überschritten, entweder 1. in Beziehung auf den ganzen Staat, wenn die Summe der öffentlichen Einkünfte überhaupt gegen die Staatskräfte zu groß angetragen wird, oder 2. in Beziehung auf die Theile des Staats, wenn in größern Staaten zwischen den Provinzen, in kleinern zwischen den Kreisen nicht das gehörige Gleichgewicht beobachtet wird.

§. 31. Die öffentlichen Einkünfte sind ein unbestimmter, nicht zu großer Theil der National Einkünfte. Der Grund zur Verfassung eines guten Finanzsystems muß daher durch die Kenntniß des Ganzen gelegt werden, davon man einen Theil zu beheben hat. Der Mangel dieser Kenntniß wird beständig einen von zwei Nachtheilen, oder vielmehr beide vereinigt veranlassen: die Ungewißheit, der wievielte Theil zur Bedeckung des Staatsaufwandes zureiche und die Ungewißheit über das Produkt, oder die Summe, welche nach dem auf ungefähr angenommenen Theiler eingeheim wird. Die

§. 32. Die Quellen des Nationaleinkommens: Feldbau und die Industrie, wozu auch das Bergbauwesen mitbegriffen wird, was im Allgemeinen das nationale Vermögen vermehrt. Aber man würde einen wesentlichen Fehler begehen, wenn man die Erzeugnisse dieser Zweige ohne einigen Abschlag zum Nationaleinkommen einrechnete. Die Vorsicht dabei auf eben die Art abzugeben, wie sie bei seinem Privateinkommen vorkommt. Also sind die Nationalerlöse eigentlich das Produkt der nationaler Thätigkeit nach Abzug des Verzehrs.

§. 33. Die Größe der Nationalerlöse entweder durch die politische Berechnung, oder durch eine Verbindung von Urkunden, welche der Finanzverwaltung

Güter der Nation können aus Oekonomietabellen, Grundbüchern und Katastern bekannt seyn: Mit mehrerer Beschränktheit wird das bewegliche Vermögen, oder der Werth der Fabrikate bestimmt, und noch größere findet die Bestimmung des baaren Geldes, welche sich nur auf ein angenommenes Verhältniß des Geldes zu dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen gründen kann.

§. 34. Die Urkunden haben eine bestimmtere Beziehung auf die eignen Quellen des National Einkommens, die Landwirtschaft und Aemsigkeit; Sie sind die Grundbücher, Katastra und Oekonomietabellen, die Manufakturtabellen, die Bergwerkstabellen, die Münzregister und die Mauthregister. Die Grundbücher und Katastra vereinbart mit den Oekonomietabellen, geben das Produkt der Landwirtschaft, die Manufakturtabellen geben das Produkt der National Aemsigkeit, durch welche der Werth des Stoffes, den die Landwirtschaft erzelet, einen neuen Zuwachs erhält; die Manufakturtabellen verglichen mit der Ausfuhr nach den Mauthregistern giebt die Größe des National umsatzes. Die Bergwerkstabellen und Münzregister geben den Zuwachs an den Nummern von Innem, die Mauthregister geben die Ausfuhr an landwirthschaftlichen und Kunstprodukten, mithin den Zuwachs an Baarschaften von Außen. Zugleich geben sie die Einfuhr von daher; mithin auch, was von dieser Seite wieder an ausgehender Baarschaft abziehen kommt. Alles, was wahrhaft Nationaleinkommen ge-

Staaten an sie für Schulden dieser Art

§. 35. Durch diese Kenntniß geleitet, wird die Finanzverwaltung in Stand gesetzt, zu wievieler Theil des Nationaleinkommens die Deckung des öffentlichen Aufwandes ausreicht: und hieraus weiter: ob die zu beschaffenden Einkünfte mit den allgemeinen Einkünften des Landes in dem gehörigen Verhältnisse stehen? In dem Staat, wie in dem physischen hat je Zeichen. Da die Verbesserung der Wirtschaft, die Aufnahme der neuen und der Fortgang der Handlung durch die Beschwerlichkeit der Abgaben, so kann mit Zuverlässigkeit von dem Zustande dieser drei Zweige ein günstiges Verhältniß, und so umgekehrt gezogen werden.

selben von außen, 4. nach den in einer Provinz angelegten Manufakturen, und der Ausfuhr der Manufaktur erzeugnisse: eigentlich also 5. nach der Größe ihrer Ausfuhrhandlung und den Geldzuflüssen. Die Summen aller dieser Rubriken zusammengezogen, geben den Empfang. Auf der andern Seite hingegen muß in Betrachtung kommen, was durch die Einfuhrhandlung, oder auf andere Art an Baarschaft ausfließt, und als Ausgabe und dem Empfange abzuziehen ist. Nur, was nach diesem Abzug übrig bleibt, kann für die Summe angenommen und ein Theil davon als Provinzialbeitrag zu den allgemeinen Staatseinkünften eingehoben werden.

§. 37. Die Größe einer jeden Provinz muß der Regierung aus genau gezeichneten Provinzialkarten bekannt werden. Die Fruchtbarkeit ist entweder die mögliche, oder wirkliche. Die mögliche Fruchtbarkeit kommt auf die Beschaffenheit der Scholle an. Die wirkliche Fruchtbarkeit ist der Grad der Vollkommenheit, worinn sich die Landwirthschaft der Provinz nach Maaß ihrer Bevölkerung, nach der Hoffnung des Absatzes und anderer Ermunterungen befindet. Die Polizei kann bei der allgemeinen Magazinirung und die Oekonomieansicht zur Beförderung der Landwirthschaft diejenigen Tabellen nicht entbehren, die der Finanzverwaltung über die letzte Gattung, an der sie allein Antheil nimmt, das nöthige Licht geben werden.

§. 38. Jede auf andere Art berechnete Größe der Provinzialeinkünfte wird in dem Verhältnißsage

an, so wäre die erste größtentheils
gechnet.

Auch andere Geldflüsse, als in
Handlung kommen, sind vermögens-
reicher Provinzialeinkünfte ansehnlich.
Die hauptsächlichsten sind die Ausb-
gwerke, die Besoldung der St-
n, die Verzebrung der in einer P-
en Soldaten, die Verzebrung
en, die ihre Einkünfte entweder aus
t desselben Staates, oder ganz aus fre-
en hereinziehen und die Zinse, die ab-
aus den Nationalbänken, od-
rtigen an die Provinz bezahlt werden
uflüssen an Bärtschaft muß entgeg-
werden, was an Geld auf was hin-
ausfließt. Unter den Wegen des Ge-
a ist der schädlichste, aber sehr gemein

hung auf Finanzüberschläge, unter sich als getrennt angesehen, werden; nicht wie Theile die unter sich Beziehung haben, sondern jede als ein für sich bestehendes Ganzes: wie Ausland gegen Ausland, oder Staat gegen Staat. Wird nun der Stand der Einkünfte auf gleiche Art von allen Provinzen behoben, so erhält man eine Bilanz des Numerären, oder das Verhältniß, in welchem die Provinzen gegeneinander in Ansehen der freilaufenden Geldmasse stehen. Dieses Verhältniß muß die Richtschnur zur Untertheilung des Provinzialbeitrags seyn, und die Regel der Untertheilung ist: die wechselseitigen Größen der beizutragenden Antheile sollen sich gegeneinander verhalten gleich dem wechselseitigen Geldempfange der Provinzen.

§. 41. Der Beweis dieser Regel liegt in dem einfachen Rechnungssatz: daß die Auslage den Empfang nicht übersteigen kann. Vielleicht aber wird er einleuchtender, wenn die traurigen Folgen vor Augen gelegt werden, welche die Ueberschreitung dieser Regel unabänderlich begleiten. Die Entkräftung einer Provinz, bei der die Anlage nicht nach diesem Verhältnisse ausgemessen ist, läßt sich von Stufe zu Stufe vorzeichnen, und der Zeitpunkt mit Zuversicht bestimmen, wo sie ganz zu Grunde gehen muß.

§. 42. Wenn die Last der Entrichtungen die Seltenheit der Baarschaft in einem Lande veranlaßt, so muß diese Seltenheit ordentlicher Weise bei derjenigen Klasse anfangen, die davon keinen Ueberfluß hat, also

der Provinzialverzehrung & a. v. v. v.
Bieh, von Geräthschaften, von Ausf
zur Bestreitung der Entrichtung verka
u leben, verzehrt werden muß, bleiben
it: es entstehen auch eine Menge üble
länder:--

Den Verfall der Landwirthschäf
Verfall der Manufakturen. Der
nd, wie der schwache, dieser zween. B
samkeit wirkt aufeinander stets wechselse

Mit sehr geringer Aufmerksamkeit lä
ien, daß das Uebel, so die Provinzen:
icht nach der Bilanz des Geldes
ien Grund in dem gestörten Kreis
daß hingegen, wenn die Bilanz de
Maßstabe der Untertheilung angen
e Provinz, welche den ordentlichen
mohin also

M a n u f a k t u r e n in den Provinzen, durch Zurückhaltung der Vermögenden auf ihren Gütern, und wenn sonst keine mächtigeren abhaltenden Beweggründe vorhanden sind, durch die veränderte, und den Provinzen unjährlig gegönnte Gegenwart der Regenten kann erhalten werden.

§. 46. Was zu der Summe der öffentlichen Einkünfte von Staatsgütern, von sogenannten Regalien und zufälligen Einkünften abgängig ist, muß durch Abgaben ergänzt werden. Welche Art von Abgaben auch gewählt werde, so müssen dabei immer gewisse Gegenstände der Behebung im Ganzen oder zum Theile als Grundlage dienen. Die Gewissheit der Staatseinkünfte in Ansehung der Größe hängt von der Wahl dieser Gegenstände ab; der Irrthum kann in der Zahl der Gegenstände, oder in ihrer Eigenschaft begangen werden.

§. 47. Wenn die Zahl der Gegenstände, von welchen die Abgaben gehoben werden sollen, so groß ist, so werden die Behebungsanstalten vergrößert, welches mehr noch der Dauer, als der Gewissheit der Staatseinkünfte zum Nachtheile gereicht: aber bei den Vorschlägen, die ganze Summe der Abgaben auf einen einzigen Gegenstand zu legen, zu welchen die Vereinfachung der Behebung verleitet hat, mußte die Unsicherheit nicht weniger die unfehlbare Folge seyn. Keine Verzehrung ist gewisser, als die des unentbehrlichen Bedürfnisses des Kornes oder Brodes. Eine auf diesen Verzehrungsgegenstand gelegte Abgabe fällt also als die gewisste anzu sehen seyn, und doch ist sie in Ansehung der

Summe nicht zuverlässig. Die Gewißheit
daher fordert also eine Vertheilung auf
verschiedene Gegenstände.

Dieselbe Ungewißheit, welche bei den
verschiedenen Gegenständen zusammengezogenen Einkünften
vorhanden ist, wird auch jede Finanzverfassung ver-
ursachen, welche zwar die ganze Summe auf mehrere
Gegenstände vertheilet, aber in der Eigenschaft irre-
gelmäßig, oder gänzlich, oder theilweis auf
verschiedene Gegenstände gründet, die einer willkürlichen
Veränderung ausgesetzt sind. Von diesem Gesichtspunkt
muß eine der wichtigsten Fragen untersucht
werden, nämlich: ob die Bedürf-
nisse der Gemächlichkeit und Ueber-
flüssigere Gegenstände sind, um
das Ganze oder einen wichtigeren
Theil der Ausgaben zu gründen. Die Ge-
richte der Finanzrechnung, in welcher Beziehung

Gewißheit der öffentlichen Einkünfte; so viel es thunlich ist, über allen Zweifel wegzusetzen, muß zu der nach dem Bedürfnisse ausgemessenen Summe noch so viel geschlagen werden, als man für ausreichend hält, den Abgang durch unvorhersehbare Zufälle zu ersetzen.

§. 50. Die öffentlichen Einkünfte können nicht unmittelbar in die Staatskasse geliefert werden. Die Gewißheit der Einkünfte verlangt daher die möglichste Vorsehung gegen Veruntreuungen und Mischereien derjenigen, welche mit der Einnahme der Staatsgelder; mit ihrer Verwahrung, mit ihrer Verwaltung beschäftigt sind. In dieser Absicht muß man zu verhindern suchen, daß Niemand an den Staatskassen eine Untreue begehen wolle und daß Niemand dieselbe begehen könne. Wenigstens muß die Begehung jeder Untreue, so sehr es möglich ist, erschwert werden. Das erstere fordert, daß eine vorsichtige Wahl in Besetzung der Aemter getroffen; daß die Beamten anständig besoldet; gegen die Veruntreuungen Strafen festgesetzt und an den Beträgen ohne Nachsicht vollstreckt werden. Das zweite wird durch Eide, niedergelegte Sicherheitsgelder, Gewährungsgelder, sogenannte Cautionen, durch öftere und genaue Kassennachsuchungen und eine wohl eingerichtete Staatsberechnung zu erhalten gesucht.

§. 51. Die Gewohnheit der Amtseid macht die falschen Eidschwüre zahlreicher, und setzt dem Verderbnisse keine Schranken. Der Mann von Redlichkeit hat keines Eides nö-

einem sichern Einflusse, weil der Beamte unter solchen Umständen eine geschwinde Entdeckung zu befürchten hat. Diese Untersuchung muß auf keine Zeit festgesetzt seyn. Bei Kassen, wo Gewährung der üblich sind, sollen die Untersuchungen nicht länger ausgesetzt werden, als solange die niedergelegte Summe der Kasse zur Bedeckung dienet. Große Kassen, vorzüglich diejenigen, worauf von mehreren Orten Anweisungen geschehen, werden auch gewöhnlich unter mehreren Schlössern gehalten, wozu verschiedene Beamte die Schlüssel haben, daß also einer ohne dem andern keine Zahlung leisten kann.

§. 54. Die Gegenstände der Staatsrechnung sind: Einnahme und Verwendung, aus deren Vergleichung sich der Vorrath der Staatsgelder zeigt. Die Form der Staatsrechnung mag an sich selbst als gleichgültig angesehen werden: diejenige wird vor den übrigen den Vorzug verdienen, welche folgende wesentliche Eigenschaften vereinigt, woraus für den Staat die genaueste Sicherheit entspringt. Kürze, Klarheit, Leichtigkeit, das Ganze und die Theile augenblicklich zu übersehen und eine beständige Kontrolle. Die Kontrolle wird vorzüglich dadurch erhalten, wenn ein Rechnungsgeschäft bei mehreren Beamten dergestalt durchläuft, daß die Theile aufeinander eine Beziehung haben, nach welcher auf die Genauigkeit oder Ungenauigkeit der geführten Rechnung gefolgert wird.

§. 55. Die Gewißheit der Einkünfte in Beziehung auf die Zeit hängt von Bestimmung gültiger Einkünfterminderungen und der Währung

56. Eine pünktliche Einhebung ist, wo im Verzögerungsfalle sogar Hilfe gerufen wird, um die ausgemessenen nach den festgesetzten Fristen ein ist für den Staat, der seine Auslagen nicht eingetheilt hat, als er den Einfluß erwartet, unentbehrlich und heilsam für baren Bürger.

57. Die Dauer der Einkünfte im Verlande ist. Gewißheit der Ein die folgenden Jahre, sie berubet erminderten Beitragsfähigkeit, gemeinen des Staats und der befa einzelnen Entrichtenden. Die allg :agsfähigkeit ist aus zwei Größen zu t: aus der Zahl derjenigen, welche icken Last betraagen und aus dem Antbei

wärtig entrichtet, oder bei einem außerordentlichen Bedürfnisse entrichten kann, hängt von dem Einkommen ab, welches auf die Erwerbung durch Beschäftigung gegründet ist. Der zweite Theil der allgemeinen Beitragsfähigkeit enthält zugleich die Beitragsfähigkeit des einzelnen Entrichtenden. Wenn also eine von beiden Größen in Abnahme geräth, so wird die Summe der allgemeinen Beitragsfähigkeit auf gleiche Art vermindert. Hieraus werden zweien der wichtigsten Finanzgrundsätze, die bei jeglicher Finanzunternehmung als der Prüfstein anzusehen sind, abgeleitet: I. Alle Einkünfte, welche nach ihrer Gattung, Größe oder nach der Art, sie einzubringen, mittelbar oder unmittelbar, auf die Beschränkung der Bevölkerung wirken können, sind schädlich: II. Alle Einkünfte sind schädlich, welche die Verminderung von irgend einem Zweige der Beschäftigung veranlassen, sei es nun, daß sie der Arbeitsamkeit nicht Kräfte genug lassen, um die Unternehmung fortsetzen zu können, oder auch nicht Ermunterung genug um sie fortsetzen zu wollen.

§. 59. Je mehr die Entrichtenden in dem Betrage zu der öffentlichen Last geschonet werden, desto leichter wird es ihnen auch durch folgende Jahre ihre Entrichtungen fortzusetzen. Die besondere Beitragsfähigkeit und die Entrichtungen stehen also in einem entgegengesetzten Verhältnisse. Mitbin, um die Beitragsfähigkeit unvermindert zu erhalten, muß I. die Summe der öf-

enden ausgemessen werden.
ndigkeit: zureichender öffentl
darf bei diesen Betrachtungen nie: aus
lassen werden.

c Die Summe der öffentlichen Einkünfte
en in der Absicht größer angenommen
chtung auf einen unveränderlichen Fuß
von man große Vortheile erwartet. Um die
derlichkeit in den Einrichtungen
zu bringen, muß die Summe der Ein
l. ordentlichen jährlichen Aufwand
heil enthalten, welcher bei Seite geles
eine Vorrathskasse gesammelt wird, di
dentlichen Aufwände, wenn die Notwen
sich ereignet, zur Bedeckung dienen mög
lchen Verfassung glaubt man sich einen
n Nutzen zu verschaffen. Erstens, d
... Münzer bei seinen Erzeugnissen im

§. 61. Eine nähere Prüfung würde den Schein dieser Vortheile ohne Zweifel haben verschwinden lassen. Erstens ist die Einnahme, welche man dem Bürger in seinem Preisüberschlage verheißt, nur eingebildet. Zweitens fällt niemandem ein zu läugnen, daß die Größe der Entrichtungen zwar oft ein notwendiges, aber doch immer ein Uebel sey. Drittens ist die Gemächlichkeit der kleineren Zahlungen zu den außerordentlichen Aufwänden sehr vortheilhaft, gehalten gegen große mit einem mal zu leistende Zahlungen: aber es ist gleichwohl immer vortheilhafter, nicht, als in noch so vielen Theilen zu zahlen.

§. 62. Ein unter allen Umständen unüberänderlicher Entrichtungsfuß ist also unmöglich; und wäre er auch möglich, so würde er immer nachtheilig seyn, da er die Entrichtungen beständig auf einen hohen Fuß erhalten müßte. Zudem würden öftte und plötzliche Abänderungen der Entrichtungen ebenfalls nicht weniger schädlich seyn. Es ist daher bei Entwerfung eines Finanzsystems immer notwendig für die ordentliche Lage der Umstände einen beständigen Entrichtungsfuß festzusetzen, der wenigstens so lange, als diese Umstände nicht wechseln, unverändertlich erhalten werde. In dieser Absicht wird schon im Aufwandüberschlage auf die meistens sich oft ereignenden Fälle zu denken, und die Bedeckung dazu vorzubereiten seyn.

§. 63. Die Summe der öffentlichen Einkünfte kann mittelbar durch die Erhebung vergrößert werden. Um also die zu Bedeckung des Staatsaus-

re, entweder auf den un-
 anzigen Bezirken eine bestimmte Summe
 Untertheilung auf das einzel-
 er den Grundobrigkeiten, oder
 Gegen den selbst überträgt; oder
 ine Einkünfte pachtweise, welches
 icerlei Weise geschehen kann: die Päch-
 ine gewisse Summe an den Staat,
 räumten Rechte dieselbe von den Unter-
 igner Untertheilung wieder ein-
 sie schießen die Summe der Staats-
 aber sind in der Wiedereinhebung an
 e Vorschrift gebunden. Das erstere
 ung ohne allen Zusatz genannt: das zwei-
 te Pachtung, weil sie in einem ge-
 aus der Pachtung und eigenen Be-
 ammen gesetzt ist. Die eigene Behebung
 Landesfürstliche Einnahmer mit ode-
 n Antheil. Die verschiedenen Einkünfte
 Grundobrigkeitlich

folgendem Grunde bewogen werden, weil den Grundeigenthümern, die das Vermögen ihrer Grundfassen genauer kennen, vorzüglich daran liege, ihre Grundfassen sämmtlich in aufrechtem Stande zu erhalten, welches für sie noch ein Beweggrund mehr zu einer ebenmäßigen überdachten Untertheilung seyn müsse.

§. 65. Diese Ursachen sind nicht zureichend, die Untertheilung in die Hände eines andern, als des Staates zu übergeben.

§. 66. Uebrigens ist es ein wesentlicher Fehler der Finanzverwaltung, wenn ihr die Gegenstände, worauf sich die Entrichtungen gründen, so weit es nöthig ist, nicht selbst bekannt sind. Die Entrichtungen des offenen Landes, von denen hier vorzüglich die Rede ist, können überhaupt nur zween Gegenstände haben, die Grundstücke und die Gewerbe. Wenn man die Untertheilung der Entrichtung an die Grundobrigkeiten überlassen würde, so wäre bei dieser Behebungsart immer die Gefahr verknüpft, daß sie bei dem an sie überlassenen Untertheilungsrechte sich selbst frei machen, und ihren Antheil auf die Grundfassen einzurechnen suchen werden. Vielleicht daß sie damit allein nicht zufrieden sind, sondern noch einen Zuschuß zu ihrem Vortheile nicht vergessen, die Gelegenheit wenigstens ist sehr günstig und überhaupt alles zu befürchten, was eine willkührliche Einnahmegatt, von welcher bald zu handeln seyn wird, Nebels nach sich ziehen kann.

neren Geschäfte der Beitragspflichtigen ge-
ß ist nicht zu läugnen, daß diese Bebel-
ehendes hat, allein bei näherer Unter-
an gewahr werden, daß bei Abgaben, wo
ind eine genaue Bestimmung ausf-
o, die Entpflichtungsanttheile we-
e Selbstbelegung nur Bemän-
rungsfehlers ist, die ihn weder bessert, n-
eiligen Folgen desselben hindert *). In
efasten Finanzsysteme wird also die
gung: allenfalls nur bei Untertheilung d-
s Feuer- oder Witterungssch-
wendung finden.

§. 68. Die Meinungen, welche, wie
richt, schon zu seiner Zeit sehr getheil-
s für den Staat nützlich er-
ünfte zu verpachten, oder selbst
ar? sind mindestens in der Ausübung n

solcher Wichtigkeit auf sich zu nehmen, der Gewinn ist. Man kann von diesem Satze ausgehen, um zu zeigen, daß die Pachtungen überhaupt aus folgenden Gründen zu verwerfen seyen.

§. 69. Die Pachtung ist die Einhebungsart, welche dem Staate am theuersten zu stehen kömmt, und der Gewinn des Pächters ist Verlust für den Staat *).

§. 70. Der Gewinn der Pächter ist nicht die einzige Vergrößerung, die dem Staate zum Nachtheile gereicht: auch die Verwaltung der Pachtungen ist von einer Weiträuftigkeit, die man sich kaum zu denken fähig seyn würde, wenn das einstimmende Zeugniß der Schriftsteller in diesem Stücke nicht für einen desto sichereren Beweis angenommen werden müßte, da es Leuten, die nicht selten Minister und Prinzen

*) Die französischen Schriften sind voll von Klagen dieser Art. Sully behauptete an mehreren Stellen: daß die Pächter, wenn sie 30 Millionen gaben, 100 Millionen eingenommen haben. Auch Don Michael von Se-bala beweist in einer dem Könige von Spanien Philipp V. im Jahre 1734 überreichten Vorstellung, daß die Provinzialeinkünfte, welche für 7 Millionen Thaler verpachtet waren, nach einem auf die allgemeine Verzebrung gegründeten und sehr mäßigen Ueberschlag 76 Millionen eingetragen haben müssen. Wahrscheinlich haben diese und ähnliche Vorstellungen in ganz Europa mitgewirkt, daß fast alle Regierungen das Pachtungssystem wenigstens bei den Hauptrenten des Staats abgeschafft haben.

Die Hauptschriften gegen die Pachtung sind: La suppression de la ferme générale — le Financier patriote — Considérations sur les Finances d'Espagne.

ächters Preis gegeben wird, und von demselben Umständen, welche die Entrichtung unmöglichst beschwerlich machen, keine Rücksicht zu nehmen hat.

§. 27. III. Die Pachtung setzt den Verfall der Gefahre aus, den Feldbau, die Ueberwindung, die ganze Klasse der Arbeit zu Grund zu richten. Wäre es auch nur allein, so sollte diese jeden Staat schwächen. Denn es braucht zu Zugrundsrichtung der Erwerbszweige nur wenige Jahre, aber viele Jahrhunderte, dem Verfall des Feldbaus durch die Handlung wieder abzuhelfen.

§. 73. IV. Auch noch andere, geringere Gefahren können durch die Pachtung entstehen, die aber zuletzt die Zugrundsrichtung der Nationalbeschäftigung ausgleichen. Es ist möglich, daß die Pachtung

heit hoffen läßt, als die davon abfallenden Mauth-
gebühren.

§. 74. V. Die Vortheile die man sich von
den Pachtungen verheißt, sind entweder
keine Vortheile, oder können auch bei der ei-
genen Behebung des Staates erhalten
werden. Der wichtigste und allgemein angeführte
ist die Gewißheit der Einkünfte. Die Päch-
ter, spricht man nämlich, setzen dem Staat eine ge-
wisse Summe fest, da bei der eigenen Behebung
das Produkt nur erst von dem Ausgange erwartet
werden, mithin die Bedeckung des Bedürfnisses un-
sicher bleiben müsse. Auf diese Summe hätte, was
auch immer für Umstände sich ereignen mögen, der
Staat zu rechnen. Der große Vortheil der Pächter
bestehe ferner in der Genauigkeit, womit sie die ih-
nen überlassenen Gefälle zu verwalten, und alle Klei-
nigkeiten zusammen zu halten wissen. Zuletzt endlich
bereite sich der Staat an den Pächtern auch eine
Hülfsquelle in Fällen eines außerordentlichen Auf-
wandes: ihre Kasse oder ihr Kredit wären für
ihn eine zuverlässige Zuflucht, wovon Frankreich be-
ständig und selbst unter der gerühmten Finanzverwal-
tung Sulzys das beweisende Beispiel gegeben habe.

§. 74. Was den Verfechtern einer Meinung, bei
welcher die eigene Ueberzeugung versagt, meistens be-
gegnet, daß sie sich auf Gründe werfen, die gegen sie
selbst gebraucht werden können, geschieht auch hier.
Hätte man wohl überdacht, daß, indem man die Ge-
wißheit der Einkünfte nur durch die Pachtung zu
erreichen, als möglich ansieht, indem man den Päch

den vielen Wegeſten die ihm ſein Ziel
d giebt, oder doch einzufammeln, die
häft, weniger möglich ſeyn?

§. 76. Man wird wenigſtens keinen ve
nd angeben, warum dem Staate und
en nicht eben die genaue Kenntniß d
de, nicht dieſelbe Sparſamkeit in
zung möglich wäre. Was Menſchen kö
Pächtern beſoldet werden, werden Me
, die vom Staate beſoldet ſind, wenn
bei der Wahl derſelben auf die Geſchick
lichkeit ſieht, und ſie durch gleiche Mitt
chtung ihrer Pflicht anhält. Wenn der
en Beamten dieſe Fähigkeit vermißt, ſi
Pächter ſelbſt zu ſeinen Beamten

) Die Pachtungen hatten zur Entſcheidung d
ſeiten in Pachtungsfällen in den Provinzen
nannte Kammern. Die Kammer vor

§. 77. Das Hilfsmittel endlich, das sich der Staat durch die Pachtungen zu bereiten glaubt, ist das traurigste in der Welt. Es ist der Fall eines Spielers, der an jemanden sein ganzes Vermögen verliert, um von ihm einen Theil im Nothfalle zu borhen. Eben das die Pächter selbst so beträchtliche Vorschüsse zu machen, oder Kredit zu schaffen fähig sind, dieß beweist, wie ungeheuer ihr Gewinn vorher bereits müsse gewesen seyn. Und diese Hülfe ist für den Staat, auf welche Art sie ihm geleistet werden mag, immer die kostbarste und beschwerlichste.

§. 78. Wird der Pächter nur mittelbarer Gläubiger und gleichsam Bürge, so vergift er immer nicht, auch in diesem Falle zureichende Sicherstellung zu nehmen. Alles läuft zuletzt auf den Wechselfall hinaus. Ist der Staat fähig dem Anleihen Sicherheit zu verschaffen, so kann er die Vermittelung der Pächter entbehren; und ohne Sicherheit wird und kann die Vermittelung der Pächter wenig nützen. Die gewisseste Zuspflucht und dauerhafteste Quelle in dringenden Bedürfnissen des Staates sind unerschöpfte Unterthanen.

§. 79. Um die Pachtungen von diesen Fehlern zu reinigen, und ihnen eine andere weniger bedenkliche Gestalt zu geben, schlug man eine gemischte Pachtungsart vor. Mich dünkt, schreibt Davenant: es sey sicher, mit den Unternehmern gleich Anfangs über eine gewisse Behebungsart einzuwerden, wofür man ihnen überhaupt eine Summe bestimmt, und darüber noch eine Belohnung für das,

den sein soll, so ist es vielleicht nur darin
ierung dadurch sorgloser, der Pächter
wegen er gemacht wird, unter dem Sc
rechtigkeit das Volk zu drücken, welches
einem gewissen Verstande selbst die Freiheit
benommen ist.

§. 80. Erstens: die vielfältigen
t, denen der Staat bei fremden Päch
st ist, besonders des für die Nationalhai
theiligen Schleichhandels sind durch dies
g nicht verschwunden; der Staat raubt si
s das Vermögen den Dürftigen die Er
n zu machen, ohne die sie unvermeidlich
ichtet werden. Der Gewinn des Pächte
ittens nicht weniger Belästigung des E
, und ein Verlust für den Staat. Wie
rtens von Menschen, deren einziger
en Gewinnantheil zu vergrößern, sich verhe

§. 81. Was von den Pachtungen der Staats Einkünfte überhaupt gesagt worden, hat seine Anwendung auf die Pachtungen einzelner Theile mehr oder minder, nach der Wichtigkeit und dem Umfange des den Pächtern überlassenen Theils, wo also das Pachtungssystem angenommen ist, oder nicht aufgehoben wird, ist man berechtigt zu argwohnen: entweder, daß die Pächtern durch Verbindungen die der Eigennutz knüpft, durch Darlehen eine mächtige Parthei in ihren Vortheil zu ziehen gewußt haben, welche in den Berathschlagungen die Oberhand behält: oder daß das Ministerium im Stillen an dem Gewinn Antheil hat: oder endlich, daß ein Minister alles unter seine Gewalt zu ziehen, und sich durch Pachtung die Uebersicht eines Zweiges von so verbreitetem Umfange zu erleichtern strebt.

§. 82. Die eigene Behebung des Staates ist die Verwaltung eines liebenden Hausvaters, der seine Einkünfte mit Sparsamkeit und Ordnung selbst einbringt, und wobei allen Uebeln ausgewichen wird, welche die Pachtungen nach sich ziehen. Die Staatsbehebung, wo demjenigen, welchem sie übertragen ist, ein Antheil zugestanden wird, hat zuviel mit den Pachtungen gemein, als daß man den von der eigenen Behebung des Staates geäußerten günstigen Begriff darauf anwenden könnte. Der Name ist verschieden, aber der Sache nach ist es gleichsam vermischte Pachtung, und im Verhältnisse alles darauf anwendbar, was von der letzten ist gesagt worden. Bei gleicher Absicht ist der Staat gleichen Gefahren ausgesetzt: und das Volk gleichen Ueppigkeiten und Plagerie.

Störung des Innern der Familie
auf dem kürzesten Wege, und
der zureichenden Zahl der Beam-
ten. Das erste ist nothwendig um auch
Seite dem Willkürlichen in der
g vorzukommen: es soll bei dem bestän-
digen Auftragsfuße jedermann bekannt seyn,
was hat: der Staatseinnnehmer habe mehr
zu thun, als einzubehalten. Um allen Vorkräuden
den Weg abzuschneiden, wird es nützlich
sein: Einnnehmer mit Staatsquittungen
Abgabe bemerkt ist, zu versehen, welche
Einnahmen gegen Erlag des Antheils zu
kommen. Der kürzeste Weg endlich ist best
derste und am wenigsten kostbareste. In
den Fällen werden desto mehr gehindert,
Einnahmen fassen und Beamten sind,
Einnahmen fallen dem allgemeinen Aufw
der zur Last.

wahrnimmt: angemast, wenn man sie auf irgend ein Recht, Herkommen, auf Verträge u. d. gl. zu stützen sucht; ertheilet endlich von der obersten Gewalt, als eine Befreiung. Im Allgemeinen vermindern die Ausnahmen die Beitragsfähigkeit, weil sie die Zahl der Beitragenden vermindern. Die widerrechtliche Ausnahme ist im eigentlichsten Verstande ein Diebstahl an dem gemeinen Wesen oder an den Mitbürgern: bei einem Finanzsysteme; wo nach geläuterten Grundsätzen nur Gegenstände der Belegung gewählt sind, die eine genaue Bestimmung zulassen, kann es dem Staate an der Kenntniß und der Uebersicht nicht fehlen, welches eine Befreiung zu erschleichen unmöglich macht. Der Gutheer oder die Magistrate können sich von den Entrichtungen ausnehmen und ihren Antheil den Gemeinden aufdringen, aber nur, wo der Entrichtungsfuß nicht in Ordnung und der Maassstab des Beitrags nicht jedermann bekannt ist. Auf eben diese Art sind Ausnahmen bei eingeführten Pachtungen zu besorgen; wogegen das Verwahrungsmittel schon angezeigt worden, nämlich die Aufhebung der Pachtung.

§. 85. Es sind Stände im gemeinen Wesen, die auf die Ausnahme von der Beitragspflicht, als Anken ihnen gebührenden Vorzug ansprechen, der Adel, die Kleriken, die Gelehrten. Da die Beitragspflicht aus der Natur des bürgerlichen Vertrags entspringt, so ist sie allgemein in Ansehen aller, auf welche dieser Vertrag sich erstreckt, das ist, in Ansehen aller Bürger. Nun gestehen die Stände, welche eine Ausnahme fordern entweder ein, daß sie Bürger

sich gleichfalls, von der Verbindlichkeit, sie
ien, los sagt. Doch sie erkennen wohl al
daß sie unter der Pflicht des Beitrags, als Z
hen, man glaubt aber, daß die Dienste, i
gemeine Wesen von diesen Ständen erhält,
solchen Beschaffenheit sind, um ihnen sei
vorhinein zu vergelten. Diese vorzügli
: von Seite des Adels wären die Vert
ng, welche einst seine besondere Sache war,
der Kleriken der Religionsdienst,
der Gelehrten der Nutzen, den sie dem
Wesen durch ihren Unterricht schaffen. B
sondere Vortheil, den der Staat von einem S
pfängt, ein Grund zur Ausnahme werden mi
te jeder Stand im Staate den seinigen a
l.

86. Ungeachtet die Verteidigung
es nicht mehr von dem Adel allein übernon

durch welche gerade der vermögendste Theil sich dem Beitrage entzieht. In Ansehung des **Herkommens** ist die Sache keinen großen Schwierigkeiten unterworfen: jedes **Herkommen**, das keinen zu Recht bestehenden Grund hat, fällt von selbst hinweg, und bei der von Alters hergebrachten Ausnahme des Adels läßt sich kein solcher Grund auführen, da die **Verteidigung** des Staates, wotaus die Ausnahme entsprang, aufgehört und der Staat sie nun selbst über sich genommen hat. Bedenklicher ist es, wo ein Staat sich auf **Verträge**, die mit dem Regenten geschlossen worden, berufen kann. Die Gültigkeit dieser Verträge in Zweifel ziehen, hieß einen Vorwand an die Hand geben, alle **Grundgesetze** eines Staates über den Haufen zu werfen, die an sich selbst auch nur Verträge zwischen dem Volke und dem Thronwerber sind. Die Auseinandersetzung dieser Grundsätze gehört in den Bezirk des **allgemeinen Staatsrechts**. Aber es ist immer gewiß, daß ein **Vertrag** mit einem Theile der Nation zum Nachtheile des andern sehr ausgesetzt seyn muß, angefochten und nicht selten aufgehoben zu werden.

§. 87. Die **Kleriken** entrichtet ihre Abgaben mit derjenigen Bereitwilligkeit, mit welcher sie ihren Mitbürgern in allen übrigen Pflichten gegen den Staat und sein Oberhaupt zum Beispiel dient. Aber es giebt immer zu eifrige Menschen, die bereit sind, das gemeine Wesen einer Ungerechtigkeit gegen diesen Stand zu beschuldigen, der nach ihrer Meinung seine Ausnahme von der allgemeinen Beitragspflicht sowohl aus dem göttlichen Rechte, als aus **Verträgen** abzuleiten, vermögend ist. Die Eifrer gehen in ihren

noch heute, wenigstens bei außerordentlichen Anlässen die Genehmigung von Rom für nothwendig hielten. Dadurch wäre also, was die göttlichen Rechte bereits gegründet hätten, noch durch Verträge und eine Art von Verjährung befestiget.

§. 89. Die Antwort auf alles dieses ist schon so oft gegeben worden, daß man sie nur kurz wiederholen darf. Die Ähnlichkeit der Leviten mit der Klerisey ist, wenn man sie zugeibt, der letztern mehr nachtheilig, als vortheilhaft. Die Leviten hatten an Zebnten und Opfern ungefähr, was zu ihrem Unterhalte zureichte; diesen aber, der bei dem heutigen Kleris unter der Benennung Portio Canonica ausgemessen ist, wenn der Priester sonst nichts besitzt, frei von Abgaben zu lassen, ist eine Forderung, die jedermann gerne unterschreibt.

§. 90. Die gezwungene Erklärung der Stelle des Matthäus hat einigen Auslegern der Schrift bereits von Erasmus Rotterodamus den verdienten Vorwurf des Stolzes zugezogen, da sie auf die Geistlichkeit eine Stelle ziehen, die nur von Christus allein gesagt, oder nach des Augustinus Meinung, von allen Gläubigen zu verstehen ist. In einer Sache übrigens, die nur weltliche Gegenstände betrifft, kann der Ausspruch der Kirchenversammlung, der Väter und Päbste überhaupt von keinem Gewichte seyn. Die rechtenden Parteien sind die Klerisey auf der einen, die weltliche Obrigkeit auf der andern Seite, was also von jener gesagt wird, ist nur Vorgebeh einer Partei, nicht Endurtheil. Ansehen gegen Ansehen kann man Kirchenversammlungen und

vahrnimmt. Aus der versuchten Vermengung
ehr verschiedenen Gegenstände allein können
zifel abgeleitet werden. Aber so bald diese
g gehoben ist, kann niemanden beifallen
der Geistlichkeit, als einen bloß zufäll
on der Steuerpflicht frei zu sprechen. Habe
hwache, oder durch die Lage der Umständ
e Fürsten nicht dem römischen Stuhle, se
innungen des römischen Hofes nachgegeben:
Begebenheiten einen Anspruch gründen kö
den die F r i d r i c h e, H e i n r i c h e und
liche Regenten ihren Nachfolgern alle Rech
vergeben und die Kronen der T i a r a gan
orfen haben. Jedoch das Recht eines
für seiner Unterthanen Wohl zu sorgen
on seinem Vorgänger, sondern von dem E
nge der Mittel mit dem Zwecke abgeleitet
orer kann in diesem Stücke seinen Nachf
vergeben, der in seinem, nicht seiner Vor

abzuleiten fähig ist; so bleibt die Verleihung der Fürsten allein übrig, auf die sie sich da berufen kann, wo sie dieser Ausnahme noch genießt. Insoferne nun diese Befreiung eine Gnade des Regenten ist, führt sie so, wie jede Verleihung dieser Art die stillschweigende Bedingung mit, wenn dadurch dem öffentlichen Wohl nicht zu nahe getreten wird: in welchem Falle sie nicht widerrufbar allein ist, sondern sogar widerrufen werden muß, weil keine Gewalt sich bis dahin erstreckt, zu Gunsten eines Einzelnen, oder eines Standes das gemeine Wesen zu verletzen. Der Schluß aus allem diesem ist: daß es von Seite des Klerus eine Ungerechtigkeit gegen den Staat und die Bürger seyn würde, die Steuerfreiheit zu fordern. Von Seite des Staats aber eine Verletzung des allen Bürgern gleichschuldigen Schutzes solchen Forderungen Gehör zu geben.

§. 92. Der Staat erteilt die Ausnahme entweder gegen eine erlegte Summe, welches eine Art von Einlösung ist, oder unentgeltlich als eine Belohnung. Daß die öffentliche Gewalt dazu berechtigt ist, will man nicht in Zweifel ziehen. Die Umstände können sehr oft eine Ursache an die Hand geben, die eine solche Ertheilung für den Augenblick rechtfertiget. Indessen, sobald die Frage aufgeworfen wird: ob es nützlich sey, daß der Staat auf solche Art belohne? oder zu solchen Hülfsmitteln bei Aufbringung von Geldsummen seine Zuflucht nehme, kann nicht leicht dazü gerathen werden. Hätte man nun unter vorhergehenden Regierungen Befreiungen erteilt, so ist es der Klugheit gemäß darauf zu denken, auf welche Art solche zurückgezogen werden mögen, ohne das Recht der

1: zu dem eigenen Vermögen und
mögen der Mitsteuernden. Unter dem
mögen im ausgedehntesten Verstande i
riffen, was Eigenthum seyn, in Besi
werden kann. Aber die bestimmtere Be
änkt sich in Beziehung zur Belegung au
ein, was nutzbringend ist und in dies
de ist Vermögen gleichviel mit Stock, i
mm, Kapital. Obwohl in außerorde
len und wo das Eigenthumsrecht seine A
it, alles, was des Eigenthums fähig ist, den
Wesen zu Gebot steht, so ist doch dem o
hen Finanzüberschlage nur das nu
nde Vermögen, oder der eigentliche Haup
terworfen. Der Hauptstamm nach dieser
ng ist zweifach: Der reelle, wirklich b
, welcher die beweglichen und unbewe
gabwerfenden Güter, von was immer f
ittuna, begreift; und der persönliche,

der reelle, noch der persönliche Hauptstamm des Bürgers angegriffen und dem Bürger weder das Vermögen, noch der Muth benommen werden seine Erwerbung fortzusetzen. Was also zur Fortsetzung der Erwerbung erfordert wird, muß von den Entrichtungen frei bleiben. Unter diesem Namen spricht am ersten eine vollkommene Befreiung an der nöthwendige Unterhalt; zweitens der Vorschuß, oder diejenigen nöthwendigen und nützlichen Auslagen, ohne welche die Einkünfte ganz nicht, oder nicht so groß herein gebracht werden könnten. Das dritte endlich ist ein die Bemühung des Bürgers belohnender, ein zur Fortsetzung der Erwerbung ermunternder Theil der Einkünfte, welche bei dem Entrichtenden den Willen unterhält seine Beschäftigung ferner fortzusetzen.

§. 94. Der Anspruch auf den nöthwendigen sowohl eigenen Unterhalt, als auf den Unterhalt seiner Familien ist von der anersehenen Pflicht der Selbsterhaltung und des Hausvaters abgeleitet. Eine Regierung, welche diesen gebilligten Antheil der Menschheit bei Ausmessung der Beitragsantheile aus den Augen setzte, und durch ihre Forderungen schmälerte, spräche der eigentlichen Folge nach: Lieb mir, Du aber und die Deinen hungert.

§. 95. Bei der ganzen arbeitenden Klasse, besonders bei dem Landvolke könnte der nöthwendige Unterhalt auch schon unter dem Vorschuß als Arbeitslohn eingerechnet werden. Unter der Benennung Vorschuß wird alles zusammengefaßt, was

, und der dabei angewendeten
man willkürliche Hypothesen
on der täglichen Erfahrung Lüge gestraft

s History of the public Revenue of the
pire. II. Edit. London 1790. II. Vol. 4.

r, Fr. v., das brittische Besteuerungssystem,
die Einkommenssteuer, Berlin 1810. 8.

: R., Uebersicht der französischen Staats-
bis zum Finanzplan für 1806, Braunschweig
807. 2 Th.

s System der direkten Steuern in Frankreich
ranzösischen des Herrn Duclaux. Mainz

es von Memoiren über die dänischen Finanzen:
1801.

ing kurze Uebersicht der sämmtlichen in dem
Holland bestehenden Abgaben. Zurich 1808.

genwoordige Stelsel von Balassingen in hel
der Nederlanden, door M. C. H. Gokinga.

- - R. R. 8.

- - - - -

werden. Entweder das Einkommen der Bürger ist überhaupt zu groß angesetzt; oder die Preisveränderungen sind nicht genug erwogen, die Fälle, welche diese Veränderungen herbeiführen, nicht unter den vielen möglichen Ereignungen in Ueberschlag gebracht; oder auf der andern Seite sind die Vorschusskosten zu geringe berechnet, die Steigerungen des Unterhalts nicht überdacht, der Unterhalt überhaupt ist zu genau abgemessen, die Zufälle endlich, welche von Zeit zu Zeit in dem Hauswesen eine außerordentliche Auslage erzwingen, sind ganz übersehen worden.

§. 97. Wenn also der Staat die Zukunft im Gesicht behalten, und sich auch für die folgenden Jahre Einkünfte versichern will, so kann nicht das ganze Einkommen der Bürger unter die Beitragspflicht gezogen werden, sondern allein das reine, das ist eigentlich der Gewinn. Wo ganz feines Einkommen, oder Gewinn gemacht worden, da hört die Forderung des Staates vollkommen auf. Dieser Fall ist vorhanden, wenn Mißwachs, Witterschaden, Feuersbrünste, oder solche verwüstende Ereignungen über einzelne Unterthanen, oder größere Strecken Landes, über ganze Provinzen kommen. Der Staat, welcher in seinem Aufwandsüberschlage auf solche Fälle ohnehin gedacht hat, muß daher die Entrich-

Essai sur L'Histoire de L'Economie politique des peuples modernes jusqu'au commencement de l'année 1817. à Paris et Londres : 818.

Und eine Menge andere Werke, die ich aus Mangel an Raum hier nicht anführen konnte.

diese durch ein **V e r s e h e n** aufgelaufen, so
möglichst einen Abschnitt zu machen, und dur
ch die Anstrengung den Fleiß gleichsam zu beleben, als di
e überdrückende Eintreibungen ihn zu Boden zu d

§. 98. In Staaten, wo der Untertban ni
cht unmittelbar, sondern durch G
lieder zusammenhängt, denen er gleichfalls zu
pflichtungen verbunden ist, sind auch diese Entr
würfe vorher abzuführen, ehe das, was die Frucht de
r Pflanze, als reines Einkommen angesetzt werden
kann, die Erinnerung ist auf **F r o h n d i e n s t e**, ar
beitsleistungen, auf **G e l d s t e u e r** gleich anwe
ndet: so sehr die Billigkeit einleuchtet, daß die ö
ffentliche Verwaltung den Grundherrschaften rechtmäßige
Ansprüche gleich jedem andern Eigenthume
n muß: so sehr fällt es auf, daß er die G
elder solcher Forderungen fest bewahren, und de
r Staat gegen jede Erweiterung derselben,

§. 99. Wird durch die unverhältnißmäßigen Ent-
richtungen der Unterhalt und Vorschuß ange-
griffen; so ist das Vermögen zu erwerben geschwächt.
Bleibt dem Bürger bei seiner Mühe zuletzt mehr nicht,
als Unterhalt und Vorschuß allein, so verliert er
den Willen, den Muth zu erwerben, da er im
Grunde nicht stich erwirbt. Männer von stählernen
Herzen und Bürgerfeindlichen Grundsätzen haben es
zu einem Grundsatz erheben wollen: Ein Volk wer-
de desto ämfiger seyn, je mehr es mit Ab-
gaben belegt würde. Sie haben die Erfahrung
zum Beweise aufgerufen, daß Völker ohne Abgaben
nie bis auf einen gewissen Punkt der Arbeitsamkeit
sind gebracht worden. Aber wenn solche Völker die
Arbeit aus Trägheit scheuten, so werden diejenigen,
welche zu sehr angelegt sind, sie aus Muthlosig-
keit fliehen.

§. 100. Einige Schriftsteller haben es gewagt nu-
merisch zu bestimmen: der wievielte Theil
der Einkünfte erhoben werden könne?
Aber, um in einer so wesentlichen Sache nicht irre ge-
führt zu werden, muß man anmerken, daß die Aufga-
be: wie viel der Unterthan nach dem Verhältnisse sei-
nes Vermögens zu entrichten fähig? und diese: der
wievielte Theil zu Bestreitung des gemeinschaftlichen
Aufwands nöthig seyn? ganz nicht zu vermengen sind.
Bei Bestimmung des Beitragsverhältnisses ist die Fra-
ge nicht: wie viel vermag der Unterthan zu
geben? sondern: womit kann die öffentli-
che Verwaltung zureichen? Dann aber kann
es sich fügen, daß unter zwei Abgaben die kleine-
re unmäßig, die größere nicht einmal zureichend ist.

jene also, dessen Einkünfte gegen
des Mitbürgers berechnet, wie 100 zu 1
mit H u n d e r t anzulegen, wenn dieser
1 E i n e s zu steuern hätte. So sehr aber
muß die minder vermögenden Klassen zu
heint, so bedrückend ist es für dieselben
wenn der Zustand, worin es den Bür-
genauer aufgedeckt wird.

Man muß indessen so billig seyn zu ge-
iese auffallende Ungleichheit nicht die Fol-
rhältnisses in den A b g a b e n, sondern des
ies in dem V e r m ö g e n, des Unterschieds
i s s e n der bürgerlichen Gesellschaft ist; und
ordnung widersinnig seyn würde, diese in
wenigstens größerer Staaten, nicht zufälli-
enheit durch ein Finanzsystem in eine Gleich-
igen. Es kommt also bei Bestimmung des
t i g e n Verhältnisses unter den Bürgern
... .. durch das Un-

§. 103. Nach den festgesetzten Grundsätzen zu dem zweifachen Verhältnisse bleibt endlich noch die beträchtliche Schwierigkeit übrig, das Mittel zu finden, wie das reine Einkommen der so unendlich mannigfaltigen Verschiedenheit in den Klassen, in dem Vermögen, in dem Verdienste, den Erwerbungen und dem Unterhalte mit Zuverlässigkeit bestimmt werden könne. Indessen ist es weder einem Schriftsteller, noch einer Finanzverwaltung gelungen, die vollkommene Gleichheit unter den Mitsteuernden zu Stand zu bringen; darum allein, weil es niemanden gelingen wird, eine Unmöglichkeit in Wirklichkeit zu setzen. Derjenige Finanzverständige wird immer viel und eigentlich alles gethan haben, welcher, mit Verzicht auf die individuelle Gleichheit sich angelegen seyn läßt, eine solche Gleichheit in den Klassen festzusetzen, daß die Abgaben für denselben, der in jeder Klasse das wenigste Einkommen hat, nicht drückend ist. Die Verschiedenheit der Klassen, der Güter und Erwerbungswege in einem Staate macht die Verschiedenheit von Abgaben nothwendig, durch deren geschickte Vertheilung allein die mögliche wechselseitige Ausgleichung in den Entrichtungen der Bürger geschehen kann.

§. 104. Da nach der in der Einleitung angegebenen Einteilung den Steuern in diesem Werke ihr eigener Platz angewiesen ist, wo von ihrer Wesenheit, ihrer Behebung, von ihrem Vortheile oder Nachtheile ausführlich zu handeln seyn wird; so kann man gegenwärtige Abtheilung damit schließen, daß man die durch die vorausgesendeten Betrachtungen festgesetzten Eigenschaften eines guten Finanzsystems

nebenen Provinzialeintheilung v
Ausnahme, nach dem Verhältniss
einen Einkünfte, angelegten Bürge
en, auf die Zeit, welche ihnen am we
erlich fällt, angewiesenen Fristen, dur
und möglich einfachste Behebi
inzubringen haben.

II.

Von Domainen.

105. Wenn auf den wirklichen Zustand
erfassungen gesehen wird, so haben die
ten Domainen, das ist Landgüter,
Regenten, als Regenten angehören.
davon die Rede ist, was mit den vorth
schaffen der Finanzverwaltung übereinstim

auf verfallen, Domainen abzusondern, da man berzeugt ist, daß bei der besten Verwaltung derselben er Staat immer noch den Vortheil so vieler Familien erlöre, als sich auf diesen, in gewisse Antheile zerückten Grundstücken anzubauen Gelegenheit fänden.

§. 106. Ist es einmal angenommen, daß die Verwandlung der Domainen in Bauerngüter *), sowohl der Bevölkerung eines Staates, als

*) In dem lezt. verfloßenen Jahrhunderte, erklärte man den Satz als ganz evident, daß die Verwandlung der Domänen in kleinere Bauerngüter das beste Mittel zur Beförderung der Bevölkerung, der Macht und des Reichthums eines Landes sey; allein man machte auch in neuern Zeiten gegen die ganz uneingeschränkte Anwendung dieser Behauptung verschiedene wichtige Einwendungen; ich behaupte, man soll auf die Lokal-Verhältnisse eines Landes Rücksicht nehmen, in einigen Staaten können auch große Domänen zur Vervollkommenung der Landwirthschaft, der Gewerbe, Fabriken und Manufakturen nützliche Dienste leisten. In diesen und vielleicht auch andern Verhältnissen soll man die Domänen beibehalten. Ueber diese Materie sind eine Menge kleine Abhandlungen, insbesondere im vorigen Jahrhunderte erschienen; ich will nur einige hier anführen:

Von Verwandlung der Domainen in Bauerngüter als das beste Mittel zur Bevölkerung zur Macht und Reichthum eines Landes. Leipz. 1760. 8.

A. G. von B. die Verwandlung der Domainen in Bauerngüter. Straßburg. 1762. 8.

Lang, Heinr. Arnold, kurze Abhandlung von Verschlagung der Domainen und Bauerngüter. Bayr. 1778. 70 S. 4.

Juristische ökonomische Grundsätze von Verpächung der Domainen in den preußischen Staaten. Berl. 1785. in 8.

des Landesfürsten allein zureichen, bald Einwilligung der Stände oder desjenigen, welcher in Steuersachen die Nation vorstellt, erfordert werden. Aber eigentlich geht dieses die Formlichkeit der Veräußerung, nicht ab.

§. 107. Sind jedoch in einem Staate Rittersitze vorhanden; oder so lange, bis mit vortheilhafter Verwandlung in Privatwirthschaft angenommen wird, solange bleibt der Grundbesitz in seiner Wirkung: daß man dieselbe befolge nach den Grundsätzen der Privathauswirtschaft.

Ueber Vereinzelung der Domainengüter, einschlagende Materien, von J. A. Reinholdingen 1798. 8.

Ueber die Niederlegung der Domainen un

III.

Von Regalien.

§. 108. Der Begriff von Regalien ist bei den Rechtsgelehrten und Finanzschriftstellern darin verschieden, daß die ersten darunter überhaupt alle Rechte der Oberherrschaft verstehen: die zweiten hingegen nur diejenigen Rechte, durch welche zu Bestreitung des Staatsaufwandes Einkünfte erhoben werden. Um also diese letzteren zu unterscheiden, setzt man in der Rechtsgelehrsamkeit die Bestimmung hin, und heißt sie Regalien des Fiskus, oder Finanzregalien. Die besondere Verfassung des deutschen Reichs ist Ursache, daß nur die deutschen Schriftsteller von dieser Quelle der öffentlichen Einkünfte unter einer abgesonderten Eintheilung gehandelt haben. Aber es ist ihnen unmöglich gefallen die Eigentlichkeit des Begriffs festzusetzen, oder die Gränzen der Finanzregalien auszuzeichnen *).

*) Der Name Regale paßte ganz auf die vormaligen Verfassungen Deutschlands und Italiens, und bezeichnete seiner ursprünglichen Bedeutung nach ein Königlich es Recht (jus regale). Vormalig war das deutsche Staatsrecht für die Deutschen eine Hauptquelle zur Entscheidung der Frage: Welche Gegenstände zu Regalien erhoben werden können, oder nicht? Nach der Auflösung des deutschen Reichs können diese Quellen nur auf einen historischen Werth Anspruch machen. In unsern Tagen sind vielmehr wichtigere Quellen die Staatsgrundgesetze, worunter auch gültiges Herkommen mit Grund gezählt werden muß; es kann also in manchem Staate etwas zum Regal erhoben werden, was in andern Staaten, bei andern Verhältnissen kein Regale ist.

der Rechte des Regenten ausgedacht. Man
gen bewogen einen ausgezeichneten Bögling
ität Landshut, dem gegenwärtigen K. Bai-
berappellationsrath Laurenz Himmelfloß
Abhandlung der Presse zu übergeben:

enz Himmelfloß D. R. L. Versuch einer
ung des Begriffes und der rechtlichen Verhält-
tegalität in Deutschland, mit einem Programm
n Hofraths und Professors G. J. Meier über das
Prinzip der deutschen Territorialverfassung.
1804.

ieser wurden ganz neue Ansichten über die Leh-
Regalien aufgestellt, insbesondere wurde folgen-
griff über die Regalität angegeben: Rega-
steht in der Eigenschaft eines aus-
m Innbegriff der landesherrlichen Ge-
an sich einzeln bestehenden Rechtes,
s dem Regenten aus einem besondern
rsgrunde zukommt.

ge deutsche Kammeralisten und Publicisten z. B.
n wollten auch diejenigen Institute, mit welcher
Kostenaufwand und Akkurateße verbunden ist, z.
nehmen: allein auf diesem Wege könnte ma

— — — — —

Regalien und ihrer Zahl allgemein übereingekommen. Zu Gegenständen haben sie die Gewässer, die Wälder, die Landstraßen und die Güter unter der Erde angewiesen; und zu diesen Gegenständen die Finanzregalien auf folgende Weise zurückgeführt. Zu den Gewässern die wilde Fischerei: zu den Wäldern die Forst- und Jagdrechte: zu den Landstraßen das Geleit- und Zollrecht, wie auch das Postrecht: zu dem unterirdischen Eigenthum endlich das Bergrecht und Münzrecht. Unter diesen sieben Regalien sind einige mit wenigem Geschicke zu Quellen der Einkünfte angewiesen; andere sind, insoferne sie Einkünfte abwerfen, eigentlich entweder vorbehaltene ausschließende Verkäufe oder wirkliche Abgaben, die jezuweilen zu Bestreitung gewisser Polizeianstalten oder zur Beförderung der Handlung gewidmet sind. Das Mauthregal und Münzregal sind diejenigen, bei denen die geläuterten Grundsätze nicht verstaten sie als Quellen der öffentlichen Einkünfte anzusehen, wovon der Beweis an-

walt auf das streitige Object zu beweisen; doch die meisten dieser Rechte kann man weit gründlicher aus dem Begriffe der höchsten Staatsgewalt ableiten; die Regierungen sollten vielmehr die Zahl der Regalien wenigstens in der Ausübung vermindern, und diese mehr der Privatindustrie der Bürger unter der höchsten Aufsicht überlassen.

Hüllmanns Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland. Frankf. a. d. Oder 1806. 8.

Zargow Einleitung in die Lehre von den Regalien. Rostock 1757. 4.

Dählers Abhandlung von den Regalien. Nürnberg 1775. 8.

einem Stempel zu prägen, und die Verbindlichkeiten in seinem Gebiete zu berichtigen, anerkannt werden muß. Das Postrecht ist Handlung besonders, und vorzüglich in der Verwaltung. Das Wasserregal, welches nur in großen Gewässern Platz greifen kann, ist Landesfürst sich desselben bemächtigte, oder ausschließende Gesellschaften verpachtete, gleich Pacht- oder jeder andern Pachtung Alleinverpachtung oder würde solches jedermann gegen gewisse Gegenstände überlassen, so wäre es eine Art von Consumsteuer, die bei dem Verkaufe der Fische in der Verbrauchssteuer ausschlägt. Eben so ist die Schaffensheit des Salzregals, welches im ersten Verstande Verbrauchssteuer Bergregal fällt mit der Fischerei und Betrachtungen: es ist entweder Alleinverpachtung oder Abgabe, diese möge nun durch gewisse Abgaben an dem Bergbaue selbst, oder in der Gestalt

dieses hingegen, wo es üblich ist, kann entweder für mehr nicht, als eine dem Landesfürsten vorbehaltene Ergözung, oder auch als ein ausschließendes Nutzungsrecht angesehen werden.

§. 110. Durch diese Betrachtung fällt also die Nothwendigkeit einer besondern Behandlung der Regalien an gegenwärtigem Orte offenbar hinweg: Diejenigen Regalien also, welche ihrer Wesenheit nach bloße Steuern und Abgaben sind, müssen nach den allgemeinen Grundsätzen der Steuern verwaltet werden: Diejenigen, welche als Hülfstheile zur Beförderung der Polizei und Handlung beitragen, sind entweder schon behandelt, oder die zergliederte, bis auf das einzelne herabsteigende, innere Einrichtung und Verwaltung ist zu umständlich, um in den Gränzen dieser Grundsätze Raum zu finden.

IV.

Von zufälligen Einkünften.

§. 111. So sehr die Finanzverwaltung die Summe der Staatseinkünfte zu versichern bedacht ist, so sind sie, in einzelnen Rubriken betrachtet, gewissermaßen alle zufällig, entweder 1) in Beziehung auf den Gegenstand, von welchem sie behoben werden, oder 2) der Summe, die eingebracht wird, oder endlich 3) in Ansehung der Personen, die dazu beitragen. Diejenigen aber, welche unter der Benennung zufälliger Einkünfte insbesondere begriffen werden, vereinbaren meistens die Zufälligkeit

§. 112. Die Klasse der Rückfälle begreift die Lehnseröffnungen und die Erbfolge. Wenn der Regent, als solcher einen Lehnhof hat; so ist die von den Neuerungen und weitem Lehnverleihungen Summe manchmal ein beträchtlicher Theil.

§. 113. Die Fiskal-Erbfolge kann unter verschiedenen Umständen ihre Wirkung haben: 1) wenn der Erblasser keine Anverwandtschaft hat und über sein Vermögen verordnet hat, oder 2) wenn dem Erblasser das Recht des Testaments benommen ist.

§. 114. Einige Verbrechen, vorzüglich Verrath haben die Strenge der Gesetze gereizet, daß die Strafe gewissermaßen auf die Erben ausgedehnt, und ihnen das andern

die Strafe weiter reiche, als das Verbrechen sich erstreckt hat?

§. 115. Aber die in vielen polizirten Staaten mit dem Jure Albinagii (Fremdlingsrechte) bestehende Härte gegen Ausländer läßt sich vielleicht noch minder vertheidigen, sie mag nun von Seite des Rechts angesehen werden, oder von Seite des Vortheils, welchen die Staaten dadurch zu gewinnen glauben.

§. 116. Die Zagen, welche bei verschiedenen Verleihungen bezahlt werden, machen gemeiniglich den wichtigsten Zweig der zufälligen Einkünfte aus. In Ansehen deren muß folgender allgemeine Grundsatz vorausgesendet werden: daß der Staat zwar Gelegenheit nimmt, bei Verleihungen Einkünfte zu beheben: daß aber die Absicht Einkünfte zu beheben nie den Beweggrund zu Verleihungen geben soll: oder mit andern Worten: daß der Staat bei Verleihungen nicht den Finanzvortheil zum Zwecke machen müsse. Die Gegenstände der Zagen sind nach Verschiedenheit der Staaten verschieden gewählt, und nach einem ungleichen Verhältnisse belegt. Die Sache ist wegen des Zusammenhangs mit so vielen Theilen der allgemeinen Wohlfahrt wichtig genug, um die Schicklichkeit, oder Unschicklichkeit der Gegenstände etwas genauer zu betrachten und die Regel zu dem Verhältnisse festzusetzen, nach welchem sie zu belegen sind.

§. 117. Die Angelegenheiten der inneren öffentlichen Verwaltung werden von dem Magistrate und dem

urt III, wo das zugehörige Ver-
t. Die Angelegenheiten der zweiten Art sind
Rechtsgeschäfte, zum Theil Gnade
nach dem vielleicht nicht angemessensten,
aupt angenommenen Sinne dieses Worts. Au
Blick muß jedermann in die Augen fallen,
olizeigeschäfte, daß alle diejenigen Verrichtu
e überhaupt zum gemeinschaftlichen Wohl b
alle diejenigen, welche die Magistrate von s
a. vornehmen müssen, kein Gegenstand einer
sollen. Es ist also noch zu sehen, inwiefer
htsgeschäften und Gnadensachen
Einrichtungen statt finden können.

§. 118. Die Gestalt der Einrichtung be
htsgeschäften ist nach Verschiedenheit de
ng mancherlei: Gerichtstagen bei jeder
tstvorgänge, Sporteln, sogenannte
oder so viele Theile, Stempelpap
Bisher sind die bei Sinenthumsvor

daß der Bürger, welcher den Beistand des Richters anruft, jeden Schritt desselben gleichsam erkaufen müsse, wodurch derjenige, der unglücklicher Weise die Gerichtskosten zu tragen, oder doch vorzuschießen außer Stand ist, sehr oft von dem Besuche seiner Rechte ausgeschlossen wird, und das Sprüchwort des gemeinen Mannes eine große Wahrscheinlichkeit erhält: daß die Gerechtigkeit nur für Geld zu haben ist. Indessen, da in den meisten Staaten die Gerichtsgelühren vorzüglich als ein Fond der Gerichte betrachtet werden, muß zum mindesten zwischen dem, was von der Rechtsverwaltung gesucht, und von dem, was für die Rechtsverwaltung geleistet wird, ein billiges Verhältniß gehalten, und in Ansehen aller nothwendig beobachtet werden: dieses besteht im Allgemeinen darin: daß die Gerichtstage dem Zwecke der Gerichtsverwaltung beständig untergeordnet bleibe, mithin durch ihre Größe dem Bürger in der Verfolgung seiner Rechte kein Hinderniß gelegt werde. Das besondere Verhältniß jeder Lage aber ist dann am billigsten, wenn dabei nicht die Gerichtshandlung ohne Beziehung auf den Gegenstand, sondern der Gegenstand, ohne auf die Gattung der Gerichtshandlung zurückzusehen, zum Maassstabe angenommen ist. Diesem Grundsätze werden die sogenannten Quoten, wo sie immer anwendbar sind, am nächsten kommen.

§. 119. Dieser Maassstab ist besonders bei Eigenthumsveränderungen, Kaufverträgen und Sterbfällen, wie auch einigermaßen bei dem Stempelpapier angenommen. Wird die Belegung seinem Inneren und Wesentlichen nach untersucht, so

zge des Rechts gesucht werden, als G n a d e n
eben. Der Eigennuß schlug bald darauf feir
, die B e r l e i h u n g e n dieser G n a d e n m
c h t u n g e n zu verbinden: so entstand die g
i t t u n g von T a g e n, deren mannigfaltige Ge
unter vier Hauptgattungen eingetheilt werden
: 1) B e r l e i h u n g e n von W ü r d e n, 2) v
e n u n g e n, 3) B e r l e i h u n g e n in G e w e r b e
l i c h 4) B e f r e i u n g e n.

§. 121. Eine ertheilte Würde setzt immer vo
Staates den Beweggrund und die Verbin
aus, jemanden um geleisteter unterscheidende
willen zu b e l o h n e n: und von Seite des G
den sollte sie nie gefordert werden, als aus 2
n seines v o r z ü g l i c h e n V e r d i e n s t e s.
Verleihung der Würden aller Orten nach
und s ä ß e n v e r f a h r e n wird; so ist es nicht wol
, daß die öffentlichen Einkünfte davon einen

§. 122. Bedienungen und Aemter sind entweder Plätze des Zutrauens, wie diejenigen, welche sich der Person des Regenten beständig nähern; oder es sind Stellen, wozu wegen der damit verknüpften Verrichtungen nur eine eigentliche Fähigkeit schicklich machen kann. Niemand also ist des Zutrauens würdig, niemand besitzt Fähigkeit, als der die Tare, oder welches auf dasselbe hinausläuft, den Kaufschilling für eine Bedienung erlegen kann? und im Gegentheile: eine Summe Geldes kann sie Fähigkeit geben, oder Zutrauen gewinnen? Nach diesen Betrachtungen wird es schwer seyn, die Beruflichkeit der Bedienungen, oder die Verleihung gegen Taren zu rechtfertigen. Woferne auch die Fähigkeit immer vor der Erlage der Tare, als eine wesentliche Bedingung gefordert wird, so ist gleichwohl die nur erst bei Verleihung der Bürden gemachte Anmerkung auch hier herüber zu nehmen: alle Geschicklichkeit der Unvermögenden ist für den Staat verloren.

§. 123. Es würde überflüssig seyn, bei Verleihungen in Gewerben nach dem ausgedehntesten Sinne des Wortes, oder bei Befreiungsertheilungen lange stehen zu bleiben. Jedermann ist aus dem ersten Blick überzeugt, daß Taren von dieser Gattung entweder sehr unbedeutliche Abfälle seyn, oder dem gemeinschaftlichen Nahrungsstande, der Handlung Schwierigkeiten in den Weg stellen müssen, da die öffentliche Verwaltung vielmehr nichts Angelegeners haben kann, als dergleichen Schwierigkeiten bei Seite zu schaffen.

§. 124. Nach geläuterten Grundsätzen also werden

en nicht den Zweck der Verleihung
/ sondern demselben beständig untergeor-
en. Ueberhaupt, sobald bei Verleih-
Befreiungen Finanzabsichten einschlage-
ich die strengste Billigkeit des Fürsten nur sch-
bringen, daß der Zweck der Verleihun-
gung nicht aus dem Gesichte verlohren

§. 125. Bei mancher Finanzverwaltung
die Strafgeelder für eine so zuverlässig-
s Zuflusses gerechnet, daß wichtige Anstalt
als auf einen zuverlässigen Fond ge-
en. Man kann aber dieser Art von Einkünf-
schicklichen Ort anweisen. Man kann sie
ine Einrichtung für eine Art von Beg-
g, weder als eine Befreiung ansehen
fgeelder also einem sichern Aufwande zu-
angewiesen, verräth den Wunsch, daß
übertreten werden soll? oder wo, wenn

Von Steuern.

§. 126. Was die Steuern oder Abgaben auch immer für Namen oder Gestalten, nach Verschiedenheit der Länder und Umstände bekommen haben, so müssen sie im Grunde immer das Wesentliche beibehalten, welches ihnen den Ursprung gegeben hat; sie sind der Ersatz des gemeinschaftlichen Dienstes. In Beziehung auf die öffentliche Verwaltung, welche die GröÙe bestimmt, ist daher die Steuer oder Abgabe, die Schätzung, wornach der Bürger zur Unterhaltung des öffentlichen Dienstes beizutragen hat. In Beziehung auf den beitragenden Bürger ist sie die Entrichtung dieser Schätzung selbst.

* Die Namen der Entrichtungen sind 1. bald von dem Object hergeleitet, welcher zum Regulativ des Verhältnisses genommen worden: also Grundsteuer, Kopfsteuer, Gewerbesteuer, Pferdsteuer, Trankesteuer, u. d. gl. 2. bald von der Bestimmung wie Schuldensteuer zur Tilgung der Staatsschulden, Armensteuer zur Unterhaltung der Armen u. s. w. 3. bald von der Art zu erheben, wie die Lösung: manchmal 4. fließt Regulativ und Bestimmung zusammen, wie bei Straßengeldern *).

*) In den schon angeführten Schriften über die Staatswissenschaft, Staatswirthschaft und Finanz wurde auch

über und in die ...
die Summe der öffentlichen E

ehre von Steuern oft sehr gründlich entwi-
nde Schriftsteller handelten aber insbesondere
ern:

Libre au Théorie des impôts. 1759. 8.

on Justi, ausführliche Abhandlung von Steu-
Abgaben. Theil II. Königsb. 1762.

crittori Classici Italiani di Economia politica
V. Trattato de Tributi di Carolo Antonio I
Napoletano.

Strehlin, Einleitung in die Lehre von Aufl-
dingen 1778.

Lang, historische Einleitung in die Deutsche
fassung, Berlin 1793.

Mayer, Versuch einer Abhandlung über S-
Abgaben im Allgemeinen und im Bamber,
besondere 1795.

Harl, Prof. in Erlangen, vollst. theore.
idbuch der Steuerwissenschaft: Erlangen erster
1, zweiter 1816.

— — — — — über das Steuerwesen.

Fünfte wird von der ersteren allein abgeführt: die Summe wenn man so sprechen darf, des öffentlichen Dienstes wird von der letztern allein getragen. Eine Klage über diese Theilung wäre auf der einen sowohl, als auf der andern Seite höchst unbillig.

§. 128. Der Maassstab der Schätzung ist das Vermögen, oder eigentlicher gesprochen das Einkommen, und zwar, wie bereits an einem andern Orte beobachtet worden, das reine Einkommen. Dieses entspringt entweder aus wirklichen Gütern oder aus persönlicher Thätigkeit. Hierdurch entstand also die Verschiedenheit der Schätzung, oder der Steuern, die im Grunde sämmtlich auf zwei Klassen zurückgeführt werden können: nämlich auf die 1. Güter- oder sogenannte Realsteuer, worunter alle Abgaben von nutzbringendem Eigenthume gehören, und 2. die Industrialsteuer, welche die persönliche Erwerbung zum Grunde hat.

§. 129. Die Eintheilung der Steuer in Real- und Industrialsteuer ist nach den Quellen des Einkommens, von welchen die Abgabe entrichtet wird, entstanden. Wird die Steuer in Beziehung auf den Entrichtenden betrachtet, so fällt auch diese Verschiedenheit hinweg, und alle Gattungen von Steuern müssen sich unvermeidlich in eine Gattung von persönlicher, nämlich in die Verzehrungssteuer, oder eigentlicher in eine Genusssteuer auflösen. Im Grunde bleibt jede Anlage eine Verzehrungssteuer, und das Mangelhafte derselben besteht

§. 130. Das Regulativ ist das D
em die Steuer unmittelbar einget
ie angenommene Form, nach we
Steuer von jedem Objecte beho
rzt der Steuerfuß. Diese Form muß i
ab, welcher bei der Behebung zum Gr
ird, und den Antheil der Entricht
alt enthalten, daß dem Entrichtend
Steuerpflicht daraus vollkomm
ich wird, und daher sich bei de
ung nichts Willkührliches ei
ann. Ueberhaupt muß es als ein Gru
ommen werden: daß der Steuerfuß
faßt ist, wo der ausgesprochene S
och erst durch einen zweiten Sa
st werden muß. Das Regulativ
ist also mangelhaft, wenn es eine g
ge Bestimmung ausschließt. mit

stens mittelbare Erpressungen abläuft. Die Steuer ist auch noch mangelhaft, wenn das Regulativ derselben einer willkürlichen Verminderung ausgesetzt ist.

§. 131. In der Art des Verhältnisses ist jede Steuer mangelhaft, nicht nur, wenn dabei wie bereits angemerkt worden, vieles der Willkür überlassen, sondern auch, wenn die Untertheilung nicht der Wesenheit einer Steuer zusagend ist.

§. 132. Mangelhaft in der Einhebungsart wird eine Steuer, wenn zwischen der Entrichtungsfrist, und der Zeit, wo dem Entrichtenden durch den Verkauf sein Erfaß geleistet werden soll, nicht Raum gelassen wird, um einen anständigen, vortheilhaften Anwerth und Preis abwarten zu können. Dieses Uebel ist vorzüglich der Landwirthschaft fürchterlich, wenn die Abtragung der Grundsteuer in zu großen Antheilen und nahe an der Aerndte gefordert wird.

§. 133. Die Größe der Abgaben fällt mit der Mannigfaltigkeit überein. Die Größe ist nachtheilig, nicht nur weil sie die Beitragssfähigkeit vermindert, sondern auch, weil jede Abgabe den Preis der Feilschaften, worauf sie fällt, zusetzt; jede Preisvermehrung aber den Absatz beschränkt, mithin die Wiedereinbringung beschwerlich macht. Die Mannigfaltigkeit der Abgaben aber ist nachtheilig, weil sie die Entrichtungsanttheile wenigstens von Seite der Einhebungskosten vergrößert. Ueberhaupt löst sich das Mangelhafte ab-

§. 134. Da man dasjenige kennet, i
steuern zum Nachtheile ausarten; so
im Gegentheile leicht die Grundsätze her
ich über die Schicklichkeit und Güte einer
ausdruck geschehen kann. Allgemeiner Gru
steuer ist unnachtheilig, so d
zielenden und arbeitenden Kl
Mittel übrig läßt, davon den W
ip hereinzubringen. Dieser allgem
ß löst sich in folgende fünf Untersätze auf
egenstand, welcher bei einer
im Regulativ angenommen wi
ner zuverlässigen Bestimmung
nes sichern Verhältnisses fäh
n alles Willkührliche; alle S
dem Nahrungsgeschäfte ausg
n. II. Der Theiler jeder Abg
dem Regulative offenbar se
lten senn. III. Die Einhebung

bar sein. Auf diese Grundsätze wird bei der Prüfung einer jeden Steuer entweder ausdrücklich oder stillschweigend zurückgeführt werden.

§. 135. Unter der Benennung der Gütersteuer oder Realsteuer begreift man diejenige Schätzung, bei welcher die Einkünfte von wirklich besessenen, nutzbringenden Vermögen zum Grunde gelegt werden. Das Vermögen besteht entweder in unbeweglichen Gütern oder in Geld. Je nachdem eines oder das andere zum eignen Gegenstande angenommen wird, empfängt die Abgabe ihre Benennung: unbewegliche Gütersteuer von der ersteren, und Vermögenssteuer insbesondere von der letzteren. Zu den steuerbaren unbeweglichen Gütern gehöret alle Oberfläche der Erde, welche zur Erzielung und durch Gebäude wirklich genützt wird, oder doch genützt werden kann. Die Abgabe auf das der Landwirtschaft zugewendete Erdreich ist durch die Benennung der Grundsteuer unterschieden; die von den Gebäuden, wo sie insbesondere anwendbar ist, wird Haussteuer genennet.

§. 136. Wahrscheinlicher Weise ist bei angehenden Gesellschaften, wenn die Dienstentrichtungen nicht mehr zureichten, die Grundsteuer die erste und einzige Art von Schätzung gewesen. Aber auch noch bei der heutigen Verfassung der Staaten hat diese Steuer alle Eigenschaften, welche sie zur Aufnahme in ein wohlüberdachtes Finanzsystem empfehlen können. Ihrer Wesenheit nach ist sie die verhältnißmäßig zu dem Ertragnisse des Grundes be-

§. 137. Die Größe der Gründe sowohl im
als in den Untertheilungen muß dem
berhaupt zwar aus den zu so manchem ander
che gewidmeten Dekonomietabellen b
Über da in einer Sache von solchem E
icht mit zu vieler Genauheit zu Wert geg
en kann, so ist die wirkliche Ausmessu

In unsern Tagen glauben die meisten Geschäfts
daß die Vermessung und nachfolgende Schätzung d
rige richtige Methode zur Erforschung des Steu
als sey; nur über die Art der Vermessung und
folgenden Schätzung theilen sie sich in verschieden
nungen:

Einige Regierungen verordneten eine Spezi
messung aller einzelnen Grundstücke und dar
vorgeschriebene Schätzungsart.

Anderer halten eine Flurenvermessung für
länglich. Man soll, behaupten sie, nach dem Schät
aus der ganzen Flur, den Preis der auf jede

das sicherste Mittel die Größe zu erheben. Aus den gemessenen einzelnen Grundstücken müssen Karten über die ganze Oberfläche nach allen ihren Eintheilungen gezeichnet, weiters ordentliche Fund- und Lagerbücher verfertigt werden. Diese letztern werden über die Besitzer der Grundstücke mit ihren Antheilen geführt und darinn die vorgehenden Veränderungen genau bemerkt. Um den eigenseitigen Begünstigungen der Privatbeamten entgegen zu gehen, ist räthlich, daß diese Karten wie auch die Fund- und Lagerbücher von Feldmessern, die im Dienste des Staats stehen, berechtigt, unterfertigt und in Ordnung erhalten werden.

§. 138. Die Güte der Scholle, d. i. das Maas der physischen Fruchtbarkeit wird

in den letztern Gegenden des Landes vermessen hat, gezwungen seyn wird, sogleich wieder von neuem anzufangen, wenn man die großen Kosten überdenkt, welche die Ausmessungen verursacht haben, ohne daß man seinen Hauptzweck erreichte; so wird man gezwungen, zu erklären, daß man durch diese so kostspieligen Vermessungen wenigstens den Zweck nicht erreichte, den man zu erreichen hoffte; wohl aber können diese vielfältig kostbare Vermessungen zu andern Zwecken gute Dienste leisten; dann darf man nicht übersehen, daß die Besteuerung nach diesem Maasstabe wegen der langen Dauer der Vermessungen sehr ungleich und vielleicht öfters ungerecht ausfallen wird.

Für die Flurenvermessungen kann man weit wichtigere Gründe anführen; sie sind ungleich kürzer, einfacher und minder kostspielig; die Untersuchung ist auch nicht so kleinlicht, als bei der Spezialvermessung, wo die Regierung Kenntniß von jedem einzelnen auch kleinste Grundstücke sich verschaffen will.

des die einzige Basis zu einer gerechten und Grundsteuer sey. Es soll daher jedes Grund seinem landläufigen Werthe mit Genauigkeit richtigkeit nach dem von ihm angeführten **W** **a** **b** **g** **e** **s** **c** **h** **ä** **t** werden; allein Baron v. Aretin machten schon gegen diese Verfahrensart 9 Einwendungen. Die Schätzung ist nur eine Bestimmung des Werths eines Grundstücks, welcher richtiger Grund, oder wirkliche Thatsache und diese und viele andere Einwendungen hat Aretin S. 12—30 gründlich entwickelt.

Smith in seinem berühmten Werke Theil 4 erklärte sich gründlich gegen diese Schätzung; er daß schon die erste Schätzung der Landgüter in im vierten Jahre der Regierung Wilhelms und ungleich gewesen sey.

Endlich machte Baron v. Aretin in seinen von Baiern Heft 3. S. 61. einen andern Vorschlag: der Staat hat kein anderes zuverlässiges sich von dem Vermögen der Steuerpflichtigen zuzugewinnen, als die Kaufbriefe, und es soll kein Eigenthümer seyn, der nicht in die öffentlichen Protokolle eingetragen ist. Der Raum erlaubt es nicht, eine a

woferne die Grundsteuer nicht ihre Wesenheit verlieren, und in eine zweideutige Gattung von Grund- und Personalsteuer ausarten soll, durch die Eigenschaft der Besitzer keine Ungleichheit herbeiführen muß, wie groß übrigens dieser Antheil der Einrichtung seyn soll? läßt sich numerisch nicht bestimmen. Eine besonders wichtige Frage aber ist: der wievielte Theil der allgemeinen Entrichtung soll den Ländereien aufgetragen werden? Die Beantwortung dieser Frage leitet auf die Untersuchung des berühmten ökonomischen, oder physiokratischen Systems, welches viele Anhänger gewann, und unter dem Finanzministerium Turgots nahe war, in Frankreich in Wirklichkeit gesetzt zu werden.

§. 144. Nach der Meinung der Physiokraten hat also der Feldbau, als die einzige Quelle des Nationaleinkommens und Reichthums die Entrichtungen des Staates ganz auf sich zu nehmen, welche sie durch die Grund- oder sogenannte Territo-

Der beste Vorschlag unter allen angeführten ist: daß man diese verschiedenen Pläne, Vorschläge und Ansichten kritisch prüfe, das brauchbare aushebe, nach den verschiedenen Lokalverhältnissen anwende und nach dem Beispiele der vortreflichen Königlich Baierschen Regierung benütze.

Ich wünschte hier das so berühmte Königlich Baiersche Steuerrevisorium und das hernach erfolgte Steuerdefinitivum ausführlich zu beleuchten; da es aber der Raum nicht erlaubt, so muß ich dem Leser das gründliche Studium derselben dringendst empfehlen, und besonders auch S. L. Späths Abhandlung über die Grundsteuer nach dem reinen und rohen Ertrag der Stücke. München 1818. 8.

Die Verordnungen hießen *le despotisme*.
Maxime générale du Gouvernement éco
 d'un Royaume agricole. Beide Werke sind von
 Quesnay, sie kamen mit gelehrten Anmerk
 Schlosse zu Versailles 1758 unter die Presse. Es
 wurde auch 1762 gedruckt. *La physiocratie,*
constitution naturelle du Gouvernement le pl
tagé au Genre humain, à Iverdon 1768. 6 Tor
 ris 1771. Die beiden vorangeführten Werke sind
 per Abhandlung von dem Recht der Natur, ein
 gaben und einigen ökonomischen Gesprächen von
 lichen Verfasser gesammelt worden. *L'Ordre na*
essentielle des Sociétés politiques. à Paris par de
 Der in der Revolutionsgeschichte von Frankreich
 gewordene Marquis von Mirabeau hat sich
 System am eifrigsten angenommen, und die meiste
 ten geliefert. Die merkwürdigsten sind folgende.
de l'Impôt. Philosophie rurale. Eléme
Philosophie rurale. L'Ami des Hommes.
le Commerce et le Gouvernement considérés
ment l'un à l'autre. à Amsterdam et à Paris 1

§. 145. Die Vortheile, welche die Einführung der einzigen Grundsteuer begleiten sollen, werden von ihren Verfechtern sehr reizend vorgestellt. I. Die einfachste, und daher am wenigsten kostbare Be-

von Wichmann, Leipzig 1780. 8. Unter den deutschen physiokratischen Schriften zeichneten sich aus Iselin Isaak Versuch über die gesellige Ordnung, Basel 1772. Schlettwein les Moyens d'arrêter la misère publique et d'acquiescer les dettes des Etats, à Carlsruhe 1772. 8. Dessen wichtigste Angelegenheit für das ganze Publikum, oder die natürliche Ordnung in der Politik &c. Carlsruhe 1772. 8. Zweite vermehrte Auflage 1776. 8. Mauvillon Sammlung von Aufsätzen über die Gegenstände aus der Staatskunst. Leipzig 1. Th. 1776. 2. Th. 1777. 8. Abrégé des Principes de l'Economie politique par S. A. S. Mgr. le Marggrave régnant de Bade etc, à Carlsruhe et Paris 1772. Diese kleine vortreffliche Schrift wurde auch abgedruckt in Wills Versuch über die Physiokratie, deren Geschichte, Literatur, Inhalt und Werth, Nürnberg 1782. 8. Table raisonnée des principes de l'Economie politique. Rédigée et exécutée par M. Dupont, à Carlsruhe 1775. im größten Format. Auch die Schriftsteller, welche dieses System bestritten, sind nicht weniger zahlreich. Unter diesen zeichnen sich folgende aus: Smith in seinem Werke Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Mably doutes modestes à l'Auteur de l'Ordre naturel. Bohm in der kurzen Vorstellung des physiokratischen Systems. Young in der Arithmétique politique. Schlosser in einem kleinen Aufsatz: über das neue französische System In den Ephemeriden der Menschheit u. s. w. Auch Fortbonais in Principes et Observations économiques hat sehr scharfsinnig die Mängel der berühmten ökonomischen Tabelle aufgedeckt.

en verzehrenden Rentirer den Theil
haben nach dem Maaße seiner Verze
is ist, nach dem Maaße seines Einkomm
hlen lasse. IV. Das Hinderniß der
ung bei Seite geräumt, und den willkür
reisveränderungen der Feilschaft
holfen, da die auf den Grund haftende
h natürlich auf die davon kommenden Erz
: nach Maaß der größeren oder kle
teng e untertheile, deren Preis durch den
enfluß berichtigt werde. V. Der Zust
rundeigenthumes versichert und glü
durch gemacht, daß er bei mittleren,
ruchtbaren Jahren immer gleiches G
en genieße: Endlich VI. auch die Gewißl
infünfte für den Staat, welcher,
bgabe auf den Boden selbst, nicht auf
rauf erzielt wird, gegründet ist, nicht
r Verzehrung abbänanien, und keine

müthe nachdenken, werden sich überzeugt finden, daß, wenn die politische Lage Europas einem Staate möglich machte, seine Abgaben nur in Naturalentrichtungen einzuhoben, das System der Oekonomisten für die vortheilhafteste Finanzverfassung angesehen werden müßte. Aber die Unmöglichkeit einer solchen Veränderung ist allgemein anerkannt. Daher ist die Prüfung dieser Vortheile unter Voraussetzung der gegenwärtigen Umstände: wo die Abgaben in Geld entrichtet werden, vorzunehmen. Jedoch auch unter dieser Voraussetzung sind zweien Vortheile, welche aus der Aufnahme der Grundsteuer zur allgemeinen Steuer unwidersprechlich entspringen würden; die Vereinfachung in der Einhebungsart, mithin auch die Sparsamkeit der Einhebungskosten, die dann auf die Verminderung der Entrichtungsantheile selbst wirkt: und die Zuverlässigkeit des Regulativs, weil unter allem, was zum Steuerfuße gewählt werden könnte, nichts eine so genaue Bestimmung zuläßt, und daher nichts als hässliche Störung und verhaßte Nachforschung so überflüssig macht, als der Grund, in Ansehen dessen das Willkührliche nur in der Klassifikation zu besorgen wäre, welchem aber durch die Wachsamkeit der Finanzverwaltung vorgebauet werden könnte. Indessen sind die übrigen Vortheile bei weitem nicht entschieden. Um sich derselben zu versichern und überhaupt, um das System der einzigen Grundsteuer in Ausübung setzen zu können, wird zweierlei zu Grund gelegt. Erstens: daß der Eigenthümer des Grundes die Summe der allgemeinen Abgaben für alle übrigen Klassen vorzuschießen die Kräfte habe; Zweitens: daß der Eigenthümer des

Folgen, welche aus der ersten Voraussetzung
ihren Vorschlag gezogen werden könnten, si-
hergesehen, daß sie, um ihnen vorzube-
kaufen, der Grundeigenthümer müsse bei e-
nem Finanzsystem immer den Vorschlag
Man denke nun die Klasse der Grundbesitzer,
t die mächtigen Grundeigenthümer, sonder-
nern Güterbesitzer; man denke die Größe, zi-
nach der gegenwärtigen Zwangsverfassung
raten die Abgaben gestiegen sind, und welch
Grunde ganz eingehoben werden müßten.
hette dann: ob die Klasse der Verkäufer
diejenige Klasse, die kein Geld, sondern W
für die Klasse der Käufer, das ist, f
asse, die keine Waare, aber Geld hat, die
imme der Staatseinkünfte voraus entrichten f

§. 148. Die zweite Voraussetzung: daß i
nthümer des Grundes bei dem Ver
mithin ihren

fern Antheile der darauf fallenden Abgabe beträuft. Schon also kann nicht gesagt werden, daß die gute, mittlere und schlechte Verndte alles gleich läßt, wenn dieser im letzten Falle für den gleichen Preis nur die Hälfte der Feilschaft erhält. Diese Vertheuerung wird aber auch von Seite des Grundeigenthümers nicht alles gleich lassen.

§. 150. Die Voraussetzung, daß der Verkäufer im Preise Geseze vorschreibt, ist durch Grundsätze und Erfahrung in jedem andern, als dem Falle des ausschließenden Handels, widersprochen; der Zusammenfluß, spricht der Oekonomist, berichtigt den Preis. Eben darum also, da dieser Zusammenfluß nicht nur von der Menge der Verkäufer, von der Menge der angebotenen Waare allein, sondern auch von der Größe der Anfrage nach dieser Waare abhängt, und nur das Gleichgewicht zwischen dem Anerbieten und der Anfrage das Gleichgewicht des Preises herstellt, so kann zwar die Verminderung der zu Markt kommenden Feilschaften auf einer Seite eine Preiserhöhung verursachen; aber der Preis muß wieder fallen, wo auf der andern Seite die Anfrage nach dieser Waare gleich abnimmt, und es ereignet sich nicht selten, daß auf eine plötzliche Preissteigerung wegen der dadurch veranlaßten Abnahme der Anfrage plötzlich eine sonst unerklärbare Erniedrigung erfolgt.

§. 152. Sind die Voraussetzungen, worauf das System der sogenannten Phisokratie sich gründet, unrichtig, so muß dieses sich auch in Ansehung der Schlüsse ereignen, welche davon abgeleitet werden. Wenn der Eigenthümer nicht Meister des Preises

ier durch eine Gattung von Abgabe herbei-
en kann, und wodurch nothwendig alle
Vorthelle vereitelt werden. Das Hind-
Zerzehrung ist nicht bei Seite,
weil dieses Hinderniß von der Preiss-
errührt, welche durch die Grundsteuer nicht
ird. Im Gegentheil: das Hinderniß der
er vergrößert, der Zustand der E-
ier ist nicht versichert, weil der Absatz e-
bei genauer Prüfung fällt sogar die Gew-
inkünfte in Ansehen des Staat-
der vielmehr: der Staat opfert der Gew-
es Jahres die Gewißheit aller k-
jahre, das ist, die Dauer der Eink-

§. 153. Dieses sind die wichtigsten Ein-
ie Einführung eines Steuersystems,
em ersten Anblicke mit dem Scheine der B-
und dem glücklichsten Ausgange des

§. 154. Sey ein Staat, worinn die Grundsteuer bis jetzt den fünften Theil von der ganzen Summe der Staatseinkünfte getragen hat, werden nun alle andern Entrichtungen aufgehoben, und auf den Grund gelegt, so wird die Grundsteuer fünfmal soviel betragen. Die erste Betrachtung, die sich anbietet, ist der große Entrichtungsantheil, den der Besitzer dieses Landwirthschaftsstückes gewiß abführen muß, er mag von seiner Erzielung verkauft haben, oder nicht. Zweite Betrachtung: Wie sehr wird der Unterhalt der Armeen, der Armen, welchen Brod gegeben wird, erschwert? wie viel muß der Lohn aller Arbeiter gesteigert werden, welche das gemeine Wesen bei so vielen Gelegenheiten anzuwenden hat? wie kostbar wird der Unterhalt der ganzen verzehrenden Klasse. Die dritte Betrachtung: fruchtbare Jahre bringen für den Nationalverzehr keine Wohlfeilheit, aber Mißjahre eine unerschwingliche Theuerung. Endlich vierte Betrachtung: kann ein Staat, wo die Grundsteuer die Abgabe einzig auf den Grund häuft, eine Kornausfuhr hoffen, da bei dem ausgeführten Korne eine weitere Untertheilung der Abgabe nicht geschieht, mithin die große Abgabe unmittelbar dem Kornpreise zugeschlagen werden muß? und eine Abgabe, welche der Landwirthschaft alle Aussicht des äußeren Absatzes raubt, wäre berechnet, die Landwirthschaft zu beglücken?

§. 155. Der in dem baadendurlachischen Amte Dietlingen vorgenommene und mißlungene Versuch ist zu diesen Betrachtungen ein Erfahrungsbeyleg mehr: obgleich ein in einem kleinen Gebiete, in einem einzelnen Bezirke oder Amte auch glücklich ausschlagen.

die allgemeine und einzige Steuer im
wendbar ist; so ist sie wenigstens die ei
uer, die dem offenen Lande zukömmt
dlichen Gewerbe, wenn sie genau betrachte
, sind bloße Hülfsheile der Landwirth
the entweder zum Unterhalte des Land
x zu den Geräthschaften, und der Zug
s Feldbaues zu schlagen, und daher nicht
s zu belegen sind. Der Staat kann ohneir
legung derselben eigentlich nichts erheben, wei
n dieser Seite eingebracht würde, auf der
dem dadurch erhöhten Unterhalte und dei
ußkosten wieder in Abzug kommen muß.
se Zugehör sind billig auch die Gebäude an
enen Lande und den kleinen Landstädte
rechnen: wohl aber können die sogenannten G
r der Grundeigenthümer bequem belegt werde

§. 157. In mittleren, großen und s

ander Klassifikation der Größe, und endlich nach dem Ertragnisse. Unter diesen Schätzungsarten setzt nur allein die letzte, das ist, ein gewisser Antheil des wirklichen Ertragnisses ein für den Staat und die Eigenthümer gleich billiges Verhältniß fest.

* Nebst den Staatsabgaben sind die Häuser manchmal auch noch mit besondern Gemeindegeldern zu mancherlei Bestimmung belegt z. B. Armen-geld, Säuberungsgeld, Wachgeld, Brunnen-geld u. d. gl., die Größe dieser Entrichtungen würde eben so lästig seyn, als bei Staatsabgaben. Es ist daher nöthig, daß die Gemeindevorsteher in diesem Stücke unter der öffentlichen Aufsicht gehalten, und über die Verwendung der sogenannten Gemeindegelder zu genauer Rechnung verpflichtet werden.

§. 158. Die Vermögenssteuer wird nicht überall in der beschränkten Bedeutung genommen, welche ihr bei der Unterteilung der Gütersteuer ist gegeben worden. Der Schriftsteller, hauptsächlich wenn sie die Ausübung im Gesichte behalten, ziehen alles darunter, was jemand besitzt, bewegliches und unbewegliches Gut, Geld, so im Geschäfte wirkt, oder sonst verliehen ist, oder noch unangewendet im Schranke liegt. Das war die Steuer, durch welche nach der Beschreibung Xenophon die Athenienser den größten Theil ihrer Einkünfte behoben. Der königliche Zehente, welche von Bauban vorgeschlagen worden, ist gleichfalls eine Art Vermögenssteuer: auch die vormalige Lösung zu Nürnberg ist ungefähr dasselbe. Die wichtigsten

der Staat von dem Beitragspflichtigen reine
Vertheilung besorgen soll, der Vermögensstand
es zu genau untersucht, und daher eine
g. der Nahrungsgeschäfte veranlaßt
die bei der Klasse des Handelsstandes besonders
schlimmsten Folgen nach sich ziehen kann.

§. 159. Eben diese Gründe stehen der Ver-
steuerung als einer auf die beweglichen
allein beschränkten Abgabe entgegen. Wen-
n Fabrikate zum Gegenstande der Entrichtung ge-
ben, was für ein Maaßstab wird zu ihrer En-
tung angenommen, um dem Willkürlichen
eichen? Und wäre es auch möglich einen schick-
lichen Maaßstab zu finden, würde dadurch nicht noch
in hundert Gelegenheiten ein die Gleichheit
des Ueberschusses unterlaufen müssen?
Und noch, daß bei einer Schätzung, welche
den von Fabrikaten unterworfen sind, das W

die Berichtigung des Gegenstandes entweder der Treue und dem guten Glauben der Steuerpflichtigen überlassen, oder durch eine in das innerste der Familien eindringende Nachforschung geschehen muß. Das eine und andere hat seine einleuchtende Bedenkllichkeiten. Auf den ersten Fall läßt sich vorhersehen, daß ein großer Theil der Beitragenden, um leichter durchzukommen, seine Kapitalien entweder ganz verschweigen, oder doch geringer angeben wird: die nachtheiligen Folgen im zweiten Falle sind gestürzte Gewerbe und Nahrungsgeschäfte, die Störung des Kreislaufs, die Hemmung des Kredits, durch Verhehlung der Kapitalien, überhandnehmender Wucher, und scharfe Fiskalgesetze, die zwar dem Wucher beständig als ein untrügliches Zeichen begleiteten, aber nie demselben als ein Gegenmittel Einhalt thun werden.

§. 161. Ist die auf Kapitalien gelegte Vermögenssteuer in eine Finanzverfassung aufgenommen worden, so scheint es hauptsächlich in der Absicht geschehen zu seyn, um den Kapitalisten von dem allgemeinen Beitrage, zu welchem der Besitzer der Grundstücke, und die Vermögensigkeit unter besondere Abgaben gezogen sind, nicht frei zu lassen. Aber es läßt sich darthun, daß diese Absicht auf solche Art nicht erreicht wird. In der That wächst die Vermögenssteuer der Landwirtschaft, oder Vermögensigkeit wo die Kapitalien anliegen, allein zur Last, und der Kapitalist für sich geht beständig frei durch *).

*) Eine Kapitaliensteuer wird sehr gefährliche Folgen haben, indem die Kapitalien aus dem Lande in ein anderes, in welchem keine Kapitaliensteuer eingeführt ist,

er negative ganz unrichtig, wenn angemessenen Verhältnisse keinen Ort. Die Ausübung bestätigt die Richtigkeit, und verbindet bei den uneigentlichen Personalsteuern beständig andere, wodurch die Beitragsanteile anfallen werden. Die Belegung der Vermögensgegenstände ist eine unmittelbare Schätzung der Person und ihres Gewerbes: dieß giebt den Kopf und Gewerbesteuren ihren Ursprung: die Schätzung geschieht mittelbar durch Besteuerung der Verzehrer: die Verzehrungssteuer noch unter dem allgemeinen Namen Einkommensteuer.

163. Die Kopfsteuer ist stets auch Fenstersteuer: d. i. die Beitragsanteile werden in einem Maße ansgemessen, bei welchem die Fenster mehr als alles Uebrige den Unterschied bilden. Dieses ist offenbar, wo die Klassen nach

erböhten Einkünften selbst geordnet werden. Aber es ist nicht weniger gewiß, auch wo Rang und Würde zum Maasstabe des Beitrags angenommen sind. Die Kopfsteuer ist, auf was immer für eine Art sie eingehoben wird, sowohl nach ihrer Wesenheit, als nach ihrer ganzen Einrichtung eine wahre Vermögenssteuer, wider welche alle Einwürfe zurückgerufen werden können, die gegen die letztern sind angeführt worden. Doch sind die der Kopfsteuer noch besonders eigenen Mängel nicht zu übergehen. Die Voraussetzung, daß den höhern Rang stets größeres Einkommen begleite, ist zu willkürlich und täglich von der Erfahrung widerlegt. Eine Klassensteuer nach Rang und Würde verletzt also den Grundsatz des ebenmäßigen Verhältnisses unter den Entrichtenden. Die Kopfsteuer, welche die Köpfe der Familien zählt, ohne den Frauen und Kindern eine Befreiung zuzuerkennen, vergrößert die Bürde des Ehestandes, und wirkt unmittelbar auf die Bevölkerung: sie wird endlich nicht weniger der arbeitenden Klasse beschwerlich, weil die Entrichtung des Kopfgeldes für das Dienstgesind, oder die Gewerbsgehülfen zuletzt immer auf den Gesindhälter zurückfällt.

§. 164. Obgleich beinahe alle Welt über diese Gebrechen der Kopfsteuer einig ist, so erschien dennoch eine Schrift, worin, wie ehemals Bauban die Vermögenssteuer zum Hauptgegenstande der französischen Staatseinnahme zu erheben gedachte, eine Klassensteuer zur einzigen Abgabe vorgeschlagen, und nach einem vorgelegten Ueberschlage für erwiesen angenommen ist, daß Jedermann, in Vergleich mit den ge-

Stelle der von ihm verworfenen Accise
umt ihr in seinem Finanzsysteme ein
re Einteilung ein, er macht zwisch
1, und der in vielen Ländern eingeführt
ngssteuer einen Unterschied, weil die
der die Beschäftigungswege nur in allg
affen untergetheilt sind, eher für eine A
uer als wahre Gewerbesteuer anzusehen.
eigentlichen Gewerbesteuer fordert er
itragsantheil nach dem Umfange des
s und des davon abfallenden Gewi
amt werde. Aber so sehr sich dieser Schrift
ht, die Mittel anzuweisen, wie der Um
s Gewerbes zu übersehen, und der d
llende Gewinn zu berechnen sey, so
dennoch selbst die Schwierigkeiten nicht
den, welche in der Bestimmung eines bill
nisses der Entrichtung auffallen würden.
verschiedene Verhältnisse zur billigen A

mittelbare Abgabe der Verzehrung *) geschieht abermal auf zweierlei Art: daß alles, was immer in den Umlauf kömmt, ohne Unterschied einer Entrichtung unterworfen wird: dann empfängt sie den Namen einer allgemeinen oder sogenannten Universalaccise: Sind aber nur die nähern Bedürfnisse, und besonders die Lebensmittel zu versteuern, so heißt sie die besondere oder Particularaccise, welche manchmal von den einzelnen Regulativen ihre bestimmtere Benennung ableitet, z. B. Fleischsteuer, Transteuer u. d. gl.

§. 167. Die Meinungen über den Nachtheil der allgemeinen Accise sind beinahe vereinigt. Sie ist entweder der einzige Steuerfuß eines Landes, oder eine Steuer, die neben andern eingeführt ist. In einer Finanzverfassung, wo die Accise zur einzigen Steuer gewählt worden, sind folgende Sätze zum Grunde gelegt: Jedermann kauft und verkauft nach Verhältniß seines Vermögens: Jedermann gewinnt nach dem Verhältniß seines Kaufs und Verkaufs: Jedermann

*) Man kann vorzüglich zwei Gattungen von Konsumtionssteuern nämlich I. auf Lebensmittel und II. auf Waaren benützen.

Da in diesem Werke ausführliche Ansichten über die Konsumtionssteuern aufgestellt sind, so kann ich mich hier kürzer fassen, und nur auf einen gründlich verfaßten Aufsatz in der Sammlung von Aufsätzen die größtentheils wichtigen Punkte der Staatswirtschaft betreffend, Th. II. S. 525, und auf Büsch in seiner Abhandlung vom Geldumlauf B. I. S. 580. der neuen Auflage und andere Schriftsteller berufen.

sfuhr gründet. Ohne die erste diese
jen würden der Kapitalist und der B
nicht nach Verhältnis ihres Einkommens b
eite ist noch wesentlicher: denn, wo i
wichtige innere Handlung besitzt, da wi
die Gewißheit der Einkünfte, oder i
derselben leiden. Man hat an der Univ
e noch mit Grund getadelt, daß der Han
n er starke Einsendungen erhält, in die
eit versetzt wird, große Summen mit ei
hlen, wodurch der Großhandel er
Man hätte auch noch folgenden Nachtl
eiten können, er muß den Vorschuß th
st des Wiedereresses nicht versicher

§. 168. Nicht weniger gewiß ist, daß bei
rsalaceise die Veruntreuungen
eten schwer gehindert, daß die Zeit
zile der Entrichtenden durch die Zeit

§. 169. Ungefähr auf die nämlichen Gründe stützen sich diejenigen, welche die Partikular-Accise oder die auf Lebensmittel gelegte Abgabe nicht bloß mißrathen, sondern als die Quelle unzählbarer Uebel, als die Hauptursache der innern Schwäche aller Staaten und ihres gänzlichen Verfalls bezeichnen. Woferne die Betrachtungen, welche gegen die Einführung der Grundsteuer, als der einzigen Abgabe angeführt wurden, von einigem Gewichte waren; so fällt das Besorgniß wegen der nachtheiligen Folgen der Verzehrungssteuer bereits größtentheils hinweg.

§. 170. Vor allem ist es nöthig, die mittelbare Abgabe überhaupt von der eigentlichen Verzehrungssteuer genau zu unterscheiden. Die mittelbare Abgabe, nach dem Begriffe, so die Ökonomen damit verknüpfen, ist eine Gattung, worunter alles, was nicht unmittelbare Grundsteuer ist, gehört, worunter also sicher viele von verwerflicher Art sind, und wovon in diesen Grundsätzen selbst bereits sehr viele verworfen werden. Die besondere Verzehrungssteuer hingegen, wovon hier eigentlich gesprochen wird, ist eine einzelne Art, welche auf Lebensmittel allein fällt. Ihre Bestimmung ist zu dem öffentlichen Aufwande den über die eingehobene Grundsteuer noch abgehenden Antheil einzuliefern. Ihre Bestimmung weist darauf, wo sie eigentlich angelegt? Von wem sie entrichtet? Wie sie eingeheben? Auf welche Gegenstände sie gegründet werden soll? Es wäre eine fruchtlose Finanzoperation, sie auf dem offenen Lande, oder in klei-

beitende Volk. Niemand von allen i
ch die Verzehrun^gssteuer beschweret: der
siß er nicht, weil sein größerer Antheil v
zen ihn zu einem verhältnißmäßig größern
bindet. Der Kapitalist nicht, als welc
dem allgemeinen Beitrage ganz befreit bleibt
der Besoldete nicht, weil sein Gehalt,
von dem Staate oder Privatherrn fallen
:hältniß des nöthigen Aufwandes aus
den muß: auch nicht der Handelsma
Verkauf ihn seine Auslagen, worunter de
eingerechnet ist, vergütet: und eben so n
ige arbeitende Klasse, indem sie de
s Handlohn immer hauptsächlich nach den
Werths der Lebensmittel einrichtet. Uebrig
Städte nicht bloß in Absicht auf die E
ig, sondern auch in Absicht auf die Einb
allein schickliche Ort. Nichts wird das
lt, alles wird eingeführt. Bei diese

mittel ohne Unterschied, wie sie eingehen. In gegenwärtiger Lage begreift das Wort: *Lebensmittel* nicht ledig die Esmaaren, sondern alles, was zu dem menschlichen Unterhalte gehört, nur mit Ausnahme dessen, was nach richtigen Handlungsgrundsätzen der Leitung der *Mauth* überlassen werden muß: denn dadurch unterscheidet sich die besondere Verzehrungssteuer von der allgemeinen Accise. Die Verfertigung des Tariffs, wornach die Abgabe von den eingehenden Feilschaften gefordert werden soll, ist von äußerster Wichtigkeit, und setzt in der wirklichen Ausübung eine genaue Kenntniß aller in die Verwaltung einschlagenden Umstände voraus, aus deren Vergleichung unter sich das Verhältniß der Lage entspringt. Diese Lage muß nach einer dreifachen Beziehung berechnet werden; Erstens überhaupt nach Beziehung der Verzehrungssteuer zu der ganzen Summe der Entrichtungen; Zweitens nach Beziehung zu der Nationalhandlung, mithin zu dem Preise des Handels; Drittens nach Beziehung der steuerbaren Gegenstände unter sich.

§. 173. Ueber das Verhältniß der Verzehrungssteuer zur Masse der sämtlichen Entrichtungen kann nicht anders, als nach gewissen gegebenen Umständen, mithin in der Anwendung selbst der Ausspruch geschehen.

§. 174. Auf die Nationalhandlung muß in Verfertigung des Tariffs der Verzehrungssteuer darum zurückgesehen werden, weil der Wachsthum derselben von dem Vorzuge im Zusammenflusse, und dieser vorzüglich von dem Vorzuge im Preise abhängt.

en, als die belegten Gegenstände sich zu
vergnügen und Ueberflüsse nähern.
Aber diese an sich richtige Grundsatz nicht
tlichen Vorthell des Staates die Gewiss
ch der Einkünfte vereiteln soll, so m
sehr ausgedehnt werden. Viele Schriftst
e ersten und unmittelbaren Bedür
enschlichen Unterhalts von der Verzehrun
ausnehmen, um die gemeine S
leichtern, und die Entrichtung der Abgabe
bgenderen Klasse allein aufzudringen. U
runde fällt nach ihrer Eintheilung die gr
e der Entrichtung auf die Gegenstände der
ber sie hätten bedenken sollen, daß nicht
bner, nicht der Arbeiter derjenige ist, der
e Verzehrunsteuer entrichtet, sondern de
n zu seinem Dienste m i e t h e t.

§. 176. Endlich haben wir, was das §

leidet, so würde im Widerspiel eine zu große Bese-
gung der ersten Nothwendigkeiten der Dauer, wel-
che auf die unverminderte Beitragssfähig-
keit, das ist auf die Erwerbung gegründet ist,
schaden. Bei Bestimmung des Verhältnisses unter den
Gegenständen der Verzehrung selbst sind daher zween
Grundsätze zur Richtschnur zu nehmen. I. Die Be-
dürfnisse der ersten und zweiten Gattung
können so weit belegt werden, als die da-
durch veranlaßte Preissteigerung bei
den Beschäftigungen keine Verminderung
befürchten läßt. II. Die Bedürfnisse des
Vergnügens nach allen Stufen sollen nur
so weit belegt werden, als die dadurch
veranlaßte Preissteigerung nicht den
Gebrauch derselben beschränkt.

§. 178. Mit diesen zween Grundsätzen ist nicht
verträglich, daß die Klassen der Bedürfnisse sehr un-
terschieden und vervielfältiget werden. Denn
bei einer langen Reihe derselben würde entweder
auf die untersten zu wenig übertragen, oder die
obern würden nach einem wachsenden Verhältnisse zu
stark zu belegen seyn. Es scheint also, daß die Ein-
theilung der sämtlichen Verzehrungsgegenstände in
vier Klassen zureiche, und jede Klasse von der Sum-
me, so die Verzehrungssteuer zu dem allgemeinen Auf-
wande liefern soll, einen gleichen Theil auf sich
zu nehmen habe.

§. 179 Die Vertheilung der einzelnen Gegenstän-
de in diese vier Klassen, und der Ausschlag der Ab-
gabe im Numerären, das ist, die Verfertigung

8 may 1777
üße, Maße oder Gewichte aus-
lan hat der Verzehrungssteuer den Namen
illigen Abgabe beigelegt, um ihren
zeichnen. Die Verzehrungssteuer
it in Beziehung auf den Staat und in
f den Entrichtenden, diesen letzteren
ann er zahlt, und wann er verzehrt.

Der Vortheil des Staates ist die Ge-
der Einkünfte, und ihre Dauer
ßheit in Ansehen der Größe, weil de
icht der mindesten Willkühr unterworfen
r zehrung unter allen Umständen noth
it: die Gewißheit in Ansehn der Zeit
zehrung ihren Gang ununterbroche
Einnahme aber der Verzehrun zur Sei
n im Aufwandsüberschlage auf
Summen stäts Rechnung gemacht werd
daß der Staat jemals zu gewaltsam!

Verzehrun^gssteuer ein sicheres Zeichen, entweder von der vergrößerten Bevölkerung oder von der Aufnahme der allgemeinen Bequemlichkeit und meistens von beiden zugleich. Bei denjenigen fehlerhaften Finanzsystemen aber, wo die Steuerbefreiung einiger Klassen statt findet, hat die Regierung durch die Verzehrun^gssteuer einen sichern Weg diese schädlichen Ausnahmen wenigstens unmittelbar aufzuheben, und die billige Gleichheit unter den Entrichtenden herzustellen. Hier vereinigt sich also der allgemeine mit dem Vortheile des einzelnen Entrichtenden.

§. 181. Für diesen ist die Verzehrun^gssteuer die gelindeste Abgabe, indem sie stets I. nur nach dem Maße seiner Erwerbung, II. immer zu der Zeit, wenn er sie zu entrichten bei Kräften ist, III. in ganz unspürbaren Raten eingehoben wird. 1. Sie wird stets nur nach dem Maße seiner Erwerbung eingehoben, wodurch das zweifache Verhältniß zu seinem eignen, und dem Vermögen der Mitstehenden so sehr als möglich beobachtet wird. Der Regel nach verzehrt die arbeitende Klasse nach dem Maße ihrer Erwerbung, und sie entrichtet dann nur nach dem Maße, als sie verzehrt. Dadurch also kommt die Abgabe der natürlichen Ordnung der Entrichtung am nächsten, nach welcher der Arbeiter nicht zahlt, sondern arbeitet, der Geldbesitzer nicht arbeitet, sondern zahlt. 2. Die Verzehrun^gssteuer wird zu der Zeit eingehoben, wenn der Entrichtende bei Kräften ist. Der Verkäufer zahlt also, weil er seine Feilschaften angeworben, mithin Geld erhalten hat: dieses, wo die

ganze Summe der Entrichtung gewissermaßen
: einzelnen Tage des Jahres untergetheilet

§. 182. Damit der Vorzug der Verzehrung
beziehung auf den Verzehrenden ein-
e, muß die Nummerung vorausgehen, daß
ibe ohne Unterschied bei dem Gegenstande,
ien sie gelegt ist, eingerechnet werden muß
r Zuwachs zwar nicht den Grund des
sondern nur einen Nebentheil ausmacht
en durch den Zusammenfluß veranlaßten W
Märkte dennoch auf den ganzen Preis
zu seinem Fallen oder Steigen beitragen
t also nicht möglich, eine Abgabe zu
ie bei dem Wechsel des Zusammenflusses den
Märkte gleich erhält.

§. 183. Mancher Schriftsteller hat an der
rungssteuer noch verschiedene an

theil jedes einzelnen sehr erhöht werde.
 II. Daß der vermögende aber lergere Bürger nicht nach dem Maße seiner Einkünfte belegt, mithin das billige Verhältniß unter den Mitsteuenden nicht beobachtet: daß im Gegentheile III. der Verhebelichte und derjenige, so mit einer grossen Familie beladen ist, dadurch beschwert werde: daß endlich IV. der Preis der ersten Bedürfnisse zum Nachtheile der Beschäftigung und Handlung dadurch sehr erhöht werde.

§. 184. Der erste Einwurf wird durch die Erinnerung sehr gemindert, daß die Verzehrungssteuer, von welcher hier gehandelt wird, keine Universalsteuer ist. Wenn also zugegeben würde, was die Oekonomisten behaupten, daß die Einhebung der mittelbaren Abgabe die Summe, welche wirklich eingeht, um 8 mal übersteige, so könnte dieses nicht auf diejenige Verzehrungssteuer fallen, welche vorzüglich auf die Lebensmittel gelegt wird, wovon die Gegenstände der Mauth sorgfältig unterschieden, und nur die Städte, welche nicht erzielen, belegt sind. Die Kostbarkeit der Behebung ist mit der besondern Verzehrungssteuer nicht wesentlich verbunden. Die Einnahme an den Thoren kann eine Einrichtung erhalten, die weder so weitläufig, noch so kostbar ist. Wenn indessen die Einhebung der Verzehrungssteuer auch mit der möglichsten Genauigkeit geschieht, so wird sie verhältnißmäßig immer kostbarer seyn, und dieses ist, wie man mit Fortbonais eingestehen muß, der einzige wesentliche Nachtheil der frei.

deten Zergliederung der Steuern überhaupt
Beschaffenheit der besondern Verzehr-
uer im Gesichte behalten haben. Da jede
g, wenn sie auf ihr Wesen zurückgeföh-
rungssteuer ist, und am Ende i-
fürzeren, oder näheren Weg immer von d-
renden getragen wird, so müssen die Na-
the der Verzehrungssteuer insbes-
geworfen werden, zugleich allen andern
ein und eben dadurch aufhören Nachtheile
wäre denn, daß überhaupt die Nothwen-
aben zu heben, als ein Nachtheil in der
Gesellschaft angesehen würde.

VI.

von erhöhten oder neuen Steu-

die ordentlichen Steueranttheile werden erhöht, oder es werden neue Gegenstände der Belegung gewählt. Beides läuft darauf hinaus, daß die Summe der allgemeinen Abgaben im Ganzen vermehrt wird. Die Erhöhung der Abgaben muß durch eben die Grundsätze geleitet werden, wie die Einhebung der ordentlichen Einkünfte. Die Einkünfte zur Bedeckung des Aufwandes müssen gewiß eingehen, ohne der Dauer derselben, mithin ohne der Beitragsfähigkeit nachtheilig zu seyn. Wenn daher ein Vorschlag zu außerordentlichen Einkünften gefordert wird, so ist die Aufgabe, welche die Regierung dem Finanzminister vorlegt, eigentlich folgende: eine Art Abgaben zu finden, wodurch die geforderten Summen gewiß eingehen, ohne eine Vertheuerung der Waaren, mithin ohne eine Verminderung des Absatzes, und Beschränkung der Erwerbswege zu veranlassen.

§. 187. Um diese beiden Absichten zu vereinigen, muß der Entrichtende von derjenigen Klasse seyn, welche die Erhöhung der Entrichtung am leichtesten übertragen kann: hierdurch werden die vermögendere Bürger bezeichnet, und er muß von derjenigen Klasse seyn, welche, was sie dem Staat entrichtet, nichts als Vorschußkosten bei ihren Erzeugnissen wieder einzurechnen genöthiget ist: wodurch abermal die arbeitende Klasse von der Entrichtung befreiet, und der vermögendere allein zum Beitrage angewiesen wird; bei wichtigen außerordentlichen Fällen bleibt also der Finanzverwaltung nur die Belegung neuer Gegenstände frei. Doch die Wahl

n Lebensmitteln: und die Pr
reinbringung der außerordentlichen Ein
o eine gewisse Art von Vermögensste
höhung der Verbrauchssteuer bei
d vierten Gattung von Lebensmitteln
f einigem Prachtaufwand fallende Lage d
nachtheiligen Steuerarten.

§. 188. Die Vermögenssteuer als e
r Theil der Einkünfte überhaupt
affen der Bürger, mithin auch die arbeite
bar zum Beitrage ziehen und dadurch der
e außerordentlichen Steuer widersprechen, i
schicklichkeiten mit sich führen. Die den
gemessenste Art der Einhebung scheint also
fikation der Beitragenden zu seyn, k
ht auf die einzelnen und zu mannigf
wechselungen des Einkommens gesehen, i
Geld angeschlagenen Einkünfte von eine

fehlenden Glaubwürdigkeit verpflichtet, sich zu der ihm zukommenden Klasse zu bekennen, und nach diesem Bekenntnisse zu entrichten. Die Ungleichheit an der Klassensteuer kann dadurch gemindert werden, daß die Entfernung der Klassen selbst nicht zu groß angenommen, und überhaupt alle Ungleichheit in der Entrichtung soviel möglich vermieden werden.

§. 189. Derjenige, welcher von Lebensmitteln, die nicht in die Klassen der Bedürfnisse gezählt werden, Gebrauch macht, kann ordentlicher Weise für vermögender angesehen und von demselben eine Erhöhung der Entrichtung leichter vertragen werden. Die Erhöhung der Verzehrungssteuer in der dritten und vierten Klasse von Bedürfnissen wird, daher zur Hereinbringung außerordentlicher Einkünfte vorzüglich schicklich, eine Taxe auf Gutschepferde, auf eine gewisse Zahl von Livreebedienten und was dergleichen den Reichtum oder wenigstens einen gewissen stärkern Wohlstand anzeigender Prachtaufwand seyn mag, wird, wenn sie nur für ein, oder einige wenige Jahre auferlegt wird, die Folge haben, daß Equipagen abgeschafft, oder die Zahl von Livreevolt vermindert, mithin die erwarteten Summen nicht eingehen werden *).

*) Man könnte nun ein ganzes Heer von Staatsauslagen oder Steuern anführen, welche wegen ihrer Schädlichkeit in vielen Staaten theils ganz aufgehoben, theils auf eine weniger schädliche Art, wenn man sie nicht ganz aufheben konnte, modificirt wurden; ich rechne zu diesen die Heerdstättenlage, die Rauchfangsteuer, die Erbssteuer, die Abgaben bei Testamenten

die Steuer auf Verkäufungen nach spanischen Alcabala, die Nachsteuer, wohnsteuer, die Viehsteuer unter neuen Benennungen, und viele andere Steuer: Streblin in seiner Abhandlung von Auflagen führt hat. Der berühmte Pitt war unerschrocken der Erfindung und Einführung neuer Auflagen auf verschiedene Gegenstände, die zur Armut des Lebens gehören, gelegt hat: man klagte Klagen auf Uhren, Schnallen, Wagen, Hunde, auf Perücken, Haarpuder und andere andere Gegenstände; ich werde am Ende dieses Werkes anführen, daß die Päpste unter seinen Kaisern auch Projektanten waren; sie Vorschläge zu Abgaben auf den Harn, den den Koth und Roth, auf Leichen, Luft und Schatten. Es gab nach dem eine Wassersteuer, Ufersteuer, eine auf Räder, Deichseln und Lastthiere andere Gegenstände; es wäre zu weiterschickten höchst unschicklichen Auflagen, welche ihre Härte schon auf der Stirne trugen, besonde

haben, war allerdings fähig, eine Besorgniß gegen ein Hilfsmittel einzulösen, daß der Verschwendung, der Vergrößerungssucht so viele Leichtigkeit zum Mißbrauche anbietet. Man glaubte daher den Steuerpflichtigen durch Beilegung eines Schakes besser zu berathen. Bei der Frage: ob die Beilegung eines Schakes dem Gebrauche des Staatskredits vorzuziehen sey? muß die Aufmerksamkeit auf zween Punkte gerichtet werden: auf welche Art die Beilegung geschehen kann? was sind die Folgen von der Beilegung eines Schakes in Vergleichung mit den Folgen des angewendeten Kredits?

§. 191. Die Sammlung großer Summen kann nur durch Einhebung größerer Abgaben geschehen, als sonst der ordentliche Staatsaufwand nöthig macht. Denn auch die Sparsamkeit des Fürsten setzt voraus, daß er mehr empfängt, als er zu verwenden hat: und dieses Mehr ist eben so eine Erhöhung des Entrichtungsantheils, als wenn in der Absicht, den außerordentlichen Auslagen die Stirne bieten zu können, der ordentliche Entrichtungsfuß größer bestimmt wird.

§. 192. Die Folgen, welche die Beilegung eines Schakes begleiten, müssen in der Anwendung auf folgende drei Umstände berechnet werden, in deren einem sich jeder Staat nothwendig befinden muß: ent-

Fenster haben, als sie haben sollten, und daß diese Abgabe sogar auf die Gesundheit der Menschen sehr nachtheiligen Einfluß habe; aus eben diesem und vielen andern Gründen soll die Fenstertaxe mit so vielen andern schädlichen Auflagen wieder aufgehoben werden.

und bereits nicht. Unter dem ersten
kann man mit einigen Einschränkungen zu
e Beilegung großer Summen den Kreis
schwächen, noch der Handlung Schaden r

§. 193. Indessen, wenn bei dem Zus
ünftiger Umstände die Beilegung große
cht nachtheilig seyn wird, so ist sie
cht notwendig, weil bei einer solche
dem Staate an Ausbülfe nicht fehlen ka
n beiden ändern, das ist, in den ge
ern Umständen der meisten Staaten
schädlich *).

*) Der berühmte R. Baur. Staatsrath v.
übergab im J. 1804, da er noch Professor
war, eine sehr schöne Rede der Presse: über
wendigkeit eines Staatschatzes,
wirthschaftlich und juristisch erwa

§. 194. Der Mißbrauch des Staatscredits ist keine nothwendige, und immer keine für die Beilegung eines Schazes beweisende Folge. Wenn Frankreich, wenn England durch die Leichtgläubigkeit Schulden zu machen verleitet worden sind, den Staatscredit zu übertreiben, so ist es eben so leicht und vielleicht noch anstoßender, das für außerordentliche Vorfälle bereit gelegte Geld gegen Bestimmung und Absicht zu verwenden.

§. 195. Man würde indessen, was von Beilegung eines Schazes gesagt wird, sehr unrecht auf die besondern Klassen ausdehnen, die jede Finanzverwaltung, je kleiner oder größer, nach den Verhältnissen des Staats von außen, und den Kräften

noch gerecht behandelt; denn wenn in einem eben nicht reichen Lande eine so große Summe, welche man zur Belebung der Gewerbe, Fabriken, Manufakturen und dem Handel hätte anwenden können, aus dem Kreislauf gebracht wird; so entstehen sehr bedeutende Nachtheile für den Staat und die Unterthanen; auch in Hinsicht der Gerechtigkeit könnte man einwenden, der Herrscher ist nicht berechtigt, größere Lasten den Unterthanen aufzulegen, als nothwendig sind, um die Staatsausgaben zu bestreiten; wenn nun dieser eine so große Summe in einem Staatschaze aufzubewahren im Stande ist, so legt er seinen Unterthanen größere Lasten auf, und verursacht dem Staate einen bedeutenden Schaden; überhaupt bemerkte ich öfters, daß die Schriftsteller häufig eine Vorrathskasse mit dem Staatschaze verwechselten; eine Vorrathskasse ist ein wesentliches Bedürfnis, um augenblickliche dringende Ausgaben des Staats zu bestreiten. Ein eigentlicher Staatschaz für einen Herrscher sind unerschöpfte Unterthanen.

taat von der Sicherheit der Wieder-
ung. Dieses Zutrauen hat, wie bei dem
e, seinen zweifachen Grund, den reel-
rsonlichen. Der reelle besteht in der
einen Beitragsfähigkeit; der pers-
der Geschicklichkeit der Finanz-
ung, und der Genauigkeit den über-
en Verbindlichkeiten unter allen
en Genüge zu leisten.

§. 196. Die allgemeine Beitrag-
it ist der reelle Grund des Staats-
enn, unter was immer für einer Gestalt
e Rückzahlung leiste, zuletzt wird dieselbe
e Entrichtungen zurückgeführt. Der Umf-
taats, sein milder Himmelsstrich, das Gent-
on, sein Vertheidigungsstand, seine politis-
ndungen, alles trägt zu dem Umfange
taatskredits bei. Indessen kann der reelle

errichteten Verträge auf kurze Frist: das Vertrauen, welches auf die Geschicklichkeit des Kreditnehmers gesetzt wird, hält sich an eine und dieselbe Person. Die Verträge der Staatsgläubiger aber sind größtentheils von längerer Aussicht: Der zweite Unterschied ist von noch größerem Einflusse. Wenn der Privatbürger seiner Zusage nicht Genüge leistet, so hat der Gläubiger den Gerichtszwang zu Hülfe, welches Mittel dem Staatsgläubiger entzogen ist. Dem Staate kann keine Eintreibung über den Hals geschickt werden. Dieses Unterschieds wegen werden manchmal den Staatsverschreibungen Papiere, oder doch die Gewährleistung der Stände vorgezogen. Wenn die Größe und glückliche Lage eines Staates den reellen Kredit desselben erhöhen, so muß die Regierungsform entgegen auf die Natur des persönlichen Kredits einfließen. Je unbeschränkter eine Monarchie ist, desto beschränkter ist ihr Kredit: Der Despotismus hat gar keinen Kredit.

§. 198. Unter den Zusagen, welche zu erfüllen der Staat als Schuldner auf sich nimmt, ist die Entrichtung der Zinse eine der vorzüglichsten. Die Finanzverwaltung muß vor allem darauf bedacht seyn, daß die Abführung derselben nicht verzögert werde. Einige Schriftsteller behaupten, daß der Kredit eines Staates überhaupt sich nicht auf die Sicherheit des Kapitals, sondern allein auf die Sicherheit der Zinsen zu erstrecken habe. Aber sie vermengen offenbar den einzelnen Gläubiger mit allen zusammen genommen. Der eigentliche Unterschied zwischen dem reellen Privat- und öffentlichen Kredite in Ansehung der Bedeckung besteht also nur darin:

it des Kredits, und diese laufen sämmtlich aus: daß die Erwerbung stark beengt durch die allgemeine Beitragsfähigkeit mindert wird.

§. 202. Wenn die Finanzkammern die nothwendigen Gelder durch freiwillige Darlehen beschaffen wollen: so machen sie 1. die Summe sammt Bedingungen, welche sie den Gläubigern anbieten, 2. die Bedeckung, welche sie dieser eignen wollen, und 3. die Zahlungsstermin, welchen das Geld eingehen soll, nachdem es ihm gegeben oder fordern, unter der Bedingung öffentlich bekannt. Staaten, deren Kredit steht, deren Bürger reich sind, ziehen in öffentlichen Bekanntmachung dem geheimen vor. Die Unterzeichnungen werden schneller erfüllt werden, je vortheilhafte Bedingungen sind, welche den Gläubigern an

zur Tilgung des Hauptstammes angewiesen wird. Diese Vorteile einzeln oder vereinbart sind anreizend, und schaffen die erforderlichen Summen gemeiniglich bald herbei: doch sind sie darum nicht ohne besondere Bedachtsamkeit zuzugestehen, weil sie nach der Lage der Umstände von Nachtheilen begleitet werden können.

§. 203. Vielleicht, um sich die beschwerlichen Bedingungen zu ersparen, oder weil der Weg der eröffneten Unterzeichnung zu ungewiß schien, ergriff man zuweilen das Mittel Darlehn anzubefehlen. Darlehn anbefehlen heißt die Natur des Kreditvertrags ganz verändern wollen. Das Zutrauen als das Wesen des Kredits schließt allen Zwang aus. Wenn indessen ein Staat sich nach erschöpften allen andern Hülfquellen zu der traurigen Nothwendigkeit gebracht sähe, das Mittel anbefohlener Darlehn zu ergreifen; so ist es natürlich, daß er seine Forderung nur an die Vermögenderen richte. Die Klasse des Landmannes aber und der Aemsigkeit müssen durchaus von dergleichen Forderungen frei bleiben.

§. 204. Der Stenervorschuß ist gewissermaßen mit dem anbefohlenen Darlehn einerlei. Er geschieht entweder von Staatspächtern, da, wo die öffentlichen Einkünfte verpachtet sind, oder von den Steuerpflichtigen selbst. Der Weg von den Staatspächtern einen solchen Vorschuß zu erhalten, kommt dem Staat sehr hoch zu stehen; diese wissen die Verlegenheit des Staats zu nützen, um ihre Pachtverträge entweder zu verlängern, oder Nachlassungen zu

Privatgeschäfte die Art des Kredits, welche erhalten wird, und am wenigsten ist, weil die Zahlung sichergestellt, ist, aber ein Bestandtheil von der Größe ist. Dennoch, wenn der Staat seinen Pfand anweist; so kommt es immer an, worin dasselbe besteht. Es ist immer gemäßer, daß der unnütze hingegabe werde, bevor der Bürger sich notwendigen Unterhalts zu verauslagt wird. Soll aber zum Unterpfande ein, ein Geldabwerfendes Recht, oder Zweig der öffentlichen Einkünfte werden; so ist dieses überhaupt für den Lebenswand eben so nachtheilig, als der Steuern.

§. 206. Aus diesen Gründen werden von und unan allen stets alle anderen Wege Gel

trag hat wahrscheinlich unter Privatleuten seinen Ursprung genommen: wie dann in großen Handelsstädten manche einzelne Handels Häuser und Magistrate sich damit abgeben. Ein Mann besitzt ein kleines Kapital, dessen ordentliche Zinsen zu seinem Auskommen nicht hinreichen würden: Wenn er lebenslänglich höhere Zinsen erhalten könnte, gäbe er seinen Hauptstamm verloren. Dieses Anerbieten schien demjenigen günstig, der eine solche Summe zur gegenwärtigen Verwendung nöthig hatte, er sagte also höhere Zinsen zu, von welchen das Absterben seines Gläubigers ihm die Befreiung vorsehen ließ. Weil diese Einkünfte auf das Leben versichert wurden: so empfingen sie den Namen: *Rentes viagères* oder *à vie*, *Vitalitio*, *Annuities upon Life*, deutsch *Leibrenten*, und weil der Hauptstamm mit dem Tode des Gläubigers verloren gieng, so heißen die Franzosen diese Renten *Fonds perdu*.

§. 207. Das Wesen der Leibrenten ist, wie man aus der Beschreibung ihrer Entstehung sieht, höheres, als landesübliches Interesse: darinn liegt die Anreizung für den Käufer der Leibrenten. Die jährliche Leibrente enthält also zweien Theile, die gewöhnliche Geldbenützung, oder die Zinsen, und einen Ueberschuß. Dieser Ueberschuß ist eigentlich der Gegenstand der Berechnung, welche bei Bestimmung der Leibrenten gezogen werden muß. Er ist an sich selbst eine Theilrückzahlung von dem Hauptstamme. Von Seite des Rentirers ist die Absicht am Ende nebst den laufenden Interessen den Hauptstamm, wenigstens ganz, wieder zurückzuerhalten: von Seite des Staates als Schuldners neben

Lebensvertrag auf Lebenslang errichtet. mit
Berechnung von der Dauer des me
n Lebens dabei die Grundlage.

§. 208. Die politischen Berechner nämli
wahrscheinliche mittlere Dauer des
n Jahre des menschlichen Alters festgese
über ausführliche Tabellen geliefert
durch vieljährige Erfahrung geprüfte, und i
einanderhaltung mehrerer Länder, soviel
thungen immer möglich war, berichtigten
sen, daß zwischen 10 bis 20 Jahren die Le
stärksten ist, indem diese Jahre zusam
n von 112 nur 1 stirbt; daß sie von 20 b

) Alle politischen Berechner haben hierüber a
Tabellen geliefert, insbesondere aber:

Hagdon: The valuation of annuities
deduced from the London bills of mortality
Observations on reversionary payments

Erde beständig abnimmt, und die Kindheit von der Geburt bis zur Erreichung des ersten Jahrs am schwächsten ist, weil von 4 neugeborenen Kindern jährlich 1 zu Grund geht. Nach dieser Richtschnur sollten also dem Kinde vor dem errichteten ersten Jahre die stärksten, demjenigen, aber, welcher das 15te Jahre erreicht hat, die kleinsten Leibrenten gegeben werden. Die Leibrentenpläne enthalten gewöhnlich Klassen von 10 zu 10 Jahren, und bestimmen jeder Klasse ihre Prozente, welche in der ersten Klasse die kleinsten und am stärksten in der letzten sind. Bei diesen Klassen wird die mittlere Zahl der Lebenslänge die Richtschnur, wodurch das Alter des einen den andern überträgt. Der Ueberschlag: wie hoch die Leibrenten gegeben werden können, sollte nun dahin gemacht werden, daß mit Schlusse des mittleren Jahres der Klasse, Kapital und Zinse getilgt würden. Die mäßigen Schriftsteller setzen für die Klasse von 1 bis 11 sieben, von 11 bis 20 acht, von 20 bis 40 neun, von 40 bis 50 zehn, von 50 bis 60 zwölf, und von hier durchaus fünfzehn Prozente fest. Wenn der Staat Geld auf Leibrenten zu nehmen entschlossen ist, so muß der Plan, welcher die Bedingungen einer solchen Leibrente enthält, bekannt gemacht: die Zeit, wenn die Einzeichnung zu Stand seyn soll, bestimmt: und der Beweis des Alters bei der Einlage wie auch des Lebens bei Erhebung der jährlichen Rente durch Taufregister und obrigkeitliche Bescheinigung vorgeschrieben werden.

§. 209. Man muß den Nutzen der Leibrenten nicht darinn suchen, als gewönne der Staat das eingele-

ng schon vollendet ist, noch durch me
leben, so ist das Spiel des Ungefä
i Seiten. ausgeglichen, und der eige
inzige Nutzen für den Staat liegt in d
värtigen Gebrauch eines Kapitals,
zahlung nach und nach geschehen kan

. 210. Aber der Staat kann die Gemäc
heilweisen Wiederbezahlung sich auch
e Schuldtilgungswege verschaffen: nur r
eschiede, das sonst der Schuldtilgung
hnlich auf eine Zeit angewiesen wird, wo l
dentlichen Ausgaben aufhören: hingeg
fen Zinse der Leibrenten mit dem Erl
tals anfangen und sogleich gezahlt
n; welches dem Staate, da er ohnehin m
Aufwande beschwert ist, nicht gleich g
kann. Die Leibrenten sind also in Anse
t der Wiederbezahlung die Lää

immer nicht mehr, als gemeine Interessen werde bezahlt haben. Ihr Grund, der aber bei Leibrenten nicht wohl angewendet werden darf, ist ein Alter in das andere gerechnet, sterbe von 30 Menschen jährlich einer: also nehme die Zahl der Leibrenteneigenthümer jährlich um den 30ten Theil ab, und diese Abnahme setze die Leibrenten im Durchschnitte berechnet, auf die gewöhnlichen Interessen herab. Dieser Schluß ist auf falsche Voraussetzungen gebaut.

§. 213. Zu diesem Nachtheile, welcher die Leibrenten, die Einlage mag von Fremden, oder von Einheimischen geschehen, als ein zweideutiges Hülfsmittel muß ansehen machen, gesellet sich noch ein anderer nicht weniger wichtiger Beweggrund, ihren Gebrauch ganz zu verwerfen, welcher die Eingehornen allein trifft, indem die Leibrenten zur Ehelosigkeit anreizen und den Hang zum Müßiggange begünstigen.

§. 214. Die Continen werden bei genauer Prüfung dem Staate nicht günstiger befunden. Sie kommen mit den Leibrenten darin überein, daß dem Staate der Hauptstamm der Einlage mit dem Tode des Einlegenden heimfällt: sie sind hingegen in zwei Stücken unterscheiden, erstens in der Größe der jährlichen Zinse, welche bei der ordentlichen, oder sogenannten einfachen Contine gewöhnlich nicht so groß sind, als bei der Leibrente; zweitens in der Art wie sie erlöschen: weil die Antheile der Verstorbenen nicht dem Staate als Schulden zu gut kommen, sondern die Renten

Alter von 5 zu 5 Jahren enthielte, auch
selbst nicht zu stark, sondern, wenn die
Klasse zu groß wäre, in mehrere zerthe

Der Zuwachs der Renten kann dann
die Interessenten der Klassen allein fallen
die Contingente mit dem Absterben des letzten
n der Klasse erlöschend; oder die Rente
Klasse wächst der zweiten, dritten
bis auf die letzte fort. Abermals kann
s unter den Interessenten entweder durch
oder das Loos berichtigt, oder zu gl
len unter alle zerstücket werden. Auf we
der Zuwachs auch geordnet sey; der St
er die Rente so lange ganz bezahlen,
von der Klasse bei Leben bleibt. Die Da
Zeit ist ebenfalls ausgerechnet: sie beträ
a Klasse von der Geburt bis zum fünften Jo
Abnahme von 5 zu 5 Jahren bei jeder K
r letzten von 70 bis 75 die Lebensdauer. A

macht, sondern auch vergrößert wird. Aus Ueberzeugung dieses Nachtheils sind verschiedene Entwürfe, die *Loantie* und *Leibrente* zu vereinigen, und eine durch die andere zu verbessern, gemacht worden. Aber es war unmöglich aus der Vereinigung von zwei üblen Gattungen eine dritte gute hervorzubringen.

§. 216. Dieses ist ebenfalls von dem Plane zu sagen, welchen *Fortbonais* zu einer Art Rente aus einfachen *Zeitrenten* und *Leibrenten* zusammengesezt hat. Die *Zeitrente*, oder nach der wörtlichen Uebersetzung des Worts *Annuities* die *Jahrsrente*, wird durch einen Vertrag festgesezt, vermög welchem von dem entlehnten Kapital jährlich nicht nur bestimmte Zinse, sondern auch ein Theil des Kapitals selbst wieder bezahlt wird: daß also nach einer festgesezten Reihe von Jahren die Schuld ganz getilgt ist. Der Tod des Besizers einer *Zeitrente* befreit nicht von der Schuld, wie dieses bei der *Leibrente* geschieht. Der ganze Vortheil besteht nur in der theilweisen Rückzahlung, welche aber nothwendig durch höhere, als gewöhnliche Zinse erkaufte werden muß.

§. 217. Bei *Fortbonais* Entwürfe soll also, wie bei *Zeitrenten*, der Hauptstamm zu gleichen Theilen in einer gewissen Zahl von Jahren bezahlt werden, die Eigenthümer möchten leben oder nicht: die Zinse hingegen, welche geringer seyn könnten, als bei ordentlichen *Leibrenten*, würden gleich diesen, mit dem Tode des Einlegenden aufhören. Dieser klassische Schriftsteller hat jedoch seinen Vorschlag nicht als überhaupt vortheilhaft, sondern als den

Kaufe und Verkaufe von Reichthümern zu
nähern.

24. Die zugestandenen Begünstigungen
meistens auf den Papieren ausdrücklich
, durch diese können die öffentlichen
nicht nur dem Gelde gleich gemacht
ndern auch vor demselben einen Vorzug
Die Leichtigkeit große Summen zur
geschwind zu übersehn, große Summen
ren, zu übermachen, und die Unw
rkeit im Werthe waren die Scheingründe
der Urheber des Systems Law im Jahre
achte, den Bankbilletten vor den Me
ls Münze Gang zu verschaffen. Ob nun
igenschaften durch die Nothwendigkeit
e nach dem Verlauf einiger Jahre zu
rn, durch die Leichtigkeit, womit sie
st und soaar vernichtet werden kön

Begünstigung einer Anwendung bei den Staatskassen erhält. Die Anwendung kann von zweifacher Art seyn; eine freiwillige oder notwendige. Die erste erhalten Papiere dadurch, daß sie in Zahlungen an den Staat bloß ohne Weigerung angenommen werden: die zweite, wenn bestimmte Zahlungen an die Staatskassen in Papieren geleistet werden müssen. Der Begünstigung der Anwendung bei öffentlichen Kassen folgt sehr natürlich die freiwillige Anwendung bei den Privatgeschäften. Der Unterschied zwischen Papierkapitalien, und Papiermünze wird darin bestehen, daß der ersten ordentlicher Weise nur bei großen Zahlungen, und nur eine freiwillige, der zweiten bei kleinern und meistens eine notwendige Anwendung versichert wird.

- §. 225. Nur bei öffentlichen Papieren, die Kapitalien vorstellen, kann eine Mannigfaltigkeit herrschen, und von der Gestalt, von der Benennung, der Bedeckung, von der Größe der Zinse und der Zeit der Wiedergebahrung herrühren. Die beiden ersten sind zufällig, die letztern drei sind wesentlich, und stießen sowohl auf jeden Schuldschein für sich allein, als auf den Werth der übrigen Papiere zugleich mit ein. Sobald unter den Papieren einige sich eine Vorliebe erwerben, so werden die übrigen verhältnißweise geringschätziger: und dann entsteht der Papierhandel, das Agiotiren, welches stets einen zweideutigen Kredit beweist, und zum Nachtheile der Handlung die Zinse erhöht, oder eigentlicher der Handlung die notwendigen Kapitalien entzieht.

. 227. Die Zinse enthalten als einen Bef
i den Ersatz des Nutzens, so dem Gl
die Abwesenheit des überlassenen Geldes e
iehr nun die Papiere haares Geld vor
je sicherer mit dem vorstellenden
das Geschäft geführt, eben der Nutzen we
en kann, als mit dem vorgestellten, d
entbehrt der Gläubiger, desto gering
seine Forderung an Zinsen seyn.
Bereits gesagt worden, die Papiere bei a
ichen Kassen ohne Weigerung und Umw
ommen werden; so erhalten sie dadurch
wegen des aus der Leichtigkeit der Ueb
g und Verwahrung damit vereinbart
einen allgemeinen Gang im Privatgeschä
aß der Staat sie zu verzinsen nöthig!

§. 228. Der Kredit, welchen die Bän

war die Sicherheit der Aufbewahrung. Bald zeigte sich ein anderer Vortheil, die Leichtigkeit der Bezahlung, welche dadurch geleistet werden konnte, daß das niedergelegte Geld entweder mit Uebergebung des Scheines, so der Bankier ausgestellt hatte, oder mit sonst einer Förmlichkeit, hauptsächlich aber mit Ab- und Zuschreiben in den Büchern, welche der Bankier über die bei ihm liegenden Summen halten mußte, überlassen werden konnte. Diese beiden Vortheile einer Geldniederlage, welche gleichsam zur Kasse aller Bürger erwuchs, mußten in der Folge die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen, und einige Fälle, wo das bei Privatleuten niedergelegte Geld entweder verloren worden, oder doch Gefahr lief, erweckten den Wunsch einer mehrern Sicherheit für die anvertrauten Summen. Gesellschaften, deren Vermögen von einem weitem Umfange und sicher gegründet war, übernahmen die Beschäftigungen des einzelnen Bankiers, und die Regierung nahm sie zu beiderseitigem Vortheile in Schutz, unter dem Namen öffentlicher Bänke *).

*) B ö g a, Entwicklung fester Begriffe über Debit, Geld, Handel, Münzen, Banken. 1787.

Drei Schriften: Ueber Geld und Banken, besonders über die Hamburgische, veranstaltet von der Hamburgischen Commerzdeputation 1791.

Geschichtliche Darstellung der Banken: mit vorzüglicher Hinsicht auf die Hamburger Bank; deren Ursprung, gegenwärtige Organisation und großen Einfluß auf den Handel von ganz Europa; von einem Hamburger Bankier. Hamb. und Alt. 1800. 8.

leiben. Erstreckt sich ihr Geschäft bis
: aat; so werden sie von den Schriftstelle
Beimort politische Bänke unterschiede
sit en h ä n k e sind diejenigen Bänke, wo G
ivateute bis zum weiteren Gebrauch anfän
ed ergelegt und aufbewahrt wurde
ser alleinige Vortheil würde der Ab
kommen entsprochen haben. Also ward da
i größerem Nutzen verknüpft, nämlich die
ssung der Forderung bei der Bank, weld
er Girobank macht. Obgleich nur i
inke diesen Namen insbesondere füh
rch Ab- und Zuschreiben auf Bankoblättern
tragung der Forderung geschieht, so leist
ache selbst jede Bank der Handlung de
zu Dienst, weil von demjenigen, welcher

Büsch, J. G. sämtliche Schriften üb
- - - - -

der Bank liegen hat, an einen andern eine Bezahlung durch Ueberlassung der Banksummen, mittelst Ausbändigung der Verschreibung unter der vorgeschriebenen Förmlichkeit geleistet werden kann. Mit der Sicherheit der Aufbewahrung und Reichtigkeit der Bezahlung vereinigt sich auch ein dritter Vortheil. Die Bänke, deren Bücher unveränderlich in derjenigen Münze geführt werden, welche sie anfangs angenommen haben, machen die Zahlung unter den Privatleuten gewiß, indem die Veränderungen der Münzsorten auf sie keinen Einfluß haben. Das Bankgeld bleibt beständig einerlei: d. i. es wird unter derselben Benennung stets dieselbe Menge feinen Silbers verstanden. Wenn die Bänke sich an diesem Vortheile allein genügen lassen, so sind sie beschränkte Handlungsbänke, ohne besondern unmittelbar für den Staat fühlbaren Nutzen.

§. 230. Die Bänke stellen für die bei ihnen niedergelegten Gelder Verschreibungen aus, welche Bankscheine, Banknoten, Bankozettel genannt werden. Haben diese Verschreibungen die Eigenschaften und das Vertrauen der öffentlichen Papiere; so werden sie natürlicher Weise geschickte Geschäfte wie bares Geld zu thun. Ihre Anwendung ersetzt also dem Kreisläufe die ganze Summe des niedergelegten Numerären. Dagegen aber ist noch die Summe selbst vorhanden, welche bei der Bank niedergelegt worden.

§. 233. Eine solche Bank thut nämlich, dem Staate im Bedürfnisfalle Vorschuß, entweder im baaren Gelde oder auch in ihren Scheinen, welche bei einem vollkommenen Zutrauen wenigstens in Zahlungen, die innerhalb Landes selbst zu leisten sind, mit baarem Gelde einerlei Vortheil schaffen. Diese zweite Anwendung der Gelder macht eine Bank zur politischen Bank.

§. 234. Eine politische Bank leiht die von dem Staate geforderten Gelder nicht, ohne sich über ihr Darlehn hauptsächlich durch angewiesene Gefälle zu decken. Die Einnehmer derjenigen Subsidien, welche der englischen Bank zum Unterpfande ihrer Schuld angewiesen werden, sind zur Ueberlieferung der eingehenden Gelder an die Bank unter eigener Haftung verbunden; und eine andere Verwendung machte sie nicht nur ihres Amtes verlustig, sondern auch zu jeder andern öffentlichen Bedienung unfähig. Diese Gefälle setzen also die Bankogläubiger in Sicherheit, indessen der Staat den zweifachen Nutzen erhält: auf jeden vorkommenden Fall eine gegenwärtige Hülfe manchmal um geringere wenigstens aber gegen landesübliche Zinse zu finden. An sich selbst ist ein Darlehn dieser Art ein Mittellohn: die Bank wird Schuldner in Ansehung der Privatleute, deren Geld ihr anvertraut worden, und Gläubiger in Ansehen des Staates, dem sie die nöthigen Summen vorschießt. Es hängt von der Einsicht der öffentlichen Verwaltung ab, von dem Umfange dieses Mittellohns mehr oder minder Vortheil zu ziehen.

ist, wo der Hof seine Forderung vor-
aß die ersten die Freiheit haben sie in-
zu nehmen, und allenfalls nicht zu v-
n: so ist der Kredit der Stände selbst ver-

Aber bei einer Verfassung, wo das Ne-
utbschlagung mehr, als ein bloßer Nam-
ist, wird die Gewährleistung oder Ver-
Stände der Regierung nutzbar, und stets di-
ße durch Negotianten ein Mitteltkredi-
, vorzuziehen seyn.

236. Der letztere ist glücklicher W-
schland weniger, als vormals in Frankr-
t, wo diejenigen, welche dem Staate G-
en, mit dem Namen Traitans oder Parti-
net und gleich den Staatspächtern reich,
verhaft waren.

trauens ist eigentlich die überhandnehmende Meinung, daß der Staat seiner Verbindlichkeit die Gläubiger nicht werde genug thun wollen. Das erste bezieht sich auf den reellen, das zweite auf den persönlichen Grund des Staatskredits.

§. 238. Die Meinung, der Staat werde seiner Verbindlichkeit nicht genug thun können, entsteht von der entweder willkürlichen, oder scheinbaren Verminderung der Bedeckung. Die Bedeckung des Staatskredits ist die allgemeine Beitragfähigkeit, welche von der Größe der Bevölkerung und der Erwerbswege abhängt. Alles also, was die Bevölkerung, den Feldbau, oder die Handlung eines Staates beschränken kann, muß nothwendig auch den Kredit schwächen. Dieser kann sowohl durch wahre, als auch falsche Nachrichten geschwächt werden, dadurch wird auch der Aktienhandel erweitert.

§. 239. Wenn die Bedeckung des Kredits wirklich verringert worden, oder verringert zu seyn das Ansehen gewinnt, so ist es unmöglich die öffentlichen Verschreibungen bei ihrem Werthe zu erhalten. Die Schätzung der Schuldscheine ist stets eine arithmetische Ausglei chung mit der Sicherheit.

§. 240. Die Meinung, der Staat wolle seinen Verbindlichkeiten nicht Genüge leisten, ist die Folge bedenklicher Finanzoperationen, welche in kriti-

värtig empfunden. In der Zukunft hin
Staat die gesuchten Summen gegen sei
eibungen aufzubringen; gegenwärtig
laufenden Papiere in ihrem Werthe her
fall der öffentlichen Papiere erfolgt aber
h dem Verhältnisse der vermin
deckung zur Schuldenmasse, die Furcht
p die eigentlichen Gränzen.

§. 241. Der Zustand der Aemsigkeit in al
ist bei dem Uebermaße, wie bei t
würdigung der Papiere betrübt. Di
größerte Masse der vorstellenden Zeichen
ugs die nämliche Preiserhöhung ve
sche eine allzugroße Masse des Geldes ve
il die Papiere im Umlaufe gleich Ba
ekten. Bei der Vernichtung also mußte ei
törung im Umlaufe, ein gleicher

sich die Finanzverwaltungen das Gleichgewicht zwischen der Bedeckung und den Papieren, welche im Umlaufe Masse machen, herzustellen. Eine der mehreren, zu diesem Ende mit nicht ungünstigem Ausschlage unternommenen Finanzoperationen besteht darin, daß man den verhältnißmäßigen Theil der Papiere durch Veränderung ihrer Gestalt aus dem Kreislaufe zu setzen sucht. Die Veränderung der Papiere muß vorzüglich dahin abzielen: daß sie, ohne an dem Werthe als Fond zu leiden, nur der augenblicklichen Vorstellung des baaren Geldes entsezt werden. Weil aber diese Vorstellung an den öffentlichen Schuldscheinen ein wirklicher Nutzen war; so ist es natürlich, daß den Besitzern, woferne sie darein willigen sollen, auf einer andern Seite eine Vergütung gemacht werden muß. Diese Vergütung besteht entweder in Zinsen, wenn die Papiere vorher keine hatten, oder in einer bestimmten Bedeckung, die ihnen ehemals nicht zugeeignet war, oder in Festsetzung näherer Rückzahlungsfriſten, die ehemals entweder entfernt, oder ganz unbestimmt waren. Die Veränderungen der überlästigen Papiere in Leibrenten und Continuen, oder in Zeitrenten durch Lotterien oder zu einer angebotenen Verwendung sind in dieser Absicht in England und Frankreich versucht worden.

§. 243. Die Gestalt der Lotterien dient bei dieser Finanzunternehmung nur dazu, daß die Veränderung der Papiere den Anschein einer freien Willführ empfängt. Die Etalage in diese Lotterien wird also in Papieren, die man dem Kreislaufe

244. Nicht nur die Staatsverschreibungen
sich auf einige Zeit Baarschaft vorstellen
nach Verlauf dieser Zeit durch Bezahlung
erfüllt werden; sondern auch jeder andere Gebra
uch des Staatskredits versichert die Wiederbez

Die Wiederbezahlung der Staat
schulden heißt die Befreiung des Staatsk

Die Befreiung des Staatskredits, oder Tilgung
der Staatsschulden geschieht nur von dem Ueber
schusse der Einkünfte über die laufend
en Ausgaben, welcher Ueberschuß entweder von
Verminderung des Aufwands oder Vergrö
ßerung der Einkünfte herrühren kann. Die Ver
größerung des Aufwandes, d. i. eine Ersch

an den ordentlichen Auslagen wird bei ei
ner Verfassung nichts bedeuten, welche die Grän
zen der Forderung an die Beitragspflichtigen nicht üb
erschreitet und nur diejenigen Einkünfte begehrt
welche nach dem Bedürfnisse des Staates

den selbst. Es kommt der Staatsflugheit zu, die Ausgaben zu bezeichnen, wo z. B. durch Veranlagung der Truppen, Einziehung der Subsidien u. d. gl. etwas in Ersparung gebracht, und die Last der Abgaben erleichtert werden kann. Die Ersparung bei den Staatsschulden aber hängt allein von der Finanzverwaltung ab. Sie bezieht sich entweder auf den Hauptstamm der Staatsschulden, oder auf die Zinse: und man sieht leicht ein, daß die Ersparung nur darin bestehen kann, entweder zur Nichtbezahlung der Staatsschulden einen Vorwand zu suchen, oder die verheissenen Zinse herabzusetzen. Würde unter dem Vorwande eines Nationalunvermögens die Bezahlung aller Schulden verweigert; so wäre es ein Nationalbankerutt. Trifft die Weigerung nur gewisse Gattungen von Papieren, oder etwa einen Theil derselben, so wird sie unter dem Namen einer Schuldenberichtigung, Liquidation beschönigt.

§. 245. Der Vorschlag einen gänzlichen Bankerutt anzukündigen, muß durchaus verworfen werden, weil der Untergang der Staatsgläubiger nothwendig alle diejenigen mit ins Verderben ziehen müßte, welche mit ihnen in einigem Zusammenhange stehen. Dieses würde dann nicht mehr der kleinste, sondern der größte Theil der Nation seyn. In dem Lande würden alle Klassen der Bürger, alle Klassen der Aemsigkeit dadurch erschüttert, und zu Grund gerichtet werden. Außer Landes aber könnte das Zutrauen der Nation nicht anders, als ganz vernichtet seyn. Dadurch würde also die Handlung von in-

künfte kann nicht anders, als Er-
haltung der Einrichtung erhalten
da sie sich auf längere Zeit erstrecken
lassen in die Klasse der ordentlichen An-
gaben mithin auch nach den nämlichen
Grundsätzen geleitet werden muß. Die Erhöhung
der Steuern unter der Benennung
der ordentlichen Anteils ist der ge-
wöhnlich die Einhebungskosten nicht vergrößert,
weil das Verhältniß offenbar, und
meistens gewiß ist.

VIII.

Von Veräußerungen.

Veräußerungen sind die Ausbülfe
des Vermögensmittels, wel-

Schatzkammer genannt werden, bei Kronjuwelen u. d. gl. ihren Anfang nehmen, und stufenweise zuletzt bis an die Veräußerungen von Theilen des Staats hinaufsteigen müssen.

IX.

Von dem Finanzkollegium.

§. 252. Unter dem Worte Finanzkollegium wird die oberste Finanzverwaltung verstanden, insoferne derselben in einem größern Staate die Bestimmung der Gegenstände, von welchen die Einkünfte erhoben, und des Verhältnisses, wornach die Provinzialanttheile ausgemessen werden, angetheilt sind. Der Name und die äußere Gestalt sind an sich zufällig; aber es ist wesentlich, daß die Theile der Verwaltung, welche unter sich einen untrennbaren Zusammenhang haben, nicht gesondert, und das Finanzkollegium aus solchen Gliedern zusammengesetzt sey, die in Absicht auf die Provinzen die zureichenden Kenntnisse besitzen.

§. 253. Es ist nöthig hier einige erwiesene Wahrheiten in das Gedächtniß zurückzurufen. Ein vorteilhaftes Finanzsystem vereinbart die Gewißheit der Einkünfte mit der Dauer. Die Dauer der Einkünfte hängt von der unverminderten Beitragsfähigkeit ab. Die Beitragsfähigkeit ist gleich groß mit der Masse der Beschäfti-

§. 254. Auch die traurigen Folgen :
mäßig bestimmten Provinzialantbe
ihrem ganzen Umfange geschildert worden
sorgniß die ganze Reihe derselben herbeizuzi
von der Beitragsfähigkeit der Provinzen :
er Begriff genommen wird, als es der
Land derselben zuläßt, empfiehlt die B
Zahl der Besitzer des obersten Fi
egiums nach der Zahl der Provi
onstigen Bezirke, in welche ein Staat
st, zu bestimmen; alsdann aber für jede B
Besitzer aus ihrem eignen Mittel
er durch seinen längern Aufenthalt dasell
eit gehabt hat, den Feldbau, die Men
handlung, das ist, die Beitragsfähigkeit t

X.

Von Finanzvorschlägen.

§. 255. Die Finanzvorschläge sind größtentheils von dem Geiste des Eigennuzes entworfen, der sich aber in den Mantel des Eifers für das öffentliche Wohl hüllet. Dieses muß das Mißtrauen der Finanzverwaltung gegen dieselben erwecken, und immer einen desto größern Verdacht gegen sie erregen, je mehr sie verheissen. Jedweder zur Verbesserung der Staatseinkünfte abzielende Entwurf ist ein Finanzvorschlag. Die vorgeschlagenen Verbesserungen, wie sie immer eingekleidet werden, lassen sich auf eine der folgenden drei Untertheilungen zurückführen: I. Auf die Erleichterung der Einhebung, mithin auf die Verminderung der Einhebekosten: II. Auf die Vergrößerung der Einnahmen bei wirklich belegten Gegenständen: III. Auf neue zur Belegung bezeichnete Gegenstände. Ehe über diese besondere Abtheilung einige Betrachtungen gemacht werden, können folgende zween allgemeine Grundsätze in Ansehung der Finanzprojekte vorausgesendet werden: 1. Jeder Vorschlag, welcher keinen andern Vortheil verheißt, als überhaupt die Vermehrung der öffentlichen Einkünfte oder wie die

Rentkammer abzielt, ist der Vorschlag zu
pressung. 2. Jeder Vorschlag, we
Staatsklassen den Eingang grö
mmen verheißt, ungeachtet die
tenden weniger geben sollen, u
ht Veruntreuungen oder Unzäh
t in der Einhebung aufdeckt, ist auf den erst
verwerflich, er verheißt eine Zahlver
g mittelst eines Abzugs; er verheißt a
ding.

§. 256. Die Vorschläge, welche eine Er
ung der Einhebung vorschlagen, sind
lich nach folgenden Säßen zu prüfen: 1.
rfasser des Vorschlags die gegen
e Einhebungsart genugsam befa

den auf eigne oder erzwungene Rechtshaffenheit zählt, die sich in Geschäften, wo der Eigennuß einschlägt, wenigstens im Allgemeinen nicht voraussetzen läßt? Endlich ist die einfache Behebung auf der einen Seite, nicht auf der andern für die Entrichtenden von irgendher mehr beschwerlich.

§. 257. Die Vergrößerung der Einnahme bei wirklich belegten Gegenständen kann entweder von Verhinderung der Zwischenabfälle oder von genauerer Aufsicht um dem Unterschleif vorzubeugen, oder von strengerer Einreihung der Entrichtung, oder von der erweiterten Verzehrung des belegten Gegenstandes, oder endlich von Erhöhung des Entrichtungsanteils hergeleitet werden. Jeder dieser Abtheilungen sagen einige Prüfungssätze zu: Sind die Zwischenabfälle dargethan? Sind sie wenigstens bei der gegenwärtigen Einrichtung des Gefalles wahrscheinlich? und zeigt der Projektant, daß er diese Einrichtung genau genug kenne, um darüber ein Urtheil zu fällen? Sind die zur Verhinderung des Unterschleifs und strengern Eintreibung gewählten Mittel nicht der

verträgen Gelegenheit? Sind die Regenten nicht die Hände in Annothwendigen Nachlassungen ogebung? Eine Erhöhung der Ent wird sie nicht auf die Verminder Verzebrung, und, was noch nager seyn würde, auf Verminder Erzielung einfließen? Endlich daß eine wirkliche Vermehrung bei einem Einnahme erfolgt: was für eine Wir diese Erhöhung auf das Ganze? wenn alle Zweige zusammeng werden, die Hauptsumme der einen wirklichen Zusatz, welche genten die Verringerung bei ebern zu hoch angelegten Theile?

richt und Roth, auf Leichen, Rauch, Luth und Schatten an. Es gab nach dem Tacitus eine Wassersteuer, Ufersteuer, eine Steuer auf Räder, Deichsel, Lastthiere, auf alles, was der Erfindsamkeit der Bächter zu unmäßigen Forderungen nur einen Namen anbieten konnte. Aber die neuen Gegenstände bieten sie einen Grund zu einer Entrichtung? bieten sie einen Maassstab zu einem bleibenden Verhältnisse an? vertragen sie eine Entrichtung ohne Abnahme, vielleicht ohne gänzliche Vernichtung ihrer eignen Erzielung? oder doch ohne eine Abnahme in der Erzielung anderer Gegenstände zu verursachen? und abermal: Was kann in Zukunft die Wirkung dieser neuen Anlage auf die arbeitende Klasse, auf die Aemsigkeit, auf die Handlung, mithin unmittelbar auf die allgemeine Beitragsfähigkeit; gegenwärtig aber auf die Grösse und Gewissheit der öffentlichen Einkünfte seyn?

§. 259. Ein Entwurf von einem solchen Finanzvorschlag muß sorgfältig zergliedert, alle einzelnen Theile untersucht, und gegen diese Grundsätze gehalten werden. Uebrigens dürfte eines der leichtesten

JUN 25 1953

